

INHALTSVERZEICHNIS

Teil 1

1.	Begrüßung	Walter Baier
2.	Begrüßung	Elke Kahr
3.	Beschlüsse zur Konstituierung	
4.	Impulsreferat	Didi Zach
5.	Impulsreferat	Oliver Jonischkeit
6.	Beschlüsse zu den Impulsreferaten	Waltraud Stiefsohn
7.	Referat	Walter Baier
8.	Referat	Renate Pacher
9.	Referat	Franz Stephan Parteder
10.	Referat	Michael Graber
11.	Plenardiskussion zu Referaten, Berichten und Anträgen - Samstag	
12.	Plenardiskussion zu Referaten, Berichten und Anträgen - Sonntag	
13.	Beschlüsse des 32. Parteitages – 1. Sitzung	
14.	Abschluss	Walter Baier

1. Begrüßung von Gen. Walter Baier auf der 1. Sitzung des Parteitages

Genossinnen und liebe Genossen!

Herzlich willkommen zum 32. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs. Vielleicht ist das manchem von uns gar nicht bekannt, aber hier in diesem Areal stand die Schwender-Arena. Das ist jener Platz, an dem 1867 der 1. Wiener Arbeiterbildungsverein gegründet worden ist und es möge die Tatsache, dass wir uns auf einem solchen historischen Platz zu unserem 32. Parteitag einfinden, ein gutes Omen dafür abgeben, dass wir zu guten konstruktiven Debatten und Ergebnissen dieser Debatten kommen werden. Es ist dieser Parteitag durch viele Besonderheiten gekennzeichnet. Es ist der 1. Mitgliederparteitag seit mehr als 10 Jahren. Wir haben damals vor 10 Jahren in einer schwierigen Situation alle Genossinnen und Genossen eingeladen, über die Zukunft der Partei zu diskutieren und zu entscheiden. Wir haben damals gute und tragfähige Beschlüsse gefasst. Und wenn wir diese letzten 10 Jahre Revue passieren lassen, so waren das keine einfachen Jahre für unsere Partei. Es waren Jahre, in denen wir mit der faktischen Enteignung unserer Partei leben mussten und einen Großteil des bezahlten freigestellten Apparates aufgeben mussten. Aber es waren das auch Jahre, in denen wir uns als Partei behauptet haben, in denen wir unsere Existenz verteidigen konnten. Es waren das Jahre, in denen wir bei allgemein politischen Wahlen Zug um Zug bescheidene politische Fortschritte gemacht haben und es waren das auch Jahre, in denen es den einen oder anderen herausragenden und bemerkenswerten Erfolg gegeben hat. Als einen dieser Erfolge möchte ich das fulminante Abschneiden unserer Partei bei den Grazer Gemeinderatswahlen zu Beginn dieses Jahres nennen. Es gibt einen Antrag zur Konstituierung unseres Parteitages der vorschlägt, dass diejenigen GenossInnen, die nach dem Stichtag unserer Partei beigetreten sind - sich aber rechtzeitig für diesen Parteitag angemeldet haben - und es handelt sich dabei auch und vor allem um Genossinnen und Genossen, die nach dem Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahlen in Graz unserer Partei beigetreten sind, auf diesem Parteitag gleichberechtigt stimmberechtigt teilnehmen sollen. Ich möchte diesen Vorschlag begrüßen. Wir werden ihn dann bei der Abwicklung der Konstituierung hoffentlich mit großer Mehrheit beschließen und sagen herzlich willkommen liebe neue Genossinnen und Genossen auf unserem Parteitag und in der Kommunistischen Partei Österreichs. Es ist dieser Parteitag auch deswegen in einer außerordentlich schwierigen Lage, weil der Hauptreferent, Gen. Groß, der es übernommen hat, namens des Bundesvorstandes ein Papier zu verfassen, das die Gemeinsamkeiten beinhaltet, die in unserer Partei bestehen, am Dienstag dieser Woche einen Schlaganfall an seinem Arbeitsplatz erlitten hat. Das bedeutet unter anderem, dass wir auch die Tagesordnung unseres Parteitages dahingehend verändern müssen. Es stehen vor uns 2 Tage schwieriger kontroverser, hoffentlich konstruktiver Debatten. Aber eine Herausforderung, die vor unserem Parteitag steht - völlig unabhängig davon zu welchen Ergebnissen wir in inhaltlichen und programmatischen Fragen kommen werden - ist dadurch definiert, dass diese Woche der Österreichische Gewerkschaftsbund den Beschluss - und ich möchte ihn einen historischen Beschluss nennen - zur Organisation von Abwehrstreiks gegen die un- und antisoziale Pensionsreform gefasst hat. Und wenn gestern auf dem ÖVP-Parteitag Landeshauptmann Pühringer davon gesprochen hat, dass die Rezeptur dieses unsozialen, ungerechten Pensionsraubes schon richtig ist, nur die

Dosierung sei falsch, dann wird es die Aufgabe unseres Parteitages sein auszudrücken, dass es weder um die Rezeptur noch um die Dosierung gehen kann, sondern dass dieses Paket weg muss.

Weg mit dem Pensionspaket. Weil das eine so wichtige Herausforderung ist, die vor unserem Parteitag steht, gibt es einen Vorschlag zur Veränderung der Tagesordnung dahingehend, dass wir die Auseinandersetzung mit dem Pensionsraub und mit dem Streikbeschluss des ÖGB so vornehmen, dass wir möglichst am Beginn des Parteitages eine gemeinsame Resolution und Erklärung zum Streik und unserer Aktivität in diesem Streik verabschieden. Ähnlich wollen wir es mit dem Kampf gegen den Krieg halten, so dass unser Parteitag mit aktuellen aktionspolitischen Akzenten beginnen soll. Es gibt unter den vielen Besonderheiten unseres Parteitages noch eine, die ich hervorheben möchte. Es gehört zu den traurigen Pflichten des Eröffners oder der Eröffnerin eines Parteitages am Beginn der Genossinnen und Genossen zu gedenken, die in der Berichtsperiode von uns gegangen sind. Es ist praktisch unmöglich, eine Liste von Genossinnen und Genossen zu nennen und namentlich anzuführen, weil eine solche Liste immer ungerecht wäre. Aber, und das ist eine Signifikanz unseres Parteitages, es ist der 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, der ohne unseren langjährigen Vorsitzenden den Gen. Muhri stattfindet. Wir möchten das Andenken des Gen. Muhri in einer speziellen Art würdigen, indem wir den Ausschnitt der letzten öffentlichen Rede, die Franz Muhri vor Vertreterinnen und Vertretern der christlichen Fokulargemeinde gehalten hat öffentlich hier zur Vorführung bringen. Ihr werdet, wenn ihr diesen Film seht, erkennen, dass es das leidenschaftliche Bekenntnis des Parteivorsitzenden der Kommunistischen Partei zum Dialog und zur marxistischen kommunistischen Identität seiner eigenen Partei und seines eigenen Lebens beinhaltet.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euch jetzt ersuchen, dem Gedenken des Gen. Muhri eine Trauerminute zu widmen und in dieser Trauerminute all diejenigen Genossinnen und Genossen einzuschließen, die in den letzten Jahren von uns gegangen sind. Herzlichen Dank.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe bereits von der ernsthaften Erkrankung des Gen. Groß gesprochen. Ich glaube, dass es im Sinne von uns allen und unseres Parteitages ist, dass wir hier von der Eröffnung des Parteitages dem Gen. Groß herzlichen Dank für seinen Beitrag zum möglichen Gelingen unseres Parteitages, vor allem aber einen herzlichen solidarischen Genesungswunsch übermitteln. Danke, Genossinnen und Genossen.

Ich ersuche jetzt Elke Kahr, die frischgewählte Klubobfrau des deutlich angewachsenen Gemeinderatsklubs der Kommunistischen Partei in Graz, ihre Begrüßung zum Parteitag zu sprechen.

2. Begrüßung Gin. Elke Kahr auf der 1. Sitzung des Parteitages

Liebe Genossinnen und Genossen!

Es freut mich wirklich sehr, dass ich hier auf diesem Parteitag die herzlichsten Grüße aus Graz überbringen darf. Es ist für uns, und für mich persönlich, ein wichtiges Zeichen der Anerkennung für unsere Arbeit in der Steiermark und vor allem ein Zeichen in unserer Partei, in der KPÖ, dass wir uns gemeinsam über Erfolge freuen können. Der 26. Jänner 2003, ist ein Datum, das wir uns noch lange merken werden. 20 Prozent für unsere Partei in der zweitgrößten Stadt Österreichs, die Anerkennung für die Arbeit von Stadtrat Ernst Kaltenegger in der Öffentlichkeit, das gestiegene Interesse für die Arbeit vieler Genossinnen und Genossen bei der KPÖ in ganz Österreich. Das alles zeigt vor allem eines, unsere jahrzehntelange hartnäckige Arbeit kann Früchte tragen, wenn alles zusammen passt wie bei uns in Graz bei der Gemeinderatswahl. Heute und morgen, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir auf diesem Parteitag über aktuelle politische Fragen diskutieren, theoretische Formulierungen abwägen. Vergessen wir dabei eines aber nicht, dass wir eine Partei mit konkretem Gebrauchswert für die Menschen in Österreich sein wollen. Eine Partei des täglichen Lebens, aber auch für die großen Ziele der ArbeiterInnenbewegung. Als selbständige und bündnisfähige Partei wird die KPÖ all jene Lügen strafen, die sie für überholt, altmodisch oder überflüssig halten. Die Menschen in Graz, die zu uns kommen und mit denen wir zusammen arbeiten, halten uns für eine nützliche Partei. Einige von ihnen verstehen auch unsere gesellschaftspolitischen Zielstellungen immer besser und beginnen sie zu teilen. Ein Grund dafür, dass das so ist, kommt daher, so denke ich, weil wir versuchen, die arbeitenden Menschen so zu nehmen, wie sie sind und nicht so, wie wir sie uns wünschen oder vorstellen. So eine Haltung einzunehmen, ist nicht immer leicht. Für viele von uns in Graz war ein innerer Kurswechsel dafür auch notwendig, damit wir dieses Ergebnis erreicht haben. Es hat sich aber gelohnt in Graz und für die Gesamtpartei. Ich wünsche mir deshalb, dass dieser Parteitag langfristig einen Kurswechsel einleitet, der die KPÖ in die Lage versetzt, für die Menschen in unserem Land und gemeinsam mit ihnen einen konkreten und wirksamen Widerstand gegen Sozialabbau und Abrüstung zu organisieren. Mit dem Wahlerfolg in Graz haben wir die Bedingungen dafür ein wenig verbessert. Somit liebe Genossinnen und Genossen wünsche ich dem Parteitag einen guten Verlauf, interessante Referate und Diskussionen und ich hoffe darauf, dass all jene, die eine schlagkräftige und starke Kommunistische Partei wollen gemeinsam Schlussfolgerungen heute ziehen, die uns alle ein Stück weiter bringen. Danke für ihre Aufmerksamkeit.

3. Beschlüsse zur Konstituierung des 32. Parteitages

A. Diskussionsleitung und das Parteitage sekretariat (1. Sitzung)

Diskussionsleitung

Samstag Vormittag

Samstag Nachmittag

Heidi Ambrosch, Michael Graber, Erich Stöckl, Claudia Trost

Sonntag Vormittag

Andreas Fuchs, Mirko Messner, Renate Pacher, Lilian Stadler

Sonntag, (Schlusswort, Anträge, Abschluss)

Karin Antlanger, Walter Baier, Johann Höllisch, Petra Stöckl

Parteitage sekretariat

Waltraud Fritz-Klackl, Johann Höllisch, Didi Zach

Florian Hafenscherer, Astrid Jurjans, Eva Koutni, Susi Krpec, Friederike Lerch, Gabi Nadeje, Clemens Perteneder, Leopoldine Pohl, Fini Seif, Relli Stadlbacher, Hanni Steindl, Teri Toman, Ilse Wanek, Hanno Wisiak

ZählerInnen:

Brigitte Bauer, Hans Girlinger, Roland Starch, Roman Gutsch, Wolfgang Rohrstorfer, Gurdrun Luschützky, Herwig Peuker, Rudolf Pruckmoser

(Einstimmig angenommen)

B. Antrag des Gen. Franz Stephan Parteder (BO Graz) an den 32. Parteitag der KPÖ

Alle zu den Sitzungen des 32. Parteitages angemeldeten und anwesenden Parteimitglieder der KPÖ sind dort stimmberechtigt, auch wenn sie erst nach dem 1. Jänner 2003 der Partei beigetreten sind.

(Mehrheitlich angenommen)

C. Antrag der Gen. Hannes und Helmuth Fellner an den 32. Parteitag der KPÖ

Der 32. Parteitag der KPÖ beschließt, dass alle auf diesem Parteitag anwesenden ordentlichen Parteimitglieder, die ihren Mitgliedsbeitrag entrichtet haben, stimmberechtigt sind.

(Mit 147 zu 127 Stimmen angenommen)

D. Tagesordnung der 1. Sitzung des 32. Parteitages

1. Eröffnung der 1. Sitzung und Konstituierung des 32. Parteitages

2. Impulsbeiträge zur aktuellen politischen Situation

- a) **Didi Zach** "Antikriegsmobilisierung gegen den US-Krieg im Irak und Vorbereitung des Austrian-Social-Forum in Hallein"
- b) **Oliver Jonischkeit**: " Zum Streikbeschluss des ÖGB" und unserem Widerstand gegen das sogenannte "Pensionssicherungsgesetz" der Bundesregierung "

3. Hauptreferate

- a) **Walter Baier**: "Wofür steht die KPÖ?"
- b) **Renate Pacher**: "Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen

sein"

4. Vorstellung der Vorlagen aus der Programmarbeit (Steirisches Landesprogramm - Thesen der Programmkommission) (Redezeit je 15 Minuten)

- a) Das Steirische Landesprogramm - **Franz Stephan Parteder**
- b) Die Thesen der Programmkommission - **Michael Graber**

5. Diskussion zu allen Referaten, Berichten und vorliegenden Anträgen

6. Berichte der Mandatsprüfungs- und Antragskommission, Beschlussfassung über Anträge

7. Abschluss der 1. Parteitagssitzung

(Mehrheitlich angenommen)

E. Geschäftsordnung des 32. Parteitages

1. Die Geschäftsordnung gilt für beide Parteitagssitzungen. Die Tagesordnungen beider Sitzungen sowie der Zeit- und Ablaufplan sind Bestandteil der Geschäftsordnung.
2. Wortmeldungen zur Plenardiskussion sind nach den Referaten (Tagesordnungspunkt 4) in der Diskussionsleitung persönlich und schriftlich abzugeben und werden in der Reihenfolge ihres Einlangens gesammelt. Das Recht auf Teilnahme an der Diskussion im Rahmen der gültigen Geschäftsordnung haben alle am Parteitag teilnehmenden Mitglieder der KPÖ.
3. Die Worterteilung im Plenum erfolgt solange von beiden Geschlechtern Wortmeldungen vorliegen nach dem Reißverschlussprinzip (Frau-Mann-Frau), in der Reihenfolge des Einlangens der Wortmeldungen. Erstwortmeldungen werden unanhängig vom Geschlecht bevorzugt behandelt. Die Diskussionsleitung hat das Recht, dem Plenum die Vorziehung von RednerInnen aus wichtigen öffentlichen Tätigkeits- und

Organisationsbereichen,

sofern diese nach der Rednerliste nicht mehr zu Wort kommen würden, vorzuschlagen.

4. Die Redezeit in der Plenardiskussion beträgt pro Wortmeldung 5 Minuten. Eine Änderung der Redezeit muss vom Parteitag beschlossen werden.
5. Für persönlich angesprochene GenossInnen gibt es zur "tatsächlichen Richtigstellung" die Möglichkeit einer ad-hoc Wortmeldung, welche außerhalb der RednerInnenliste (auch nach Schluss der RednerInnenliste) berücksichtigt wird. (Redezeit 3 Minuten)
6. Ebenfalls außerhalb der RednerInnenliste werden Wortmeldungen zur Geschäftsordnung berücksichtigt. Redezeit: eine(r) dafür und eine(r) dagegen, je 3 Minuten.
7. Anträge
Antragsberechtigt sind alle Entscheidungsgremien und Mitglieder der KPÖ. Anträge an den 32. Parteitag werden nur behandelt, wenn sie für die erste Sitzung des Parteitages bis 11. April 2003, für die zweite Sitzung bis 30.05.03 schriftlich beim Bundesvorstand eingelangt, sind. Ausgenommen sind Abänderungsanträge zu bereits gestellten Anträgen und kurzfristige Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen (ohne längerfristigen verbindlichen Charakter).
Abänderungsanträge zu bereits gestellten Anträgen und kurzfristige Stellungnahmen können auf beiden Parteitagssitzungen unterzeichnet vom Antragsteller bis spätestens Samstag 12.30 Uhr schriftlich eingebracht werden. Solche Anträge werden am Parteitag im Parteitagssekretariat entgegengenommen.

Der 1. Teil des 32. Parteitages behandelt ausschließlich Anträge die im Zusammenhang mit der Programmdebatte der KPÖ stehen. Dies sind insbesondere Anträge wie der des Bundesvorstandes "Wofür steht die KPÖ", Alternativer Resolutionsentwurf, Programm der KPÖ Steiermark erweiterte Fassung und Thesen der Programmkommission. Alle übrigen Anträge sind in der 2. Sitzung des Parteitages zu behandeln.

8. Die Antragskommission hat die Aufgabe, den Abstimmungsvorgang vorzubereiten und die Reihenfolge der Behandlung der Anträge festzulegen. Abänderungsanträge der Antragskommission im Einvernehmen mit dem/der AntragstellerIn sowie Anträge auf Zuweisung bzw. Zusammenziehung mit anderen Anträgen, ebenfalls im Einvernehmen mit den AntragstellerInnen werden vor dem ursprünglichen Antrag abgestimmt.
Gibt es kein Einvernehmen zwischen Antragskommission und AntragstellerIn wird der ursprüngliche Antrag zuerst abgestimmt.
Zu allen zur Abstimmung gestellten Anträgen gibt es vor Beschlussfassung die Möglichkeit je eines/einer Contra- und eines/einer Pro-RednerIn (Redezeit 1 Minute). AntragstellerInnen werden dabei bevorzugt behandelt

9. **Beschlüsse**
Abgestimmt wird durch das Hochheben der roten TeilnehmerInnenkarte. Abstimmungsberechtigt sind nur TeilnehmerInnen mit Stimmrecht. Ein Antrag ist angenommen, wenn mehr Pro- als Gegenstimmen vorhanden sind. Enthaltungen werden nicht berücksichtigt. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.
10. Die Durchführung der Wahlen in den Bundesvorstand, die Bundeskontrolle und Schiedskommission erfolgt - entsprechend der vom Parteitag zu beschließenden Wahlordnung - in geheimer Abstimmung.
11. An Klausursitzungen des Parteitages sind nur Mitglieder der KPÖ teilnahmeberechtigt.

(Mehrheitlich angenommen)

F. Zeit- u. Ablaufplanes der 1. Parteitagssitzung

Samstag

Beginn: 10.00 Uhr

Eröffnung - Walter Baier

Kurzes Grußwort von Elke Kahr (Klubobfrau der KPÖ Graz) an den Parteitag

Konstituierung des Parteitages (Waltraud Stiefsohn)

Zwei Impulsbeiträge zur aktuellen politischen Situation (je 7 Minuten)

- a) zum Streikbeschluss des ÖGB und unserem Widerstand gegen das sogenannte "Pensionssicherungsgesetz" der Bundesregierung - **Oliver Jonischkeit**
- b) Antikriegsmobilisierung gegen den US-Krieg im Irak und Vorbereitung des Austrian-Social-Forum in Hallein - **Didi Zach**

Abstimmung zu den aktuellen Stellungnahmen Nr. 8, 9, 10

Hauptreferate

- a) "**Wofür steht die KPÖ?**" – Referent: **Walter Baier** (30 Minuten)
- b) "**Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein**" - Referentin: **Renate Pacher**

Vorstellung vorliegender Vorlagen aus der Programmarbeit (2 x je 15 Minuten)

- a) Das steirische Landesprogramm - **Franz Stephan Parteder**
- b) Thesen der Programmkommission - **Michael Graber**

12.30 Uhr: Antragsschluss für Abänderungsanträge und Anträge zu aktuellen Stellungnahmen der 1. Parteitagssitzung

13.30 - 15.00 Uhr: Mittagspause

ab 15.00 Uhr: Plenardiskussion zu Referaten, Berichten und Anträge

ca 19.30 Uhr: Abschluss des 1. Tages

Kommissionen

Sonntag

09.00-11.00 Uhr: Fortsetzung der Plenardiskussion

11.00 Uhr: Schlussworte zur Plenardiskussion

11.15 Uhr: Bericht der Antragskommission, Abstimmungen

**ca. 13.30 Uhr: Infos zur Vorbereitung der 2. Parteitagssitzung
kurze Darlegung des Terminplanes der Vorbereitung**

Abschluss der 1. Sitzung des 32. Parteitages - gemeinsames Mittagessen

(Mehrheitlich angenommen)

G. Kommissionen des 32. Parteitages

Antragskommission

Alexander Beran (NÖ), Thomas Eipeldauer (Burgenland), Christopher Frank (Kärnten), Leo Furtlehner (OÖ), Claudia Krieglsteiner (Wien), Barbara Kundi (NÖ), Gabi Leitenbauer (Stmk), Kurt Luttenberger (Stmk), Schacht Selma (Wien), Bärbel Staub (OÖ), Petra Stöckl (Tirol), Edgar Wolf (Salzburg)
beratend vom Bundesvorstand: Waltraud Fritz-Klack, Uli Taberhofer

Mandatsprüfung/Zählkommission

Daniela Broll (Tirol), Christine Cech (Wien), Josef Enzendorfer (Salzburg), Georg Fuchs (Stmk), Matthias Koderhold (NÖ), Stefan Krenn (OÖ), Helmut Langmann (Wien), Agnes Mikesch (OÖ), Karin Peuker (Kärnten), Helga Pruckmoser (NÖ), Romana Scheiblmaier (Stmk.)
beratend vom Bundesvorstand: Andreas Fuchs, Rudolf Pruckmoser

Wahlvorbereitungskommission

Brigitte Bauer (NÖ), Liane Buchwitz (Burgenland), Manfred Eber(Tirol), Josef Fehrerberger (OÖ), Margit Kain (OÖ), Franz Kral (NÖ), Gudrun Luschützky (Stmk), Mirko Messner (Kärnten), Werner Murgg (Stmk), Kathrin Niedermoser (Salzburg), Ilse Wanek (Wien), Markus Zingerle (Wien),

(Mehrheitlich angenommen)

4. Impulsreferat Gen. Didi Zach

Nein zum Krieg

Mehrere zehntausend Menschen haben in den letzten Wochen und Monaten in ganz Österreich gegen einen Krieg der Bush-Administration und des Sozialdemokraten Blair im Irak demonstriert. Millionen Menschen sind rund um den Globus auf die Straße gegangen.

In Eisenstadt, in Graz, in Klagenfurt, in Linz und in Salzburg, in Innsbruck und sogar im fernen Vorarlberg gab es teils große Kundgebungen und Demonstrationen. Die Bewegung gegen den Krieg war die größte friedenspolitische Manifestation seit den frühen 80er Jahren, als es in Europa um die Verhinderung der Stationierung der Pershing II und der Cruise Missiles ging.

Fast alle die auf die Straße gegangen sind, waren sich einig: "Kein Blut für Öl". Krieg ist Terror gegen Männer, Frauen und Kinder. Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Für Millionen war und ist klar: Der Krieg wurde nicht für ehrenhafte Zwecke, nicht für die Sicherheit vor Massenvernichtungswaffen oder die Befreiung der irakischen Bevölkerung aus der verbrecherischen Saddam-Despotie geführt. Er wurde und wird geführt, um die Kontrolle der USA über die zweitgrößten Erdölreserven der Welt zu erlangen und um geostrategischer Großmachtinteressen willen - Völkerrecht und die UN-Charta wurden ignoriert.

Bis zum letzten Tag vor der Demonstration wurden die österreichischen Aktivitäten im Rahmen des internationalen Aktionstages für den Frieden in den Medien vollkommen ignoriert. Selbst ein indirekter Demoaufruf des SPÖ-Bundesparteipräsidiums fiel dem Medienboykott zum Opfer.

Geschätzte 30.000 Menschen protestierten am 15. Februar in Wien gegen einen Irak-Krieg, egal ob mit oder ohne UN-Mandat. Beim Stermarch am 22. März, wenige Tage nach Beginn des Krieges, haben erneut 50.000 Menschen aus ganz Österreich für "Stoppt den Krieg", "Ein Ende dem Embargo", welches Hunderttausend irakischen Menschen bereits das Leben gekostet hat, und die „Strikte Einhaltung der Neutralität durch die österreichische Regierung“ plädiert. Zudem wurde eine klare Abgrenzung zum diktatorischen Regime in Bagdad ausgesprochen.

In Wien, darauf will ich mich in meinen kurzen Ausführungen konzentrieren, wurden die großartigen Anti-Kriegsproteste von der Vorbereitungsgruppe des ASF initiiert. Die KPÖ spielte und spielt, das kann ich ohne Übertreibung sagen, eine wichtige Rolle in den Vorbereitungen und beim zu Stande kommen der Demonstrationen. Doch wie war es dazu gekommen?

Beim ESF in Florenz, zudem auch ein Sonderzug mit 500 Personen aus Österreich angereist war, wurde beschlossen, dass die Gründung eines ASF auf die Tagesordnung zu setzen ist, um eine neue Qualität der Vernetzung und Zusammenarbeit fortschrittlicher Gruppen und Menschen in Österreich zu erreichen.

Doch nicht nur die mittelfristige Aktionsfähigkeit im Sinne der Erarbeitung und Durchsetzung sozialer und demokratischer Alternativen in Österreich soll mit dem ASF-Prozess gestärkt werden. Es

gilt hier und heute aktiv zu werden, darin sind sich alle, die im ASF-Prozess aktiv sind, einig. So wurde noch in Florenz vereinbart, dass Anti-Kriegsaktivitäten initiiert werden sollen.

Ich erinnere mich gut an das erste Treffen, welches wir in Wien - kurz vor Weihnachten 2002 - durchgeführt haben. Nicht einmal 10 Leute waren gekommen - doch einig waren wir uns alle, dass wir nicht passiv bleiben wollen, einig waren wir uns, dass eine breite Kooperation politischer Initiativen und Gruppen, in die wir auch religiöse Organisationen einbeziehen wollten, anzustreben ist.

Doch bis zum 15. Februar war es ein langer und schwieriger Weg - stundenlange Diskussionen erforderte es einen Aufruf zu Stande zu bringen, der politisch unzweideutig ist, der Menschen animiert, aktiv zu werden und der unterschiedliche Einschätzungen in Detailfragen hintanstellt, um die große Gemeinsamkeit in den Vordergrund zu stellen. Doch schließlich schaffte es die bunte ASF-Truppe, schafften es die VertreterInnen des katholischen Bereichs, pazifistische FriedensaktivistInnen, irakische Oppositionelle, engagierte Gewerkschaftsfunktionäre von der GdE und der GPA, Greenpeace und ATTAC-AktivistInnen, Grüne und KPÖ einen tragfähige Übereinkunft zu erzielen.

Eine erfolgreiche Großaktionen erfordert finanzielle Mittel, gute Medienarbeit - wobei es keine Garantie auf Berichterstattung gibt - und, das allerwichtigste, eine Vielzahl von AktivistInnen, die sich für die Sache engagieren.

Ende Jänner begann sich die SPÖ-Wien für die Aktivitäten zu interessieren. Eingeladen wurde zu einer Vorberechnung, auf der seitens der SPÖ sehr deutlich klargestellt wurde, dass eine politische und finanzielle Unterstützung an Bedingungen geknüpft wäre, wie z.B. die gloriose Idee, Freda Meissner-Blau (ehemals Präsidentschaftskandidatin der Grünen) und Johanna Dohnal (langjährige SPÖ-Ministerin) als parteiunabhängige Vertreterinnen der Österreichischen Friedensbewegung sprechen sollten. Als Genossin Krieglsteiner und ich, in Absprache mit den Parteigremien, klarstellten, dass über die Frage der RednerInnen auf der Demonstration das Vorberechnungsplenum, an welchem mittlerweile Vertreter von 30, 40 Gruppen teilnahmen, entscheiden müsse, löste dies Verblüffung und Verwunderung bei den SPÖ-lern aus. Um vorwegzunehmen, was ohnedies allgemein bekannt sein müsste. Das ASF-Antikriegs-Vorberechnungsplenum hat den Versuch der Vereinnahmung abgelehnt - die SPÖ hat die Demonstration am 15. Februar nicht unterstützt.

Die Dynamik des Geschehens, die internationale Entwicklung bewirkte, dass vor dem 22. März sowohl der gesamte ÖGB wie auch die SPÖ erkannte, dass ein "Abseits-Stehen" politisch kontraproduktiv werden würde. So gelang es schließlich - ohne Sonderstatus für diese oder jene Gruppierung - am 22. März, unterstützt von knapp 130 Gruppen und Initiativen, 50.000 Menschen erneut zu mobilisieren. Worin liegt nun die Bedeutung dieser zwei großen Demonstrationen in Wien, aber auch der anderen Aktivitäten gegen den Irak-Krieg, an denen wir beteiligt waren?

- Am 15. Februar haben weltweit mehr als 10 Millionen Menschen gegen den

Krieg demonstriert - in Sydney, in Johannesburg, in Damaskus und in Skopje, Budapest, Rom, Berlin, Paris, Madrid - es handelt sich natürlich um eine unvollständige Aufzählung - und in den großen US-Städten gingen die Menschen auf die Straße. Die II. Internationale

hat einst als Aufgabe postuliert - und Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Lenin kämpften entscheiden dafür, dass die ArbeiterInnenbewegung es nicht zu einem Krieg kommen lassen darf. Dann kam der 1. Weltkrieg und fast alle sozialdemokratischen Parteien vergaßen auf die großen Bekundungen und die verabschiedeten Resolutionen. In diesem Licht betrachtet meine ich, hat die globalisierungskritische Bewegung am 15. Februar eine phänomenale Zäsur gebracht.

- Zahlen allein - das gebe ich gerne zu - können zu falschen Schlussfolgerungen verleiten. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass der Zusammenhang zwischen neoliberaler Globalisierung und Krieg, auf welchen dass WSF seit Jahren hinweist, für Millionen Menschen rund um den Globus noch sichtbarer, ja mit den Bomben auf Bagdad quasi sinnlich erfahrbar wurde.

Aktive Friedenspolitik - dies wurde in den letzten Wochen vielen Menschen klar – muss, so Walter Baier in einer Stellungnahme “auch die strukturellen und sozialen Ausbeutungsmechanismen zwischen dem reichen Norden und dem Rest der Welt benennen, kritisieren und Änderungen einfordern. Wer nicht für eine grundlegend andere Welt eintritt, der will auch nicht, dass Fanatismus, Terror und Krieg vom Antlitz unseres Planeten für immer verschwinden.”

Wir - die Millionen Menschen, die protestierten - konnten den Krieg zwar nicht verhindern, doch wir haben dazugelernt.

- In Österreich haben die vielen und intensiven gemeinsamen Diskussionen, das Ringen um umsetzbare politische Vorhaben, die gemeinsame Praxis in der Anti-Kriegsbewegung verdeutlicht, dass in konkreten Fragen eine Zusammenarbeit über weltanschauliche und politische Grenzen hinweg möglich, notwendig und sinnvoll ist. Karl Delfs, Funktionär der GdE, erklärte schon nach dem 15. Februar in der „Volksstimme“, das es gelte, das Gemeinsame über das Trennende stellen, Taten setzen.
- Die KPÖ hatte - das will ich hier nicht verschweigen - trotz aller wichtigen Beiträge, die wir in dieser Bewegung geleistet haben, auch mit Schwächen zu kämpfen. Unsere Mobilisierungsmöglichkeiten wurden - trotz redlicher Bemühungen - nicht ausgeschöpft, zu wenige AktivistInnen mussten zu viele anstehende dringende Aufgaben erledigen, die eigenständige Agitation der KPÖ war mangelhaft, da viel Kraft für die Bewegung verausgabt wurde. Um nicht missverstanden zu werden - ich glaube nicht, dass unser Engagement für die Bewegung falsch war.

Das Wichtigste und Zentrale zum Schluss: Neue Allianzen wurden sichtbar, die Zusammenarbeit mit wichtigen Funktionären der GdE oder der GPA hat den Grundstein gelegt für eine produktive Kooperation gegen Sozialabbau und Pensionsraub der schwarzblauen Regierung.

Wir alle haben anstrengende Wochen hinter uns, anstrengende Wochen stehen uns bevor. So wie wir schon in wenigen Tagen Seite an Seite mit GewerkschafterInnen gegen die Regierungsvorhaben im Pensionsbereich demonstrieren werden, so sollten wir uns auch voller Engagement am ASF vom 29. Mai - 1. Juni in Hallein beteiligen. In diesen Wochen kann sich jede und jeder, kann sich die KPÖ bewähren, kann die KPÖ beweisen,

dass eine Kommunistische Partei gemeinsam mit den Menschen gegen Ausbeutung und Krieg, für soziale Gerechtigkeit und Solidarität einsteht.

Über den gemeinsamen Kampf mit den Menschen in diesem Land wird unsere Glaubwürdigkeit steigen - und so, da bin ich mir sicher, kommen wir auch unserem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft wiederum einen Schritt näher.

5. Impulsreferat Gen. Oliver Jonischkeit

Genossinnen und Genossen! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich kurz fassen. Der Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung am 24.4. einstimmig beschlossen, gegen die von der Regierung geplanten Maßnahmen zur Pensionssicherung, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als die Zerschlagung des Pensionssystems, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen und Abwehrstreiks durchzuführen. Das ist in der Tat einzigartig, einmalig in der Geschichte des ÖGB. Genossinnen und Genossen, wir haben heute einen Programmparteitag, aber es geht auch darum, die Theorie mit der Praxis zu verbinden. Deswegen rufe ich euch auf, an den betrieblichen und öffentlichen Aktionen und Kundgebungen des ÖGB bzw. der Fachgewerkschaften teilzunehmen und diese auch aktiv zu unterstützen.

Das Pensionspaket - aber auch alle anderen geplanten Sozialabbaumaßnahmen - sind ungerechtfertigt. Es geht der Regierung nicht um die Sicherung der Pensionen, sondern um Einsparungen am ohnehin mageren Staatsbeitrag in der Höhe von 1 bis 2 Milliarden Euro pro Jahr ab 2004. Wie es überhaupt in einem der reichsten Länder der Welt nicht die Frage sein kann, ob wir uns den Sozialstaat leisten können, sondern ob wir das wollen. Auch unser Pensionssystem ist finanzierbar, wenn Rationalisierungsgewinner durch Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, wenn Banken, Versicherungen und die anderen Großkonzerne endlich zur Kasse gebeten werden und so wie wir ihre Steuern bezahlen. Nicht nur die Maßnahme zur Pensionssicherung, wobei ja dieser Begriff an und für sich schon eine unglaubliche Lüge ist, sondern der unsoziale Regierungspakt muss als ganzes vom Tisch. Die Gewerkschaft darf auch keine faulen Kompromisse mehr machen. Wir brauchen auch kein sozialpartnerschaftliches Reformangebot, das auch bis Ende September geplant ist.

Genossinnen und Genossen, es liegen uns die Resolution an den ÖGB vom Gen. Schmiedbauer vor, die ich mit einem Zusatz noch kurz vorlesen möchte. Der Zusatz ist auch mit dem Gen. Schmiedbauer abgesprochen. Da geht es um das ASF in Hallein.

Der 32. Parteitag der KPÖ erklärt seine Solidarität mit den Kampfaktionen gegen die Belastungspolitik der Regierung. Wir unterstützen vor allem die konsequente Haltung der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock und aller mobilisierenden Kräfte in den einzelnen Gewerkschaften und Betrieben. Es ist höchste Zeit, dass gegen die Umverteilung von der Arbeit zum Kapital der Widerstand derjenigen mobilisiert wird, von denen alle Werte geschaffen werden. Darum ist auch jedem Versuch der Entsolidarisierung, des Ausspielens einzelner beschäftigter Gruppen gegeneinander, der Volksverhetzung Jung gegen Alt, Gesund gegen Krank, Inländer gegen Ausländer, sowie der verschärften Verdrängung der Frauen aus der normalen Arbeitswelt in flexible Unsicherheit massiv entgegenzutreten.

Wir fordern den ÖGB und die Gewerkschaftsführungen auf, die Aktionen und Kampfmaßnahmen bis zum Erfolg weiter zu entwickeln. Wir erwarten vom ÖGB den

Widerstand auch auf breiter Ebene gemeinsam mit den neu entstandenen sozialen Bewegungen zu führen und fordern ihn auf, aktiv die Gründung des Austrian-Social-Forum in Hallein zu unterstützen.

Wir verlangen eine massive Informationskampagne über die Entwicklung der

Arbeitsproduktivität, der Gewinne von Konzernen und Finanzkapital, sowie der Verteilung der Wertschöpfung.

Wir erwarten vom ÖGB eine Offensive für Alternativen zur gegenwärtigen Finanzierung des Sozialsystems wofür es in den Gewerkschaften und Arbeiterkammern längst genügend fundierte Argumentationen gibt. Z.B. Berechnungen für die Umstellung auf eine Wertschöpfungsabgabe, statt auf die Arbeitskraft bezogenen, Arbeitgeberbeiträge für die Besteuerung von Gewinnen und Kapitaltransaktionen. Nachhaltige Erfolge sind nur dann erreichbar, wenn die Gewerkschaftsführung aufhört, sich mit den Unternehmerorganisationen sozialpartnerschaftlich zu verbrüdern und die doppelzüngigen Scheinargumente von der Arbeitsplatzsicherung durch Lohn- und Sozialabbau zurückweist. Die Trennlinie liegt zwischen Arbeit- und Kapital. Die Gewerkschaftsbewegung entstand in der Erkenntnis dieses Widerspruchs. Sie kann nur erfolgreich weiterbestehen, wenn sie national und international gegen das Kapital und seiner Organisationsformen, Konzerne, Regierungen, EU-Administration, Zentralbanken, WTO, die demokratische Mehrheit der Lohnabhängigen in Bewegung setzt.

Für Arbeit und soziale Sicherheit. Die Delegierten des 32. Parteitags der KPÖ darunter viele BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen.

6. Beschlüsse zu den Impulsreferaten

Gin. Stiefsohn: *Ich danke euch beiden für euren Diskussionsbeitrag. Wie vorher beschlossen, würden diese beiden Resolutionen - Aktuelle Stellungnahme 8 und 10 - zur Abstimmung vorliegen. Wir beginnen mit der Stellungnahme 8 - die Resolution zur aktuellen Situation im Nahen Osten. Wünscht hier jemand das Wort? Moment, der Sellner hat sich am Anfang gemeldet, aber zu was. Das ist erst die Stellungnahme 10. Jetzt machen wir die Stellungnahme 8. Wer ist Contra-Redner?*

Gen. Reiter: Genossinnen und Genossen, ich hätte natürlich auch einen Vorschlag an den Gen. Rizy, aber vielleicht kann man das im Diskussionsbeitrag abklären.

Gin. Stiefsohn: Antragsteller war der Gen. Rizy, will der Gen. Rizy pro-reden?

Gen. Reiter: Also, es gibt, zwei Probleme die ich mit diesem Antrag habe. Ein Problem bezieht sich auf den Absatz in dem vor der Gefahr des Islamismus gewarnt wird. Der Begriff Islamismus entstammt natürlich diverser Denkschulen aus dem Westen, die die Politisierung des Islam ausschließlich als eine Bedrohung des Westens - der westlichen Zivilisation - definieren. Wenn islamischer Fundamentalismus gemeint ist, dann gibt es natürlich keinerlei Differenz mit dem Gen. Rizy. Aber genauso, wie sie den Islam politisieren, politisieren sie auch die anderen Weltreligionen und positionieren sich in den weltweiten globalen Auseinandersetzungen in erster Linie um Krieg und Frieden. Ich glaube, es ist notwendig, für alle fortschrittlichen Bewegungen in der Welt und auch für die kommunistische Bewegung, sich gegenüber dem Islam positiv zu verhalten, insofern als eine Differenzierung auch innerhalb der politischen Strömungen, auch innerhalb dieser nicht zirkulären, also religiösen Bewegung anzustreben. Daher ist die Übernahme dieser Begrifflichkeit von Islamisten, um die Gefahren, die zu Recht in diesem Absatz angesprochen werden, abzulehnen und vor ihnen zu warnen, meines Erachtens verfehlt. Das zweite Problem habe ich mit dem darauffolgenden Absatz. In dem Antrag der GenossInnen Broll, Eber und andere steht auf der zweiten Seite: "Wir sind solidarisch mit der irakischen Bevölkerung, die nun nach dem Sturz Saddam Husseins die volle Souveränität ihres Staates wieder herstellen, die Erdölquellen und andere Reichtümer für sich nutzen und die Staatsgeschäfte in die eigenen Hände nehmen möchte". Das kann ich vollinhaltlich unterschreiben. Das Problem mit der Kommunistischen Partei des Iraks ist zum einen jenes, dass sie weitgehend wohl nur, ohne dass ich natürlich ganz genaue Kenntnisse darüber habe, im Exil bisher existiert hat, zutiefst gespalten ist in Fraktionen und unterscheidet sich dadurch leider negativ von der Kommunistischen Partei Österreichs, dass sie sich in engster Abstimmung mit der PDS, also mit europäischen Linksparteien so positioniert hat in der Vergangenheit, dass sie die Embargopolitik der UNO insoweit unterstützt hat, als sie sie mit dem Sturz von Saddam Husseins verknüpft hat. Was bedeutet, dass sie anerkannt hat, dass die Embargopolitik der UNO - so wie sie gehandhabt wurde und wie sie eigentlich wie man doch summa summarum feststellen muss ein Instrument des Imperialismus war zur Übernahme - in dieser, meines Erachtens, falschen Form unterstützt hat und

schließlich und endlich ihre einzige oder zentrale Hoffnung auf die UNO, als die internationale Instanz für den Wiederaufbau des Irak setzt, was ich ebenfalls für eine falsche Position halte. All dies wird eigentlich abgedeckt durch eine volle Solidarität mit der Kommunistischen Partei des Irak und daher möchte ich das in der Form nicht beschlossen haben.

Mein Vorschlag wäre daher an den Gen. Rizi: Wir ersetzen diesen einen Absatz, durch den Absatz der GenossInnen Eber und andere und streichen den Absatz mit den Islamisten, weil er an sich, meines Erachtens, anders formuliert gehörte.

Gin. Stiefsohn: *Ich bitte euch Genossen, dass ihr euch an die Geschäftsordnung haltet, dass wir 3 Minuten haben und jetzt nicht gleich eine 5minütige Wortmeldung abgibt. Wer möchte pro-reden für diese Resolution? Du willst pro-reden.*

Gen. Baier: Liebe Genossinnen und liebe Genossen, zunächst einmal unterstütze ich den Abänderungsvorschlag, der sich aus der Wortmeldung des Gen. Reiter ergeben würde. Das man nicht von Islamismus, sondern vom islamischen Fundamentalismus spricht, weil wir uns ja nicht nur gegen den islamischen Fundamentalismus, sondern alle Arten des religiösen und natürlich auch des christlich-katholischen Fundamentalismus aussprechen.

Das zweite aber nun, was die Kommunistische Partei des Iraks betrifft. Ich möchte euch sagen, liebe Genossinnen und Genossen, das ist mir absolut unverständlich und vielleicht ist es auch unangemessen, dass der Parteivorsitzende jetzt in so einer Einzelfrage vor einem Referat Stellung nimmt.

1) Die Kommunistische Partei des Iraks ist in den 80iger Jahren in einer blutigen Weise vom Saddamregime verfolgt worden. Das Saddamregime wadet knöcheltief im Blut der irakischen Linken und der irakischen Kommunistinnen und Kommunisten. Daher war die Position der irakischen Kommunistinnen und Kommunisten eine die sich gegen dieses Regime ausgesprochen hat. Das war auch die Position, die die Friedensbewegungen eingenommen haben. Aber es hat keinen Zeitpunkt gegeben, in dem die Irakische Kommunistische Partei sich für den Imperialismus oder für den imperialistischen Krieg ausgesprochen hätte. Die irakischen Kommunistinnen und Kommunisten haben z.B. auf der Friedensbewegung in Wien gesprochen, sich gegen diesen Krieg ausgesprochen. Das im Bewusstsein dessen, dass dieser Krieg ein ungerechter, ein imperialistischer, ein völkermörderischer ist. Selbst, wenn er sich gegen ein diktatorisches Regime richtet, das diese Partei verfolgt. Ich habe vor 4 Wochen eine Aussprache mit einem Mitglied des politischen Büros der Irakischen Kommunistischen Partei gehabt und ich frage, wenn Polbüro-Mitglieder oder Genossinnen und Genossen aus einer anderen Partei kommen einmal grundsätzlich nicht nach, ob er dieser oder jener Fraktion angehört. Aber das war ein kämpferischer Mensch und das war vor allem ein Mensch, der die menschenverachtenden Konsequenzen des Embargos für die irakische Bevölkerung, weil das Regime ist ja nicht Opfer des Embargos gewesen, sondern die Menschen sind Opfer des Embargos, beim Namen genannt hat. Vielleicht ist es sogar nicht so wichtig, ob in einer Resolution unseres Parteitages die Irakische KP vorkommt. Aber der Gen. Rizi hat diese Resolution deswegen so abgefasst, weil in den letzten Tagen aus der Illegalität die Irakische KP ein Büro in Bagdad eröffnen konnte und nicht unter Unterstützung der US-amerikanischen Besatzungsbehörde, sondern gegen diese US-amerikanische Besatzungsbehörde und weil die erste Zeitung, die in Bagdad in den letzten Tagen überhaupt erschienen ist, die Zeitung der Kommunistischen Partei gewesen ist. Ich muss euch sagen, Genossinnen und Genossen, wenn der Parteitag der KPÖ nicht im Stande ist, die Solidarität mit einer

kommunistischen Partei auszusprechen unbeschadet dessen, ob man mit dieser oder jener Nuance in dieser kommunistischen Partei einverstanden ist, dann würde ich sagen, wäre es wirklich ein Armutszeugnis für unsere Partei. Daher spreche ich mich aus, die Resolution des Gen. Rizy und der Bezirksorganisation Favoriten - mit der Abänderung was den Islamismus betrifft - heute

zu beschließen.

Gin. Stiefsohn: *Hast du jetzt einen Geschäftsordnungsantrag oder nicht? Bitte.*

Gen. Langmann: Genossinnen und Genossen, ich möchte kurz einen Geschäftsordnungsantrag formulieren. Die Antragskommission hat einen von zwei vorliegenden Texten zum Irak als Beschlussvorlage ausgewählt. Ich bin der Meinung, dass der zweite Text, der bestimmte Dinge nicht benennt, aber ansonsten sich nicht mit der anderen widerspricht, ebenso gemeinsam mit der erstausgewählten als Resolution angenommen werden kann und - im Sinne der Diskussion dieser Probleme, im Sinne der einheitlichen Politik der Partei in dieser Frage - auch angenommen werden soll. Ich stelle also den Geschäftsordnungsantrag, diesen bis jetzt bestehenden Antrag in die Form der Resolution umzuwandeln und mit dem Erstantrag, für den der Walter Baier gerade gesprochen hat, zu beschließen.

Gin. Stiefsohn: *Könntest du benennen um welche es geht. Es gibt mehrere Anträge zum Irak.*

Gen. Langmann: Ich habe die aktuelle Stellungnahme grün 9 gemeint.

Gin. Stiefsohn: *Ich bringe diesen Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung ob wir die aktuelle Stellungnahme 9 in eine Resolution umwandeln und sie gemeinsam mit der anderen vorliegenden Resolution mit zur Abstimmung bringen wollen. Wer für diesen Geschäftsordnungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Karte? Wer ist gegen diesen Antrag?*

*Wir stimmen den Antrag 9 jetzt gemeinsam mit dem Antrag 8 ab. Ich bringe beide zur Abstimmung. Wer ist für die Annahme beider Anträge als Resolutionen? Wer ist dagegen? **Damit sind beide angenommen.***

Als Nächstes wollen wir die Aktuelle Stellungnahme 10 als Resolution mit dem Ergänzungsvorschlag, wie ihn der Gen. Jonischkeit zum ASF gebracht hat, zur Abstimmung bringen. Möchte hier jemand das Wort ergreifen?

Gin. Antlanger: Gen. Jonischkeit hat diesen Streikbeschluss des ÖGB ausführlich beschrieben. Allein ich glaube es erst, wenn tatsächlich im ersten Betrieb gestreikt wird. Der ÖGB hat jahrzehntelang wirklich gekonnt praktiziert, zwar Streikdrohungen auszusprechen, aber niemals umzusetzen. Ich denke da nur an den Handel, wenn es um den 8. Dezember gegangen ist. Da hat es jahrelang geheißen Streikdrohungen stehen im Raum. In den letzten Jahren dieser Streikdrohungen hat die kein Mensch mehr ernst genommen. Mittlerweile gibt es auch zum 8. Dezember keine Streikdrohungen mehr. Wenn ihr die Homepage des ÖGB in den letzten Tagen, Wochen verfolgt habt, da sind immer diese Berechnungsbeispiele gebracht worden, wie viel dieser Angriff der blauschwarzen Regierung auf die Pensionen, wie viel Prozent Verlust das anhand von Beispielen den Menschen bringen würde. Da hat es immer wieder Beispiele gegeben, wo von der Höchstbemessungsgrundlage

ausgegangen wurde. Ich arbeite in einem Bereich, Gesundheits- und Sozialbereich, wo jetzt der Kollektivvertrag, erstmals ein neuer Kollektivvertrag, kurz vor dem Abschluss steht. Er soll jetzt noch im Mai oder Juni unterzeichnet werden. Da haben die drei Gewerkschaften, die diesen Kollektivvertrag für 40.000 Beschäftigte verhandelt haben, es tatsächlich geschafft, ein Gehaltsschema

auszuhandeln, nach dem es nicht möglich ist- egal wie lange die Menschen arbeiten, egal in welcher Gehaltsgruppe und wenn sie bis 70 Jahre arbeiten im selben Betrieb - niemals die Möglichkeit haben werden - egal ob Putzfrau oder Akademikerin - dass man jemals überhaupt die Höchstbemessungsgrundlage erreicht. Nicht einmal nach 45 Versicherungsjahren. Wenn Gewerkschaften hergehen und heute große Branchenkollektivverträge aushandeln, die nicht einmal in den höchsten Verwendungsgruppen das Erreichen einer Höchstbemessungsgrundlage ermöglichen - das ist nur mehr den Geschäftsführern mit Sonderverträgen faktisch möglich - dann frage ich mich, wie halbherzig diese Kampagne eigentlich ist, wenn sie ihre Rechenbeispiele auf der Homepage haben. Mann 49 Jahre alt, Höchstbemessungsgrundlage die letzten 15 Jahre. Bitte diese Zeiten sind passé. Daher möchte ich diese Resolution unterstützen. Insbesondere denke ich ist wichtig - was die Resolution betrifft - wo der Gen. Schmiedbauer auch darauf hinweist, dass es um die Wertschöpfungsabgabe geht. Das ist etwas, was vielen Kolleginnen und Kollegen kein Begriff ist. Sie haben es zwar hin und wieder gehört. Ich denke mir, das ist etwas, was wir sehr genau erklären müssen. Ich habe gestern mit dem Sozialversicherungsexperten der Arbeiterkammer Oberösterreich gesprochen. Der hat mir gesagt, natürlich wäre die Wertschöpfungsabgabe das Mittel der Wahl, aber sie haben jetzt innerhalb der Gewerkschaft 10 Jahre gebraucht, dass sie überhaupt diesen Begriff in dem einen oder anderen Papier verschämt erwähnen dürfen. Das war innerhalb der SP bisher nicht einmal gestattet.

Gin. Stiefsohn: *Ich bringe jetzt die Resolution Aktuelle Stellungnahme an den ÖGB mit dem Zusatzantrag vom Gen. Jonischkeit zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Karte? Wer ist dagegen?*

Damit haben wir die Resolution beschlossen.

Ich möchte nur kurz eine Durchsage machen. Der Gen. Nowotny von der Josefinengasse soll zum Parteitage sekretariat kommen, die Gin. Stöckl sucht ihn wegen eines Antrages. Wir würden vorschlagen, weil sich das nicht ausgehen wird jetzt. Wir haben vorgesehen die Mittagspause ab 13.30 Uhr zu machen. Es ist jetzt 13.10 Uhr. Wenn man die Referate vorher macht und dann erst das Essen, dann geht das hier mit der Organisation nicht.

Deswegen schlagen wir vor, die Mittagspause vorzuziehen und jetzt zu machen. Aber bevor wir in die Mittagspause gehen, haben wir als Diskussionsleitung noch einen Vorschlag. In Respekt dem, was der Gen. Hobek gesagt hat, dass am Anfang der Plenardiskussion Menschen aus den Betrieben reden sollen, wo es auch schon konkrete Vorhaben und eventuell auch Beschlüsse zu Streiks gibt, dem wollen wir Rechnung tragen und wir schlagen vor und ich möchte das jetzt noch sagen und die Betroffenen wissen das jetzt noch nicht, aber sie sollen uns einfach sagen, ob sie damit einverstanden sind, dass sie am Anfang dran kommen, vorschlagen, da der Gen. Hobek selbst einer davon ist. Das der Gen. Wieser für die Eisenbahner spricht und uns erzählt was dort ist. Das der Gen. Adi Becker für die Wiener Linien spricht, weil die haben auch schon einen Beschluss. Die Gin. Stadler war bei einer Versammlung von 150 GPA BetriebsrätInnen, wenn ich mich jetzt nicht täusche, ist

der Vorschlag. Es geht darum, dass wir konkret Bereiche vorstellen, wo es jetzt Beschlüsse gibt. Es tut mir leid, dass die Eisenbahner und Verkehrsbetrieblere Männerdomänen sind. Aber ich würde es trotzdem

sagen, dass wir es im Sinne des Reißverschlussprinzips machen. Aber das diese 4 sozusagen am Anfang dran kommen. Gibt es von eurer Seite her ein Problem. Können wir das beschließen. Dann bitte ich euch um Zustimmung?

Damit haben wir das geklärt. Wenn wir einmal in eine Plenardiskussion kommen, wer die ersten Rednerinnen und Redner sind. Ich wünsche euch einen guten Appetit. Gegessen wird im Saal. Mittagspause machen wir bis 14.15 Uhr.

Um 14.15 Uhr treffen wir uns hier zu den Referaten.

Gin. Ambrosch: *Wortmeldungen können nach Abschluss der Referate abgegeben werden. Weiters haben wir vormittags beschlossen, dass die ersten Wortmeldungen jener aus den betrieblichen Bereichen zum ÖGB-Streikbeschluss sind, die wir namentlich am Vormittag auch schon genannt haben. Für die Nachmittagsdiskussion hat sich Gen. Sellner zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.*

Gen. Sellner: Liebe Genossinnen und Genossen. Die Zeiten und die Redezeiten sind auf dem Parteitag, der plenar abläuft, relativ kurz. Ich hätte aus diesem Grund einen Vorschlag zum Tagungsablauf, der mir erst jetzt in der Pause beim Studium und der Durchsicht unseres Programms gekommen ist, vor allem was die pflichtigen Referate anlangt. Wir haben eine Änderung beschlossen, dass es zwei Hauptreferate gibt. Das eine über die Thesen, die Manfred Groß formuliert hat und das andere über das Steirische Landesprogramm. Dadurch ist, meiner Meinung nach die Möglichkeit, dass man sich den zweiten Punkt - wo zweimal über das Steirische Landesprogramm referiert wird - zeitlich einspart. Ich habe aus dem Grund auch mit dem Gen. Parteder gesprochen und ihm den Vorschlag gemacht und gefragt, ob es nicht möglich wäre - als Geste an den Parteitag und unsere Zeit auf diesem Parteitag - seinen Beitrag dann entsprechend zurückzunehmen und sich in der Diskussion zu melden, weil es auch nicht ganz einsichtig ist, als Geste nämlich auch gegenüber den anderen Bundesländern und den anderen Organisationen, gewerkschaftlichen Gruppierungen usw., die sich auch mit dem Programm beschäftigt haben. Diesen Vorschlag möchte ich euch hier vorlegen. Wie gesagt, das Gespräch mit dem Gen. Parteder war auf der sachlichen Ebene genauso wie ich es berichtet habe. Ich will nicht im Plenum reden über die Schmähebene oder die Spaßebene, die auch immer wieder einkehrt. Ich würde alle Genossinnen und Genossen bitten - abgesehen jetzt von meinem Vorschlag zur Straffung, zu dem vielleicht noch der Gen. Parteder selber auch etwas sagen kann - dass wir alle miteinander sehr diszipliniert sind. Weil, dann bleibt auf der Spaßebene über, dass an Gesten auf dem Parteitag ohnehin nur eine sinnvoll wäre, nämlich der Rücktritt des Gen. Baier. Und auf der nächsten Spaßebene wäre dann irgend etwas anderes üblich. Ich glaube, dass ist unsere Partei sich selber schuldig, dass sie einigermaßen in Achtung, Selbstachtung und in Achtung voneinander an diesem Parteitag und seine Arbeit geht. Glück auf.

Gen. Parteder: Ich nehme den Vorschlag des Gen. Sellner sehr ernst und ich werde versprechen, dass ich mich kurz fassen werde. Meines Wissens spricht der Gen. Graber zu den Thesen und ich zum Steirischen Landesprogramm. Die Gin. Pacher ist auf 10-15 Minuten vorbereitet und der Gen. Baier auf 25-30 Minuten. Ich glaube, wir können daher eine sehr interessante und niveauvolle Diskussion abführen.

Gen. Ambrosch: *Damit kann ich den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung bringen. Der Geschäftsordnungsantrag lautete auf das zweite steirische Referat zugunsten der Plenardiskussion zu verzichten. Wieso kann man das nicht abstimmen? Gut, es bleibt so,*

wie der Gen. Parteder das zusammengefasst hat, abgehalten. Ich sage nur dazu, der Graber ist der letzte von den vier Rednern. Nach dem Referat vom Gen. Graber trifft sich die Mandatsprüfungskommission. Dann bitte ich als ersten Walter Baier um sein Referat.

7. Referat Gen. Walter Baier

Liebe Genossinnen und liebe Genossen und lieber Reinhart. Nicht im Spaß und nicht im Ernst, der Vorsitzende wird nicht zurücktreten, sondern den Versuch unternehmen, in die Rolle des Manfred Groß zu schlüpfen, der aus den bekannten Gründen an der heutigen Sitzung unseres Parteitages nicht teilnehmen kann. Das ist begreiflicherweise nicht einfach. Manfred Groß hat im Auftrag des Bundesvorstandes übernommen, nachdem die programmatische Debatte entlang der Thesen und des Steirischen Landesprogramms und der anderen programmatischen Dokumente unserer Partei in eine Sackgasse geraten ist, die Gemeinsamkeiten der eingereichten und diskutierten Papiere zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen. Ich habe mit Manfred Groß vergangenen Samstag sehr ausführlich über sein Referat gesprochen. Ich kenne einige seiner Absichten.

Die erste Absicht, die Manfred Groß mit der Vorlage dieses Papiers verfolgt, besteht darin, unseren Parteitag eine Plattform zu geben, die die inneren Debatten in Richtung nach außen gerichteter Politik und Stellungnahmen drängt und profiliert. Das heißt, wir diskutieren die Fragen des Selbstverständnisses und der Aktionsorientierung nicht in erster Linie auf dem Hintergrund der internen Verständigung, sondern im Angesicht der Notwendigkeit in einer neuen politischen Situation auf neue Fragen in der Öffentlichkeit Antwort zu geben.

Und die zweite Intension des Manfred Groß besteht darin, die KPÖ als eine Partei der Arbeiterklasse vorzustellen. Das heißt, einer Arbeiterklasse, die die klassischen Kernschichten verbindet mit den neuen Schichten der Klassen, denen, die unter neuen technologischen und arbeitsorganisatorischen Bedingungen arbeiten. Das heißt, der Frauen, die jetzt von der Regierung damit konfrontiert werden, auch im günstigsten Fall keine Pension zu bekommen, die ihnen ein selbständiges Leben ermöglicht. Arbeiterklasse, das bedeutet auch MigrantInnen, die jetzt von der österreichischen Bundesregierung bescheinigt bekommen, dass die in Wien durchgesetzte Regelung eines eingeschränkten kommunalen Wahlrechtes nicht akzeptiert wird, die also weiter gleichen Rechten ent schlagen sein sollen. Partei der Arbeiterklasse bedeutet: Partei der Prekärbeschäftigten, die, wenn die Pensionsreform Wirklichkeit werden würde, zu großen Teilen überhaupt keine Ansprüche erwerben könnten. Und schließlich bedeutet Partei der Arbeiterklasse auch Partei der Arbeitslosen zu sein, die gerade jetzt damit konfrontiert sind, dass die Notstandshilfe zur Sozialhilfe umgewandelt wird und damit unterhalb der Existenzgrundlage ihr Leben fristen müssen. In diesem Sinne geht es um Positionsbestimmung. Es ist wichtig, dass wir auf unserem Parteitag die zwei politischen Hauptfragen vor denen nicht nur die Kommunistische Partei und die Linke, sondern vor der alle Menschen stehen auf den Punkt gebracht haben. Nämlich einerseits der neoliberal geprägte Vorstoß soziale Errungenschaften abzubauen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, die Grundversorgung zu privatisieren. Von der Post bis zur Bildung sie dem Profitdiktat zu unterwerfen und gleichzeitig die Rückkehr des Krieges als Mittel imperialistischer Politik. Wir haben einen Krieg im Irak erlebt, der ein Krieg gegen das Völkerrecht, gegen die UNO, also gegen jene Formen der internationalen Politik gewesen ist, die sich nach dem Sieg des Faschismus in den 40iger Jahren und danach entwickelt haben. In beiden

Aspekten - Neoliberalismus und imperialistischer Krieg - geht es um die uneingeschränkte Herrschaft.

In einem Fall um uneingeschränkte Herrschaft gegenüber den Grenzen der Profitmacherei, die dem Kapital in den letzten Jahrzehnten durch den Kampf der

Im anderen Fall um die Sprengung der Grenzen, die dem Kapital durch das Völkerrecht auferlegt sind. Hier und in diesen beiden entscheidenden Fragen muss sich meines Erachtens kommunistisches Selbstverständnis bewähren. Darüber müssen wir auf diesem Parteitag sprechen. Gegen den Krieg und den neoliberalen Sozialabbau hat sich glücklicherweise eine sehr breite und vielfältige Bewegung entwickelt. Was ist aber das Ausschlaggebende für die Kommunistinnen und Kommunisten? Im von Manfred Groß verfassten Papier heißt es dazu: "Kommunistinnen und Kommunisten können sich nicht mit dieser kapitalistischen Realität abfinden. Sie stellen im Sinne einer humanen Gesellschaftsperspektive die Systemfrage und richten ihren Kampf nicht nur gegen die unmenschlichen Auswirkungen und Verschärfungen, sondern gegen das System selbst. Das ist der Kernpunkt kommunistischen Selbstverständnisses - die Systemfrage zu stellen. Sich nicht gegen diese oder jene Auswirkung des kapitalistischen Systems alleine zu wenden, sondern das kapitalistische System als Ganzes in Frage zu stellen. Und hinsichtlich dieser Systemfrage Genossinnen und Genossen stehen wir heute in einer neuen Realität. Es sind, nämlich nicht nur mehr die Kommunistinnen und Kommunisten, die über die Systemfrage debattieren. Weltweit hat sich eine Massenbewegung gegen die kapitalistische Globalisierung entwickelt. Die Landlosen in Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas, das Volk von Venezuela, die Leute von Seattle und Genua, die zu Hunderttausenden gegen die kapitalistische Globalisierung und die internationalen Finanzinstitutionen demonstriert haben. Sie alle bilden eine Bewegung, die bewusst oder unbewusst die Frage der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System auf die Tagesordnung stellt. Genau in dieser Auseinandersetzung - um den Charakter des kapitalistischen Systems - muss kommunistische Politik sich bewähren.

Was bedeutet der 15. Februar für unsere Partei? Weltweit haben in 650 Städten mehr als 20 Millionen Menschen gegen den imperialistischen Krieg der USA im Irak demonstriert. Wenn wir heute z.B. über den Ausverkauf der Post und anderer öffentlicher Dienstleistungen debattieren und dagegen demonstrieren, wenn wir gegen das GATS, das Liberalisierungsabkommen der Dienstleistungen mobilisieren, wenn wir gegen das cross-border-leasing mobilisieren, das heißt, die neue Methode mit der öffentliche Infrastruktur privatkapitalistischer Spekulation untergeordnet werden sollen, dann sind das alles Fragestellungen, die in einem unmittelbaren weltweiten kapitalistischen Zusammenhang zu sehen sind.

Wofür steht also die KPÖ in diesen und in anderen konkreten Kämpfen? Was bedeutet es, die Systemfrage tatsächlich praktisch zu stellen. Es ist davon die Rede, dass die KPÖ eine nützliche Partei werden soll. Was sonst, liebe Genossinnen und Genossen. Aber was bedeutet nützlich sein in der heutigen weltweiten Situation und unter den Bedingungen des heutigen Klassenkampfes. Wir sind eine nützliche Partei, wir sind eine kämpferische Partei. Wir wollen eine revolutionäre Partei sein, wir wollen unseren Nutzen gerade für diejenigen Menschen entwickeln, die sich im Gegensatz zum kapitalistischen System stellen, für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte darstellt. Ich bin auch dafür, die arbeitenden Menschen so zu

nehmen wie sie sind. Aber wir sollen die unterschiedlichen Aufgabenstellungen in unserer Politik nicht miteinander in Gegensatz bringen. Es geht auch darum, die arbeitenden Menschen, wie in der Hainfelder

Prinzipienerklärung der Sozialdemokratie formuliert, mit sozialistischem Bewusstsein zu erfüllen. Die Kommunistische Partei ist auch eine Partei, die zur Selbstveränderung aufruft. Wir sind auch dazu aufgerufen, uns mit ausländerfeindlichen, frauenfeindlichen oder frauenverächtlichen Haltungen in der Arbeiterklasse, wenn sie auftauchen, kritisch auseinander zu setzen. Also, nützliche Partei zu sein, kommunistische Partei zu sein bedeutet - und Lenin hat das auch so formuliert - umfassende Enthüllung, umfassenden Gegensatz zum kapitalistischen System darzustellen. Eine solche Partei soll unsere Partei werden.

Bei Manfred Groß liest sich das im Text über - wo führt die KPÖ - folgendermaßen: "Die KPÖ ist parteiisch wenn es um die Interessen der Lohnabhängigen und der sozial Benachteiligten, der Diskriminierten und Ausgegrenzten geht. Sie übt aktive Solidarität mit jenen, die dies am dringendsten bedürfen, weil sie sich nicht selbst artikulieren können. Die KPÖ macht nicht nur Politik im herkömmlichen Sinn, sie praktiziert einen Humanismus der Tat". Das ist, meiner Meinung nach, eine sehr treffende Formulierung über den Charakter und die Aufgabenstellung unserer Partei. Aber es gibt noch einen anderen wichtigen Punkt, der im Papier des Gen. Groß sehr treffend ausformuliert ist. Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit der Frage "Rechtsentwicklung und Scheitern des Reformismus". Theoretisch gesprochen lautet die Frage: Wie schaut das System des heutigen neoliberalen Kapitalismus aus? Groß charakterisiert in diesem Kapitel zwei für unsere Zukunftsperspektiven entscheidende Fragestellungen:

1) Die Entwicklung des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus. Ich stimme nicht denjenigen, vor allem sozialdemokratischen Kommentatorinnen und Kommentatoren zu, die behaupten, das Problem des Rechtsextremismus sei mit dem wahlpolitischen Rückgang der Freiheitlichen Partei erledigt. Das Gegenteil ist der Fall Genossinnen und Genossen. Was vor 20 Jahren von Neonazi-Gruppen wider Aktion neuer Rechter zum politischen Programm erhoben wurde, was vor 10 Jahren von der Freiheitlichen Partei zum Gegenstand eines ausländerfeindlichen Volksbegehrens gemacht worden ist, das ist heute Programm der ÖVP und der von ihr geführten Bundesregierung. Das bedeutet, dass ein Zusammenhang zwischen dem Neoliberalismus, dem Rechtsextremismus und dem Rechtspopulismus besteht, über den wir reden müssen. Groß schreibt: "Diese Parteien, nämlich die konservativen Parteien, segeln gewissermaßen im Wind der neoliberalen Politik, die im Kern auf unsoziale, undemokratische und ausgrenzende Maßnahmen gerichtet ist. Diese Politik des Neoliberalismus, sie ist im Kern sozialdarwinistisch, also durch Entsolidarisierung durch das Recht des Stärkeren und durch das Ausleseprinzip gekennzeichnet. Genau diese Elemente des Neoliberalismus, des Sozialdarwinismus, der Rassismus der Tüchtigen und Anständigen, das ist der Boden, auf dem der Rechtsextremismus und der Rechtspopulismus gedeiht und es ist eine Verpflichtung von Kommunistinnen und Kommunisten, sich damit auf allen Ebenen, auch auf der kulturellen und politischen, auseinander zu setzen.

Genossinnen und Genossen, noch dringender als die Charakterisierung des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus ist doch die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und den Grünen. Können wir über heutige Politik reden, ohne den Reformismus zu kritisieren. Wenn wir als Kommunistinnen und Kommunisten

den Anspruch erheben, die Systemfrage zu stellen, wenn das tatsächlich der Punkt ist, an dem wir uns von allen anderen unterscheiden, dann müssen wir das deutlich machen und aussprechen. Denn ganz gleich ob der Sozialabbau von einer schwarz/blauen

Regierung in Österreich durchgezogen wird oder von einer rosa/grünen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland, die Folgen für die Menschen sind die selben. Deswegen charakterisiert das Groß-Papier Grüne und Sozialdemokraten - meinem Dafürhalten nach - durchaus zutreffend. Sozialdemokraten und Grüne haben sich ihrerseits mit den Grundtendenzen der heutigen Kapitalismusedwicklung und damit mit dem System an sich abgefunden. Statt ernsthafte Alternativen zu entwickeln passen sie sich an. Wir erleben es ständig. In der Pensionsreform. Der Eiertanz des Alfred Gusenbauer in der Pensionsreform hängt nicht damit zusammen, dass sich die im SP-Präsidium nicht einigen konnten auf ein Papier. Sondern er hängt damit zusammen, dass auch die Sozialdemokratische Partei die Eckdaten und die Grundbehauptungen der antisozialen Politik der konservativen und der Rechtsextremen in der österreichischen Regierung teilt. Nämlich die Behauptung, dass wir uns die Altersversorgung nicht mehr leisten können. Das ist deswegen so, weil auch die Sozialdemokraten und die Grünen nicht über die gestiegene Arbeitsproduktivität in den letzten Jahrzehnten reden, nicht über die Verteilungsfrage, die die Grundlage dafür bildet, dass aus der Sicht des Kapitals die sozialen Sicherheitssysteme nicht mehr finanzierbar sind. Der Reformismus, der Versuch das kapitalistische System mit Reformen auszubessern, ohne es selbst in Frage zu stellen, wird angesichts der realen Entwicklung immer mehr zur Farce, steht im Groß-Papier. Mehr noch: durch die Beteiligung reformistischer Parteien an unsozialen Maßnahmen wird der Begriff der Reformen in sein Gegenteil verkehrt, in die Zerstörung der sozialen Grunderrungenschaften.

Was bedeutet diese Krise, diese Farce des Reformismus für die langfristige Politik unserer Partei. Ich glaube, das wichtigste in diesem Zusammenhang ist, dass wir erkennen, dass die Krise des Reformismus nicht dadurch entsteht, dass in unserer Gesellschaft zu wenig Werte oder zu wenig Reichtümer produziert würden. Im Gegenteil: Die Krise des Reformismus entsteht dadurch, dass in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften über die Jahrzehnte zu viel Reichtum produziert wurde und dieses Zuviel an Reichtum einseitig vom großen Kapital angeeignet werden konnte, was zu diesem exorbitanten Zuwachs der Macht, des Einflusses und letztlich auch Brutalität des Großkapitals geführt hat.

Wofür steht dann die KPÖ? Die KPÖ steht für zweierlei. Sie steht für Reformalternativen, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Erhalt, den Ausbau und die Demokratisierung des öffentlichen Eigentums, für einen progressiven Sozialstaat, einen öffentlichen Beschäftigungssektor, Umverteilung, die Aufhebung geschlechtsspezifischer Benachteiligungen und gleiche Rechte aller hier in Österreich lebenden Menschen. Gerade aus dieser Perspektive glaube ich, Genossinnen und Genossen, ist im Papier der steirischen Genossen, der Antragsteller, das sie als einen Gegenantrag bezeichnet haben, ein wertvolles Problem enthalten. Nämlich die Auflistung derjenigen reformpolitischen Alternativen, für die die Kommunistinnen und Kommunisten stehen. Ich denke, dass unser Parteitag gut daran tut, wenn er über die Fragen des Selbstverständnisses debattiert, auch diese Fragen der Reformalternativen mitzudenken und mit in eine Beschlusslage hineinzunehmen.

Ich möchte daher vorschlagen, dass der aktionspolitische Teil dieses Gegenantrages zum Ergänzungsantrag für das Groß-Papier wird und diese beiden Papiere dann in ihrer Gemeinsamkeit und als eine Einheit abgestimmt werden.

In der Begründung des steirischen Papiers steht, es zeichne sich im aktionspolitischen Teil dadurch aus, dass es die Fragen herausgreift, über die in unserer Partei Übereinstimmung besteht. Das stimmt zu großen Teilen. Das stimmt in einer Hinsicht nicht. Es stimmt in der Hinsicht nicht, dass wir einer Meinung darüber wären, dass die KPÖ in der jetzigen Situation die Frage des Austritts aus der Europäischen Union als vorrangige aktionspolitische Orientierung feststellen soll. Ich hielte das für einen politischen Fehler. Nicht nur, weil wir jetzt in Zeiten der EU-Osterweiterung leben, wie differenziert die Frage der EU-Mitgliedschaft in osteuropäischen Staaten und auch von den meisten linken und kommunistischen Parteien gestellt wird. Auch nicht deswegen, weil es vielleicht jetzt oder in einiger Zeit bei Meinungsumfragen keine Mehrheit für einen EU-Austritt geben würde. Sondern ich hielte das deswegen für einen Fehler, weil es in der jetzigen Situation vor allem darauf ankommt in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Kapitalismus die Gemeinsamkeit, die internationale Gemeinsamkeit der verschiedenen sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der linken Parteien im Widerstand gegen den neoliberalen Sozialabbau herauszuarbeiten. Das Europäische Sozialforum, die Foren, in denen die linken Gewerkschaften für gesamteuropäische soziale und ökologische Standards auftreten, das alles sind wichtige Bezugspunkte für unsere Politik. Deswegen ist es auch keine Abschwächung unserer EU-Kritik, wenn wir die Frage des EU-Austritts nicht in den Mittelpunkt unserer Argumentation stellen, sondern es ist sogar eine Zuspitzung. Nämlich die internationalistische Zuspitzung darauf, dass der Kampf gegen das Großkapital im europäischen Maßstab auch in europäischer Solidarität der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der linken Parteien geführt werden muss. Daher schlage ich vor, wenn wir diese Erweiterung des Antrages des Gen. Groß bzw. des Bundesvorstandes vornehmen, wir die Formulierungen, die wir in unserer Wahlplattform über das Offenhalten der Option des EU-Austrittes hineinnehmen und nicht die Austrittsformulierung.

Jetzt aber zu einer Hauptfrage, die von Gen. Groß aufgeworfen worden ist. Ein in den letzten Monaten der KPÖ beigetretener Kärntner Genosse ist leider heute nicht anwesend, ich habe aber mit ihm in den letzten Wochen und Monaten bevor er der Partei beigetreten ist sehr lange diskutiert, hat eigentlich immer wieder folgende Frage gestellt: Warum heißt ihr eigentlich Kommunistische Partei? Wäre nicht alles viel einfacher, wenn die Kommunistische Partei ihren Namen ändern würde? Wer in der Öffentlichkeit steht, wird bestätigen, dass diese Frage oft gestellt wird. Und ich, Genossinnen und Genossen, bin der Meinung, dass wir auf diese Frage ganz einfach und simpel sagen sollen, die Kommunistische Partei heißt Kommunistische Partei, weil ihr gesellschaftspolitisches Ziel, der Kommunismus ist. Das bedeutet, wie es im Groß-Papier heißt, dass im Namen unserer Partei der gesellschaftspolitische Anspruch enthalten ist. Wir haben diesen Namen ohne Rücksicht auf Konjunkturen beibehalten. Kommunismus bedeutet, das Ziel der klassenlosen und von Patriarchat, Klassengesellschaft, Klassenunterdrückung befreien, Gesellschaft zu proklamieren. Ich bin der Meinung, dass es richtig und notwendig ist, in Fragen unseres Selbstverständnisses diese Formulierung immer wieder zu verwenden. Die Kommunistische Partei ist aber keine theoretische und abstrakte Größe, sondern sie ist eine reale geschichtliche Bewegung. Daher, stehe ich auf dem Standpunkt, dass

wenn wir über unser Selbstverständnis reden, wir auch über die Geschichte unserer Partei Bemerkungen machen müssen. Bei Groß liest sich das dann so: Die kommunistische Bewegung hat, wie keine andere, das 20. Jahrhundert geprägt. Die sozialistische Oktoberrevolution hat ein neues Zeitalter eingeleitet. Der entscheidende Beitrag der Sowjetunion und von Millionen Menschen

verschiedenster Nationalität zur Zerschlagung des Faschismus in Europa bleibt eine große historische Leistung. Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind stolz auf die Beiträge, die unsere Bewegung zur Bewahrung des Friedens und im Kampf gegen den Kolonialismus und Faschismus geleistet hat. Kommunistinnen und Kommunisten haben weltweit in zahllosen Kämpfen am sozialen Fortschritt mitgewirkt. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir dieses geschichtliche Selbstbewusstsein in der Frage unseres Selbstverständnisses aufgreifen.

Aber Genossinnen und Genossen, wir finden bei Genossen Groß oder beim Papier des Bundesvorstandes auch folgende Formulierung: Wir haben aus der Geschichte unserer Bewegung bittere Lehren ziehen müssen. Dazu gehört die Geschichte des Stalinismus, seines Despotismus, seiner Verbrechen, denen viele KommunistInnen darunter auch viele ÖsterreicherInnen zum Opfer gefallen sind. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir es uns nicht ersparen dürfen, über diese Fragen zu sprechen. Nicht zuletzt deswegen, weil die letzte theoretische Arbeit, an der der Genosse Muhri mitgewirkt hat, darin bestanden hat, das Schicksal der österreichischen kommunistischen Opfer des Stalinismus aufzuhellen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wenn wir den Mut haben, über diesen kritischen Aspekt unserer Geschichte zu sprechen, dass damit nicht das Ideal des Kommunismus verdunkelt wird. Dass damit auch nicht das Wertvolle, das Zehntausende Genossinnen und Genossen geleistet haben für die österreichische und die internationale Arbeiterklasse in den Hintergrund gerückt wird, sondern, dass das eine unmittelbare Notwendigkeit ist, um ein der heutigen Zeit entsprechendes Bild vom Kommunismus und vom Sozialismus zu entwickeln. Deswegen ist es richtig, dass das in unserem Papier zum Selbstverständnis enthalten ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt abschließend - ich hoffe, auch meine Redezeit nicht über Gebühr strapaziert zu haben. Man kann die Frage stellen: Warum redet ihr von Sozialismus, Kommunismus und Demokratie? Sind das nicht Visionen. Sind das nicht Utopien. Warum sollen wir darüber reden und nicht über konkrete praktische Aufgabenstellungen. Ich glaube, dass wir über die konkreten und praktischen Aufgabenstellungen auf diesem Parteitag reden müssen und gesprochen haben. Aber zu den konkreten und praktischen Aufgabenstellungen gehört letztlich auch, dass die Kommunistische Partei die Partei ist, in der das Ideal und in der die Vision der klassenlosen Gesellschaft lebt. Wenn daher Vranitzky sagt: „Wer Visionen hat, der soll zum Arzt gehen“, so ist es das, was die Sozialdemokratie sagt. Wir sagen: Wer Visionen darüber hat, wie die Menschheit im 21. Jahrhundert mit den großen Krisen umgehen kann, wie sie sie lösen kann, wer solche Visionen hat, der soll in die Kommunistische Partei gehen.

Gen. Groß hat das Papier, das euch heute vorliegt in der Überzeugung geschrieben, damit einen gangbaren Weg für ein gemeinsames Selbstverständnis unserer Partei zu öffnen. Es ist dieses Papier nicht das Ende der Diskussion, sondern es die Öffnung einer Diskussion. Vielleicht verstoße ich jetzt gegen die Parteitagsetikette, wenn ich einige unbequeme Aspekte dieser Diskussion erwähne. Bei einer Versammlung der Wiener Partei hat sich Genosse Groß anhören müssen, er schreibe das Papier, weil er sich durch ein solches Papier materielle Vorteile erhoffe.

Er hat sich anhören müssen, er solle sich doch lieber um den Generalstreik des ÖGB kümmern als sich in den Versammlungen der KPÖ umzutun. Auch wenn es der Parteitagsetikette widerspricht, das Problem in unserer Partei ist nicht die Kritik, die geäußert wird an führenden Genossinnen und Genossen. Diese Kritik ist gut und diese Kritik ist notwendig. Das Problem ist auch nicht, dass es in

unserer Partei Konflikte gibt. Das Problem besteht auch nicht in den bestehenden Abneigungen die zwischen Personen existieren. Das Problem besteht darin, dass eine kleine Minderheit von Genossinnen und Genossen die Auffassung vertritt, dass jede(r) der eine andere Meinung vertritt automatisch zum Verräter an der Sache der Arbeiterklasse erklärt werden kann. Und aus dieser Verratsparanoia entsteht dann die Praxis, dass man Widersacher im politischen Meinungsstreit diffamiert, beschuldigt, verleumdet, in Wirklichkeit moralisch vernichten will. Das Problem, liebe Genossinnen und Genossen - bevor ihr klatscht - ,sind meiner Meinung nach nicht diejenigen, die das tun, weil die sind in der Tat nur eine Minderheit. Das Problem sind diejenigen, die zuschauen und die es geschehen lassen. Wenn wir dieses Geschehenlassen nicht unterbrechen, dann wird das eintreten, was Genosse Groß auf der letzten Bundesvorstandssitzung als Warnung in den Raum gestellt hat. Das es nämlich möglicherweise auf einem Parteitag Abstimmungen gibt, wo dann 10 Stimmen oder 20 Stimmen für das eine Papier mehr als für das andere abgegeben werden, das aber in einer Kultur geschieht, dass es keine Sieger und keine Verlierer in einer solchen Auseinandersetzung gibt, sondern dass es nur eine große Verlierer gibt und das ist unsere Partei und das ist die österreichische Linke. Dem wollte sich der Manfred Groß entgegen setzen, dem hat er sich mit seiner ganzen emotionalen und physischen Energie gewidmet, dem ist letztlich geschuldet, dass er dieses Papier zur Behandlung auf dem jetzigen Parteitag vorgelegt hat.

Wofür steht also die KPÖ? Die erneuerte KPÖ, die heute notwendig ist und für die wir eintreten.

Wofür steht das Groß-Papier?

Es steht für einen progressiven Sozialstaat, Frieden und Neutralität, gegen den Kapitalismus, für einen Sozialismus, in dem Freiheit und Demokratie verwirklicht sind, für eine demokratische, tolerante und pluralistische, marxistische Partei und für einen respektvollen solidarischen Umgang der Genossinnen und Genossen miteinander. Ich kann zum Abschluss eigentlich nur folgendes sagen: Der Genosse Groß legt Wert darauf, dass dieses Papier des Bundesvorstandes heute zur Abstimmung gestellt wird. Es soll gewogen werden. Wir sollen befinden, ob es gut genug ist. Wenn es nicht gut genug ist, Genossinnen und Genossen, dann verwerfen wir dieses Papier. Wenn es gut genug ist, das Gemeinsame in unserer Partei auszudrücken, dann beschließen wir es. Gehen wir mit dem Papier nicht taktisch und taktizistisch und miteinander taktisch und taktizistisch, sondern gehen wir ernsthaft miteinander um. Behalten wir im Auge, dass auch wir die Generation sind, die die Kommunistische Partei nur von den zukünftigen Generationen geborgt hat. In dem Sinn möchte ich noch auf den Antrag 16, des Genossen Langmann verweisen. Dieser Antrag lautet: Der Parteitag beschließt die Letztfassung der Texte, "Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen" und "Wofür steht die Partei?" in der Version mit dem Aktionsprogramm als gemeinsame politische Grundlage. Wenn wir diesen Antrag des Genossen Langmann folgen, dann haben wir das "Aktionspolitische Programm", das steirische Genossinnen und Genossen vorgelegt haben, beschlossen. Dann haben wir die Selbstverständnisfragen, die Auseinandersetzung mit dem Reformismus, mit der Systemfrage, die Begründung,

warum wir die Kommunistische Partei Österreichs sind, beschlossen. Wenn uns das gelingt, glaube ich, dass wir eine gute, eine vertretbare und eine reiche Ernte dieses 32. Parteitages haben werden. In dem Sinn, liebe Genossinnen, Rot Front, Glück auf, es lebe unsere Kommunistische Partei Österreichs.

Gin. Ambrosch: *Zur Geschäftsordnung.*

Gen./Gin.??: Im Konstituierungsantrag 4, wurden für die beiden Hauptreferate jeweils 15 Min. vorgesehen. Gen. Baier hat über 30 Minuten geredet und ich schlage vor, dass der Text "Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein", ebenso 30 Min. bekommt.

Gin. Ambrosch: *Können wir nur so annehmen. Solange wie sie reden kann. Gin. Pacher.*

8. Referat Gin. Renate Pacher

Liebe Genossinnen und Genossen!

Am Beginn meiner Ausführungen möchte ich sagen, dass es mir nicht leicht fällt angesichts der schweren Erkrankung des Genossen Groß und in seiner Abwesenheit darzulegen, warum der steirische Landesvorstand der Meinung ist, der Text des Genossen Groß sollte nicht vom Parteitag beschlossen, sondern der Programmkommission zugewiesen werden.

Wir wünschen dem Genossen Groß eine rasche Genesung und hoffen, dass er bald wieder in der Lage sein wird, in alter Schaffenskraft politisch aktiv zu sein und mit uns mitzudiskutieren.

Warum sind wir nun der Meinung, das Papier des Genossen Groß „Wofür steht die KPÖ“ sollte nicht beschlossen werden? Die Mehrheit im Bundesvorstand hat Genossen Groß beauftragt, als Kompromiss zwischen den Thesen des Bundesvorstandes und den Vorschlägen der KPÖ Steiermark einen neuen Entwurf zu schreiben. Dieser Auftrag erfolgte allerdings nicht einstimmig. Einige Genossinnen und Genossen vertraten die Meinung, es sei nicht zielführend, so knapp vor dem Parteitag noch ein neues Dokument vorzulegen, welches dann auf Grund der kurzen Fristen kaum ausreichend in der Mitgliedschaft diskutiert werden kann. Es sei kaum realistisch, nachdem es nach monatelangen Diskussionen in vielen Fragen nicht gelungen sei eine einheitliche Meinung zu erzielen, dies nun innerhalb weniger Wochen zu schaffen.

Genosse Groß wurde trotz dieser Bedenken mit dem Neuentwurf beauftragt. Dieser neue Entwurf ist allerdings entgegen der Darstellung der Mehrheit des Bundesvorstandes kein Kompromiss, denn das Wesen eines Kompromisses besteht ja darin, dass beide Seiten damit einverstanden sind, und dies war wie ich zuerst ausgeführt habe keineswegs der Fall. Das Papier des Genossen Groß liegt nun seit etwa zwei Wochen allen Parteimitgliedern vor und soll auch vom Parteitag beschlossen werden. Dies ist Meinung der Mehrheit des Bundesvorstandes. Allerdings war auch dies kein einstimmiger Beschluss. Einige Genossinnen und Genossen haben vorgeschlagen, den Text des Genossen Groß nicht am Parteitag zu beschließen, sondern genauso wie die Thesen des Bundesvorstandes und die Vorschläge der KPÖ-Steiermark als gleichberechtigten Text der Programmkommission zuzuweisen.

Warum haben wir den Entwurf des Genossen Groß abgelehnt? Nicht, weil wir, wie uns oft vorgeworfen wird, mit allen Mitteln Opposition gegen die Parteiführung betreiben und programmatische Fragen nur als Vorwand nehmen, um der Parteiführung zu schaden. Zahlreiche Genossinnen und Genossen aus der Steiermark, aber auch aus anderen Bundesländern sind der Meinung, dieser Parteitag kann nur gelingen, wenn wir in programmatischen Fragen noch keine Entscheidung treffen.

In zahlreichen Fragen bestehen inhaltliche Differenzen. Wir wollen am Parteitag eine

offene Diskussion, allerdings ohne am Schluss mittels einer Abstimmung und eines Parteitagsbeschlusses diese oder jene Position zuzulassen oder zu verwerfen. Damit dieser Parteitag gelingt, sind wir der Meinung, auch die Vorschläge der KPÖ-Steiermark sollten am Parteitag nicht beschlossen werden, sondern als gleichberechtigte Grundlage

mit den Thesen des Bundesvorstandes und dem Papier des Genossen Groß weiterdiskutiert werden.

Das Papier des Genossen Groß mit dem Titel „Wofür steht die KPÖ“ enthält über weite Teile direkte theoretisch-ideologische Festlegungen, die aus den Thesen des Bundesvorstandes übernommen wurden, sowie konzeptionelle Passagen, die aus dieser programmatischen Sicht formuliert wurden. Das Papier des Genossen Groß enthält somit programmatische Aussagen, die innerhalb unserer Partei keineswegs unstrittig sind und auch im Widerspruch zu den steirischen Vorschlägen stehen.

Ich will dafür nur einige Beispiele nennen: Im Kapitel „Was ist unser großes Ziel?“ schreibt Genosse Groß über den Übergang zum Sozialismus und den Aufbau des Sozialismus ganz so, als ob dafür keinerlei Staatsmacht, keinerlei Herrschaftsausübung nötig sein wird. „Eine sozialistische Transformation der Gesellschaft wird sich über die demokratische Lösung sozialer, ökonomischer, politischer, kultureller, geschlechtsspezifischer und nationaler Widersprüche entwickeln“, steht zu lesen. Wer aber soll der Träger dieser Entwicklungen sein, ist der Begriff „Diktatur des Proletariats“ damit zu Grabe getragen und vor allem ist dies die Meinung aller Genossinnen und Genossen innerhalb unserer Partei?

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen“ so steht es im Kommunistischen Manifest zu lesen. Gelten diese Worte nicht mehr?

Im Kapitel „Kommunistische Bewegung und Geschichte“ wird der Sowjetunion als positives nur die Zerschlagung des Faschismus zugerechnet. Wurden im Sozialismus nicht grundlegende soziale Errungenschaften durchgesetzt, die es in keinem kapitalistischen Land gab? Sicherlich, daneben steht das Scheitern des Sozialismus, steht die Geschichte des Stalinismus mit allen damit verbundenen Verbrechen. Aber kann darüber, wie Genosse Groß dies tut, geschrieben werden, ohne mit einem einzigen Wort auf die historischen Hintergründe, auf die Geschichte des Sozialismus einzugehen. Bedarf es auf Grund des Scheiterns des ersten Sozialismusversuches wirklich „einer grundlegenden Erneuerung unserer Theorie und unseres Politikverständnisses“ wie Genosse Groß schreibt, und was ist damit genau gemeint?

Als letztes Beispiel unsere Haltung zur EU. Im Papier des Genossen Groß steht zu lesen: Natürlich besteht die KPÖ im Sinne der Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerungen auf das Recht zum Austritt aus der EU und sieht darin auch eine politische Option. Wie weit weg ist diese Formulierung doch von der Forderung „Raus aus der EU“, die wir noch vor wenigen Jahren auf Plakaten veröffentlicht haben. Und vor allem, wird diese - meiner Meinung nach - doch stark abgeschwächte Haltung zur EU von allen unseren Genossinnen und Genossen geteilt?

Wir sind der Meinung, die programmatische Diskussion innerhalb unserer Partei sollte offen gehalten werden. Das Papier des Genossen Groß beinhaltet zahlreiche programmatische Aussagen, die nicht unumstritten sind. Deshalb hat das steirische Landessekretariat einen Gegenantrag zu dem Papier des Genossen Groß eingebracht. Dabei handelt es sich um kein Programm, sondern um eine politische Resolution, die

Antworten auf die wichtigsten Fragen, nämlich den neoliberalen Vorstoß zur Zerschlagung des Sozialstaates, die massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und die umfassende Privatisierung aller Bereiche, sowie die Kriege des Imperialismus und ihre Folgen gibt. Dabei stützen wir uns auf zahlreiche Passagen des Genossen Groß und auf das aktualisierte Aktionsprogramm der steirischen Vorschläge. Wir verschweigen darin auch unsere Ziele nicht, wie im Punkt 4 „Klassengegensätze verschärfen sich“, nachzulesen ist. Nach dem sensationellen Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahlen ist das Interesse an unseren Meinungen gestiegen. Mit diesem Resolutionsentwurf können wir den Menschen etwas in die Hand geben.

Angesichts dessen, dass es in der Programmdiskussion noch Gegensätze, Differenzen und Unterschiede gibt, halten wir es nicht für sinnvoll, schon heute, auf diesem Parteitag, über die in unserem Resolutionsentwurf gemachten Festlegungen hinauszugehen. Genosse Groß hat einen interessanten und sprachlich sehr lebendigen Entwurf geschrieben, über den weiter diskutiert werden soll. Aber das Papier des Genossen Groß sollte auch nicht als Parteitagsbeschluss über den anderen Papieren stehen, welche der Programmkommission nur zugewiesen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Diskussion um programmatische Fragen ist noch lange nicht abgeschlossen, und das ist auch gut so.

Jeder Genosse, jede Genossin hat das Recht auf seine/ihre Meinung und das Recht auf Irrtümer. Zwingen wir nicht eine Position in die Minderheit und erheben wir eine als Mehrheit. Zwingen wir nicht unsere Mitglieder heute schon, eine Entscheidung zu treffen. Lassen wir die Diskussion offen. Dann kann dieser Parteitag gelingen. In diesem Sinne ersuche ich euch, den Entwurf des Genossen Groß der Programmkommission als gleichberechtigte Grundlage zur weiteren Diskussion zuzuweisen und statt dessen den Resolutionsentwurf des steirischen Landessekretariats anzunehmen. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

9. Referat Gen. Franz Stephan Parteder über das Landesprogramm der steirischen KPÖ

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich darf heute auf dem Parteitag der KPÖ unser steirisches Landesprogramm präsentieren. Es ist ursprünglich als Neufassung des Arbeitsbeschaffungsprogramms konzipiert worden. Sehr rasch hat sich bei uns aber die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir an die Fragestellung umfassender herangehen, Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung präzise analysieren und unsere Alternativen klarer herausarbeiten müssen. Nach dem Beschluss des Landesprogramms auf unserer Landeskonferenz am 22. Oktober 2001 ist dieses Programm zu einem Bestandteil der Programmdiskussion auf Bundesebene geworden. Es hat darüber einige Diskussionen mit der Mehrheit des Bundesvorstandes gegeben - bis zum jetzt vorliegenden Antrag des Bundesvorstandes der KPÖ, dieses Programm gemeinsam mit den "Thesen" der Programmkommission und anderen Dokumenten als eine der Grundlagen für die weitere Programmdiskussion vorzulegen.

Genossinnen und Genossen!

Kampfabbildungen über programmatische Fragen hinterlassen immer ein ungutes Gefühl. Ich halte die jetzt gefundene Lösung, die wir schon seit einiger Zeit vorgeschlagen haben, für praktikabel. Wir haben damit Zeit für umfassende Diskussionen gewonnen. Vor allem, wenn die Organisationsform der Programmdebatte in Zukunft besser gelöst wird als in der ablaufenden Periode, sehe ich die Möglichkeit dafür, auch auf gesamtösterreichischer Ebene ein solides Programm zu erarbeiten.

Zur Vorgeschichte der "Thesen" und zu ihrem Inhalt würde mir einiges einfallen - ich erspare mir aber diesmal die Kritik daran. Im Antrag des Landesvorstandes, den ihr bei euren Unterlagen findet, sind wichtige Kritikpunkte aufgelistet. Ihr könnt sie dort nachlesen. Viel wichtiger ist es, hier und heute zeigen zu können, wofür wir SteirerInnen stehen, warum wir bestimmte Positionen einnehmen und was das mit unserem kommunistischen Selbstverständnis und Selbstbewusstsein zu tun hat.

Am Anfang steht aber der Dank an jene GenossInnen und Genossen, die in monatelanger Arbeit unser Landesprogramm konzipiert, formuliert und in vielen Diskussionen auf den Prüfstand gestellt haben. An erster Stelle nenne ich dabei unseren Willi Gaisch. Er hat die Hauptlast dieser Arbeit getragen, Informationen gesammelt, formuliert und umformuliert, er war dabei unbequem gegen sich selbst und gegen andere, bis wir ein Ergebnis vorlegen konnten, das Hand und Fuß hat.

Der Dank gilt Werner Murgg, Uli Taberhofer, Renate Pacher, Hanno A. Wisiak und Clemens Perteneder für ihre Beiträge, er geht an den Landesvorstand der KPÖ-Steiermark, an die Begutachtungskommission und an die vielen Genossinnen und Genossen, auch aus anderen Bundesländern, die uns wertvolle Anregungen gegeben haben, nicht zuletzt auf unserem gut besuchten Symposium "Eine Theorie für das tägliche Leben" am 22. März in Graz.

Auch die kommunalpolitische Konferenz der KPÖ in Graz (November 2001) und der Beitrag auf der Diskussionsveranstaltung über kommunistische Identität am 15. März 2003 lassen sich in diesem Zusammenhang anführen.

Genossinnen und Genossen!

Wir kommen also - wie es so schön heißt - nicht mit leeren Händen zum Parteitag. Unser Landesprogramm ist der inhaltliche Beitrag, der zweite dürfte euch ja bekannt sein. Es ist dies unser Wahlerfolg in Graz. Er hat die Bedingungen, unter denen dieser Parteitag durchgeführt wird, verändert und sozusagen auch parteiintern neue Möglichkeiten geschaffen.

Einige Fragen drängen sich aber auf: Gibt es überhaupt einen inneren Zusammenhang zwischen Wahlerfolg und Landesprogramm? Wird hier nicht künstlich eine Verbindung konstruiert, die es in der Wirklichkeit so nicht gibt? Wäre der Erfolg in Graz nicht auch mit einer anderen programmatischen Orientierung auf gleiche Weise zu erzielen gewesen?

Das habe ich in den vergangenen Wochen oft gehört und gelesen. Eines ist wahr: Der Zusammenhang zwischen marxistischem Programm und erfolgreicher kommunalpolitischer Orientierung ist nicht so direkt und unvermittelt, wie man sich das oft wünschen würde. Selbst bei Annahme des Landesprogramms durch die Bundes-KPÖ wäre unsere wahlpolitische Durststrecke nicht von vornherein abgekürzt, rasche Erfolge wären nicht gesichert, auch eine Stärkung der Organisation wäre nicht automatisch garantiert.

Eine Gemeinsamkeit zwischen Landesprogramm und unserer Politik in Graz liegt aber auf der Hand. Es ist dies die Hartnäckigkeit, mit der wir an etwas festhalten, was wir als richtig erkannt haben. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie die verschiedensten Bundes-Parteiführungen unserem Ernst Kaltenecker die Hölle heiß gemacht haben, weil er sich nicht durch verschiedene, oft wechselnde zentrale Vorgaben von der Schwerpunkten Wohnen und "Helfen statt reden" ablenken hat lassen. Diese Kritiker sind nach dem Wahlerfolg vom 26. Jänner wohl endgültig verstummt.

Genauso wenig haben wir uns davon abhalten lassen, einer - unserer Meinung nach - fehlerhaften bzw. falschen Orientierung in programmatischen Fragen unsere Haltungen und unsere Positionen entgegenzusetzen. Das hat Wirkung gezeigt und dazu geführt, dass bereits in den Thesen Formulierungen aus dem Landesprogramm übernommen und einige Punkte, die wir besonders stark kritisiert haben, abgeschwächt worden sind. Nach dem Zurückziehen der "Thesen" als Beschlussvorlage stellt das Papier "Wofür steht die KPÖ" von Gen. Groß eine weitere Verbesserung dar, die wir registrieren, die uns aber nicht weit genug geht, eben weil wir hartnäckige Leute sind und die Dinge auf den Punkt bringen wollen.

Deshalb betonen wir im Landesprogramm die Rolle der Arbeiterklasse so stark. Warum? Die Kommunistische Partei sollte im Idealfall die Verbindung von wissenschaftlichem Sozialismus und Arbeiterbewegung sein. Und das ist kein Wunschdenken, sondern geht von der Stellung der Arbeiterklasse im System der Produktion und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung aus. Wenn man diese Erkenntnis zurücknimmt und unsere Partei zu einer Allerweltsbewegung macht, in der alle Unterdrückungsformen und Protestbewegungen gleichwertig behandelt werden, dann fällt man hinter Erkenntnisse zurück, die Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest ausgesprochen haben und entzieht unserer Partei als selbständiger politischer Formation der Arbeiterbewegung die Existenzgrundlage. Wir können die Konflikte und die Entwicklungen in der Welt, in der wir leben, nicht begreifen, ohne den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und

privater Aneignung als Hauptwiderspruch zu definieren. Wer die nach wie vor vorhandenen Vergesellschaftungstendenzen des Kapitals verkennt, bringt sich selber um, wie der Schriftsteller Erwin Riess richtig feststellt. (VS 16/4. 03).
Noch einmal: "Streitpunkt ist nicht, ob die 'menschliche Emanzipation' ins Zentrum unserer Praxis und Theorie zu rücken sei; Streitpunkt ist, ob sie in einer sich

verändernden Arbeiterklasse ein Subjekt findet. Streitpunkt sind also der Stellenwert und aktuelle Bedeutung von Grunderkenntnissen des Marxismus".

Es ist auch wichtig, dass wir im Landesprogramm relativ ausführlich über kurzfristige (Aktionsprogramm), mittelfristige (neuer Typus von Sozialstaat) und über langfristige Perspektiven, den Sozialismus sprechen. Wenn wir davon ausgehen, dass es Alternativen zum Sozialabbau gibt, dann müssen wir sie vorlegen, wenn wir davon sprechen, dass eine andere Welt möglich ist, dann haben wir die Pflicht, auch zu sagen, wie wir KommunistInnen uns diese andere Welt vorstellen. Das tun wir in unserem Landesprogramm. Vielleicht wird dies darin nicht hundertprozentig perfekt gemacht, aber dieses Angebot zur weiteren Diskussion sollte angenommen werden.

Genossinnen und Genossen!

Ein anderer Punkt, auf den wir großen Wert legen, ist das Herausarbeiten der Rolle der Partei für die Arbeiterbewegung und für die Sache des gesellschaftlichen Fortschritts. Mit dem Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahl haben wir den empirischen Beweis dafür angetreten, dass wir als selbständige und bündnisfähige Partei eine Zukunft haben können. Aus der Geschichte unserer Bewegung haben wir gelernt, dass ein falscher Avantgardebegriff schweren Schaden anrichten kann. Wir müssen in unserer Praxis die Lehren daraus ziehen. Eine klare Position dazu ist eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Führung einer auf Emanzipation der arbeitenden Menschen gerichteten Bewegung.

Zurückweisen eines falschen Avantgardedenkens und ideologische, organisatorische sowie politische Selbstaufgabe sind aber zwei Paar Schuhe. Die Kommunistische Partei darf nicht hinter Bewegungen und Moden hinterherlaufen, sie muss versuchen, die Entwicklung und die Bewegungsgesetze der Gesellschaft zu prognostizieren und zu beeinflussen. Ihre Existenzberechtigung zieht sie auch daraus, eine treibende Kraft in allen fortschrittlichen Bewegungen, in allen Klassenkämpfen zu sein. Es ist besser, wenn sie dies gemeinsam mit anderen sein kann, es sind aber auch Situationen möglich, in denen die KP notwendige Wahrheiten allein ausspricht.

Die Spontaneität der Massen erfordert eine Masse an Bewusstheit auf unserer Seite. Das gilt auch für unsere solidarische Teilnahme an der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Für uns KommunistInnen ist diese Bewegung aber eine der erfreulichsten Erscheinungen der letzten Zeit. Höchst unterschiedliche politische Kräfte haben sich hier zusammengefunden, um etwas für die eigenen Interessen zu unternehmen. Unser Ziel ist es, in der Arbeiterschaft Verständnis für die Ziele der Bewegungen gegen den Krieg und für eine andere Welt zu wecken und gleichzeitig in diesen Bewegungen dafür zu arbeiten, solche Kampfformen anzuwenden, die von den arbeitenden Menschen auch verstanden werden. Das Zusammenführen von "No Global" mit der Arbeiterbewegung kann zu einer neuen Qualität des gesellschaftlichen Widerstandes führen. Dabei sollten unsere Analysen und Vorschläge auch für viele Menschen, die zum ersten Mal aktiv geworden sind und versuchen, Strategien gegen Imperialismus und die Herrschaft der Finanzmärkte - wie sie das nennen - zu entwickeln, interessant sein. Und es ist auch wichtig, den TeilnehmerInnen dieser Bewegung unsere grundsätzliche Kritik an der EU nahe zu bringen.

In diesem Zusammenhang ein offenes Wort: Leo Gabriel, einer der Exponenten dieser Bewegung in Österreich, hat in der Wochenzeitung Volksstimme (2003-03-13) seine Meinung über unsere Programmdebatte zum besten gegeben. Dabei hat er sich lediglich auf *"jene Teile der Kommunistischen Partei Österreichs, die jetzt die "Programmatischen Thesen" verfasst"* haben, positiv bezogen. Für ihn ist eine KPÖ, die den Thesen anhängt,

aber nur mehr "ein wichtiges Ferment in diesem Prozess der Schaffung eines neuen politischen Subjekts, dem alle zivilgesellschaftlichen Bewegungen angehören, die sich gegen Neoliberalismus, Rassismus und Krieg stellen." Ob eine derartige KPÖ bei Wahlen erfolgreich sein würde, ist aus der Sicht von Leo Gabriel, der unserer Partei nicht angehört, nicht so wichtig, großzügig stellt er aber die Frage: *"Wie können ihre AktivistInnen den "Programmatischen Thesen" treu bleiben, ohne bei den auf die lokale, regionale und nationale Interessenslage zugespitzten Wahlprozessen ins Hintertreffen zu gelangen?"* Er fragt auch, ob das Grazer Wahlergebnis ein Ausdruck für dieses Dilemma oder für dessen Lösung wäre.

Eine seltsame Fragestellung. Ich hoffe, dass sie in unseren Reihen nicht viel Anklang findet. Wir sind mehr als ein Ferment, wir sind die Kommunistische Partei Österreichs und wir lassen uns nicht von externen Beratern - und seien es so sympathische und aktive Menschen wie Leo Gabriel - vorschreiben, wer in unseren Reihen die guten "Thesen"-Kommunisten und wer die anderen, weniger guten, die Grazer Dilemma-Kommunisten sind. Da hört sich für mich der Spaß auf.

Die Grazer Wahl hat uns vor kein Dilemma gestellt. Ihr Ergebnis ist eine der Voraussetzungen für eine positive Arbeit unserer Partei. Wir machen unsere Arbeit in Graz und in der Steiermark, weil wir KommunistInnen sind, unsere Kommunalpolitik ist sachbezogen und grundsatztreu. Das hat sich nicht zuletzt bei unserer Entscheidung in der Bürgermeisterfrage gezeigt. Mit uns ist auch auf kommunaler Ebene eine Politik des Sozialabbaus und der Privatisierungen nicht zu machen. Wir geben uns nicht in einer Regierung als linkes Feigenblatt für eine neoliberale Politik her, wie das – leider - die FKP in Frankreich und die PDS in Berlin getan haben. Unsere Analysen der gesellschaftlichen Zusammenhänge und der Rolle der Parteien in diesem System, wie wir sie in unserem Landesprogramm niedergelegt haben, waren uns bei der Entscheidungshilfe sehr nützlich.

Genossinnen und Genossen!

Es ist aus vielen Gründen sinnvoll, dass die Programmdiskussion in der KPÖ weitergeführt wird und dass das steirische Landesprogramm eine der Grundlagen dafür ist. Einer der Gründe dafür hängt direkt mit Graz zusammen. Wir müssen verallgemeinern, was unser Erfolg für unsere Gesamtpolitik bedeutet, wir müssen die Erfahrungen der Verbindung von parlamentarischer und Basisarbeit, von Partei und Gemeinderatsklub gründlich studieren. Und wir müssen begreifen, dass wir in Österreich in einer Situation sind, die sich - was die Stellung der KP in der Gesellschaft betrifft - grundlegend von der in anderen europäischen Ländern unterscheidet. Wir sind eine sehr kleine Partei, die in der zweitgrößten Stadt eine sehr starke Position hat. Dort sind wir auch eine kleine Partei, aber eine mit vielen Mandaten. Was wir in Graz tun oder lassen, wird Österreichweit beobachtet. Ernst Kaltenegger ist der bekannteste Kommunist Österreichs geworden. Und das bedeutet: Man muss sich bei uns nicht daran gewöhnen - und hier zitiere ich noch einmal Erwin Riess –"dass radikale Linke lächerlich, wirkungslos und weltfremd zu sein haben". Wir können gesamtösterreichisch programmatische, politische und organisatorische Schlussfolgerungen aus dieser für uns neuen Situation ziehen.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung war immer dann erfolgreich, wenn es gelungen ist, vom Nachbeten irgendwelcher Formeln - seien es alte oder neue, modern

wirkende - zur konkreten Analyse der konkreten Situation zu kommen.

In Österreich gibt es derzeit sehr große Möglichkeiten für unsere Partei, wenn wir auf der Höhe der Zeit sind und aus Erfahrungen lernen. Es geht darum, all jene zusammenzufassen, die unsere KPÖ als kommunistische Partei erhalten, entwickeln und

erneuern wollen. Wir sehen sie als marxistische Partei der Vielfalt und als eine Partei des zielgerichteten Handelns.

Mit unserer Arbeit in Graz und in der Steiermark und mit unserem Landesprogramm wollen wir einen Beitrag leisten, damit es in Österreich auch in Zukunft eine Kommunistische Partei gibt, die diesen Namen verdient, die KPÖ!

10. Referat Gen. Michael Graber

Liebe Genossinnen und Genossen!

Viele sind heute mit der Erwartung hergekommen, dass es um die Austragung unterschiedlicher und gegensätzlicher Standpunkte in den Programmfragen geht. Natürlich geht es auch darum, wie auch in vielen anderen kommunistischen und marxistischen Linksparteien.

Das ist heute normal und wir haben das als Partei der Vielfalt auch zu respektieren. Die Frage vor der wir stehen, ist eine andere: Wollen wir die Differenzen absolut setzen, das heißt unversöhnlich und gegenseitig ausschließend oder wollen wir sie auf der Grundlage von Gemeinsamkeiten austragen und bewerten. Das setzt natürlich die Herausarbeitung und Darstellung gemeinsamer Positionen voraus. Ich habe das im Auftrag der Programmkommission versucht. Ein entsprechendes Papier dazu ist euch vor dem Parteitag zugegangen. Es gibt in unserer Partei, geht man die vorliegenden Diskussionsgrundlagen durch, Konsens oder sehr ähnliche Auffassungen in grundlegenden Fragen der Entwicklung des Kapitalismus, der neuen Etappe imperialistischer Machtausübung, des Kampfes um Demokratie und andere grundsätzliche Probleme heutiger revolutionärer Strategie, über Etappenziele, über Sozialismus als ein offenes und variantenreiches Projekt, über die Notwendigkeit der Überwindung des Stalinismus um realistische und anziehende Sozialismuskonzeptionen entwickeln zu können und anderes mehr. Das ist viel mehr als in anderen Parteien an Konsens in solch wesentlichen Fragen besteht. Und wir sollten das nutzen.

Ich möchte aus der Fülle der Themen, in denen Konsens, aber auch Unterschiede

Wie stellen wir uns die Einheit von Demokratie und Sozialismus vor?

Was wollen wir hier erreichen, was wollen wir vor allem jenen vermitteln, die sich für unsere gesellschaftspolitischen Alternativen ernsthaft interessieren und die erfreulicher Weise deutlich mehr werden?

Ich sehe drei Quellen, aus denen sich das Thema Demokratie und Sozialismus, ihr Verhältnis zueinander, in der programmatischen Debatte entwickeln wird.

- Die Entwicklung der Demokratie im real existierenden Kapitalismus und die Antworten die die heutigen antikapitalistischen Kräfte darauf geben.
- Die Auswertung der Kritik an den Ursachen der Demokratiedefizite in den ehemaligen sozialistischen Ländern.
- Daraus abgeleitet, demokratiepolitische Ansprüche, Standards und Garantien für die wir Kommunisten in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft eintreten.

Von den Veränderungen mit denen wir es derzeit im Kapitalismus zu tun haben, hebe ich nur zwei heraus:

Erstens die Einschränkungen, Aushöhlungen und der Abbau der Demokratie im Zuge der neoliberalen kapitalistischen Globalisierung. In diesem Prozess kommt die seit Lenin konstatierte Tendenz zu reaktionären politischen Lösungen unter der

Vorherrschaft der finanzkapitalistischen Monopole und transnationalen Konzerne zum Ausdruck.

Die Besonderheiten, mit denen wir es heute zu tun haben, bestehen u.a. darin, dass die

Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen in politische Strukturen der kapitalistischen Integration zur Entwertung bestehender demokratischer Rechte im nationalstaatlichen Rahmen führen.

Formal geht die Macht in der EU z.B. zwar von den gewählten nationalstaatlichen Regierungen aus. In ihrem gemeinsamen Agieren gibt es jedoch keine demokratische Legitimation. Die kapitalistische Integration selbst ist ein Moment des neoliberalen Umbaus der Gesellschaften, die ein für uns wesentlich ungünstigeres Kräfteverhältnis zwischen den Klassen hervorbringt.

Weiters gibt es in fast allen europäischen Ländern, nationalistische Reaktion, rechtspopulistische Parteien, die sich auf Ausländerfeindlichkeit und rassistische Ideologien stützen, und unter dem Vorwand der Bewahrung nationaler Souveränität autoritäre politische Tendenzen vertreten, die mit den autoritären Tendenzen "von oben" durchaus verträglich, ja komplementär sind.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?

Erstens, dass der Kampf um Demokratie mehr denn je der Schlüssel für jede das kapitalistische System überwindende sozialistische Strategie bleibt.

Zweitens, dass die Erhaltung und Ausweitung demokratischer Handlungsspielräume im nationalen Rahmen zwar wesentliche Grundlage bleibt, aber für eine revolutionäre Strategie nicht ausreicht.

Drittens: Der Kampf um Demokratie zwingt die traditionelle Arbeiterbewegung, die neuen sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen im nationalen und internationalen Maßstab zur Zusammenarbeit, zu neuen Bündnissen, wenn Formen der demokratischen Gegenmacht gegen die Vorherrschaft der finanzkapitalistischen und transnationalen Konzerne entwickelt werden sollen. Dies scheint mir auch ein wesentliches Moment, wenn wir über demokratische Etappenziele beim Kampf um sozialistische Perspektiven nachdenken.

Es gilt: Demokratie und internationale Solidarität müssen auf neue Art verbunden werden.

Viertens: Der Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte, gegen faschistische und autoritäre Tendenzen, gegen rassistische Migrationspolitik, gegen Frauendiskriminierung, für demokratische Rechte in Betrieben, in den Gewerkschaften und für die Gewerkschaften, für einen neuen progressiven Sozialstaat bis hin zu neuen gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen muss als ein einheitlicher Kampf verstanden werden.

Fünftens: Der Kampf um nationale Souveränität allein ist heute keine ausreichende Basis für progressive Bündnisse.

Und schließlich werden Anforderungen dieser Art auch die Anforderungen zur demokratischen Gestaltung sozialistischer Gesellschaften prägen.

Folgender Kerngedanke ist in den "Thesen" formuliert: "Ohne soziale Sicherheit gibt es keine Demokratie. Es gilt aber auch: Ohne Einordnung der Überwindung der sozialen und Klassenwidersprüche in eine Perspektive der Freiheit und der Befreiung von Entfremdung geht das sozialistische Emanzipationsziel verloren.

Die dauerhafte Verwirklichung der demokratischen und sozialen Grund- und

Menschenrechte durch die entsprechenden gesellschaftlichen Voraussetzungen und Garantien, bildet auch den Inhalt unseres Ziels eines demokratischen Sozialismus.“ Ich gestehe, der erste Satz stammt aus den programmatischen Thesen der Rifondazione

Communita. Den zweiten haben wir bereits vor sechs Jahren am 30. Parteitag beschlossen.

Demokratiepolitische Defizite der ehemaligen sozialistischen Länder haben wesentlich zu deren Untergang beigetragen. Ihre Wurzeln liegen auch in bestimmten theoretischen Vorstellungen, die in der kommunistischen Bewegung gängig waren. Ich möchte mich auf einige wenige beschränken.

Erstes Dogma: Die Verabsolutierung der führenden Rolle der Partei. Sie war sozusagen der Gradmesser für den sozialistischen Charakter der Gesellschaft, nicht der tatsächliche demokratische, soziale, gesellschaftspolitische Stand der Dinge.

Das erste führte zum zweiten Dogma: Die faktische Verschmelzung von Staat, Partei und Gesellschaft und deren Gleichsetzung mit der Verwirklichung sozialistischer Demokratie.

So hieß es etwa im “Philosophischen Wörterbuch” aus der DDR unter dem Stichwort “Demokratie”: “In der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus sind sozialistische Demokratie und Diktatur des Proletariats identisch und beschränken sich nicht nur auf die staatliche Sphäre.”

Drittes Dogma: Die Gleichsetzung von revolutionärer Macht der Arbeiterklasse unter den oben genannten Bedingungen mit der angeblich verwirklichten Einheit der Gesellschaft im “realen Sozialismus” unter der Führung dieses Machtapparates.

Ernst Wimmer hat in seinen letzten Artikeln vor seinem Tod 1991, in denen er sich sehr selbstkritisch mit Überlegungen zu den Ursachen des Scheiterns des Sozialismus befasste, diese Dogmen als “Glassturz der Einheitstheorie” von der Identität von Staat, Demokratie und Partei bezeichnet.

Er prangerte den “machtberauschten Hochmut” an, der sich dieser Theorien bediente und der die Mühen scheute, um Vorherrschaft oder wenigstens Akzeptanz von Ideen zu ringen. Ja der “nicht einmal in Rechnung stellte, um wie viel mehr an Hegemoniefähigkeit, am Glaubhaftmachen einer menschenwürdigeren Perspektive, vorgegebene ökonomische Unterlegenheit” verlange. Gehe derart, so Wimmer, Autorität unwiderruflich verloren, könne schließlich auch Autoritäres nicht mehr retten.

Aber der Begriff “Hegemonie”, das heißt die Herstellung freiwilliger Zustimmung zu einer gesellschaftlichen Ordnung mit politischen Mitteln, hatte kein Einreise- und schon gar kein Dauervisum in den ehemaligen sozialistischen Ländern.

Und so musste Wimmer konstatieren, dass in der Rückständigkeit des politischen Systems, seiner mangelnden Anpassung an die spezifischen gesellschaftlichen Bedürfnisse, ja selbst hinter dem ‘entwickelten Kapitalismus’ zurückgeblieben zu sein, eine der wichtigsten Ursachen für das Scheitern liege.

Ein Umstand, auf den viele unserer Betriebsräte aus eigener Anschauung bei vielen Delegationen schon früher gewarnt haben.

Zwei Schlussfolgerungen Wimmers sind auch für unsere heutige Debatte bedenkenenswert:

Erstens: Auch die herrschende Arbeiterklasse muss von der Beschränkung ihrer Macht ausgehen.

Gerade der Kampf um Hegemonie bei der Umgestaltung der Gesellschaft erfordere es, dazu nötige Elemente des politischen Systems zu entwickeln, auch die "Erhabenheit"

des auf lange Sicht noch unentbehrlichen Staates über die Gesellschaft abzubauen. Dagegen war die beständige Stärkung des sozialistischen Staates und zwar ohne Zivilgesellschaft das erklärte Ziel der ehemals herrschenden kommunistischen Parteien.

Zweitens: Es gelte vor allem Fragen zu stellen: "Wie kann Gemeinwohl erkennbar werden, ohne dass Klassen, Schichten und Gruppen ihre besonderen Interessen immer wieder artikulieren? Wie kommen innerhalb eines gemeinsamen Rahmens Varianten zu Stande? Welche Rolle soll die Partei des Sozialismus spielen? Nur eine wie jede andere? Wie gelangt man dann über eine bloße Hinterdrein-Resultante hinaus zu qualitativ Neuem? Oder soll sie als Kommandozentrum fungieren? Die betrüblichen Resultate sind bekannt.

Dann wird 'Gemeinwohl' verordnet, wird den Gruppen vorgeschrieben, welche Interessen sie haben sollen oder dürfen." Soweit Wimmer.

Die Fragen sind geblieben. Der "reale Sozialismus" hat dazu keine befriedigenden Lösungen gefunden.

Ein Schlüssel, so meinte Wimmer liege in der Überwindung von theoretischen Defiziten im Marxismus, sowohl in der konkreten Analyse der Ökonomie, als auch in der Ergänzung um Bereiche der Politik, der Institutionen, der Ethik und anderer nichtökonomischer Aspekte der Gesellschaft.

Als ärgste Defizite und Schwächen im zeitgemäßen Marxismus ortete er "mangelnde Durchdringung, Erfassung und Verallgemeinerung der objektiven Wechselwirkungen zwischen kapitalistischer Ökonomie und bürgerlicher Demokratie, in der Benennung und Nutzung der Ansatzpunkte für politisches Handeln". Was aber hier für den "real existierenden Kapitalismus" gilt, gilt erst recht für die Alternative zu ihm, den Sozialismus.

Als Hindernis für solches Nachdenken benannte er "eine Erbsünde der revolutionären Bewegung", den "Vulgärökonomismus, der Eigentums- und Machtverhältnisse so verabsolutiert, dass für die Politik alles zwangsläufig vorgegeben erscheint, für schöpferisches Denken, für Masseninitiative kaum noch ein Spielraum" bleibe.

Es geht natürlich nicht, am Reißbrett die konkreten Strukturen des politischen Systems zu entwickeln, unter dem sich die Umwandlung der einen Gesellschaftsordnung in die andere vollziehen wird und in der schließlich Keime kommunistischer Selbstverwaltung wachsen können. Das wird den politischen und sozialen Kräften überlassen bleiben müssen, die diese gesellschaftliche Umwälzung tatsächlich bewerkstelligen werden.

Es kommt heute meines Erachtens vor allem darauf an, bestimmte politische Grundsätze zu entwickeln, die beachtet und verwirklicht und die nicht als Restgröße zukünftiger Machtverhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft betrachtet werden können, sollen nicht die alten Fehler wieder begangen werden.

Daher müssen wir weiter fragen: In welchen Formen wird demokratische Konkurrenz auch unter sozialistischen Verhältnissen ausgetragen werden? Für welche Mechanismen treten wir ein, um für eine normale Ablöse von Regierungen zu sorgen, wenn deren hegemoniale Kraft erschöpft ist? Ist der Aufbau einer neuen

sozialistischen Gesellschaft überhaupt nur unter kommunistisch geführten Regierungen denkbar und möglich? Welche Rolle werden direkt-demokratische Formen der Einflussnahme auf gesellschaftliche Entwicklungen im Sozialismus spielen?

Manche GenossInnen kritisieren, dass für neue Fragen auch neue Begriffe gesucht werden, so z.B. "partizipative Demokratie", die aus der Erfahrung revolutionärer Praxis in

Lateinamerika entstanden ist. Ich bin trotzdem dafür, nicht um Begriffe zu streiten, wenn wir eine gemeinsame Sicht auf das Problem entwickeln. Und das Problem lautet: Wie können wir in unseren Programmen deutlich machen, dass sich unsere Vorstellungen über die Verbindung von Demokratie und Sozialismus nicht dem ehemaligen realen Sozialismus als Matrize unterordnen? Dass sich Demokratie im Sozialismus nicht allein auf die sozialistischen Funktionen eines neuen Staates stützt, dass es auch ihm gegenüber demokratische Schutzfunktionen geben muss, dass wir weder ein Machtmonopol anstreben, noch dass dies nach allen Erfahrungen sinnvoll wäre; dass politische Macht, gesellschaftliches Eigentum und Zivilgesellschaft im Übergang zum und im Sozialismus nur mit allseitiger demokratischer Beteiligung und Kontrolle verwirklicht ist, dass kommunistische Selbstverwaltung nicht allein, vielleicht auch nicht vorwiegend im Schoße des sozialistischen Staates entstehen wird.

Man könnte einwenden, das sind alles Fragen einer sehr fernen Zukunft. Warum heute darüber streiten? Ich antworte mit Franz Muhri: "Grundlage der Erneuerung ist die Überwindung jener dogmatischen Vorstellungen, die grundlegende kommunistische Werte wie Humanismus, Freiheit und Demokratie einer

Und das ist auch eine Frage des Hier und Heute. Wir werden daran gemessen, ob bei uns Wort und Tat übereinstimmen. Das gilt aber nicht nur im kommunalen und betrieblichen Maßstab und für die Politik des Tages, sondern auch für unsere großen gesellschaftspolitischen Ziele.

Vergleicht man die entsprechenden Passagen der Thesen und der steirischen Diskussionsgrundlage dazu, dann liegen wir, so meine ich, nicht sehr weit auseinander. Zumindest sehe ich trotz unterschiedlicher Akzente nichts Unvereinbares. Auf jeden Fall ist es, so glaube ich, Manfred Groß auch in dieser Frage gelungen, jene Formulierungen zu finden, die als vorläufiger Konsens eine breite Mehrheit finden können.

Wir müssen jedenfalls noch viel gründlicher die politischen Vermittlungsformen studieren, in denen sich auf lange Sicht die sozialen, demokratischen und emanzipatorischen Interessen der arbeitenden Menschen auch in einer sozialistischen Gesellschaft ausdrücken und formieren können. Und Sozialismus wird eine lange historische Periode in Anspruch nehmen, die auch Rückschläge und Umwege beinhalten wird.

Wir definieren in beiden vorliegenden Diskussionsgrundlagen Kommunismus als eine "klassenlose, ausbeutungsfreie und herrschaftslose, auf Selbstverwaltung begründete Zivilgesellschaft". Ich halte das für eine gute Definition.

Bis es allerdings einmal so weit sein wird, muss es solche entwickelte Formen der Demokratie geben, dass sich Staat, politische und soziale Akteure der

Arbeiterklasse und andere Gruppen, die Zivilgesellschaft und die Individuen auf einander beziehen und die Gesellschaft entwickeln können. In diesem Sinne wird es nur in untrennbarer Einheit von Demokratie und Sozialismus einen Weg zum Kommunismus geben.

11. Plenardiskussion zu den Referaten, Berichten und Anträgen - Samstag

Gen. Stöckl: *Liebe Genossinnen und Genossen, ich ersuche um Aufmerksamkeit für einige Verlautbarungen. Jene Genossinnen und Genossen, die draußen ihr Mittagessen eingenommen haben und die Teller nicht zurück gebracht haben, werden ersucht, diese ins Restaurant zu bringen.*

Wir ersuchen die Länderverantwortlichen sich draußen im Vorraum mit Gin. Theresia Toman wegen der Zimmervergabe in Verbindung zu setzen, damit sie die Hotelunterlagen in Empfang nehmen können.

Wer noch keine Fahrtspesen verrechnet hat, bitte das ebenfalls bei Gin. Theresia Toman zu tun.

Damit können wir mit der Plenardiskussion zu Referaten, Berichten und Anträgen beginnen. Wir haben vereinbart, dass die vier GenossInnen, Stadler (GPA), Hobek (Post), Wieser (Eisenbahn) und Becker (Wr. Verkehrsbetriebe) außer der Reihe zu Betriebskämpfen Stellung nehmen können. Ich bitte die vier GenossInnen jetzt um ihre Wortmeldungen und mache darauf aufmerksam, wenn diese vier GenossInnen noch eine Wortmeldung innerhalb der ordentlichen Plenardiskussion halten wollen, dass sie eine Wortmeldung abgeben müssen. Danke. Am Wort ist der Gen. Hobek.

Gen. Hobek: *Liebe Genossinnen und Genossen. Es ist natürlich sehr schwer nach der angestregten Diskussion um Programme innerbetrieblich Stellung zu nehmen und euch das zu erklären, was sich momentan in Bereichen des ÖGB hinsichtlich der Pensionsgesetze abspielt, aber dennoch, möchte ich hier für die Postgewerkschaft sprechen. Ihr müsst euch das so vorstellen: 33jährige Postbeamtin - diese Woche in den Vorruhestand beordert. Nicht weil sie krank oder schwerstkrank ist. Nicht weil sie nicht mehr arbeiten möchte. Ganz einfach wird sie nach Hause geschickt, weil sie vom Management dieser blau-schwarzen Regierung im Bestreben um Ausverkauf der österreichischen Post an die Deutsche in Pension geschickt worden ist. Man sollte jetzt annehmen, dass gerade die Postgewerkschaft, die vehement schon seit Monaten und Jahren immer wieder mit Streiks droht, sich auf den Plan gerufen fühlt und aktiv und als erste Gewerkschaft am Aktionsprogramm des ÖGB teilnimmt. Das auch vom Präsidium des ÖGB beschlossen worden ist und dem auch der Postgewerkschaftsvorsitzende Fritz zugestimmt hat. Nein man irrt, sie machen es nicht. Sie verlegen sich auf Information, sie tragen Konzepte die der ÖGB vorlegt - reformieren statt abkassieren - mit. Diese Kollegin, die mit € 700 jetzt nach Hause geschickt wird - man berechne was das für die Kollegin heißt, wenn dann die Pensionsgesetze wirksam werden - ihr, wird nochmals in die Tasche gegriffen. Sie wird kürzester Hand Bekanntschaft mit dem Sozialamt machen müssen, weil sie ihr Leben nicht mehr bewerkstelligen*

kann.

Zweites Indiz dieser Gewerkschaft. Vor nicht genau einem Monat fand hier in diesem Haus, der Postgewerkschaftstag der Landesgruppe Wien statt. Man hätte annehmen sollen und müssen, dass die Kolleginnen und Kollegen - vor allen Dingen die KollegInnen der Mehrheitsfraktion - zu dem Entschluss kommen, vehement gegen diese Ausverkaufspläne der Regierung Stellung zu nehmen. Man beschließt eine Resolution, wo auf der ersten Seite steht, dass Liberalisierung und Ausverkauf Verschlechterungen für die Bevölkerung und Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen bringt, das sind immerhin 40000 Kolleginnen und Kollegen, die diese Gewerkschaft vertritt. Man irrt jedoch, wenn man annimmt, dass sie etwas dagegen machen werden. Sie haben die Delegierten aufgefordert da zuzustimmen, aber wenn die Liberalisierung

Verschlechterungen bringt, dagegen zu sein. Man sieht welche Haltung dieser ÖGB, diese Gewerkschaft einnimmt. Am Donnerstag fand, vor dem ÖGB-Bundesvorstand eine Demonstration von ca. 200 TeilnehmerInnen statt. Wir haben in dieser Demonstration Gelegenheit gehabt, den Kollegen Verzetnitsch als Vorsitzenden des ÖGB dahingehend zu informieren, wie es wirklich aussieht in diesem ÖGB, wo die Probleme unserer Kolleginnen und Kollegen liegen, anhand dieser Verschlechterungen gerade in der Post, die sich da für unsere Kolleginnen und Kollegen auftun. Er hat dann, wie ich erfahren habe, vom Kollegen Jonischkeit, in der Sitzung den Kollegen Fritz als Vorsitzenden der Postgewerkschaft zur Ordnung gerufen. Hat ihn gedrängt auch an den Aktionsprogrammen des ÖGB teilzunehmen. Er verlegt sich trotzdem weiterhin auf informieren statt reagieren. Aber das erfreuliche an unserer Situation, der ÖGB ist in Bewegung und mit in Bewegung sind unsere Mitglieder vor Ort. Das erfreuliche ist, dass seit November auf meiner Dienststelle am Postamt in Liesing ein Mandatsverhältnis herrscht - bei den letzten Personalvertretungen fand eine Mandatsumkehr ausgestattet mit 70 Prozent statt - ein Mandatsverhältnis von 4:1 für den Gewerkschaftlichen Linksblock. Dementsprechend Kolleginnen und Kollegen, kann ich euch davon in Kenntnis setzen, wenn auch die zentrale Postgewerkschaft innerhalb des ÖGB nicht aktiv werden sollte, so haben wir uns - und das ist für unser Postamt gedacht - als Gewerkschaftlicher Linksblock zu eigenständigen Maßnahmen entschlossen. Wir werden diese Maßnahmen, auch wenn es die Zentrale Gewerkschaft nicht für duldsam heißt, durchsetzen. Wir werden demnach am 6. Mai, auf unserer Dienststelle eine außerordentliche Betriebsversammlung abhalten. Wir werden dazu den Kollegen Fellner einladen, als unseren Arbeiterkammerrat - vorausschauend auf die Arbeiterkammerwahlen - um ihn auch unserer Kollegenschaft bekannt zu machen. Wir werden den Protest ausgehend von unserer Dienststelle organisieren. Wir haben diesbezüglich auch schon Kontakt mit anderen Vorsitzenden anderer Dienststellen aufgenommen, die sich ebenfalls nicht mehr duldsam verhalten wollen, was die Postgewerkschaft beschließt, was sie machen will. Der Protest ist größer. Wir werden alles unternehmen, um unsere Kollegen dahingehend zu informieren.

Gin. Stadler: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich kann euch nicht so einen kämpferischen Bericht bieten, wie es der Robert gemacht hat. Ich habe vergangene Woche, diese Woche eigentlich, aber noch vor dem Streikbeschluss des ÖGB an zwei Betriebsrätekonferenzen der GPA teilgenommen. Die eine hat im Saal stattgefunden, über 150 Betriebsräte sind zusammengekommen. Die Stimmung war schon etwas kämpferisch. Nur die Taktik der führenden FSG'ler und der Moderatoren hat letztlich darin bestanden, dass sie nach zweieinhalb Stunden, wo sie selbst auf Fragen wie - Was machen wir bei den Belegschaftsversammlungen,

die wir organisieren sollen? Was sollen wir unseren Kolleginnen und Kollegen sagen? Wofür steht die GPA? vom Präsidium keine Antwort bekommen haben. Das sie nach zweieinhalb Stunden die Tage und die Betriebe aufgeschrieben haben, wo Belegschaftsversammlungen stattfinden werden. Die Zwischenrufe nach Streik und „wir müssen mehr tun“, sind de facto dort ins Leere gegangen und die Kolleginnen und Kollegen sind mehr oder minder frustriert heimgeschickt worden. Am nächsten Tag in der Früh, war dann der ÖGB-Bundesvorstand. Wir haben gemeinsam mit anderen Kolleginnen und Kollegen direkt vor dem Gebäude wo der Bundesvorstand tagt eine Protestkundgebung organisiert. Es waren überraschenderweise über hundert bis hundertfünfzig Kolleginnen und Kollegen versammelt, die sich nicht mehr zufrieden geben wollten mit der sehr vagen Haltung des ÖGB. Wir haben dann sehr spontan beschlossen, dass wir von dieser Kundgebung als

Demonstration zur weiteren Betriebsräteversammlung der GPA, die im Freien bei der Freyung stattgefunden hat, hin marschieren. Da war für mich eines der schönsten Erlebnisse, das ist mir noch nicht passiert, dass ein Fahrer der Müllabfuhr uns positiv zugehupt hat, bestärkt hat, es ist gut, dass wir da auf die Straße gehen. Überhaupt die Stimmung, die uns entgegen geschlagen ist, wie wir da demonstrieren haben, war so etwas von positiv. Wenn ich dann gleichzeitig die Hauptreferenten bei der Betriebsversammlung, Kazian, Scheed, Sallmutter gehört habe, die eigentlich nur darauf organisiert haben, die ganze Pensionsreform wohl überlegt im Herbst beim Sozialpartnergipfel zu besprechen. Wenn ich das kontrastiere, dann muss ich sagen, hat die GPA in dem Sinn auch gebremst. Ihre Losung ist: reformieren statt ruinieren. Genau da können wir als GLB ansetzen. Weil genau da stellen wir als einzige Fraktion die Frage nach der Umverteilung. Sie kommen einfach nicht auf die Idee, sie sprechen sich gegen den Neoliberalismus aus und begreifen nicht, dass sie selbst tragender Teil dieses Neoliberalismus sind. Es ist mehr oder minder die Sicht aus der GPA. Ich kann euch jetzt nicht berichten, wo und in welchen Betrieben auch tatsächlich dann Streikaktivitäten durchgeführt werden. Das ist noch nicht verlautbart und wird sich natürlich in einem anderen Rahmen abspielen, wie bei den Eisenbahnern oder Straßenbahnern, weil deren Protestaktionen natürlich wahrscheinlich viel deutlicher merkbar sein werden.

Gen. Wieser: Genossinnen und Genossen. Als Bundessekretär des Gewerkschaftlichen Linksblocks Eisenbahn möchte ich euch über die zukünftigen Pläne der Gewerkschaftsaktivitäten ein bisschen was erzählen. Der Gewerkschaftliche Linksblock sitzt mit vier Personalvertretern in der Eisenbahnergewerkschaft, das heißt in der Zentralleitung. Die Eisenbahnergewerkschaft ist mit großen Schritten voran gegangen. Bevor der ÖGB reagiert hat haben wir am 14. April in der Zentralleitung einstimmig fraktionell übergreifend beschlossen, Streikmaßnahmen durchzuführen. Das heißt, wir werden - so wie es ursprünglich geplant war - nicht nur keine Überstunden leisten, sondern wir werden effektiv die Räder still stehen lassen und das nicht nur eine Stunde. In dieser Zentralleitung gab es erstmalig eine überfraktionelle Veranstaltung, das heißt, vorher gab es keine fraktionellen Beschlüsse und gleichzeitig in der Zentralleitung gab es drei Wortmeldungen und die waren vom Linksblock. Diese drei Wortmeldungen, sind vom Vorsitzenden Haberzettel mit nichts anderem sanktioniert worden würde ich sagen, als wie „dem ist nichts beizufügen“. Er weiß, was wir die letzten 10 bis 15 Jahre gepredigt haben, was der Groß Manfred teilweise von der politischen Seite her für uns ausgearbeitet hat, was der Groß Manfred - so wie das letzte Mal schon auf der Bundesleitung des GLB - allgemein erzählt hat, er als Nostradamus des ÖGB irgendwo dasteht, weil Manfred Groß hat - wie der

Nostradamus schon - die Katastrophen vorausgesehen. Teilweise sind sie auch - speziell ÖGBmäßig - eingetreten. Zu den konkreten Vorschlägen will ich nichts näheres sagen, weil wir nicht haben wollen, dass die Medien im Vorfeld reagieren, sondern die sollen überrascht werden. Es gibt ein großes Problem und ich denke mir, jetzt müssen wir auf die Solidarität jedes oder jeder Einzelnen eingehen, oder rechnen damit, oder aufrufen, und zwar die Menschen sollen nicht draußen stehen und angefressen sein, weil keine Eisenbahn, keine Straßenbahn fährt, oder keine Müllabfuhr fährt, sondern die Mitmenschen sollen aufgeklärt werden, dass es hier nicht um die Zerschlagung einzelner Systeme geht, sondern um die Zerschlagung aller Sozialsysteme und nicht nur in Österreich unter schwarz-blauer Regierung, sondern in ganz Europa und auf der ganzen Welt, um die Zerschlagung der Systeme, die die Arbeitnehmer geschaffen haben und dieses Geld, das offen auf der Straße liegt, stecken die Konzerne ein, verschwinden einfach und drehen uns den kalten

Rücken zu. Jetzt ist es in unserer Macht, dass wir sagen, wir machen die Streiks oder die Kampfmaßnahmen für uns alle. Die Eisenbahner gehen nicht auf die Straße, weil sie mehr Gehalt wollen, oder weil sie kürzer arbeiten wollen, oder nicht länger arbeiten wollen, sondern wir gehen auf die Straße, weil der öffentliche Verkehr das effektivste Mittel ist, dass für den Streik geeignet ist. Wir gehen auf die Straße nicht nur des Verkehrs willens oder gegen die Zerschlagung der Systeme, sondern wir wollen aufmerksam machen, dass das mehr ausmacht. Wir alle wissen, dass es in Zukunft auch das Wasser betreffen wird. Wir wissen, dass es die Gesundheit betreffen wird. Und es wird uns alle betreffen. Kein Einziger in unserer Gesellschaft wird ausgenommen bleiben, das ist die Tatsache. Schlussendlich möchte ich sagen, es wird an jedem Einzelnen liegen, wie diese Aktionen durchgeführt werden, wie sie von unseren Nachbarn empfunden werden, von unseren Mitarbeitern, von unseren Familien. Wir müssen sie im Vorfeld darauf vorbereiten, dass es harte Kampfmaßnahmen diesmal geben könnte. Das war einmal der Bericht der Gewerkschaft der Eisenbahner.

Jetzt möchte ich noch ein paar Worte zur KPÖ sagen. Viele werden mich nicht kennen oder teilweise nicht kennen. Vor 25 Jahren war ich noch bei der SPÖ tätig. Irgendwo sind dann die Wege auseinander gegangen, das war für mich kein zusammenarbeiten mehr, von meiner Ideologie ist das komplett weggegangen. Seit 14 Jahren bin ich beim Gewerkschaftlichen Linksblock, vorher war ich parteilos. Seit 7 Jahren bin ich letztendlich bei der Kommunistischen Partei Österreichs. Ich bin bei der Kommunistischen Partei Österreichs weil das die einzige Partei war, die meiner Ideologie entsprach und die einzige Partei für mich war, in der ich Menschen sah. Menschen, mit denen ich reden konnte. Menschen, die meine Meinung akzeptierten und mir keine Thesen und Programme vorschrieben, so wie sie das wollten. Das war für mich sehr wichtig. Wenn ich dieser Tage, den vergangenen Wochen oder Monaten das mit verfolgt habe - die Programme und die Thesen der einzelnen Organisationen. Bei mir ist es leicht, ich bin ein Steirer. Ich kann gegen die Steirer schimpfen, ich wohne in Wien, so kann ich gegen die Wiener auch schimpfen. Mir kann keiner böse sein, oder sie sind alle böse, ist auch egal. Ich finde eines: Es gibt Thesen, die man schreibt, der andere liest sie. Es gibt Programme, die man schreibt, der andere liest sie. Ich denke mir, Kommunismus kann man nicht nur schreiben und lesen, sondern Kommunismus muss man auch leben, das muss man zeigen. Von einem bin ich auch überzeugt: Programme, Thesen sind ein Werkzeug, das liegt da. Was man mit dem Werkzeug anfängt, ist eine andere Sache. Das obliegt jedem Einzelnen. Denn das wahre ist im Kopf und nicht im Papier und in Thesen und in

Zitaten auch nicht, dass möchte ich auch dazu sagen. Wir haben andere Probleme, als über Strichpunkte und Beistriche zu streiten. Die Probleme liegen heute ganz anders am Tisch. Das ist eine Bedienungsanleitung. Nehmen wir ein Kochbuch, das ist vergleichbar. Jeder nimmt die gleichen Zutaten und nichts wird gleich schmecken, weil einfach verschiedene Leute verschieden denken und verschieden mit den Werkzeugen umgehen. Aus dem Grund hätte ich die Bitte an alle Einzelnen, die an diesen Programmen mitarbeiten. Reicht euch die Hände, arbeitet zusammen und es wird etwas herauskommen. Zum Schluss brauchen wir kein Kochbuch mit 600 Seiten und keine Köche mehr. Danke.

Gen. Stöckl: *Am Wort ist der Gen. Becker von den Wiener Verkehrsbetrieben, als erste Diskussionsrednerin, Lisl Rizy (Favoriten)*

Gen. Becker: Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Ich möchte mich vorerst einmal bei

euch vorstellen. Mein Name ist Adi Becker und ich bin seit Oktober 2002 Mitglied der KPÖ und im 11. Wiener Gemeindebezirk Simmering organisiert. Seit der letzten Personalvertretungswahl im Mai 2002, bin ich Personalvertreter des GLB bei den Wiener Straßenbahnen. Seit Jänner 2002 bin ich in der GLB- Landesleitung Wien tätig. Seit April - der vergangenen Bundeskonferenz des GLB - auch in der Bundesleitung des GLB.

Liebe Genossinnen und Genossen. Für mich ist dies der erste Parteitag, den ich miterleben darf und etwas vollkommen Neues und Erhebendes. Hier freut es mich ganz besonders, dass ich euch gleich etwas Erfreuliches berichten darf. Auf Grund des unsozialen schwarz-blauen Regierungsprogramms und ganz besonders des sozialen Pensionsraubes vom Oberraubritter Schüssel wird am 6. Mai dieses Jahres bei den Wiener Linien gestreikt. Es fährt an diesem Tag keine U-Bahn, keine Straßenbahn und kein städtischer Bus bis 10 Uhr aus den Hallen aus. Im selben Zeitraum wird in der Zentralwerkstätte und allen anderen Abteilungen der Wiener Linien die Arbeit niedergelegt. Diese Maßnahmen treten automatisch in Kraft, sollte die Regierung nicht auf die Forderungen des ÖGB und seiner Fachgewerkschaften eingehen. Diese Forderungen heißen: Die totale Rücknahme der Pensionssicherungsreform, nur kosmetische Veränderungen derselben, werden nicht akzeptiert.

Zeitgleich finden in ganz Österreich in den Dienststellen und in den Betrieben ebenfalls Streiks statt. Das, das so ist, ist zum größten Teil ein Verdienst des GLB. Mit unseren Forderungen und Aktionen haben wir nun endgültig den Österreichischen Gewerkschaftsbund aus seinem Tiefschlaf erweckt. Am selben Tag, der der gewerkschaftliche Aktionstag ist, werden der GLB und die KPÖ-Wien gemeinsam Aktionen an verschiedenen noch festzustellenden Punkten in Wien veranstalten.

Zur KPÖ-Wien habe ich noch etwas zu sagen. Wir GLB-Gemeindebediensteten sind der KPÖ-Wien zu großem Dank verpflichtet, da wir ohne Unterstützung der KPÖ-Wien in den verschiedensten Gemeindebetrieben nicht einmal kandidieren könnten. Ich möchte mich hier einmal für diese geleisteten Unterstützungen jeglicher Art bei Gin. Waltraud Stiefsohn und allen anderen Wiener KPÖ'lerinnen und KPÖ'lern auf das Herzlichste bedanken.

Einen Verrat an der Arbeiterklasse, der derzeitigen KPÖ-Führung kann ich aber nicht sehen, wie dies von einigen parteiinternen Kritikern vorgeworfen wird. Wenn man am 24.4.2003, die Seite Presseportal.at gelesen hat stand dort: Wir werden den Streikbeschluss, welchen der ÖGB-Vorstand heute einstimmig getroffen hat, voll und ganz unterstützen, so KPÖ-Vorsitzender Walter Baier zu den letzten Entwicklungen in der innenpolitischen Causa Nr. 1.

Ebenso ein Leitartikel der Gin. Waltraud Stiefsohn im Rotpunkt 2/2003. Ich zitiere: "Die schlafende Opposition ist ein Skandal und keine weitere Wortspende wert. Die Preisfrage, geht der ÖGB endlich angemessene Kampfmaßnahmen an oder bleibt es bei einigen schrägen Tönen zu Sozialabbausymphonie. Angemessen wäre nur eines, ein Generalstreik. Die Bonusfrage lautet: Schafft es das Bündnis aus Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen in Österreich und weltweit den

Wenn ihr euch die Nachrichten am 24.4.2003 angesehen oder angehört habt, konnte

man die Aussage des Vorsitzenden der SPÖ Alfred Gusenbauer hören, dass die SPÖ den Aufruf des ÖGB zum Generalstreik nicht unterstützen wird. Somit ist für mich die KPÖ die einzige Partei in Österreich, die die ArbeiterInnenschaft mit allen Kräften unterstützt. Aber das ist uns Kommunistinnen und Kommunisten seit über 100 Jahren vollkommen klar.

Nun aber zu den verschiedenen Programmentwürfen. Ich habe beide gelesen und versucht, beide zu begreifen. Ich muss zu meiner Schande gestehen, dass ich vieles von beiden - den Thesen und ebenso dem Steirischen Programm - nicht verstanden habe. Ich denke, liebe Genossinnen und Genossen, ihr werdet mir das als Newcomer verzeihen. Was mich mit besonderem Stolz erfüllt, ist, dass mein Vorsitzender Manfred Groß, der wie ihr ja alle wisst nach einem Schlaganfall im Krankenhaus liegt und der, wie ich weiß, mit jeder Faser seines Herzens und mit all seinen Gedanken hier und heute bei uns ist, genauso, wie wir alle GLB'lerinnen und GLB'ler mit unseren Gedanken bei Manfred Groß sind. Dieser Manfred Groß hat ein Papier entwickelt, das sicherlich nicht den Anspruch stellt, - und das sind seine Worte - ein Parteiprogramm zu sein, aber doch als Beschlussvorlage gelten kann. Meiner Meinung nach auch als Beschlussvorlage gelten sollte. Selbstverständlich bin ich dafür, dass dieses Papier hier beschlossen wird und möchte euch ersuchen, diesem Papier eure Zustimmung zu geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche uns allen einen friedlichen und erfolgreichen Bundesparteitag und hoffe, dass wir alle unser Bestes geben werden, um zum Gelingen dieses Parteitages beizutragen, im Sinne einer starken und einigen Kommunistischen Partei Österreich. Lange lebe die Kommunistische Partei Österreichs, Freiheit und Glück auf.

Gen. Stöckl: *Bevor wir Gin. Rizy das Wort erteilen, bittet Gen. Murgg den Seitenausgang zu schließen, es ist laut und die steirischen Genossen hören von der Diskussion sehr wenig. In Vorbereitung bitte der Gen. Andreas Rennert (BO-Salzburg Stadt) und nach ihm dann die Gin. Tina Leisch (BO-Klagenfurt)*

Gin. Rizy: Grundsätzliche Vorbemerkung. Aus Sicht der KommunistInnen entsteht die Unterdrückung der Frau zur gleichen Zeit wie die Klassengesellschaft. Sowohl die Klassenausbeutung von arbeitenden Frauen und Männern als auch die

zusätzliche Unterdrückung der Frau haben ihren Ursprung im Entstehen von Eigentumsverhältnissen, die auf privater Aneignung von Reichtum, Privateigentum

Dem steirischen Programmentwurf fehlt zum Thema Frauenpolitik vieles, aber er hat die Voraussetzungen für eine marxistische Frauenpolitik, daher möchte ich auf seiner Grundlage programmatisch weiterarbeiten können.

Als Kommunistin bin ich überzeugt davon, dass Frauenpolitik in der KPÖ nicht als Extrafeld politischer Arbeit angesehen werden darf. Es reicht nicht, einzelne Themen, wie Kinderbetreuung, Kampf für die Abtreibung auf Krankenschein, Gewalt gegen Frauen u. a. aufzugreifen. Kommunistische Frauen müssen sich in alle politischen Fragen einmischen.

Immer mehr Menschen werden heute als nicht mehr verwertbare und verwendungsfähige Ausbeutungsobjekte abgeschrieben. Diese Frage betrifft Frauen in

größerem Ausmaß. Für die KPÖ besteht die Herausforderung darin, Vorstellungen zu entwickeln, mit denen Politik gegen das Kapital und auch gegen die österreichische Regierung als dessen politische Vertretung gemacht werden kann. Eine solche Politik muss sowohl die Verteidigung der demokratischen und sozialen Errungenschaften - wie zum Beispiel heute um die Erhaltung des Pensionssystems - als auch den Kampf um tief greifende Umgestaltungen bis hin zur revolutionären Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse beinhalten. Wenn wir z. B. richtigerweise auf die moderne Arbeiterklasse als die entscheidende Kraft zur Veränderung der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse orientieren, beziehen wir uns sowohl auf den männlichen als auch auf den weiblichen Teil der Arbeiterklasse. Damit muss auch der Vorwurf zurückgewiesen werden, der unterstellt, die KommunistInnen hätten diese Problematik in Haupt- u. Nebenwidersprüchen differenziert und somit die Emanzipation der Frauen als Nebenwiderspruch behandelt.

Für Frauenpolitik heißt das:

- Genauere Kenntnisse über die Veränderungen, die sich im Profil und in der Zusammensetzung des weiblichen Teils der Arbeiterklasse in den letzten Jahrzehnten vollzogen haben.
- Stärkere theoretische Durchdringung bezüglich des strukturellen Zusammenhangs von Haus- und Erwerbsarbeit für Frauen.
- Präzise Aussagen über die Entwicklung von Teilzeitarbeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse besonders für Frauen.
- Mehr Wissen über die Lebenssituation von arbeitenden Frauen. Die Grundrechte der Frauen (wie Recht auf Arbeit, Recht auf Bildung und Ausbildung, Recht auf Selbstentscheidung über Körper, Leben, Gesundheit etc.) müssen Anliegen aller Mitglieder der Kommunistischen Partei sein.

Einfluss auf die Gestaltung der Gesamtpolitik der KPÖ gibt es, wenn die Frauenpolitik ein marxistisches Profil entwickelt und alle Genossinnen und Genossen für ihre Ziele gewinnt und sich nicht allein auf "antipatriarchale Phrasen" in den jeweiligen Papieren der KPÖ reduzieren lässt.

Bürgerliche Feminismustheorien unkritisch zu übernehmen ist der falsche Weg. Auch für wichtige Bündnisse mit Frauengruppen brauchen wir eigenständige

marxistische Positionen. Immer wieder wird - auch in der KPÖ - behauptet, dass der Marxismus nicht in der Lage ist, auf Fragen der Emanzipation der Frau, der Gleichberechtigung zeitgerechte Antworten geben zu können. Natürlich ist der wissenschaftliche Kommunismus der Klassiker kein jederzeit abrufbarer Katechismus, mit fertigen Rezeptvorlagen, wie das gerne unterstellt wird. Natürlich fehlen für heutige Probleme analytische Aussagen und praxisrelevante Politikvorstellungen, weil vieles von uns nicht weiterentwickelt wurde. Sondern statt dessen scheinbar fertige Ansätze aus anderen, nicht marxistischen Bewegungen (feministischer, ökologischer, neuerdings der Antiglobalisierungsbewegung u.a.), übernommen wurden. Vieles bedarf weiterer Überlegungen, aber der Marxismus stellt die entscheidende ideologische und theoretische Grundlage und Voraussetzung für die Entwicklung kommunistischer Frauenpolitik dar. Der Kampf um echte und endgültige Befreiung der arbeitenden Frau ist in erster Linie Klassenkampf und kein Geschlechterkampf. Marxisten erklären die jahrhundertalte Unterdrückung der Frau mit der Entstehung und Entwicklung der Klassengesellschaften.

Daher ist die Rolle der Frau keine im Gegensatz zum Mann definierte, sondern historisch-gesellschaftlich bedingt und dadurch auch veränderbar. Vor allem zum immer wiederkehrenden, unmarxistischen Schlagwort, "Geschlecht als historische Kategorie", das de facto den Klassencharakter unserer Gesellschaftsordnung verschleiert und das auch in den Thesen strapaziert wird, möchte ich sagen: Die Vertreterinnen des Geschlechterkampfes, die sich auch in der KPÖ finden, meinen, dass sich Frauenbefreiung als Teil der Klassenauseinandersetzung auch gegen den Mann als Geschlechtswesen richten müsse, sofern er sich an der patriarchalen Unterdrückung der Frau beteiligt. Dieser durchaus nachvollziehbare Standpunkt beachtet aber nicht, dass es keinen die Klassengegensätze überlagernden Geschlechtergegensatz gibt. Die "Frau" wird nicht als "Klasse", als Kategorie unterdrückt, sondern als Frau innerhalb der jeweiligen Klasse, der sie angehört. Sie erleidet als Lohnabhängige zusätzlich zur Ausbeutung im kapitalistischen System darüber hinausgehende Unterdrückung. Das Ende der Diskriminierung der Frau, ihrer Abhängigkeit vom Mann in allen Lebensbereichen, die Überwindung ihrer unterschiedlichen Unterdrückungsformen wird umso umfassender sein, je konsequenter es gelingt, die materiellen Voraussetzungen zu ihrer Befreiung, also die Aufhebung der auf Ausbeutung beruhenden Klassenverhältnisse, zu schaffen. Das Ringen um Gleichberechtigung und Frauenbefreiung muss als gemeinsamer Kampf von Frauen und Männern der Arbeiterklasse in Gewerkschaft und Arbeiterparteien begriffen werden. Dass sich dieser Prozess nicht konfliktfrei und auch nicht ohne Rückschläge auch innerhalb der, gemeinsam Kämpfenden entwickelt, beweist doch nicht, dass er nicht notwendig ist.

"Das Patriarchat ist nicht nur die Diktatur des Mannes über Frau und Kind, sondern auch die Ideologie eines ausbeuterischen Produktionssystems (...) Will die Frau sich selber finden, so muss sie helfen, eine Gesellschaftsform frei von Privatbesitz an Produktionsmitteln aufzubauen. (...)Nur diejenige Frauenbewegung, die eine Gesellschaftsordnung vorweisen kann, in der es auch dem Manne besser geht, kann ihn überzeugen, sich ihr anzuschließen und diese Ordnung gemeinsam mit ihr aufzubauen. Die Erniedrigung und Demütigung der Frau kann nur dadurch beseitigt werden, dass man die Motive beseitigt, die den Mann zum Erniedrigter und Demütigter machen. Diese Motive liegen in der Gesellschaftsordnung begründet, nicht in der Sexualordnung." Das ist laut Walter Hollitscher auch die marxistische Position, welche fordert, dass Frauen und Männer gemeinsam für die Befreiung der Geschlechter kämpfen.

Solange Frau und Mann, Österreicherin und Ausländerin, Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden können, werden wir beim Kampf scheitern!

Gen. Stöckl: *Bevor ich dem Gen. Rennert das Wort erteile, möchte ich wirklich alle noch eindringlich ersuchen, sich an die ausgemachte Zeit zu halten. Gin. Rizy hat fast 10 Minuten gesprochen. Am Wort ist der Gen. Rennert, dann die Gin. Tina Leisch. Und in Vorbereitung der Gen. Jurjans, Wien Margareten.*

Gen. Rennert: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich freue mich, dass ich heute hier stehen kann. Es ist eigentlich eine Frechheit, dass ich hier stehe, so empfinde ich es. Ich hoffe, ihr empfindet es nicht als Frechheit. Ich bin seit 2. Oktober 2002 Mitglied der KPÖ. Vor dem Kaltenegger Erdbeben bin ich der KPÖ beigetreten, weil ich als Mensch, der viele Jahre seines Lebens politisch interessiert war, Gewerkschaftsmitglied war, aber nicht politisch aktiv war, mit der schwarzbraunen Regierung 1 begonnen habe, in

Salzburg etwas zu tun und mitgearbeitet habe in der Plattform "Rassismus und Sozialabbau" und der nachmaligen und heutigen des Salzburg Social Forum. Ich habe dort die Rolle der KPÖ - und das ist auch der Grund, warum ich jetzt hier stehe - vertreten. Ich bin heute, so wie viele hundert und tausend andere Menschen in Österreich, direkt angesprochen worden, wenn es um die Frage ging der Öffnung zu dem Sozialforum, zu den sozialen Bewegungen, zu den neuen Entwicklungen, wenn es um die Frage geht "Wie positioniert sich die KPÖ?" Ich bin sehr glücklich und bin sehr froh, halte es für richtig und wichtig und gut, dass die Entscheidung so gefallen ist, sich anzuschließen, sich einzubringen in die neuen sozialen Entwicklungen und in die Sozialforumbewegung. Vor allem in den gemeinsamen gegen die Neoglobalisierung. Ich bin vor der Härte der Auseinandersetzungen hier gewarnt worden. In Salzburg haben wir eine Veranstaltung gehabt, in der die Thesen und das Steirische Parteiprogramm vorgestellt wurden, beide sehr kontrovers diskutiert wurden, beide sehr ins Persönliche gehend diskutiert wurden. Das hat mich schon ein bisschen erschreckt, das muss ich wirklich sagen. Ich habe mich mit beiden Papieren sehr genau auseinander gesetzt und habe in beiden sehr wertvolle Dinge gefunden und wieder Dinge, wo ich mich nicht hundertprozentig identifizieren konnte. Ich halte sie beide in einem Prozess der Programmfindung einer KPÖ für ganz wichtig. Das ist vielleicht ein spannender Zeitpunkt für mich hier der KPÖ beigetreten zu sein, mitten in einer Programmdebatte. Nur, ich denke, niemand hat es notwendig, hier aufzustehen mit einem fertigen Programm. Inzwischen wissen wir das alle, dass wir das nicht tun werden, mit einem fertigen Programm aufzustehen, sondern ganz im Gegenteil. Vielleicht braucht die KPÖ etwas, was andere Parteien in Österreich nicht haben, eine permanente Programmrevolution, ein permanentes Überdenken, eine permanente Selbstreflexion. Was die Härte der Auseinandersetzungen betrifft, so denke ich schon ganz klar zu sehen, was dahinter steht. Es stehen dahinter die Ängste von allen und das ist etwas ganz gemeinsames. Die Ängste, eine Chance nicht zu nützen, die es seit Jahrzehnten wohl hier nicht gegeben hat in Österreich. Eine Chance nicht nützen, in ein Vakuum für linke Positionen vorzustoßen. Hier vielleicht einen Fehler zu machen, weil man irgendwo eine falsche Festlegung trifft. Diese Ängste sind berechtigt und auch wieder nicht. Das Wichtigste ist der Prozess, der hier stattfindet. Das Wichtigste ist die Auseinandersetzung, wirklich die permanente Auseinandersetzung wird das Wichtigste sein. Damit werden wir uns abheben, damit können wir uns abheben von dem, was hier in Österreich sonst so gespielt wird in den Parteien. Ich denke, hier

liegen unsere großen Chancen. Ich mag den Leo Gabriel furchtbar gern. Ein Ferment zu sein, das ist viel zu wenig für uns. Vielleicht ein Ferment, um einer rassistischen Sozialdemokratie Feuer unter dem Hintern zu machen. Aber das hat doch der Landeshauptmann Haider viel besser gekonnt. Wenn die SPÖ heute um die Stimmen der österreichischen Weinbauern rittet, dann rittern wir um die Stimmen der SPÖ. Nicht rittern, sondern kämpfen wir und zwar ehrlich um die Stimmen der SPÖ. Und ehrlich um die Stimmen der Menschen, die die SPÖ verlassen haben. Ja, wir müssen ihnen auch entgegen gehen. Nicht programmatisch, den Leuten, die die SPÖ nach rechts verlassen haben. Wir müssen begreifen, dass es Menschen aus der Arbeiterklasse sind. Wir müssen, ohne irgendwelche Grundsätze aufzugeben und ohne Kompromisse einzugehen, in unserem Antirassismus, in unseren sozialen und marxistischen Grundsätzen, wir müssen sie bei der Hand nehmen, kommt zu uns, jetzt machen wir Nägel mit Köpfen in Österreich. Ich habe im letzten Nationalratswahlkampf - ich bin berufstätig und habe gar nicht viel Zeit - einige Male an Flugzettelaktionen teilgenommen und vor Einkaufszentren Flugzetteln verteilt. Wir haben auch ein schönes Plakat in Salzburg gehabt. Wer waren denn die Menschen, die sofort angesprochen haben, von

uns angesprochen zu werden. Das waren alte Frauen und Männer, die alle miteinander in der SPÖ groß und alt geworden sind. Es waren schlecht aussehende und blasse junge Frauen mit Kindern, wo man einfach gesehen hat, in diesem Österreich gibt es viel zu tun. Die Leute, sie wollen nur angesprochen werden. Wir müssen sie persönlich ansprechen, so wie wir hier stehen. Wir müssen hinausgehen, überall die Diskussionen beginnen. Uns als Persönlichkeiten herstellen, nicht allein mit Papieren. Nur zwei Worte noch, ich muss so vieles sagen. Wir müssen auf verschiedenen Ebenen - denke ich - agieren. Das Eine ist die ganz persönliche. Das Zweite ist, ich habe es in den Anträgen nur gesehen, die morgen behandelt werden. Ich muss aus meiner Erfahrung sagen, ich bin nicht in der KPÖ groß geworden und aufgewachsen. Ich muss sagen, die „Volksstimme“, so wie sie heute dasteht, ich habe sie früher auch gekannt und nicht geschätzt. Die „Volksstimme“ ist ein großartiges Aushängeschild für die KPÖ. Das muss ich wirklich allen sagen, auch meinen Freundinnen und Freunden, die anderer Ansicht sind. Sie ist ein wirklich wichtiges Aushängeschild für eine KPÖ, die ihre Basis verbreitern will. Und zwar ihre Basis verbreitern, ohne sich ideologisch zu verbreitern, sondern ihre Basis verbreitern will mit Glaubwürdigkeit. Das möchte ich einfach sagen. Natürlich richtet sie sich nicht an alle. Ihr Niveau ist teilweise so hoch, dass sie vielleicht wirklich nicht für alle unsere Wählerschichten das optimale Medium ist. Ich persönlich habe erlebt, wie Menschen von ganz anderen Zugängen über die

Gin. Leisch: Genossinnen und Genossen. Ich bin Tina Leisch, Obfrau des Vereins der Freundinnen und Freunde des Perschmannhofs. Ich weiß nicht, ob ihnen das ein Begriff ist. Das ist ein Museum des antifaschistischen Widerstands und des Kärntner Partisanenkampfes in Eisenkappel. Ich sage übrigens zu allen Leuten sie, auch zu Genossinnen und Genossen. Wir arbeiten in diesem Museum oder diesem Verein im Moment sehr heftig, weil wir haben in Kärnten gerade mit einer sehr starken Offensive vom Heimatdienst und der FPÖ zu tun. Eine Offensive der Diffamierung der Partisaninnen und Partisanen und des antifaschistischen Widerstandes. Es gab, im Winter eine sehr beachtete Filmvorführung über angebliche Partisanengräuel im Konzerthaus in Klagenfurt. Vorgestern hat der Haider im Europagymnasium eine Ausstellung eröffnet, eine Wanderausstellung, in der es auch um diese angeblichen Partisanengräuel geht, um eigentlich 90 Leute, die verschleppt wurden von

Partisanen, entführt worden, sagen die immer. In Wirklichkeit waren das zum Teil hochgradige Nazifunktionäre, an denen man dann Rache geübt hat. In dieser Situation versuchen wir dem antifaschistischen Widerstand ein Forum zu eröffnen. Im Wesentlichen geht es darum, dieser Propaganda, die vor allem versucht, den Nationalsozialismus zu rehabilitieren, in dem man sagt, die Nazis waren die eigentlichen Heimattreuen. Der Nationalsozialismus war ein Abwehrkampf gegen eine kommunistische Aggression und die Partisanen waren kommunistische Aggressoren. Die Nazis waren gute Antikommunisten, dem etwas entgegenzuhalten. Da draußen sind ein paar so Zettel, da sehen sie, was wir tun. Eine solche Veranstaltung machen wir am 2. in Klagenfurt zum Einen. Zum Anderen arbeite ich speziell gerade an einem Theaterstück, das in Oberösterreich aufgeführt wird, wo es auch um diese Partisanenthematik geht. Wir glauben einfach, dass das für Kärnten ein wichtiges Thema ist.

Ich selber bin 2001 in die KPÖ-Klagenfurt eingetreten. Vor der Aufnahme in die Partei schickten sie mich zuerst in die Parteischule bei einem Bauern in Soltschawa. Ein Mann und eine Frau leiteten den Kurs. Wir waren ungefähr 30 in diesem Bauernhaus. Sechs

Wochen hätte er eigentlich dauern müssen, aber dann dauerte er doch nur 3 Wochen. Wie es da am Schönsten wäre auf der Erde, lauter so schöne Sachen trugen sie uns vor. Die Armee ganz weg, die Religion ziemlich beiseite schieben. Religionen gäbe es sowieso zu viele und zweitens würden sich die untereinander sowieso nie einig werden. Der Kampf zwischen ihnen würde sowieso immer weiter gehen. Und einer von diesen politischen Kämpfern sagte da: Diese Maria da, die war genauso eine Frau wie jede andere und keine Heilige. Und der Christus war ein fähiger Mensch und den beschrieben sie uns dort so, als ob er der erste Kommunist gewesen wäre. Sie haben es vielleicht gemerkt, diese Parteischulung, die ich da gerade beschreibe, war nicht wirklich die, die ich vor zwei Jahren selber erfahren habe in der KPÖ Klagenfurt, sondern das ist eine Parteischulung, die der Partisan Micha Sadolschek beschreibt. Mit diesen programmatischen Äußerungen hat man ihn nämlich zum politischen Arbeiter der osiwudina fronta gemacht und er ist als Terened sehr erfolgreich gewesen bei der Organisation von antifaschistischen Widerstand, Partisanenkampf gegen die Nazis. Ich erzähle das jetzt nicht deshalb, weil ich glaube, dass wir uns auf das programmatische Niveau von Micha Sadolschek und dieser Parteischulung in Soltschawa zurückbegeben sollten. Aber ich finde es als schönes Beispiel dafür. Man sieht, dass oft nicht sehr differenzierte und ideologisch ausgefeilte programmatische Entwürfe notwendig sind, um gute, erfolgreiche und auch siegreiche, weil die Partisanen haben gesiegt, politische Arbeit zu machen. In diesem Sinn möchte ich eigentlich dafür plädieren, dass man vielleicht doch heute ein Programm beschließen kann, in dem sich alle zurecht finden. Ich glaube, dass diese Partei durchaus in der Lage ist, Leute, die für die EU sind - für die EU ist vielleicht falsch - die finden, dass die Auflösung des Nationalstaats in größere Organisationen dem Klassenkampf nichts abträgliches ist, ansprechen kann. Genauso wie solche, die den kleinen österreichischen Nationalstaat retten wollen, die könnten trotzdem gleichzeitig in dieser Partei agitieren. Man kann ein Programm verabschieden, das solche strittigen Fragen offen lässt.

Gen. Stöckl: *Ich bitte um Aufmerksamkeit. Die Antragskoordinierungskommission trifft sich um 18 Uhr im Bereich des Büros des Parteitages. Am Wort ist der Gen. Jurjans, in Vorbereitung die Gin. Karin Oberkofler Tirol und dann der Gen. Hermann*

Resinger GO 42.

Gen. Jurjans: Genosse Parteder zitiert, die Wahrheit ist konkret. Ich stimme zu. So konkret wie die Sehnsucht der Menschen, frei von sozialem Elend und frei von Unterdrückung und Herrschaft leben zu wollen. Der Traum von der klassenlosen Gesellschaft, die ein Leben in sozialer Sicherheit, in Würde und Freiheit ermöglicht, ist uralte. Mit der marxistischen Analyse ist der Traum zur konkreten Möglichkeit geworden. Wir können das Wirken der gesellschaftlichen Kräfte durchschauen, der Kräfte, die zwangsläufig Krieg, Elend und Zerstörung hervorbringen. Der Kräfte, die die Gesellschaftsumwandlung, die Transformation ermöglichen. Die Idee eines evolutionären Übergangs, hat die Wirklichkeit hinweggespült. Der revolutionäre Weg hat Gesellschaften hervorgebracht, die konkreten Schiffbruch erlitten haben. Es wurde die Macht ergriffen, aber nicht die Herzen der Menschen.

Was ist geblieben? Die konkrete Ausbeutergesellschaft und wir. Wir sind der konkrete menschliche Ausdruck der Weiterexistenz der Sehnsucht, der Weiterexistenz revolutionären Wissens und der Weiterexistenz des Kampfes und des Mutwillens. Weiterhin unterscheidet uns KommunistInnen von allen anderen Menschen nichts als

die Einsicht in die realen Verhältnisse und unsere Kampferfahrungen. Um diese, unsere Kompetenz für die Menschen nützlich machen zu können, müssen wir über das neueste Wissen verfügen und wir müssen unsere Kampferfahrung, die guten wie die schlechten, unsere menschlichen Höchstleistungen - wie unsere Grausamkeiten und Verbrechen - so verarbeiten, dass wir daraus Lehren ziehen können. Also lernen, uns erneuern können. Um uns und den anderen einen Überblick über den Stand unseres Wissens und unserer Lernresultate geben zu können, verfassen wir Papiere und nennen es Programm. Das brauchen wir, den anderen sind wir es schuldig. Die Menschen werden es kontrollieren, es für gut oder schlecht halten, aber sie werden uns deswegen nicht vertrauen. Sie wissen, dass Papier geduldig ist. Wir sind dieses Wochenende hier, um ein gemeinsames Papier zu beschließen. Beschließen wir alles oder nichts, wissen die Menschen, dass wir streiten und dass wir für sie nutzlos sind. Nachdem unterschiedliche Strömungen konkurrieren gibt es beschreibbares Gemeinsames, es gibt beschreibbare Differenzen und es gibt Beschreibbares sich Ausschließendes.

Was meine ich konkret? Der Kern des Steirischen Programms ist für mich die Botschaft, die KommunistInnen wollen gemeinsam mit den konkreten Menschen ihren konkreten Sorgen, Hoffnungen und Bedürfnissen den revolutionären Kampf führen. Dort wo sie leben und arbeiten, also im Alltag. Dieser richtige Weg ist der Weg der GenossInnen Schütte-Lihotzky, Weber, Burgstaller, aber genauso von Krieglsteiner, Latigo und wie zuerst der Wieser Ernst. Ich werde in Wien mit den Wiener GenossInnen auch diesen Weg weiterhin konsequent gehen. Diese Botschaft hat in Ernst Kaltenegger einen charismatischen Botschafter gefunden, weil er konkret, solidarisch zugänglich und bescheiden ist. Er ermöglicht Vertrauen. Seine Haltungen sind eine gelebte Alternative zum Neoliberalismus. Eine andere Strömung der Partei denkt anders, handelt anders, kämpft anders, nimmt andere Haltungen ein. Diese GenossInnen fühlen sich durch die Anwendung der marxistischen Analyse ermächtigt, ihre Meinung für die Wahrheit zu halten. Nicht für eine konkrete Wahrheit, sondern für eine allgemein gültige. Sich im Besitz dieser Wahrheit fühlend, setzen sie in ihrer Logik schlüssig alle Mittel ein, um diese ihre Wahrheit durchzusetzen. Das Erniedrigen, Verletzen, Entehren, also das Zerstören

der Solidarität scheint ihnen ein legitimes Kampfmittel, weil es der guten Sache dienen soll. Ein Konzept will den Weg mit den konkreten Menschen gehen. Das andere Konzept vermittelt den konkreten Menschen. Im einen Fall ist der solidarische Kampf Lebenszweck und Lebensmittel. Im anderen Fall das menschliche Leben Mittel zum Zweck. Über diese Ausschließlichkeit liegen nun verschiedene Standpunkte vor. Gen. Baier meint, hinter dem Steirischen Landesprogramm stehen in aller Beliebigkeit sich ausschließende Kräfte. Gen. Gaisch meint, das Steirische Landesprogramm vereinigt diese Strömungen. Ich meine, dass hier der Wunsch des Genossen zur falschen Analyse geführt hat. Das Gen. Baier hier genauer analysiert. Ich ziehe aus meinen Erfahrungen und den Erfahrungen als Betriebsrat den Schluss, dass Solidarität eine genossenschaftliche Praxis, in der die Freiheit und die Würde des Einzelnen die Voraussetzung zum gemeinschaftlichen Ziel gerichteten Handeln ist, zum unverhandelbaren Wesen einer kommunistischen Organisation gehört. Ich entscheide mich deshalb für den Vorschlag des Bundesvorstandes, weil er meine Schlussfolgerung am ehesten berücksichtigt. Freiheit.

Gin. Oberkofler: Genossinnen und Genossen. Mein Beitrag beschäftigt sich mit dem Verhältnis der Parteiführung zu den Gegnerinnen und Gegnern des Irak-Krieges. Im Herbst 2002 mehren sich die Zeichen, dass es zum Irak-Krieg kommen wird. Nachdem

der Afghanistan-Überfall, mehr noch als der Jugoslawien-Krieg, fast widerstandslos hingenommen wurde, sah ich schon wieder die selben Szenarien vor mir. Ein Protest von einigen Ländern, ein kleines Häuflein, das demonstriert und eine Bevölkerung, die bereit ist, wieder einen imperialistischen Eroberungskrieg hinzunehmen, wenn nicht gar zu befürworten. Die kommunistische Parteiführung war zu dieser Zeit zu sehr durch ihre Rolle als Global-Player abgelenkt, als dass sie hilfreiche, politische und historische Informationen bzw. Diskurse in den von ihr herausgegebenen Medien leisten konnte. Das waren sehr deprimierende Erkenntnisse. Ab diesem Zeitpunkt sah ich mir nur mehr meinen eigenen Prämissen gegenüber verpflichtet. Ich begann, mich auf meinen Verstand, Kraft und auf meine 25jährige Erfahrung als Kommunistin zu besinnen. In genau dieser Situation kam das Angebot von der AIK - der Antiimperialistischen Koordination Wien - an einer Solidaritätsdelegation in den Irak teilzunehmen. Durch verschiedene Lektüren und Informationen bereitete ich mich nach bestem Wissen auf den Irak-Besuch vor. Im Vorfeld dazu wurde bekannt, dass die Parteispitze druckvoll die Teilnahme von Manfred Eber, des damals Angestellten KPÖ-Landesvorsitzenden Tirols, sich an einer Solidaritätsaktion mit dem irakischen Volk zu beteiligen, zu verhindern wusste. Während der Vorbereitungen tauchte immer wieder der Vorwurf auf, dass ich mich bei meiner Reise in den Irak manipulierten Informationen aussetzen könnte und somit unglaubwürdig wäre. Ich frage euch, Genossinnen und Genossen, wenn nicht wir als Kommunistinnen und Kommunisten die jahrzehntelange Erfahrung und Taktik im Leben einer kapitalistischen Gesellschaft im Umgang mit pervertierter Meinungsmache haben, wer dann sollte halbwegs in der Lage sein, die Spreu vom Weizen trennen zu können. Nach meiner Rückkehr Anfang Jänner war ich fest entschlossen, diesem so liebenswerten und warmherzigen Volk das menschenunwürdig unter dem auf massiven Druck der USA zustande gekommene UNO-Embargo leben muss, mehr Öffentlichkeit zu verschaffen und auf die drohende Kriegsgefahr aufmerksam zu machen. Im Idealfall den Krieg zu verhindern, das war für mich vorrangig. Aus der Geschichte habe ich gelernt, dass es einen Zeitpunkt gibt, wo Menschen sich entscheiden müssen, auf welcher Seite der Barrikade sie

stehen wollen. Für mich war und ist mein Platz auf der Seite des Friedens. Durch verschiedene Arten von Öffentlichkeitsarbeit habe ich versucht, auf die gesamte Problematik des durch die Bush/Blair-Administration forcierten völkerrechtswidrigen Krieges aufmerksam zu machen. Einer meiner ersten Wege führte mich daher zur „Volksstimme“, der Wochenzeitung, der ich ein Manuskript über meine Erfahrung und Eindrücke sowie Aktivitäten, z.B. international besetzte Demonstration vor dem UNO-Gebäude in Bagdad, anbot. Bis heute ist das Manuskript weder abgelehnt noch gedruckt worden. Totschweigen ist ein probates Mittel gerade jener, die den Stalinismus theoretisch verdammen, jedoch aus den seinerzeitigen Deformationen heute ihren praktischen Nutzen zu ziehen wissen. Gerade diese „Volksstimme“ bringt in ihrer Ausgabe vom 16./17. April des Jahres unter dem Titel „Die irakische Bevölkerung feiert“, das glückstrunkene Interview über den Sieg der US-Armee und ihrer Verbündeten über den Irak, mit Naramanda Bandi, laut „Volksstimme“ seit 1977 in Wien ein Aktivist der patriotischen Union Kurdistan und des kurdischen Zentrums. Es bedarf eines unglaublichen Zynismus und Menschenverstands zu glauben, dass ein Volk Grund hat, sich über einen imperialistischen Raubzug, der das eigene Land knechtet, zu jubeln. Dazu braucht es nur noch die „Volksstimme“, die einem Kriegsbefürworter die Stimme leiht. In dem Interview beklagt Herr Naramanda Bandi unter anderem, dass die FriedensdemonstrantInnen, obwohl zuhauf in Europa und anderswo auf die Straße gegangen, letztendlich ein desinteressiertes Völkchen sind und Informationen nichts abgewinnen können. Er, Herr Naramanda Bandi, hätte sich als echter Irak-Freund sogar

zum Mitdemonstrieren hinreißen lassen, wenn er nur ein Transparent gegen Saddam Hussein gesehen hätte. Dieser Vorwurf ist vielfach laut geworden. Dazu kann ich nur sagen: Wenn all diejenigen, die ein Plakat getragen hätten, die diesen Umstand ernsthaft bedauern, wäre dieses Manko erst gar nicht entstanden. Wenn nun wirklich der Meinung ist, diese Vorgehensweise diene der wohligen Ausgeglichenheit, wo sind die Stimmen geblieben, die vehement protestiert haben als eine offizielle Vertreterin und ein offizieller höchster Vertreter der Kommunistischen Partei Österreichs im Dom zu Wien, öffentlich die Position der Katholischen Kirche mit ihrer Anwesenheit unterstrichen haben, ohne ein Transparent in die Kamera zu halten, auf dem sie klar und deutlich gegen die massenhaften, mannigfaltigen und weltweiten Gräueltaten der Katholischen Kirche Stellung beziehen. Dies ist nur eine von vielen Begebenheiten, die den Schluss zulassen, dass sich die KPÖ in Zukunft zu einer linksbeliebigen Partei entwickeln wird, deren weiteres Schicksal Helmuth und Hannes Fellner im letzten Argument auf Seite 20 nachgezeichnet haben.

Genossinnen und Genossen. Besinnen wir uns wieder unserer guten Traditionen. Kehren wir zur marxistischen-leninistischen Methode zurück. Nur so werden wir die vielfältigen Entwicklungen und Fragen unserer Zeit analysieren können. Aus diesen und anderen Überlegungen heraus entscheide ich mich für eine Diskussion auf Grundlage der steirischen Papiere.

Gin. Trost: *Gen. Resinger, im Anschluss Gin. Heidi Ambrosch.*

Gen. Resinger: Genossinnen und Genossen. Ich muss mich entschuldigen, ich habe keine fix vorbereitete Rede. Ich spreche für die GO 42, Grundorganisation gegen Rassismus. Wir waren in den letzten Wochen und Monaten vor allem mit den Initiativen und der Mobilisierung gegen den Irak-Krieg beschäftigt. Sind momentan auch beschäftigt mit der Hochschülerschaftswahl, haben aber trotzdem die Zeit

gefunden, uns mit der parteiinternen Diskussion, mit der programmatischen Debatte auseinander zu setzen. Bei der programmatischen Debatte muss ich einmal sagen, der Entwurf der Steirer, dieses Programm würde ich einmal als diskussionswürdig bezeichnen. Es gibt sehr viele Punkte, wo wir zustimmen können, einige Punkte, die uns zu kurz kommen, aber auch einige Kritikpunkte. Das gleiche gilt auch für "Wofür steht die KPÖ?" bzw. das steirische Aktionsprogramm. Bei dem Text "Wofür steht die KPÖ?" fragen wir uns allerdings, warum kommt der jetzt, warum kommt der 3 Wochen vor dem Parteitag. Warum war es nicht möglich, diesen Text vor einem halben Jahr, vor einem Jahr, zu formulieren. Die Meinungen haben sich nicht sonderlich geändert. Aber bis vor einem Monat hat es nur die programmatischen Thesen gegeben und das "Steirische Landesprogramm".

Jetzt komme ich zu den programmatischen Thesen. Michael Graber hat das mit sehr vielen wissenschaftlichen Ausdrücken angepriesen, gemeint, dass es eigentlich ganz gut ist, hat auch einen Text beigelegt, wo er die Differenzen zum "Steirischen Landesprogramm" herausgearbeitet hat. Für uns als Grundorganisation gegen Rassismus sind die Thesen absolut keine Grundlage für eine Kommunistische Partei. Wir können keine antirassistische Arbeit machen in einer Partei, die ernsthaft diskutiert, ob es in einer Situation, wo ein Krieg stattfindet, ein Krieg gegen ein islamisches Land, gegen den Irak, wo weitere Kriege geplant sind, wenn man sich die Hetze gegen Syrien, gegen den Iran anhört. Wo dieser Krieg geführt wird unter der Bezeichnung Kreuzzug vom Präsident Bush, wo sich dann ein Text explizit auf die christliche Religion beruft, dort

die Verbrechen des Christentums die Jahrhundert- und jahrtausendlangen Verbrechensherrschaft des Christentums vollkommen ignoriert, in einem kleinen Nebenabsatz erwähnt und statt dessen die positiven Tendenzen hervorhebt. Abgesehen davon, dass wir Atheisten sind und eigentlich - mit mir meine ich die GO - als Atheisten bezeichnen und Religion für uns Privatsache ist, leugnet dieser Text, dass es in anderen Religionen genauso progressive und genauso reaktionäre Tendenzen gibt. Was uns ganz besonders schockiert hat war das, was glücklicherweise aus dem Antrag wieder herausgestrichen worden ist. In der aktuellen Stellungnahme Nr. 8, die Warnung vor dem Islamismus, das im Zusammenhang mit den programmatischen Thesen, die sich auf das Christentum beziehen, ist nichts weiter, als widerlichster Kulturimperialismus. Wir treten dafür ein, dass die programmatischen Thesen in dieser Form nicht zur Abstimmung gelangen und nicht als Diskussionsgrundlage gewertet werden, wenn der Rassismus daraus entfernt wird, kann man darüber reden, aber unter diesen Bedingungen können wir beim besten Willen nicht damit.

Zu den anderen Papieren. Die sind für uns taugliche Diskussionsgrundlagen. Wir sprechen uns aber dagegen aus, dass ein Papier vor allen anderen bevorzugt und auf diesem Parteitag beschlossen wird. Auch wenn das Papier "Wofür steht die KPÖ?" jetzt extra beschlossen werden soll, praktisch als Leitantrag oder als Quasiprogramm, oder als was auch immer, ist das für uns eine unzulässige Bevorzugung. Dieses Papier gibt es seit 3 Wochen. 3 Wochen sind nicht genug Zeit, sich mit allen Aspekten ernsthaft auseinander zu setzen und sind vor allem nicht genug Zeit, sich parteiintern wirklich eine Meinung zu bilden. Ich denke, wenn es ein Programm der KPÖ gibt, dann muss das Programm einfach gut ausgereift sein und es ein Programm sein, womit alle arbeiten können. Arbeiten können mit dem Ziel, vielleicht auch in anderen Städten einmal auf 20 Prozent zu kommen.

Gin. Trost: *Gin. Ambrosch und im Anschluss Josef Iraschko.*

Gin. Ambrosch: Genossinnen und Genossen! Gestern war in der Presse ein Artikel zu lesen "Verhandlung im Finale - Kompromissplan liegt vor" und da lese ich, für die Frauen soll es eine Reihe von Abfederungsmaßnahmen geben. So sollen die Kindererziehungszeiten höher angerechnet werden. Dazu könnten Frauen für bestimmte Zeiten ein höherer Aufwertungsfaktor zugestanden werden. Derzeit - und jetzt kommt es - derzeit wird noch geprüft, ob Frauen durch die Kumulierung von Begünstigungen nicht zu gut aussteigen. Nichts verdeutlicht drastischer als die geplante Pensionskürzung, wie sich eine Maßnahme unterschiedlich auf die Geschlechter - auf Männer und Frauen - auswirkt. Gleiches Recht ist ungleiches, wenn die Lebensbedingungen ungleich sind. Der Kreislauf der Diskriminierungen beginnt in den ungleichen Ausbildungschancen, setzt sich über die eingeschränkte Berufswahl und ungleiche Entlohnung fort und bedeutet im Falle der Erwerbsarbeitslosigkeit oder in der Pension bereits heute massive Einkommensunterschiede. Das aber kennzeichnet nur die sozialökonomische Seite. Jede 5. Frau ist mit sexueller Gewalt — in erster Linie in der Familie - konfrontiert. Die Sex- und Pornoindustrie aber auch Gen- und Reproduktionstechnologien vermitteln immer aggressiver die Verfügbarkeit über Frauenkörper. Von den USA ausgehende Kampagnen gegen den legalen Schwangerschaftsabbruch hinterlassen psychologische Verunsicherungen. Vor diesem Hintergrund ist es unerträglich, aus den eigenen Reihen mit einer von Gen. Reiter im Internet geposteten Forderung konfrontiert zu werden, die Fristenregelung durch eine soziale Indikation zu ersetzen, da seiner Meinung nach Frauen nicht die alleinige Entscheidung über einen Abbruch haben könnten.

Ein Tierarzt als Frauenminister war das anschaulichste Beispiel der neoliberalen ideologischen Offensive und zeugt vom Stellenwert, den diese Regierung den Frauen beimisst.

Marx hat meines Erachtens den Grundstein für eine emanzipatorische Frauenpolitik gelegt, indem er nicht nur die Produktions-, sondern auch die Reproduktionssphäre in seiner Kritik an der bürgerlichen Familie im Blick hatte. Dieser Blick blieb verstellt auf jene Bereiche, die eine Patriarchatsanalyse erfordern. Marx war dennoch vielen seiner heutigen InterpretInnen voraus, die die Politik um die Familie ignorieren. Die Neoliberalen tun es nicht und sie befinden sich darin wohl in ihrem größten Dilemma. Denn während ihre Strategien zur Deregulierung, Flexibilisierung und Lohndumping die letzten Fundamente der bürgerlichen Familie, des Alleinerhalters mit maximal dazuverdienender Frau, zerstören, setzen sie gleichzeitig auf die Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt — siehe Kindergeld - um die Arbeitslosenzahlen zu kaschieren und um soziale Aufgaben, denen sich der Staat entledigen will, wiederum in die Familie sprich auf die Frauen abwälzen zu können. In diesen qualitativ neuen Bedingungen für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft liegt politischer Sprengsatz. Bereits jede zweite Ehe wird geschieden. Die Zahl der Singlehaushalte und AlleinerzieherInnen — in ihrer großen Mehrheit Frauen — nimmt zu. Vor allem aber darf das neue Selbstbewusstsein junger Frauen nicht unterschätzt werden. Ich mache oft die Erfahrung, dass sie feministische Positionen als antiquiert abtun, weil sie selbstbewusst im Leben stehen und glauben, sie können sowieso alles erreichen, nicht selten auch, weil sie die besseren Schulnoten vorweisen können. Aber die Fußangeln liegen aus und es ist auch unsere Aufgabe, diesen jungen Frauen zu vermitteln, dass ihr vorprogrammiertes stolpern nicht ihr eigenes versagen, ist, sondern in den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen ist, den kapitalistischen wie patriarchalen.

Was bei den Pensionskürzungen offensichtlich wird, ist in vielen anderen Bereichen noch verdeckt. Die Anforderung, Klasse wie Geschlecht als gleichberechtigte Kategorien in unseren Analysen heranzuziehen, wie wir es mit dem Frauenprogramm beschlossen haben, bedeutet nichts anderes als in allen Politikfeldern die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Männern und Frauen zu berücksichtigen. Klasse und Geschlecht zu denken, heißt alle Maßnahmen und Forderungen einschließlich existierender Systeme einer Sozial- und Frauenverträglichkeitsprüfung zu unterziehen, wie es im feministischen Regierungsprogramm formuliert wird.

Es ist der Verdienst von feministischen Ökonominnen, das gesamte Budget auf die ungleiche Verteilung nicht nur zwischen arm und reich, sondern auch zwischen den Geschlechtern analysiert zu haben. Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Politik und die bedeutet unter neoliberaler Hegemonie einen Frontalangriff auf erkämpfte Rechte, deren Auswirkungen für Frauen weitaus drastischer als für Männer sind. Diese Auswirkungen sind nicht auf Begriffe wie doppelt oder mehr betroffen zu reduzieren, sie sind qualitativ zu unterscheiden.

Zwei Bemerkungen zum Schluss:

Bei nicht wenigen in unseren Reihen wird der Begriff feministisch mit einer aus den USA kommenden ideologischen Strömung Anfang der 70er Jahre verbunden, die den Klassenwiderspruch ignorierte und das Patriarchat zur Wurzel alles Bösen erklärte. Diese Position haben die feministischen Bewegungen selbst längst widerlegt. Sie sind allerdings auch als Reaktion zu verstehen auf dem damaligen bornierten Standpunkt der

kommunistischen Bewegungen den Geschlechterwiderspruch dem Klassenwiderspruch als Nebenwiderspruch unterzuordnen.

Eine zentrale Grundsatzposition im feministischen Regierungsprogramm, das in der gesamten breite feministischer Frauenorganisationen und —initiativen letzten Herbst erarbeitet wurde, heißt:

„Im Mittelpunkt feministischen Denkens und Handelns stehen Menschen vor Wirtschaft und Profit, d.h. Frauen und Männer mit all ihren individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen sowie deren Wohlbefinden in allen Lebenslagen im Kontext einer solidarischen Gesellschaft.“

Ich denke, das ist auch unsere Position und sollte Anlass sein uns mit der feministischen Bewegung zutiefst solidarisch zu fühlen und auch von ihr zu lernen.

Es gibt aus meiner Sicht in den vorliegenden programmatischen Papieren vom Bundesvorstand und aus der Steiermark in verschiedenen Fragen Dissens, der nicht verdeckt werden soll und weiter produktiv in der gemeinsamen Diskussion bearbeitet werden muss. Aber ich finde in den Dokumenten auch jenen Konsens, der von Gen. Groß formuliert wurde. Er grenzt sich nur in eine Richtung ab, gegen Positionen, die den Stalinismus verklären wollen oder das Frauenprogramm in Frage stellen. Ich denke, der Parteitag muss diesbezüglich unmissverständliche Antworten geben, Antworten, wofür die KPÖ steht.

Danke für die Aufmerksamkeit

Gin. Trost: Richtigstellung Gen. Reiter bitte.

Gen. Reiter: Genossinnen und Genossen. Es ist insofern ganz gut, das Gin. Ambrosch mich angesprochen hat, weil es doch wieder ein Beispiel dafür ist, dass es zur Methode der programmatischen Auseinandersetzung von Seiten Gin. Ambrosch gehört und zwar systematisch und schon wiederholt Unwahrheiten auszusprechen. Ich habe in diesem genannten Diskussionsforum, am 6. Juni 2002 folgendes geschrieben:

Die Vorsitzende der KPÖ, Ambrosch, hat in der Online-Ausgabe der „Volksstimme“ gefordert, Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch. Das heißt im Klartext, dass allein auf Selbstermächtigung der Frau gegründete unbeschränkte Recht auf Abtreibung bis zur Geburt des Kindes, auch nach Ablauf der gesetzlichen Drei-Monats-Frist und ohne jede weitere sogenannte Indikation, sei sie medizinischer, sozialer oder ethischer Natur. In meinem - aus diesem Anlass verfassten - Diskussionsbeitrag habe ich ein unbeschränktes, nicht einmal sozialpolitisch indiziertes Recht auf Tötung voll entwickelten Lebens abgelehnt. In dem Zusammenhang habe ich Bezug genommen auf das Programm der KPÖ aus dem Jahr 1982: Nun gehört zum Hintergrund der Position in diesem Programm auf Verteidigung der Fristenlösung und deren Absicherung durch sozial- frauen- und familienpolitischen Maßnahmen auch, dass es in den 70iger Jahren nicht gelang, den reaktionären Klassencharakter des Abtreibungsstrafrechtes auch in der Frage sozialer und ethischer Indikationen für die Zeit nach Ablauf der Drei-Monats-Frist zurückzudrängen. Zunächst einmal habe ich klar definiert, dass ich - ganz im Gegensatz auch zur geltenden Rechtslage - für eine Ausdehnung der sozialen und medizinischen Indikation über die Drei-Monats-Frist hinaus bin und selbstverständlich für die bedingungslose Verteidigung der Fristenlösung. Das ist einmal das Erste. Es entspricht nicht der Wahrheit, was Gin. Ambrosch gesagt hat. Aber noch 2 Sätze dazu.

Ich habe in Wirklichkeit in diesem Diskussionsbeitrag auch einige zusätzliche Argumente gebracht, warum diese Frage so brisant ist. Nur in aller Kürze. Die eine brisante Frage ist, die natürlich das marxistische Menschenbild berührt, ob man den Menschen als gesellschaftliches Wesen insofern beachtet, dass er, sofern keine sozialen und medizinischen Indikationen vorliegen zu berücksichtigen hat, dass menschliche Individualität sich ansatzweise bereits um mit... in den letzten Wochen und Monaten vor der Geburt entwickelt und es meiner Meinung falsch ist, eine bedingungslose Ausweitung des Abtreibungsrechtes bis zur Geburt zu fordern.

Das Zweite. Ich habe das in einem Zusammenhang mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung genannt und ich habe es genannt kapitalistische Bioökonomie und Biopolitik, dass heißt, die Ausdehnung kapitalistischer Ausbeutung auf das gesamte biologische, soziale und psychische Arbeitsvermögen der Menschen. Und zwar der Frauen und der Männer und vor allem der Frauen in dem Zusammenhang.

Das Dritte, das ich angesprochen habe ist, dass sich diese Forderung, so wie sie die Gin. Ambrosch in den Raum gestellt hat, bestimmte ideologische Positionen aus der autonomen Frauenbewegung bedient, die nach meiner Auffassung, ideologisch von postmodernistischen, neonitschianischen Übermenschenfantasien und Ideologien geprägt sind. Und zu dieser Position stehe ich nach wie vor.

Gin. Trost: *Genosse Iraschko und in Vorbereitung Gin. Claudia Krieglsteiner.*

Gen. Iraschko: Genossinnen und Genossen. In seiner Kritik am Gotauer Programm schreibt Karl Marx unter anderem: Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als Dutzende von Programmen. Nach einer derartigen geschichtlichen Zäsur, wie des

weltweiten Untergangs verschiedener Sozialismusversuche, nach der historischen Katastrophe des Stalinismus auf Grund einer immer schärferen Trennung von Sozialismus und Demokratie und angesichts des ungehemmten Anwachsens des Neoliberalismus, womit wir rasend schnell in eine völlig neue weltmarktumfassende historische Epoche eingetreten sind, gehört viel Mut dazu, eine programmatische Erfassung dieser neuen Wirklichkeit zu versuchen. Wenn diese Versuche aber nur traditionelle Antworten geben, dann werden diese Programme sicherlich scheitern.

Genossinnen und Genossen. Suchen wir die Wahrheit in den Tatsachen. Wir haben nach der fürchterlichen Beschädigung der sozialistischen Idee zur Zeit keine realisierbare und auch keine mehrheitsfähige Systemalternative. Das alte Systemdenken greift nicht mehr und ein gesamtgesellschaftliches revolutionäres Subjekt Arbeiterklasse wird es historisch einfach nicht mehr geben. Damit ist aber noch lange nicht der Gegensatz von besitzenden Klassen und Lohnabhängigen - und das im globalen Sinn - aufgehoben. Wie und was können wir also dann beitragen, dass sich das notwendige, nationale und transnationale Subjekt herausbildet, um eine sozialistische Gesellschaftsveränderung in Angriff zu nehmen. Sicherlich nicht, wenn wir weiterhin einen fertigen gescheiterten Sozialismusentwurf als Grundlage für unsere Politik machen. Wir haben noch immer keine fundierten Antworten auf die neuen Produktivkraftentwicklungen, wie die mikroelektronische wissenschaftlich-technische Revolution, die Biotechnologie, die Gentechnik und Informationstechnologien. Aus diesen tatsächlich neuen revolutionären Produktivkräften erwachsen völlig neue Kapitalakkumulationen und Produktionsverhältnisse und daraus wieder neue Reproduktionsweisen. Der Neoliberalismus mit seinem Schlachtruf, Freihandel, Privatisierung und Deregulierung ist

aber die globalkapitalistische Antwort auf diese stürmische Produktivkraftentwicklung. Auf Grundlage der inneren Triebkräfte der hochtechnologischen Revolutionen konnte es zu dieser, universalen und neuen Herrschaftsausdehnung der kapitalistischen Zentren, eben das, was wir heute Globalisierung nennen, kommen. Aber das verschärft auch ungemein alle Widersprüche und gibt dadurch auch die Chancen breitester, tatsächlich breitester und neuer Bündnisse. Jede kommunistische Politik, die nur Nabelschau betreibt oder in der Buchgläubigkeit vergangener Epochen verharrt, kann den Menschen kaum

Was wären also die adäquaten Antworten? Ich denke, dass derzeit nicht die Abschaffung des Kapitalismus als das zentrale Thema auf der Tagesordnung steht. Was aber sollten wir angehen?

Erstens: Eine radikale Überwindung der historischen Trennung von Sozialismus und Demokratie. Das beinhaltet alle Fragen über Parteaufbau, Parteiselbstverständnis, marxistisches Politikverständnis, Partei und Demokratie. Dabei müssen wir die Widersprüche und Niederlagen der Sozialismusmodelle zum Ausgangspunkt nehmen.

Zweitens: Rück- und Neugewinnung solidarischer und kollektiver Perspektiven.

Drittens: Bedingungslose Ablehnung jeglicher Formen kriegerischer Lösungsansätze

Viertens: Kampf um konkretere Formen, wie auch die Verteidigung und Rückführung sozialstaatlicher Elemente.

Wir müssen uns besonders darüber bewusst werden, dass der Abbau des Sozialstaates vor allem auf Kosten der Frauen geht, was aber gleichzeitig das Kritikpotenzial gegenüber dem Neoliberalismus erweitert, sofern wir eine emanzipatorische Bündnispolitik den Frauen gegenüber anbieten können.

Genossinnen und Genossen. Meine Vorschläge zu diesem Parteitag:

Erstens: Ich bin nicht der Meinung, dass wir jetzt innerhalb einer bestimmten Periode ein Programm erzwingen sollten. Wir werden dazu sicherlich mehr als eineinhalb Jahre brauchen. Allerdings müssen wir den Anspruch stellen, dass die nun weiterfolgenden programmatischen Diskussionen tatsächlich von einer großen Mehrheit getragen werden.

Zweitens: Das vorliegende Papier von Gen. Groß zuzüglich des Aktionsprogramms der steirischen Genossinnen und Genossen, sollten als eine Momentaufnahme diskutiert und danach als Arbeitsgrundlage für die Zeit bis zu einem Programm oder bis zum nächsten Parteitag beschlossen werden. Es sollte aber auch als eines der programmatischen Papiere gelten. In diesem Zusammenhang finde ich auch den Antrag der Wiener Stadtleitung als sehr praktikabel.

Eine kurze Nachbemerkung zur Ablehnung von Arbeitskreisen. Wenn wir aus demokratiepolitischen Gründen möglichst viele Genossinnen und Genossen die Möglichkeit geben wollten, sich zumindest zu einem sie besonders interessierenden Thema einbringen zu können, dann geht das sicherlich nicht in einem so großen Plenum. Die Erfahrung machen wir jetzt selbst schmerzlich. Die Bildung von Arbeitskreisen wäre daher vom Standpunkt partizipativer Demokratie sehr förderlich gewesen.

Genossinnen und Genossen ich komme zum Schluss. Demokratie gibt es an sich nicht, man muss sie sich immer neu und konkret erarbeiten. Kommunistinnen und Kommunisten die per se einen hegemonialen Anspruch geltend machen, können nicht im Namen von Demokratie sprechen. Denn die Breite an Demokratie steht im direkten Verhältnis zu intellektuellen und persönlichen Reife der Menschen da hat dann ein hegemonialer Anspruch keinen Platz mehr. Die Antiglobalisierungsbewegungen, Sozialbewegungen und die Friedensbewegungen sind ganz konkrete Bewegungen, sie sind wichtiger als noch so tolle revolutionäre Programme. Zu aller Letzt zwei Anmerkungen: Dem Bundesvorstand Schwäche und politische Beliebigkeit vorzuwerfen, weil er im Sinne des Zusammenhalts der Partei Kompromisspapiere entwickelt hat, ist für mich ein eigenartiges und äußerst bedenkliches Demokratieverständnis. Gratulation an die steirischen Genossinnen und Genossen, die auch selbst davon sprechen, dass es ein Unikat ist, dass eine Landespartei ein nationalstaatliches Programm entwickelt hat. Nur, Genossinnen und Genossen, stellt euch vor, alle Landesparteien würden das tun, alle Grundorganisationen würden das tun, dann hätten wir heute dreißig Programme vorliegen und die würden sich sicherlich untereinander sehr unterscheiden und ich glaube, wir kämen zu überhaupt keinen Entschluss. Danke.

Gin. Trost: *Gin. Krieglsteiner und anschließend Gen. Kurto Wendt.*

Gin. Krieglsteiner: Liebe Genossinnen und Genossen. "Wofür steht die KPÖ?" Die Schwierigkeiten, die wir offensichtlich haben, diese Frage zu beantworten, bestehen aus einem Knäuel von unterschiedlichen Widersprüchen scheint mir und ich hoffe,

dass es uns auf unserem Parteitag gelingt, halbwegs vernünftig an ihre Lösung zu gehen. Ich möchte am Beispiel des Irak-Krieges zeigen, wie ich das meine. Wir alle haben den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der US-Administration und ihrer Verbündeten gegen den Irak verurteilt. Wir alle haben unterschiedlich intensiv die Friedensbewegung der letzten Monate unterstützt, legen Wert darauf, dass die KPÖ aktiver Teil dieser Bewegung ist und erkennen neue Momente in ihr. Vor allem ihren global koordinierten Charakter über die Sozialforen, die am 15. Februar - zeitgleich überall auf der Welt - 15 Millionen Menschen auf die Straße brachten. Soweit der Konsens.

Ernstere Differenzen gab es bei der Einschätzung der Rolle des Regimes von Saddam Hussein. Es wurde von Gruppen außerhalb der KPÖ, wie eben dieser AIK, über den die Karin Oberkofler gesprochen hat, aber auch von Mitgliedern der KPÖ vertreten, dass die objektive Rolle dieses Regimes antiimperialistisch sei, weil es sich den Interessen der US-Regierung widersetze, dass Kritik unsererseits den USA in die Hände spielen würde. Von manchen wurde sogar die Solidarisierung mit dem Irak verlangt und damit auch mit dem Regime. Es wurde gesagt, es sei besser, wenn der Irak diesen Krieg gewinne. Solche Haltungen sind nicht ansatzlos in die KPÖ gekommen. Sie haben ihre Wurzeln nicht zuletzt in der bedingungslosen Solidarität, die wir lange Zeit gegenüber der sowjetischen Außenpolitik geübt haben, die sie im Zusammenhang mit sehr fragwürdigen Regimen gemacht hat. Aber, liebe Karin, so verlaufen die Barrikaden eben nicht zwischen Saddam Hussein, Bush und Blair. Sie verlaufen zwischen oben und unten, zwischen den Menschen die umgebracht, gefoltert werden und zwischen den Regimen, denen wir uns insgesamt widersetzen wollen. Die klare Verurteilung eines Regimes, das tausend KommunistInnen folterte und tötete, das zigtausend kurdische und schiitische Menschen umgebracht hat, halte ich für die KPÖ für eine unabdingbare Position. Soweit und so klar der Dissens.

Darüber hinaus gibt es aber eine Reihe von Fragestellungen, die wesentlich komplizierter sind und wir uns wirklich Zeit für die Diskussion nehmen sollten. Klar, wir sind alle gegen die US-Besatzung. Wir sind gegen die imperialistische Ausbeutung der Ölquellen. Wir sind gegen ein Marionettenregime von Bush's Gnaden. Wir sind prinzipiell für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aber können wir das wirklich so formulieren, wie das in dem Antrag von den GenossInnen aus Tirol vorgeschlagen und inzwischen auch vom Parteitag beschlossen wurde. Nämlich, dass wir solidarisch sind mit der irakischen Bevölkerung, die nun die volle Souveränität ihres Staates wieder herstellt. Die Erdölquellen und andere Reichtümer des Landes für sich nützt und die Staatsgeschäfte in die eigenen Hände nehmen möchte. Für mich klingt das schon so, als ob im Irak der sozialistische Aufbau unmittelbar bevorstehen würde. Ich kann aber die irakische Bevölkerung nicht als eine so verstandene Einheit wahrnehmen. Ich denke, dass eine mögliche- wenn man so will - selbstbestimmte Entwicklungsvariante, eben ein islamistischer Gottesstaat wäre, den zu bombardieren selbstverständlich auch keine Weltmacht das Recht hätte. Aber mit dem ich nicht prinzipiell solidarisch sein will. Das, obwohl oder gerade weil ich in der Frage mit dem Hermann Resinger übereinstimme, nämlich, dass wir alle religiösen Menschen, nicht nach ihrem Religionsbekenntnis nach beurteilen, sondern über ihre Handlungen und ihre Haltungen.

Eine zweite offene Frage, über die wir uns Zeit nehmen sollten zu diskutieren, wäre in dem Zusammenhang, ob es jetzt darum geht, die Gefahr eines innerimperialistischen Krieges in unserer Argumentation in den Vordergrund zu stellen. Für solche Fragen sollten wir uns Zeit nehmen und keinen Druck machen,

dass wir uns unbedingt jetzt detailliert dazu positionieren müssen. Wir können den Konsens den wir haben festhalten. Zum Dissens müssen wir entscheiden, weil es nicht geht, dass die KPÖ offiziell mit gegensätzlichen Positionen nach außen tritt. Das haben wir auch getan, in dem wir die Resolution vom Gen. Rizy angenommen haben. Aber in den offenen Fragen können wir offen und ohne Etikettierungen weiter diskutieren.

Manfred Groß hat versucht, die Frage "Wofür die KPÖ steht?" in seinem Papier zu beantworten. Er hat sehr ernsthaft versucht, zu formulieren, was er aus den Diskussionen der letzten Jahre und auch zwischen den Thesen der Programmkommission und dem Steirischen Programm für vereinbar, für kompromissfähig hält und zwar inhaltlich und nicht nach Kriterien der innerparteilichen Taktiererei. Dieser Parteitag wird ein Stück weit die Frage beantworten wofür die KPÖ steht. Entweder in dem wir das Groß-Papier beschließen, oder aber in dem wir einen der Anträge folgen, die sagen, wir sollen nichts beschließen. Ich frage mich, ob es so sein kann, dass wir nach 14 Jahren Diskussion nicht mehr in der Lage sind, ein Dokument zu beschließen, das sich in einem Absatz zu unserem Verständnis der Geschichte der kommunistischen Bewegung und zum Verhältnis von Kommunismus, Sozialismus und Demokratie positioniert. Was würde das über unsere Partei für ein katastrophales Bild zulassen. Das ist eine Frage nach unserer Wirkung nach außen. Unter anderem haben auch einige Stellungnahmen von Gen. Kaltenegger, im Grazer Wahlkampf gezeigt, dass Fragen zu unserem Verhältnis zum Realsozialismus immer dort auftreten, wo wir aus unserer Isolation heraustreten. Andererseits ist es aber zutiefst eine Frage unseres eigenen Politikverständnisses, unseres Menschen- und Gesellschaftsbildes. Wenn wir heute nach weiteren zwei Jahren Debatte zu dem Schluss kommen, dass wir dazu eigentlich nichts aussagen können, wäre das nicht nur für viele Aktivistinnen und Aktivisten nicht verständlich. Es würde auch nicht den tatsächlichen Diskussionsstand in

der Partei entsprechen. Worum geht es also wirklich, wenn es anscheinend ein so großes Anliegen ist, dass auch dieser Parteitag auseinandergeht ohne zu inhaltlichen Festlegungen zu kommen. Nun Helmut Fellner hat es in der März-Nummer der NV'S so formuliert: „Erneuerung der KPÖ tut Not, es sind aber und zwar bevor man sich in die inhaltliche Richtung der Erneuerung stellt, Überlegungen anzustellen, wer zur Erneuerung überhaupt in der Lage ist“. Er schlägt also vor, dass zuerst bei den Entscheidungen über personelle Fragen reiner Tisch gemacht werden soll und danach die Verbleibenden über die inhaltlichen Orientierungen der KPÖ beraten sollen. Jetzt keine Festlegungen zum Selbstverständnis zu treffen bedeutet, in der Praxis diesem Vorschlag zu folgen und in der zweiten Sitzung die personellen Entscheidungen unabhängig von inhaltlichen Orientierungen zu treffen. Es sollte sich aber niemand Illusionen darüber machen, dass diese Logik von Politik, nämlich in jeder Auseinandersetzung in der KPÖ VerräterInnen auszuschneiden, zu einem sinnvollen Ende geführt werden kann. Diese Logik wirkt so lange, bis nichts mehr übrig bleibt. Aber, und damit möchte ich schließen, wir stehen politisch vor einer Situation, in der global eine neue Qualität von Widersprüchen neue AkteurInnen auf den Plan gerufen hat und wir stehen auch innenpolitisch vor einer neuen Situation. Als Manfred Groß vor 10 Tagen in Favoriten von den Entwicklungen im ÖGB berichtet, hat ihn Lisl Rizy blauäugig genannt und gefragt, wie er immer noch solche Illusionen in die ÖGB-Gremien haben könne. Nun, es gibt jetzt den Streikbeschluss des ÖGB-Vorstandes. Ein ernstes Anzeichen dafür, dass sich Dinge im Land ändern, die man schon für unveränderbar gehalten hat. Ich möchte eingreifen in

diese Veränderungen mit und in der KPÖ, als eine ihrer Funktionärinnen.

Gin. Trost: *Zu dieser Wortmeldung gibt es zwei Richtigstellungen. Als Erste bitte Gin. Stöckl und dann Gen. Fellner.*

Gin. Stöckl: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte zu dem Antrag verschiedener Tiroler Genossinnen und Genossen eine Richtigstellung machen, weil die Gin. Krieglsteiner den Satz offensichtlich nicht so genau gelesen hat. Auf jeden Fall falsch vorgelesen hat und ich nicht möchte, dass ihr glaubt, dass die Tiroler Genossinnen und Genossen an Wahrnehmungsstörungen leiden. Es steht nämlich da, wir sind solidarisch mit der irakischen Bevölkerung, die nun nach dem Sturz Saddam Husseins die volle Souveränität ihres Staates wieder herstellen, die Erdölquellen und andere Reichtümer des Landes für sich nutzen und die Staatsgeschäfte in die eigene Hand nehmen möchte. Nicht, dass sie das bereits tun. Durch die imperialistische Kriegs- und Besatzungspolitik werden diese Anliegen zunichte gemacht. Es hat alles seine Ordnung, meine ich.

Gen. Fellner: Naja, Richtigstellung. Ich danke der Gin. Krieglsteiner, dass sie mich zitiert. Deswegen schreibe ich ja etwas, dass ich zitiert und veröffentlicht werde. Nur sollte sie, wenn sie es nicht ganz verstanden hat, nicht kommentieren. Ich gehe davon aus, dass man Inhalt und Person natürlich auch in einer Einheit sehen soll. Ich hoffe, das wird auch bei mir so gemacht. Ich habe schon viel geschrieben, manchmal ist ein Blödsinn dabei, manchmal sind Dinge sehr richtig. Auf jeden Fall bin ich, wie man sieht, zitierbar. Es sind immer wieder Artikel drinnen, die mit unterschiedlicher Begeisterung aufgenommen werden, aber ich glaube, insgesamt kann man schon sehen, dass ich mich bemüht habe, in dieser Programmdiskussion einzugreifen. Ich habe zum Feminismus etwas geschrieben, ich habe zu sehr vielen Dingen etwas geschrieben, das ist alles unbeantwortet geblieben, dann bleibt so ein Satz über. Aber immerhin, noch einmal, ich danke der Gin. Krieglsteiner, dass sie mich zitiert.

Gin. Trost: *Gen. Wendt, im Anschluss Gin. Gabriele Leitenbauer.*

Gen. Wendt: Genossinnen und Genossen. Im Dezember 2000, dem letzten Parteitag, habe ich zwei Wochen nachdem die Aktion Jackpoint Austria über die Bühne gegangen ist, Straßenblockaden in Österreich gegen das unsoziale Budget der Bundesregierung, damals berichtet, dass wir auch in intensiven Geheimverhandlungen mit Gewerkschaftssekretären waren und die uns damals gesagt haben, wir sind noch nicht so weit, wir können bei derartig radikalen Aktionen nicht mitmachen. Sie waren aber immerhin bereit, die Menschenkette rund um das Parlament am selben Tag anzusetzen und die LehrerInnen haben einen Warnstreik abgehalten. Jetzt, zwei Jahre später, lese ich in der Zeitung, dass der Gewerkschaftsbund plant, für den 6. Mai Verkehrsberuhigungsaktionen zu machen. Die Südosttangente zu blockieren, eventuell nach Stockerau etwas zu machen. Ein Beispiel dafür, dass wir Kommunistinnen und Kommunisten die Zeichen der Zeit schon voraus gesehen haben und bereits sich an die Spitze gesetzt haben und zu einem Zeitpunkt etwas gemacht haben, wo es noch nicht mehrheitsfähig war, aber jetzt diese Mehrheitsfähigkeit hergestellt haben.

Ein zweites Beispiel. Die Beharrlichkeit gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums, die z.B. die Grazer KPÖ zum Wahlsieg geführt hat, die zuerst belächelt worden ist, das wird gar nicht so arg werden. Habt keine Angst, macht keine

Gräuelpropaganda. Diese Beharrlichkeit gegen die Privatisierung ergreift Mittlerweilen auch die Massen und nicht nur in Österreich, sondern in Toronto, Bogota und wo auch immer. Die Zusammenschau dieser Auseinandersetzungen, das finde ich, findet z.B. in Hallein beim Austrian Social Forum statt. Dort hat sich ein Bürgermeister, der sogar der ÖVP angehört, bereit erklärt, das Sozialforum in Österreich einzuladen, weil er genau weiß, er braucht BündnispartnerInnen um den Ausverkauf zu verhindern. Dort sind die Gewerkschaften und die NGO's vereint. Es liegt an der Klugheit von uns KommunistInnen, diese Zusammenschau jeweils wieder herzustellen. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, sich dann in der Mitte zu sonnen, beliebt zu sein bei allen, sondern den nächsten Schritt zu wagen, voranzuschreiten, nicht in der Mitte der Bewegung auszuharren. Renate Pacher hat das in ihrem Referat betont. Es geht darum, dass Klassenkampf auch Kampf bedeutet. Dass es darum geht, Macht und Hegemonie zu erringen etc. Nur da sehe ich einen kleinen Widerspruch, als es nämlich damals darum ging, dass die KPÖ auch in Graz Straßenblockaden unterstützt, wurde mir gesagt, das geht nicht, das verstehen die Menschen nicht, wir können das nicht machen. Diese Kühnheit, die brauchen wir im Programm, sowie in der Tagespraxis. Und eine Kommunistin und ein Kommunist zeichnet eben neben der Beharrlichkeit und der Aufrichtigkeit, dem Erfindungsreichtum auch eine gewisse Kühnheit und Mut aus. Was mir in dem Papier vom Groß und auch in den leicht geänderten Gegenentwurf abgeht, mir kommt beides ein bisschen kalt vor. Es kommen die Menschen und die Sachen, die sie tagtäglich diskutieren - im weitesten Sinn die politische Kultur - nicht vor. Ich halte die Papiere aber für gut und für beschussreif. Ich bin dafür, dass es beschlossen wird. Ich muss gestehen, ich habe versucht, einen Absatz zur politischen Kultur hinein zu formulieren. Mir ist es in einer Woche nicht gelungen. Ich werde aber, da die Programmdiskussion weiter geht, dies nachholen. Wir haben in unserer GO über eine Stunde diskutiert, was der Begriff „KommunistInnen betreiben den praktizierenden Humanismus“ bedeutet. Wir haben nichts gefunden. Was ist der praktizierende Humanismus? So etwas kann man leicht beschließen, aber machen wir eine Umfrage unter uns, wir werden so schnell nicht finden, was unser praktizierender Humanismus ist.

Es geht für mich die politische Kultur weit über bürgerliche Benimmregeln hinaus. Wir müssen ein Verhalten finden, das zueinander und auch zu den Menschen nach außen praktikabel ist. Mao werde ich jetzt nicht mehr zitieren, weil die Zeit schon abgelaufen ist.

Ich möchte nur, weil es immer wieder so herüber kommt, als würden wir kapitulieren wenn man sagt, wir wollen uns nicht als falsch verstandene Avantgarde sehen. Ich bin dafür, dass wir Kommunistinnen und Kommunisten sich an die Spitze der Bewegungen setzen. Nicht weil wir besserwischer sind, nicht weil wir die EigentümerInnen der Lautsprecherbusse sind, sondern weil wir uns auf den Weg machen für eine andere Welt, für den Sozialismus. Und mit allen, mit denen wir gemeinsam einen Schritt gehen können, mit denen machen wir es. Ich bin dafür, wir machen uns auf den Weg und es ist völlig egal, ob wir jetzt den Austritt aus der EU in den Mittelpunkt stellen oder die Zerschlagung der EU. Beides ist, glaube ich, momentan unrealistisch. Aber ich möchte schon allen zu bedenken geben, ich möchte nicht auf die Straße gehen und ich möchte auch nicht gemeinsam auf einem Flugplatz stehen mit Kräften, die durch Unterstützung der Freiheitlichen Partei Österreich in Niederösterreich zum Landtag kandidieren haben können. Das ist für mich eine Grenzüberschreitung. Gegen das imperialistische Projekt aber nur mit fortschrittlichen Kräften und nicht aus taktischen Gründen auch mit den

Gin. Trost: *Gin. Leitenbauer und im Anschluss Gen. Werner Murgg.*

Gin. Leitenbauer: Liebe Genossinnen und Genossen. Wir diskutieren heute über Programmatik. Eine Frage der Programmatik betrifft auch unsere Haltung zur EU. Ich bin Gemeinderätin im obersteirischen Trofaiach, einer Stadt mit knapp 9.000 Einwohnern. Die KPÖ hat hier acht Prozent und zwei Mandate. Fast bei jeder Gemeinderatssitzung bin ich unmittelbar mit den negativen Auswirkungen der EU auf unsere Kommune konfrontiert. Einige Beispiele: Der Verkauf der Leobener Sparkasse, die auch in Trofaiach Filialen hat. Haftungsgemeinde war zwar Leoben, aber auch unser Bürgermeister hat dem Sparkassenrat angehört. Der Sparkassenrat, in dem die Entscheidungen gefällt wurden, wurde auch aus den Gemeinderäten beschickt und damit auch von dieser Seite beeinflusst. Nun existiert eine EU-Richtlinie, wonach ab 2003 bei Gemeindesparkassen die Haftungsgemeinden nur mehr für alte Verbindlichkeiten der Sparkasse haften. Damit ist die Gemeindehaftung praktisch passe. Das bedeutet höhere Zinsen für die Gemeindesparkasse bei Krediten, die sie bei größeren Instituten aufnimmt und damit eine Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten der kleinen kommunalen Sparkassen. Diese sollen auf EU-Druck den großen Instituten zum Fraß vorgeworfen werden. Ein weiteres Beispiel: Im Rahmen der Erfüllung der EU-Konvergenzkriterien werden die Kommunen gezwungen maastrichtkonforme Budgets zu erstellen. Einrichtungen, bei denen die Kommunen Zuschüsse leisten, sind da meist im Weg, beispielsweise Altenheime. Derartige Einrichtungen werden in sogenannte Betriebe mit marktbestimmender Tätigkeit umgewandelt, um, wie es so schön heißt, nicht maastrichtschädlich zu sein. All das ist in Wahrheit, ein von der EU gewollter erster Schritt zur Ausgliederung und Privatisierung bisher kommunaler Serviceeinrichtungen. Trofaiach hat das stadt eigene Altenheim voriges Jahr geschlossen. Statt dessen wurde ein privates neu errichtet. Wir haben dagegen gestimmt. Als Einzige!

Die Programmthesen „Die Welt verändern! "arbeiten vollkommen richtig die

Hauptverantwortung der EU für diese antisoziale, gegen die Interessen der arbeitenden Menschen gerichtete Politik heraus; eine Politik, die auch in Österreichs Gemeinden ihre Verwüstungen anrichtet. Allerdings fehlen mir die Schlussfolgerungen aus dieser richtigen Bestandsaufnahme. Mir fehlt die Forderung an unsere Partei, an uns alle, Genossinnen und Genossen, überall wo wir wirken viel mehr dafür zu tun, dass die österreichische Bevölkerung die EU als einen Hauptverantwortlichen dieser Misere erkennt. Warum sagen wir nicht offen „Nein zur EU". Vor Jahren haben wir uns da noch leichter getan. Warum eigentlich? Gerade die letzten Jahre haben unsere seinerzeit geäußerten Befürchtungen mehr als bestätigt! Auch auf kommunaler Ebene. Ich könnte euch dafür noch zig Beispiele aus meiner praktischen, politischen Erfahrung liefern. Da sind die steirischen Programmthesen konsequenter! Bis zur Forderung nach einem Austritt Österreichs aus der EU. Genossinnen und Genossen, ich höre schon das Gegenargument, das da lautet: Wäre uns ohne EU-Beitritt die Kapitaloffensive in Österreich erspart geblieben? Gäbe es ohne EU-Beitritt nicht die Zerschlagung des Pensionssystems, die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie? Das mag stimmen. Aber die Kampfbedingungen für fortschrittliche Mandatarinnen und Mandatare, für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, für Kammerrätinnen und Kammerräte, für alle, die gegen diese Politik berechtigten Widerstand leisten wollen, wären außerhalb

der EU ungleich günstiger. Das ist der Punkt Genossinnen und Genossen! Es ist eben nicht eins, ob ich die Wirtschaftskammer und die österreichische Industriellenvereinigung zum Gegner habe, oder die geballte Macht des vereinigten EU-Kapitals. Es ist eben nicht eins, ob jeder dahergelaufene Bürgermeister eine fortschrittliche Forderungen von unserer Seite damit abtun kann, indem er sagt, das geht gegen EU-Gesetze, oder ob er das nicht kann! Auf Druck des Städte- und Gemeindebundes hat der steirische Landtag vorerst davon abgesehen, bei einer geplanten Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes einer Forderung der Wirtschaftskammer nachzugeben. Diese wollte die Anschlusspflicht von Gewerbebetrieben an die kommunale Müllabfuhr zugunsten privater Müllentsorger aufgehoben wissen. Das hätte für die Kommunen nichts Gutes bedeutet und ist vorderhand vom Tisch. Aber wie hat es der Leobener Bürgermeister bei der letzten Sitzung des Abfallwirtschaftsverbandes treffend aber vermutlich ungewollt auf den Punkt gebracht? Man wird sehen, ob die Ablehnung vor der EU besteht, hat er gesagt! So ist es!

Gen. Murgg: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, es war der vorletzte Parteitag, der 30. Parteitag hat beschlossen, eine Programmkommission zu wählen und diese zu beauftragen ehe baldigst einen Programmentwurf vorzulegen. Dieser Beschluss ist bis zum letzten Parteitag, dem 31, nicht eingehalten worden und er wird auch heute am 32. Parteitag nicht eingehalten werden. Warum eigentlich? Der seinerzeitige Beschluss am 30. Parteitag gibt gewisse Eckpunkte vor, in denen die Programmdebatte passieren sollte. Drei wesentliche Eckpunkte wären, so meine ich, herausgearbeitet.

Erstens wird verlangt eine tatsächliche gesellschaftliche Analyse. Eine Analyse auch betreffend des historischen Gewordenseins der gesellschaftlichen Zustände und eine Analyse, die die Perspektive mit einschließt.

Zweitens wird verlangt, eine möglichst realistische Ausgestaltung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus. Ich wiederhole mich, eine möglichst realistische Ausgestaltung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus.

Drittens wird verlangt, Gen. Graber, wie man vom Hier und Jetzt zum Sozialismus kommt. Es wird verlangt, über Etappenziele zu sprechen, kurz, mittelfristige und langfristige. Ich frage euch, Genossinnen und Genossen, sind diese Forderungen eingehalten worden. Sind diese Beschlüsse eingehalten worden. Ich meine, sie sind nicht eingehalten worden,

diese Beschlüsse. Schauen wir uns einmal an und blättern ein bisschen zurück, was am 31. Parteitag passiert ist, das war der letzte. Da ist ein programmatisches Dokument vorgelegt worden, "Feministisch-demokratisch-kommunistisch". Hat es darin eine möglichst realistische Ausgestaltung des Begriffes Sozialismus gegeben. Ich sage euch etwas, Genossinnen und Genossen, in dem ganzen Dokument kommt der Begriff Sozialismus gar nicht vor, oder Etappenlösungen. Hat es in diesem Dokument am letzten Parteitag Etappenziele gegeben? Es hat keine Etappenziele gegeben, keine Übergänge, keine Brüche, nichts. Jetzt legt die Bundesvorstandsmehrheit neuerlich, diesmal dem 32. Parteitag, Programmthesen vor, "Die Welt verändern!", heißen sie. Jetzt stelle ich mir wieder die Frage, wie sieht es mit den seinerzeitigen Beschlüssen, diesen Eckpunkten des 30. Parteitages aus. Ich stelle fest, wieder keine tatsächliche Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse, nichts über das Monopolkapital, als ökonomischer Kern des heutigen Kapitalismus, nichts über transnationale Konzerne als Triebkräfte einer destruktiven Produktivkraftentwicklung, kein Finanzkapital, Begriff der Ausgestaltung des Sozialismus kommt nicht vor. Man spricht wieder, Gin. Pacher hat es heute auf das

Papier vom Gen. Groß bezogen, aber es trifft auch auf die Thesen zu, man spricht wieder nur von sozialistischer Transformation. Ich frage mich, warum halten sich die Verfasser nicht an die seinerzeitigen Vorgaben, die immer noch gültig sind, des 30. Parteitages. Wollen sie darüber nicht sprechen, dass der Sozialismus ohne Staat undenkbar ist, der Sozialismus eine autonome gesellschaftliche Formation ist, dass der Sozialismus der Ausfluss von Klassenkämpfen ist. Wollen sie über die Etappenziele nicht genau sprechen, weil man darüber nicht sprechen will, wie man dem Kapital Schritt für Schritt Einflussmöglichkeiten abtrotzen könnte, wie man Kapital letztendlich entmachtet. All diese Fragen stelle ich mir. Ich glaube, dass sind die Gründe, warum die Programmdiskussion zweimal, also am 31. Parteitag und jetzt am 32. Parteitag, gescheitert ist. Sie ist nicht gescheitert, weil der Anspruch, wie man auch hören kann, uns ein Programm zu geben, ein zu hoher wäre. Sie ist, glaube ich auch nicht gescheitert, weil die intellektuellen Ressourcen in der Partei für ein Parteiprogramm nicht vorhanden wären. Es ist auch nicht gescheitert, weil Genossinnen und Genossen partout lieber einen Streit führen, als eine produktive Diskussion. Ich glaube sie ist zweimal gescheitert, und da muss ich Walter Baier als Parteivorsitzenden in die Pflicht nehmen, weil Walter Baier über Programmfragen der Partei ein neues Gesicht geben will, ein Gesicht, das aber einem großen Teil des Parteiaktivs nicht gefällt. Ihm deshalb nicht gefällt, weil, wenn er sich in den Spiegel schaut, sich darin nicht wiedererkennt. Ein wesentlicher Punkt, warum wir programmatisch nicht vom Fleck kommen.

Ich erinnere mich am 31. Parteitag, da ist plötzlich der Begriff des neuen Kommunismus aus dem Hut gezaubert worden. Es ist alles gescheitert. Die FKP, auf die der Begriff zurückgeht eigentlich, wenn man von ihrer ehemaligen Stärke ausgeht, ein Trümmerhaufen, so kann man glaube ich sagen. Heute plötzlich der Begriff partizipative teilhabende Demokratie. Mag sein, dass es in einer südamerikanischen Kommune Sinn macht ohne weiteres über diesen Begriff zu diskutieren, dass dort auch Erfolge mit partizipativer Demokratie erlangt wurden. Aber ich frage mich, warum wird dieser Begriff einer österreichischen Diskussion, einer Diskussion österreichischer Kommunistinnen und Kommunisten bei einem gesamtnationalen Programm übergestülpt. Oder, das für mich plötzliche hinterher Traben einer Mehrheitsmeinung bei der italienischen Rifondazione Comunista mit dem neuen revolutionären Subjekt. Wenn man einmal das Alte, die Arbeiterklasse, gründlich mit marxistischen Mitteln analysiert hätte oder wollte, das ist aber leider nicht in dem Ausmaß, wie ich es mir wünschen würde, passiert. Ich

glaube, diese Bocksprünge sind es letztlich, die uns auch in den letzten drei, vier Jahren programmatisch nicht vom Fleck gebracht haben.

Genossinnen und Genossen. Eine kommunistische Partei braucht ein Programm, ich glaube darüber sind wir uns einig. Sie braucht aber auch Antworten auf Fragen konzeptioneller Natur. Beispielsweise - und da denke ich gerade an die Grazer Genossinnen und Genossen, die einen großen Wahlerfolg eingefahren haben - solche Fragen wie, warum ist in einer Gemeinde wie Graz, in einer Kommune wie Graz, die keine Gesetze selbst beschließen kann, was bedeutet in so einer Gemeinde fortschrittliche Finanzpolitik. Oder, was heißt fortschrittliche Kommunalpolitik jenseits eines nur defensiven Versuchs kommunalpolitische Errungenschaften zu verteidigen, wie kommunaler Wohnbau, Stadtwerke, etc. Alles Fragen, auf die ich bisher in den Arbeiten der Programmkommissionen keine Antworten gefunden habe. Ich darf ein bisschen erinnern und zurückgehen. Das steirische Beschäftigungsprogramm, das grün-weiße Beschäftigungsprogramm, hat

seinerzeit, glaube ich, erste Antworten auf diese Fragen versucht. Das steirische Beschäftigungsprogramm, das aber zu einem Landesprogramm und jetzt zu gesamtsteirischen Programmthesen erweitert wurde, hat diese Fragen nicht konsequent weiterentwickeln können, weil es eben notwendig wurde, gesamtösterreichische Pflöcke zu setzen. Pflöcke gegen den notorischen Versuch, marxistische Grundbegriffe zu revidieren, statt sich an die Vorgaben des 30. Parteitages zu halten. Genossinnen und Genossen, das ist der Punkt, warum wir heute immer noch am Stande null sind in Wirklichkeit. Politische Praxis entscheidet letztlich ob eine Theorie zum Programm wird. Genau darüber geht es in den steirischen Programmthesen und ich glaube, wir sollten auch alle gemeinsam daran weiterarbeiten.

Gin. Trost: *Gin. Erika Krenn und im Anschluss Gen. Hans Mikosch. Ich soll noch einmal darauf aufmerksam machen, dass die Antragskommission seit 18 Uhr zusammensitzt.*

Gin. Krenn: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich darf mich kurz vorstellen. Mein Name ist Erika Krenn und ich komme aus Bad Ischl, Pensionistin. Unter dem Schock des massiven Rechtsruckes nach der Nationalratswahl 1999 und der darauf folgenden Regierungsbildung 2000, beschloss ich, in die KPÖ einzutreten, um mir später nicht den Vorwurf machen zu müssen, nichts gegen diese gefährliche Entwicklung getan zu haben. Der Rechtsruck scheint, wohlgemerkt er scheint, gebannt zu sein, aber wir haben immer noch die blau-schwarze Koalition mit ihren grauslichen Belastungspaketen. Der schreckliche Irakkrieg und der galoppierende Fortschritt des Großkapitalismus in all seinen Facetten macht es noch wichtiger denn je, Mitglied der KPÖ zu sein.

Aber wie sehe ich die Perspektiven der KPÖ für die Zukunft. Grundvoraussetzung ist die Einigkeit der Partei bei einem gesunden Diskussionsklima. Ich war doch einigermaßen irritiert und verunsichert, als ich das erste Mal im Argument über die Kontroversen innerhalb der Partei gelesen habe. Für ein neu eingetretenes Parteimitglied ist das eigentlich ein bisschen irritierend. Ich hoffe sehr, dass auf diesem Parteitag ein Konsens gefunden werden kann, damit wir alle unsere Kräfte für die vor uns liegenden Aufgaben einsetzen können, denn wir haben große Herausforderungen zu bewältigen. Ich persönlich glaube, dass die erste Aufgabe der KPÖ ist, die Vorurteile abzubauen, die in der Bevölkerung vorhanden sind und durch den Zusammenbruch des Realsozialismus noch verstärkt wurden. Wenn ich mich heute als Kommunistin deklariere, dann muss ich mir oft anhören, ja hast du denn aus der Vergangenheit überhaupt nichts gelernt. Der

Kommunismus ist doch gescheitert, der hat keine Zukunft, der ist tot. Genau das ist der springende Punkt. Natürlich müssen aus den Fehlern der Vergangenheit die Lehren gezogen werden, aber hier darf das Kind nicht mit dem Bad ausgeschüttet werden. Denn der reale Kommunismus ist nicht gescheitert weil die marxistisch-leninistische Idee untauglich oder nicht umsetzbar ist, sondern, weil vor allem in der Sowjetunion, die Vorbild für die anderen sozialistischen Staaten war, immer mehr von diesen Dogmen abgegangen wurde und so die große Deformation entstand. Franz Muhri hat das in seinem Vermächtnis "Kein Ende der Geschichte", wie ich finde, sehr anschaulich dargestellt. Darum müssen wir der Bevölkerung signalisieren, dass es sich um eine erneuerte KPÖ handelt, die nach demokratischen Gesichtspunkten aufgebaut ist. Das Zweite ist dann, sofern wir uns alle einig sind, das Parteiprogramm erstellt haben, der Bevölkerung klar zu

signalisieren, wofür die KPÖ steht. Das ist auch in der Peripherie, die Wähler wissen, wenn sie KPÖ wählen, was sie da eigentlich wählen. Es ist schon richtig, dass es einen weltweiten Zusammenschluss aller linken Kräfte geben muss. Aber bekanntlich ist eine Kette nur so stark, wie ihre einzelnen Glieder sind. Ich bin daher der Meinung, dass zuerst jeweils im eigenen Land begonnen werden muss, die Kommunisten zu stärken. Für Österreich, finde ich, dass einmal begonnen werden muss, draußen in den Gemeinden Parteiorganisationen aufzubauen. Wo ich herkomme, aus dem Salzkammergut, gibt es schon seit Ende der fünfziger Jahre, Anfang der sechziger Jahre, keinerlei kommunistisches Parteileben mehr auf kommunaler Ebene. Dabei wäre gerade jetzt die Zeit reif für einen Neuanfang. Denn es gibt sehr viele, vor allem junge Menschen, die sind frustriert über die Arbeitsmarktpolitik. Sie sind frustriert über die Sozialpolitik - brauche nur jetzt die Pensionsreform ansprechen - aber sie sind auch empört über die Privatisierungswelle, die über unser Land hinwegfegt, die vor nichts halt macht. Aufgabe der KPÖ ist es, diese Menschen anzusprechen, denn sie haben in der jetzigen Parteienlandschaft keinen Ansprechpartner. Sie müssen resignieren. Zugegebenermaßen ist es schwierig, weil die KPÖ ist medial nicht vorhanden. Einerseits, weil zu wenig finanzielle Mittel vorhanden sind. Andererseits, weil im jetzigen System die KPÖ einfach mundtot gemacht wird. Ich finde, dass nur die KPÖ den Anspruch erheben kann, eine wirkliche Opposition zu bilden gegen die jetzige Regierung. Dazu muss sie natürlich den Sprung ins Parlament wieder schaffen. Ich muss jetzt wieder Franz Muhri zitieren: Den Umschwung müssen die Jungen unter uns herbeiführen, wir Älteren können ihnen nur mit Rat und Tat zur Seite stehen. Niemals aber dürfen wir vergessen, dass der Marxismus-Leninismus das unerschütterliche Fundament und Rüstzeug unserer Bewegung ist. Es liegt an uns Kommunisten diese Lehren im 21. Jahrhundert umzusetzen, aufzubereiten und zu verwirklichen, sodass am Ende eine neue, eine gerechtere Welt, vor allem Weltwirtschaftsordnung entsteht. Das die Ressourcen dieser Erde wirklich gerecht aufgeteilt werden. Liebe Genossinnen und Genossen, ziehen wir doch alle an einem Strang, denn ich glaube, nein ich bin der festen Überzeugung, es lohnt sich für das Ziel der klassenlosen Gesellschaft zu kämpfen, denn die kommunistische Idee lebt. Es lebe der Kommunismus.

Gin. Jurjans: Ich spreche hier zur Geschäftsordnung. Dies ist ein Parteitag der KPÖ. Hier arbeiten Menschen, im Haus der Begegnung, im Restaurant, auch im Sekretariat und im Büro. Es ist nicht einzusehen, dass all diese Menschen das Geschirr, den Schmutz und den Dreck wegräumen. Es stehen draußen im Brunnen Teller, draußen auf den Tischen Teller und es steht im Foyer alles herum. Ich ersuche dringendst alle Genossinnen und Genossen, ihr Geschirr und ihren Dreck wegzuräumen. Danke.

Gin. Trost: *Gen. Mikosch und im Anschluss Gin. Lili Stadler.*

Gen. Mikosch: Genossinnen und Genossen. Auch ich finde es für zweckmäßig, mit positiven Ergebnissen zum Parteitag zu kommen. Ich möchte von einem Treffen berichten, das vor zwei Tagen zwischen mir als Vertreter der Bundeskonferenz, wissenschaftliches Personal und der Bundesvorstand oder Bundesvorsitz, ich weiß nicht, wie sie genau heißen, von der österreichischen Hochschülerschaft, stattfand. Weiters waren dabei die Interessensgemeinschaft externer Lektoren, die Aktion kritischer Schüler, die GPA-Studenten und auch der Verband feministischer Wissenschaftlerinnen. Wir haben bei diesem Treffen ein Konzept diskutiert und

beschlossen, mit dem wir gemeinsam am Austrian Social Forum ein Seminar abhalten werden, Bewegung gegen neoliberalen Umbau des Bildungssystems. Ich möchte vor allem deshalb darüber berichten, weil das für mich die Erfüllung eines Versprechens ist, das ich bei meinem Redebeitrag bei der österreichischen Länderversammlung beim European Social Forum in Florenz gegeben habe. Gerade in diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es für mich vollkommen unverständlich ist, wie z.B. Gen. Graber eine Meinungsverschiedenheit oder Widersprüche konstruieren kann zwischen Konzepten der steirischen Partei und Konzepten, wie sie im European oder Austrian Social Forum realisiert werden. Ich war im Auftrag der steirischen Parteiführung während des Wahlkampfes beim European Social Forum und habe dort eben im Namen der steirischen Parteiführung Beiträge gehalten und am European Social Forum teilgenommen. Es ist eben Tatsache, dass die steirische Parteiführung und im speziellen die Grazer Parteiführung die administrative, faktische und auch emotionelle Voraussetzung schafft, auch unterschiedliche - unter Umständen auch gegensätzliche - Standpunkte zu diskutieren und weiterzubringen. Nur ein Beispiel.

Die steirischen Genossen, insbesondere die Grazer Genossen, haben jetzt in der Diskussion über die Auswertung des Grazer Wahlergebnisses ein entwaffnendes Argument gehabt. Sie haben gesagt, wir haben 20 Prozent der Stimmen, das heißt wir haben nicht 80 Prozent der Stimmen. Das ist richtig, aber im Kern ist das ein Argument, das im Wesentlichen auch Otto Bauer angewandt hat und die Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit hat auch immer gesagt, wir haben nicht die Mehrheit. Also, man kann über alles diskutieren und genau das ist möglich in der steirischen Partei, weil gerade in der steirischen Partei die politische Aktion im Vordergrund steht. Aus den politischen Aktionen müssen wir ableiten, theoretisch verallgemeinern und daraus programmatische Orientierungen entwickeln. Es ist, so meine ich, wichtiger, eigene Konzepte zu entwickeln. Eigene Konzepte einer grundlegenden, auch systemüberwindenden Alternative entwickeln, als immer wieder, auch unsicheren sozialistischen grünen und auch christlichen Kolleginnen und Kollegen zu sagen, wie patschert und wie unbeholfen sie sind. Wir müssen Konzepte entwickeln, die letzten Endes, um die Aussage vom Genossen Rennert aufzugreifen, wir müssen in das Vakuum eindringen, das für linke Positionen jetzt vorhanden ist. Dieses Vakuum können wir ausfüllen, in dem wir von uns aus systemüberwindende grundsätzliche Alternativen entwickeln und mit denen in die politische Konfrontation gehen. Das ist für mich, meine ich, wichtiger, als Programme oder Diskussionen über Zeilen in Programmen. Jedenfalls, so meine ich, werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen durch die Konzepte, wie sie im steirischen Programm entwickelt werden und diese wären auch in der weiteren Diskussion zu verwenden. Danke.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt Gin. Lili Stadler und nach ihr Wolfgang Brenn.*

Gin. Stadler: Liebe Genossinnen und Genossen! Es liegt euch der mit großer Mehrheit beschlossene Antrag des Bundesvorstandes und ein Gegenantrag steirischer GenossInnen, der sich: „Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein“ nennt, vor. Bei näherer Betrachtung können wir feststellen, dass es sich dabei nicht um einen Gegenantrag handelt, denn er enthält - nahezu ident - die ersten vier Punkte des Groß-Papiers und endet mit einem Allerweltsforderungskatalog. Das ist für mich ein Abänderungsantrag und kein Gegenantrag.

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich frage mich: Was soll denn damit signalisiert

werden? Da wird Gleiches gegeneinander ausgespielt, da wird uns vorgemacht, dass U nicht U, sondern X ist, weil's steirisch ist und gleichrangig behandelt werden muss. Einen Dissens aus einem Konsens zu machen ist weder marxistisch noch revolutionär. Das prolongiert den Status quo in unserer Partei, das lähmt uns, das paralyisiert uns und nicht wenige GenossInnen haben genug davon.

Es gibt Dissens in unserer Partei, keine Frage. Aber ihn zu formulieren waren die steirischen GenossInnen nicht bereit, und deshalb kam auch der Vorschlag des Bundesvorstandes, dass Genosse Groß ein neues Papier zur Politik und Selbstverständnis der KPÖ erstellt, zustande, indem sich alle GenossInnen finden können.

Das soll offensichtlich nicht sein.

In der Begründung der steirischen GenossInnen können wir lesen, dass – weil umstritten – wir auf programmatische Festlegungen verzichten sollen, weil „alle künftigen Wege zu einer sozialistischen Gesellschaft durch Neuland führen“. Können wir deshalb darauf verzichten, die österreichische Parteienlandschaft zu charakterisieren und Alternativen zum Neoliberalismus aufzuzeigen?

Was steht denn im Bundesvorstands-Papier so Anderes, so Umstrittenes?

„Die Sozialismen des 21. Jahrhunderts werden offene und variantenreiche Projekte sein (und) ihre universelle Bedeutung besteht darin, ein menschenwürdiges Leben aller Menschen sicherzustellen...“

Ich frage euch, ist eine solche Kennzeichnung für uns eine leere Worthülse, ist es falsch oder umstritten?

Oder die Passage, ...„dass Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden müssen, wie es auch im Kommunistischen Manifest grundgelegt ist“, wobei das kommunistische Verständnis von Demokratie weit über den heutigen bürgerlichen Demokratiebegriff hinausgeht.

Ist das eine verwerfliche Programmatik? Können wir dem nicht zustimmen, nur weil sich hehre Theoretiker noch nicht klar sind, ob partizipative Demokratie noch im Kapitalismus erreichbar oder bereits sozialistische Gesellschaftsverhältnisse voraussetzt.

Genossinnen und Genossen. Es ist für mich immer ein sehr schönes Gefühl, wenn in Diskussionen mit Menschen, die keine Parteimitglieder sind, herauskommt: Ja, das wäre natürlich gut, wenn wir das umsetzen könnten, aber im Kapitalismus geht das ja gar nicht, das sprengt ja das System – und wenn mich dann die KollegInnen überzeugen wollen, dass eine andere Welt andenkbar und möglich ist.

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich könnte jetzt weitere Punkte aus dem Groß-Papier aufzählen und wir würden weitere Übereinstimmungen feststellen und drauf kommen, dass unser Selbstverständnis als KommunistInnen nicht ganz so verquer und unterschiedlich ist.

Das Papier des Bundesvorstandes bringt das zum Ausdruck, was derzeit möglich ist. Wenn unsere Diskussionskultur eine andere wird, dann werden wir auch mehr an Programmatik weiterbringen.

Aber für mich ist es unvorstellbar, dass in einer Zeit, wo mehr Menschen in Österreich kommunistische Standpunkte hören wollen, wir kein Papier beschließen, das auf eine sozialistische Perspektive hinweist.

Deshalb mein Appell: Beschließen wir dieses Papier und gehen wir gemeinsam an die Arbeit.

Gen. Graber: Jetzt spricht Gen. Wolfgang Brenn aus dem 5. Bezirk. Nach ihm die Gin. Karin Antlanger aus Linz.

Gen. Brenn: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe in der letzten Zeit versucht, die vorliegenden Texte möglichst unvoreingenommen zu vergleichen. Da kann ich die Kritiker des sogenannten Thesenpapiers schon in gewisser Hinsicht verstehen. In der Skizzierung eines zukünftigen sozialistischen Gesellschaftsmodells ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel vielleicht in zu geringem Ausmaß als notwendig hingestellt worden. Die Hinweise auf partizipative Modelle sind wahrscheinlich zu wenig ausformuliert, um klarzustellen, wie sie gemeint sind. Erweiterte Mitbestimmung in einer Gesellschaft, die noch immer von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen geprägt ist, oder eine partizipative Demokratie, in der die Macht der Kapitalisten überwunden ist. Also, wird offengelassen, könnte zu reformistisch gemeint sein. Auf der anderen Seite, mit berechtigter Boshaftigkeit glaube ich, kann man dem so grundsatztreuen steirischen Papier ja auch vorwerfen, dass es irgendwo reformistisch ist, wenn man will. Weil, da gibt es eine Stelle, wo von mehreren Parteien die Rede ist. Von einer kommunistischen Partei, die dann auch in der Regierung wieder abgewählt wird. Bitte, liebe steirischen Genossinnen, da könnte man ja auch sagen, ihr seid die Revisionisten. Ich weiß, dass ihr es nicht so gemeint habt, aber umgekehrt wird dem Thesenpapier indirekt offen oder unterschwellig vorgeworfen, es sind keine richtigen Kommunisten mehr.

Zu einem weiteren Kritikpunkt am steirischen Papier. Es gibt so eine gewisse Eskalation um die Frage, wer der Kern der Arbeiterklasse ist. Da wird zuerst davon gesprochen, dass natürlich nicht nur diejenigen zur Arbeiterklasse gehören, die im Bereich der materiellen Produktion tätig sind. Dann nach ziemlich langer und eigentlich ausschließlich abstrakter und daher auch sehr schwer zu interpretierender und Missverständnisse ausschließender Art und Weise - kann man schwer ausschließen Missverständnisse - wird dann dorthin gelangt, dass nur die Lohnabhängigen in der Großindustrie den Kern der Arbeiterklasse bilden. Mehr denn je den Hauptbezugspunkt kommunistischer Klassenpolitik bilden sollten. Ich finde das wirkt auf viele Leute. Auf mich, aber wahrscheinlich auf viele andere auch, sehr ausschließend, ausgrenzend und brüskierend. Was soll sich denn eine arbeitslose Krankenschwester oder Krankenpfleger, was soll sich ein EDV-Techniker denken, wenn er irgendwo so, nur als Nebenarbeiterklasse gesehen wird oder nicht der Hauptbezugspunkt sein soll. Kann der nicht das Subjekt der Arbeiterklasse sein, muss der sagen: Ich werde nie Subjekt der Arbeiterklasse sein. Das ist schon etwas diskriminierend würde ich meinen. Auch wenn es sicher nicht schlecht gemeint ist. Ich unterstelle ja immer positive Absichten. Aber wenn wir schon spitzfindig sind in den Zeilen und in den Absätzen, dann nehme ich mir das Recht, dass ich auch hier spitzfindig bin.

Liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich sind diese Dinge, so wichtig sie auch sind, heute nicht der springende Punkt. Es ist doch so, jedes Mal, wenn man mit Leuten spricht, die ebenfalls beginnen, dem Kapitalismus kritisch gegenüber zu stehen, die sich vielleicht auch eine andere Gesellschaftsordnung vorstellen wollen, muss man doch immer die Gretchenfrage beantworten, wie wir Kommunisten uns das vorstellen, dass in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft sichergestellt ist, dass es nicht wieder zu diesen Deformationen kommt. Zu diesen Verbrechen, zu denen es in der stalinistischen Zeit gekommen ist. Diese Frage ist wirklich nicht vorhanden, wenn, dann ist sie unterschwellig vorhanden. Ich denke diese Frage wird zurecht gestellt und wir dürfen ihr auf keinen Fall ausweichen. Wir müssen sie beantworten und zwar vorrangig beantworten. Wir müssen dabei auch zeigen, dass

wir uns darüber den Kopf zerbrochen haben, wie in einer solchen zukünftigen Gesellschaft die Kontrollstrukturen aussehen sollen, damit nicht so etwas wieder vorkommt, wie die Deformierung des Marxismus. Die Demokratie, auch wenn wir sozusagen an der Macht sind, gesichert ist. Auch das steirische Papier und das Groß-Papier grenzen sich von einer unkritischen Haltung vom Stalinismus deutlich ab. An und für sich ist diese Übereinstimmung ja erfreulich. Aber es gibt offensichtlich unter uns eine Reihe von Genossen, die sich mit einer Form der Vergangenheitsbewältigung, die sich endlich deutlich von den dunklen Seiten unserer Geschichte distanziert, nicht anfreunden können. Sie verwenden leider das steirische Papier, da mag es missverwendet werden, aber sie verwenden es, als Kristallisationspunkt oder Kristallisationskern, um diese neue Form kommunistischen Selbstverständnisses zu torpedieren. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist heute der entscheidende Punkt. Bei allem Respekt für den Idealismus, den die Kommunisten in der Vergangenheit gezeigt und geleistet haben, wir sind es den Menschen, die unter den Verbrechen eines deformierten Marxismus gelitten haben schuldig und wir sind es den potenziellen zukünftigen und gegenwärtigen Opfern des Kapitalismus schuldig, dass wir jetzt ein Zeichen setzen. Mit Zeichen setzen meine ich, dass wir fähig sind, eine Resolution zu verabschieden, dass wir fähig sind, an die Öffentlichkeit zu gehen mit einer Offenlegung, wo klargestellt ist ein Konsens, dass wir uns von den dunklen Seiten der Vergangenheit abgrenzen können. Damit meine ich, jetzt rein pragmatisch gesehen, dass wir uns für das Groß-Papier entscheiden sollten, weil das da - zumindest zum heutigen Zeitpunkt - am klarsten herüberkommt. Die anderen Sachen, die durchaus diskussionswürdig sind, Fragen mit der Arbeiterklasse, wie stark soll der Staat sein usw., das sind wichtige Punkte, aber wir sollten nicht aus notwendigen Spitzfindigkeiten, die man vielleicht in den nächsten eineinhalb Jahren auch diskutieren könnte, die eine wichtige Festlegung hinausschieben bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag. Das wäre mein pragmatischer Rat, warum man zu dieser Festlegung heute kommen sollte. Für die Konzeption eines glaubwürdigen Kommunismus - damit eine andere Welt möglich wird.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt die Gin. Karin Antlanger aus Linz und nach ihr der Gen. Franz Schäfer aus der GO-Dogma.*

Gin. Antlanger: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte zu dem Papier Analysen und programmatische Vorschläge der KPÖ-Steiermark aus frauenpolitischer Sicht Stellung nehmen.

In dem Kapitel "Radikaldemokratisches Aktionsprogramm" wird unter dem Punkt 4 für die Rechte der Frauen geschrieben. Gleich zu Beginn, dass es um die Beseitigung männlicher Privilegien geht, was immer das heißt. Wer fordert das heute nicht. Das fordern die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen genauso wie bürgerliche

Frauenrunden. In dem Markierungspunkt 2, z. B. die Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes. Auch das kennen wir schon, im Rahmen dieser ganzen Gender-Mainstream-Diskussion, die uns von der EU her oktroyiert wurde und die wirklich - so wie der Name sagt - derzeit Mainstream ist. Weil diese Gleichberechtigung light oder soft im Grunde genommen nichts oder kaum etwas ändert. Wirklich fortschrittliche Frauenpolitik heißt nämlich nicht nur Antidiskriminierungsgesetz und Abbau der männlichen Privilegien, sondern das heißt aktive Frauenförderungspolitik. Aktive Frauenförderung heißt im Klartext gesprochen, auch wenn es manche nicht gerne hören, zumindest für eine zeitlang Benachteiligung von Männern. Was hingegen Gender-Mainstreaming oder

Antidiskriminierung nicht vorsieht. Denn Gender-Mainstream sieht vor, sowohl auf Seiten der Männer, als auch der Frauen, keine Bevorzugung oder Benachteiligung. Weiters kommt unter diesem Punkt 4 auch vor, für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper. Gegen alle Formen von Gewalt und sexueller Ausbeutung, Menschenhandel, medizinische Versuche und gentechnologische Entwicklungen, die auf Kosten der Gesundheit der Frauen und ihres Gebärvermögens gehen. Nichts gegen diese Inhalte. Allerdings, was mir wirklich abgeht dabei, das ist dieser ursprüngliche Gedanke auch beim Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper, auch das Recht der Fristenlösung. Das ist etwas, was seit vielen Jahren unter dem Selbstbestimmungsrecht als erstes gedacht wird im Frauenzusammenhang. Das Recht auf Fristenlösung kommt überhaupt nicht vor unter den Frauen. Jetzt, wo es massive Angriffe gibt auf die Fristenlösung. Ich meine, dieser Disput heute zwischen Heidi Ambrosch und Rudi Reiter, da möchte ich schon dazu sagen, ich denke, dass niemand hier im Saal sitzt, der für das Recht auf Abtreibung bis kurz vor der Geburt ist. Davon gehe ich einmal aus. Sollte ich mich täuschen, dann möge man mich eines besseren belehren. Sondern, was das uneingeschränkte Recht auf Fristenlösung heißt, ist, dass es eben keine Indikationenregelung geben soll. Wo ein Mediziner entscheidet du darfst abtreiben oder nicht. Oder eine Sozialarbeiterin sagt, bei dir ist es sozial gerechtfertigt und bei dir nicht. Uneingeschränkt heißt, eben keine Indikationenlösung. Wir haben derzeit diese Zwölf-Wochen-Frist, da gibt es Angriffe dagegen, einfach auf Grund der neuesten Forschungsergebnisse und wissenschaftlichen Erkenntnisse. Man will z.B. hergehen, weil man diese Nackenfaltenmessung, die es da gibt, will man die Frist verkürzen auf 7 bis 9 Wochen. Das heißt, das betrifft in erster Linie junge Frauen und Mädchen. Frauen die einen unregelmäßigen Zyklus haben. Wenn eine 16jährige oder 15jährige schwanger wird, wie will die das nach 7 Wochen abchecken. Es wird immer vom letzten Tag der letzten Regel ausgegangen. Zum Gen. Reiter noch eines. Weil er gesagt hat, er ist auch für die soziale und medizinische Indikation. Es gibt sie. Die medizinische Indikation heißt, wenn das Leben der Frau oder ihre Gesundheit in Gefahr ist, dann wird auch über die Zwölf-Wochen-Frist hinaus der Abbruch vorgenommen. Es gibt auch soziale Indikationen wenn z.B. ein Enzephalus im 5 Monat diagnostiziert wird, auch dann wird es vorgenommen. Das heißt für mich, dass dieser Punkt des steirischen Papiers auf jeden Fall hinter die Erkenntnisse des Frauenprogramms der KPÖ abfällt. Das sie auch hinter die Errungenschaften der sozialistischen und feministischen Frauenbewegung und auch des Bundes Demokratischer Frauen fällt. Gerade heute sind im Saal sehr viele Genossinnen, die sich damals vehement vor 25, 30 Jahren eingesetzt haben für die Fristenlösung. Ich habe gesehen die Irma Schwager ist da, Inge Arzon, die Heidegger, das war immer eine Kampffrage und jetzt ist es kein Thema mehr. Einem radikal-demokratischen Anspruch wird dies nicht gerecht.

Kurz noch zur Sache. Wir haben einen Riesenkonflikt in der Partei. Gott sei Dank wird er heiß ausgetragen. Er ist noch nicht kalt, weil dann kann man ihn nicht mehr bearbeiten. Wenn z.B. Helmut Fellner in der NV'S schreibt, zuerst soll personenmäßig tabula rasa gemacht werden und dann über Inhalte geredet werden, denke ich mir, genau das ist das Problem. Konflikte in Organisationen und das ist geltende Konflikttheorie, Konflikte in Organisationen auch bis in die KPÖ hinein, sind in erster Linie oder zu 90 Prozent inhaltliche Konflikte. Konflikte über Inhalte, wo man nicht zueinander kommt. Die werden natürlich über Personen ausgetragen. Der Parteder mag den Baier nicht und die Ambrosch mag den Reiter nicht, da kracht und

tuscht's. Aber in Wahrheit geht es um Konflikte. Solange wir diese unlösbaren Stellvertreterkonflikte ausleben, nur dieser Konflikt zwischen den Personen, solange werden wir den wirklich inhaltlichen Konflikt nicht lösen. Darum war es eines der sinnvollsten Beschlüsse des Bundesvorstandes überhaupt, diesen Parteitag zweizuteilen. Heute und morgen über Inhalte zu reden und das nächst Mal im Mai über diese Personenentscheidungen. Danke

Gen. Ambrosch: Ich muss jetzt eine Richtigstellung machen. Die Position mit dem Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetz. Die Schwangerschaftsregelung in Frankreich ist z.B. auch eine Fristenregelung. Nur nicht im Strafgesetz verankert, sondern in einem Gesundheitsgesetz. Worum es in der Forderung geht, Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Gesetzbuch. Es geht darum, dass dort nicht die Frau Zentrum des Schutzes ist, sondern der Fötus. Und nur für die Zeit der 3 Monate eine Straffreiheit für die Frauen gewährt wird. Das ist der springende Punkt. Das generell Frauen hier eigentlich unter Strafe gestellt werden bei einem Abbruch und der Fötus im Zentrum steht. Dagegen sollten wir gemeinsam, meines Erachtens, mit der Frauenbewegung auftreten.

Gen. Graber: *Noch eine Richtigstellung.*

Gen. Fellner: Es ist ein Wahnsinn wie wichtig ich bin. Ich habe das schon im Argument gesehen. Der Beitrag wird immer nur an Teilen und an der falschen Stelle zitiert. Ich habe darunter unter anderem geschrieben, dass man meine Position kennt zu Diskussionen. Es geht um eine ehrliche, offene, tabulose Diskussion über den ideologischen Kurs, die zu vertretenden Grundsätze und den politischen Weg, den die KPÖ einschlagen will. Die brauchen wir diese Diskussion. Ehrlichkeit bedeutet, jeder soll seine Haltungen äußern und das fehlt mir von der Parteispitze. Jeder soll seine Haltungen äußern, seine Vorstellungen einbekennen. Offenheit heißt, jedem ist jede Meinung und Position zumutbar. Es braucht keine Zensur und keine Vorentscheidung durch die Führung. Das ist Jahrzehnte gewesen, aber da sind viele in diesem System die geduldigen Dulder gewesen. Ich bin es nicht gewesen und deswegen bin ich für einen Neubeginn dieser Diskussion. Das habe ich in diesem Papier hineingeschrieben. Am Schluss heißt es, so umfassend soll diese Diskussion sein, so Streitbar, so kämpferisch wie möglich, ohne tabu, ohne Zensur, mit viel, viel, viel, viel innerparteilicher Demokratie. Die fehlt nach wie vor, weil die einen an den Hebeln der Macht und des Geldes sitzen und die andern hie und da etwas sagen dürfen.

Gen. Graber: *Danke für die zweite Richtigstellung. Jetzt kommt der Gen. Franz Schäfer von der GO-Dogma. Nach ihm die Gin. Lilo Daubrawa 4.,5., Bezirk.*

Gen. Schäfer: Hallo, ich bin der Franz Schäfer. Ich habe keine lange Rede vorbereitet, sondern nur irgendwie ganz spontan zwei Punkte, die ich ansprechen will. Ich bin erst

relativ kurz Mitglied. Die KPÖ ist im großen und ganzen eine tolle Partei. Ich fühle mich wohl in ihr. Bei diesem innerparteilichen Streit sind das zwei Punkte, die mir nicht so gefallen. Eine formale Sache, dass der Dialog, wie er in der momentanen Form geführt wird nicht besonders konstruktiv ist, weil diese steirische Opposition immer mit neuen Papieren kommt, anstatt sich sachlich darauf zu beschränken, Dissens herauszuarbeiten. Wie eine Vorrednerin schon gesagt hat, das wäre eigentlich ein Abänderungsantrag. Das heißt, man könnte irgendwie die Punkte, die

strittig sind, relativ leicht aufzählen, aber es wird nicht gemacht. Es werden einfach irgendwie immer wieder neue Papiere hier und neue Papiere da vorgelegt, so dass dann ein konstruktiver Dialog, der sich letztendlich auf die Punkte konzentrieren kann, die strittig sind, nicht möglich ist. Ich verstehe nicht, warum es gemacht wird. Ich kann nur Vermutungen anstellen, will sie hier nicht anstellen. Auf jeden Fall würde ich einen konstruktiven Dialog, der sich auf die strittigen Punkte konzentriert, diese anspricht, eher begrüßen.

Das Zweite ist: Einer dieser strittigen Punkte ist dann letztendlich heute doch irgendwie ein bisschen herausgekommen, das ist diese EU-Austrittsforderung, die im steirischen Programm besonders vehement erhoben wird. Die ist auch im Groß-Papier noch angesprochen - die Möglichkeit des Austritts wird noch in Erwägung gezogen - auf der anderen Seite wird sie gefordert. Mir geht beides fast ein bisschen zu weit. Die steirische Position insofern, weil ich finde die Forderung für eine kommunistische Partei einfach absurd. Man kann nicht auf einer Seite den Internationalismus fordern und der Internationalismus steht auch im steirischen Programm recht prominent drinnen, aber auf der Seite wird als Lösung für die globalen Probleme der kleine Nationalstaat irgendwo vorgeschlagen. Diese Lösung den Nationalismus als Lösung für die Probleme vorzuschlagen, ist eigentlich die Methode der extremen Rechten. Ich finde das sehr befremdlich, dass diese Forderung hier aufgestellt wird. Ich könnte irgendwie genau so gut fordern, fordern wir den Austritt aus Österreich, weil Österreich ist nicht reformierbar. Wir haben die blau-schwarze Regierung, treten wir einfach aus, ist absurd. Es geht darum, das System zu verändern und die Frage ist, wie es am Effizientesten zu verändern ist. Aus allen Sachen, die ich bis jetzt bei Marx gelesen habe, geht doch hervor, dass Marx denkt, dass es am Leichtesten geht, wenn wir international handeln und arbeiten und das ist in dem Sinn in der EU leichter. Da sind die Kampfbedingungen leichter, weil das System homogener ist und damit auch leichter angreifbar.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt die Gin. Lilo Daubrawa Wien 4. Nach ihr der Gen. Jürgen Enser aus Linz.*

Gin. Daubrawa: Genossinnen und Genossen. Ich muss erst einmal sagen, dass ich mich - wie alle anderen auch - gefreut habe über das steirische Ergebnis. Ich möchte Zweitens sagen, dass ich der Gin. Lilan Stadler und dem Gen. Wolfgang voll zustimme, dass wir heute einen Beschluss über dieses Programm fassen sollen. Möchte mich darüber überhaupt nicht mehr auslassen. Ich möchte eine Sache sagen. Ich glaube, dass auch die Wiener GenossInnen ihren Teil zur Partei sehr gut beitragen. Ich möchte sagen, dass es eine Reihe von Bundesländern gibt, in denen wahrscheinlich die Partei nicht oder fast nicht kandidieren konnte, ohne dass Wiener GenossInnen mitgeholfen haben, die Unterschriften zusammenzubringen. Ich finde das unheimlich wichtig, weil auch die Wiener haben ihren Beitrag geleistet zu dieser Partei. Manchmal klingt es von einigen Seiten so, als wenn die Wiener nichts arbeiten würden. Das ist sogar im Wortlaut gefallen und ich finde das ziemlich scheußlich. Eigentlich will ich darüber nur sehr kurz sprechen,

ich brauche sicher nicht 5 Minuten. Wie gesagt, der Erfolg der Partei hängt nicht allein von den Steirern ab, sondern auch von den Umständen unter denen gearbeitet wird. Ich glaube, dass die Umstände in Wien ganz andere sind, als in der Steiermark. Es gibt auch in Wien eine Mieterberatungsstelle, aber aus verschiedensten Gründen geht es nicht, dass wir, leider Gottes, nicht diesen Erfolg haben können. Es gibt andere Gruppen, andere Leute, die sich mit anderen Fragen

beschäftigen in Wien und ich glaube, dass das auch ein sehr wichtiger Beitrag zu dieser Partei ist. Ich wünsche mir einfach, dass wir zusammenkommen. Ich bin verhältnismäßig nicht mehr ganz jung, drücken wir es einmal so aus, mir würde es irrsinnig leid tun und es würde mich ganz unglücklich machen, wenn die Partei auf diesem Parteitag nicht zu einer Einigung kommen könnte. Dazu möchte ich meinen Appell an euch richten, dass ihr das mit bedenkt.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt Gen. Jürgen Enser und nach ihm die Gin. Waltraud Stiefsohn aus Wien Favoriten.*

Gen. Enser: Ich möchte damit beginnen, weil in der Diskussion auch die Frage der Kernschichten der Arbeiterklasse erwähnt worden ist, was ich mir unter Kernschichten vorstelle. Ich habe darüber auch im "Argument" geschrieben. Den Kern der Arbeiterklasse bildet der Bereich, in dem sich Quantität und Qualität treffen. In dem noch immer der größte Teil der Arbeiterklasse in relativ großen Einheiten zusammengefasst ist. In dem noch immer der höchste Organisationsgrad, also gewerkschaftlicher oder politischer vorhanden ist. In dem die ökonomische Macht der Arbeiterklasse im Klassenkampf noch immer am Größten ist. Ich glaube, es ist mittlerweile in der gesamten Partei unbestritten, dass die Arbeiterklasse sich verändert, es die unterschiedlichen Veränderungen gibt. Da gibt es auch in der Bundesvorstandsmehrheit ganz wichtige und interessante Analysen genauso wie bei den steirischen Genossinnen und Genossen. Aber ich glaube, wir sind eine kommunistische Partei und eine revolutionäre Partei und wir brauchen deswegen auch ein wissenschaftliches Rüstzeug. Wenn man über Kernschichten diskutiert, das heißt, wo die Arbeiterklasse direkt dem Monopolkapital gegenübersteht, dort wo die Arbeiterklasse auch an den Schalthebeln der ökonomischen und gesellschaftlichen Macht sich befindet, dann muss man das als kommunistische Partei auch analysieren. Da muss man genau sehen, wo müssen wir verstärkt drinnen sein, damit wir bei gesellschaftlichen Kämpfen dabei sind. Wir müssen jede Krankenschwester, jede Köchin, Schlosser und jeden atypisch Beschäftigten, jede Arbeitslose, Pensionisten, Arbeiter- und Angestellten, Angestellte, Arbeiterin organisieren. Wir müssen die immer gewinnen, wir müssen sich auf diese Leute konzentrieren. Aber es ist wichtig, dass wir auch sehen, wo ist es besonders wichtig, dass die Kommunisten einen Fuß in der Tür haben. Wo ist die Gesellschaft, wo ist die ökonomische Macht am Angriffsfähigsten. Das hat mich gewundert, dass das heute auch im Referat des Gen. Baier von Kernschichten über andere Teile der Arbeiterklasse vorkommt, denn ich habe einmal vor einigen Monaten in einem Beitrag im Bundesvorstand von Kernschichten gesprochen, da bin ich noch ausgelacht worden.

Jetzt komme ich zu dem, was ich sagen wollte. Ich bin seit dem letzten Parteitag Mitglied des Bundesvorstandes, da ich als ehemaliger Betriebsrat der Telecom Austria dafür vorgeschlagen worden bin. Ich habe also auch an vielen Beratungen des Bundesvorstands zur Programmdiskussion teilgenommen. Der Gen. Graber hat in seinem Referat davon gesprochen, dass die Mehrheit der Parteiführung der Minderheit - insbesondere den steirischen GenossInnen - in der Programmdiskussion immer wieder

entgegen gekommen wäre. Dies kann ich leider so nicht bestätigen. Auch das Referat des Gen. Baier war für mich nicht ganz glaubwürdig. Man muss sich nur, die in der Oberverantwortung des Gen. Baier verfassten Thesen der Bundesvorstandsmehrheit durchlesen und dann sein heutiges Referat durchgehen.

Gen. Groß ist zurecht eine inhaltliche Integrationsfigur der KPÖ, der Vorsitzende leider schon lange nicht mehr. Ich habe aber auch im Bundesvorstand andere Erlebnisse gehabt. Ich habe erlebt, wie die steirischen Mitglieder dort mitarbeiten. Wie sie sich vorbereiten auch auf inhaltliche Beiträge und wie sie dort, auch wenn sie ganz ernsthafte Dinge vorschlagen, nicht ernst genommen werden. Ich habe auch erlebt, dass im Unmut gegen die Parteiführung sich eine Opposition herausgebildet hat, wo wirklich auch sehr viel inhaltlich diskutiert worden ist. Heute ist es schon erwähnt worden, wo wirklich auch zugehört worden ist. Wo man auch selbst als junger Genosse ernst genommen wird. Das war für mich auch sehr wichtig und das zählt für mich auch zur kommunistischen Partei. Ich glaube, dass ist etwas, von dem die gesamte Partei noch schöpfen muss. Hier wurde, wie es heute schon gesagt worden ist, Kommunismus gelebt. Ein Genosse aus Wien sagte, dass er die zwei Programmpapiere durchgelesen hat, manches nicht verstanden hat. Für manchen wird es auch vieles gewesen sein, das er nicht verstanden hat. Das ist für mich auch ein Hauptpunkt, dass es seit Jahren schon keine organisierte, zusammenhängende und kontinuierliche marxistische Bildungsarbeit in dieser Partei gibt. Wie soll man marxistisch diskutieren, wenn man im Grunde das Rüstzeug als

Als letzten Punkt. Ich war eben Betriebsrat, wie ich gesagt habe. Ich habe mich beruflich verändert, bin jetzt Student und bin im Kommunistischen StudentInnenverband aktiv. Das ist für mich sehr interessant, weil das natürlich Leute sind, die viel jünger sind. Wir haben es trotzdem auch in Linz geschafft, dass wir die 100 Unterstützungserklärungen gesammelt haben, dass wir in Linz auch als KSV kandidieren können. Man muss vorausschicken, dass wir in Linz nicht sehr viel mehr als diese 100 Stimmen bei Wahlen normalerweise machen. Ich habe nur festgestellt, im Kommunistischen StudentInnenverband in Linz arbeiten GenossInnen unterschiedlicher inhaltlicher Einstellung zusammen. Eben diese Unipolitische Sacharbeit - und zwar kommunistische Sacharbeit - steht bei uns im Vordergrund, da kann man sehr wohl auch zusammenarbeiten und auch sehr wohl Erfolg erzielen. In diesem KSV, wie auch durch meine Kontakte in die KJÖ, habe ich viele junge GenossInnen kennen gelernt. Diese sind normalerweise revolutionär gesinnt. Sie haben Visionen, aber eben nicht ausschließlich Visionen, wie es der Gen. Baier gerne hätte, sondern sie wollen eine Verbindung von revolutionären Visionen mit einer revolutionären Wissenschaft, eben dem Marxismus und sie sind bis hin zu einer revolutionären Strategie und Perspektive. Das ist das Wichtige und darauf muss man auch mit einem Kurswechsel hin arbeiten.

Gen. Graber: *Der Gen. Becker hat sich zu einer Richtigstellung gemeldet.*

Gen. Becker: Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Ich möchte mich hier zu einer Richtigstellung zu Wort melden und zwar zum Gen. Enser. Und zwar habe ich sehr wohl gesagt, ich habe beide Programme gelesen, sowohl die Thesen als auch das steirische Programm. Ich habe sehr vieles in beiden nicht verstanden. Das liegt nicht daran, dass es in dieser kommunistischen Partei Österreichs keine marxistische Schulung gibt. Denn diese marxistische Schulung erhalte ich sehr wohl in meiner Bezirksorganisation. Dass ich dieses Verstehen, dieses Wissen, noch nicht habe, liegt daran und einzig allein daran,

dass ich erst seit 7. Oktober 2002, dieser Partei als Mitglied angehöre. Ich danke euch.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt Gin. Waltraud Stiefsohn und nach ihr der Gen. Julius Mende.*

Gin. Stiefsohn: Liebe Genossinnen und Genossen! Was sind die ausschlaggebenden Faktoren, warum sich jemand entscheidet KPÖ zu wählen oder unserer Partei beizutreten, um gemeinsam mit uns für eine Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen. Sind es existierende Programme, die konkreten Menschen, die in unserer Partei aktiv sind, wenn sie überhaupt eine Chance haben Kommunistinnen und Kommunisten persönlich kennen zu lernen. Wir wissen, dass das nicht immer möglich ist. Ist es unser Engagement in Betrieben, im kommunalen Bereich, in Bewegungen. Sind es konkrete Angebote, die wir machen. Sind es unsere Publikationen, Schwerpunktsetzungen, Kampagnen, die wir zu den verschiedensten Fragen gestartet haben und hoffentlich noch starten werden. Lassen sich da einzelne Faktoren herausgreifen und gegen andere zu stellen. Oder ist es nicht eine Mischung von all dem und hängt es nicht auch wesentlich davon ab, welche unterschiedlichen Bedingungen wir für unser Politikmachen vorfinden. Bei den Nationalratswahlen 1999 hat die KPÖ in Wien als erste Landesorganisation das Wahlergebnis von 1990 übertroffen. Das waren damals die größten KPÖ-Zuwächse Österreichweit. Bei den Nationalratswahlen im letzten Jahr haben wir verloren. Was war für beide Ergebnisse ausschlaggebend? Genosse Parteder hat in seinem Referat gesagt, wir müssen das Grazer Wahlergebnis verallgemeinern. Da widerspreche ich ihm auch nicht, wenn wir uns darauf verständigen, dass wie die Diskussion, was wir aus den Grazer Wahlen lernen können, zum Ausgangspunkt für diese Diskussion nehmen das Anerkennen der unterschiedlichen Bedingungen, unter denen wir Politik machen. Wenn wir über unterschiedliche Wahlergebnisse reden und so tun, als wären wir in ganz Österreich in der gleichen Situation, dann sehen wir die Realität nicht. Ist es nicht so, und so glaube ich, muss man auch zum Wahlergebnis in Wien reden. Ist es nicht so, dass die SPÖ in Wien eine unglaubliche Machtfülle und ein enormes Mobilisierungspotenzial hat, dass sie 1999, am Höhepunkt des Frusts, über schwarz/rot oder rot/schwarz weder gehabt hat noch einnehmen wollte. Ist nicht das ein wesentlicher Faktor im Unterschied der beiden Wahlergebnisse. Macht es nicht einen Unterschied, wenn die KPÖ in Graz - ich meine, jetzt steht das real nicht mehr so, aber es ist vor 10 bis 12 Jahren so gestanden - wenn die KPÖ in Graz, Gott sei Dank, Wahlkampf machen kann, wo sie mit keiner Prozentklausel konfrontiert ist, während gleichzeitig - ich glaube mit einem Jahr Unterschied - die Linzer Genossen aus dem Gemeinderat geflogen sind, weil es dort eine Prozentklausel gibt. Würde es nicht für uns in Wien eine bessere Chance geben in der Argumentation, warum eine Stimme für die KPÖ nicht verloren ist, hätten wir diese 5 Prozentklausel nicht. Solche Faktoren müssen doch mit einbezogen werden. Macht es nicht auch einen Unterschied in Wien, in einer Millionenstadt Politik zu machen, keine, aber absolut keine Medien hinter sich zu machen. Oder in Graz, wo es neben dem, dass sie die KPÖ dort sowieso nicht mehr verschweigen können auf Grund der Stärke, aber trotzdem noch ein eigenes Interesse im Land der ÖVP gibt - in Graz nämlich die SPÖ zu schwächen und KPÖ in der Medienpräsenz auch aufzuwerten. Da gibt es eine Fülle von unterschiedlichen Dingen und ich glaube, dass man nichts über einen Kamm scheren kann, sondern dass man klar sagen muss, es gibt 9 Landesorganisationen, 9 unterschiedliche Bedingungen und Erfahrungen, die sich aus den jeweiligen objektiven politischen Kräfteverhältnissen und auch dem eigenen Potenzial, das sie als KPÖ haben, ergeben. Was uns überhaupt nicht weiterhilft, liebe Genossinnen

und Genossen, ist eine polemische Auseinandersetzung und Gegenüberstellung von

Allgemein- und Kommunalpolitik, von Eigenprofilierung und Bündnisorientierung, von Siegern und angeblichen Verlierern, von Landesorganisationen mit kommunalen Mandaten und Landesorganisationen ohne kommunalen Mandaten. Insofern möchte ich zu dem, was die Lilo zuerst gesagt hat, auch persönlich eine Stimmung geben. Ich muss euch das schon sagen, wenn man zuhört hat man eigentlich das Gefühl, hier sitzen zwei Strukturen. Der Bundesvorstand und die KPÖ Steiermark. Das ist das Erste, wo ich mir sage, ich finde die Diskussion ein bisschen komisch, wie es läuft. Ich finde es auch ein bisschen komisch, wenn man sagt, die steirischen Genossen. Also, ich weiß es nicht, aber ich nehme an, dass die steirischen Genossen genau so wenig als Block da sitzen, wie die Wiener Genossen. Man kann sagen, es gibt ein Landesprogramm der KPÖ Steiermark, das eingebracht worden ist. Dann gibt es einen Gegenantrag, der von einigen steirischen Genossinnen und Genossen eingebracht worden ist. Ich kenne viele nicht, ihr seid viel, ich weiß gar nicht, ob ihr in allen Fragen übereinstimmt. Versuchen wir auch, dem Rechnung zu tragen, weil sonst ist es wirklich so, es gibt den Bundesvorstand, die steirischen Genossen und der Rest kann sich dann zuordnen zu einem Block, wo er oder sie will. Ich glaube nicht, dass wir in so eine politische Kultur gehen sollen.

Es sind heute an die 500 GenossInnen versammelt. Soll das einzige, was wir heute beschließen darin bestehen, gar nichts zu beschließen? Ist es tatsächlich so, dass wir zu Fragen unsere Identität betreffend keine gemeinsame Positionierung zusammenbringen? Wenn wir schon in den wenigen Fragen, die in dem Dokument "Wofür steht die KPÖ?" angesprochen sind, zu keiner gemeinsamen Verständigung kommen, wie soll das dann bitte zusammengehen, in 1 1/2 Jahren ein umfassendes Parteiprogramm zu erarbeiten? Sind im Papier von Gen. Groß tatsächlich solch unüberbrückbare Standpunkte formuliert, die einer Beschlussfassung im Wege stehen würden. Ich sehe sie nicht. Oder geht es vielleicht bei einigen auch darum, wie es in einer Versammlung in Wien formuliert wurde, dem Papier deshalb nicht zustimmen zu wollen, weil im Hinblick auf die zweite Sitzung, wo es um personelle Fragen geht, jetzt keinesfalls was beschlossen werden soll, das als positives Ergebnis für die Parteiführung gewertet werden könnte.

Die Wiener Stadtleitung hat in Sorge um die Entwicklung der Partei einen Antrag vorgelegt, der vielleicht ein Weg sein könnte, zu einer sachlicheren geführten programmatischen Diskussion zurückzufinden. Wir sollten uns den Zeitdruck für die Erarbeitung eines Programms nehmen, uns auch Luft lassen für die politische Konsolidierung, was nicht bedeutet, die programmatische Diskussion auf Eis zu legen. Wenn wir uns weiterhin in der Erarbeitung eines Programms zerfleischen, nicht politisch handlungsfähig werden und in die aktuelle politische Auseinandersetzung eingreifen können, wird uns auch ein Programm nicht weiterhelfen.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt der Gen. Mende, nach ihm die Gin. Stöckl.*

Gen. Mende: Genossinnen und Genossen, die meisten der Anwesenden werden sich noch erinnern an die letzte oder vorletzte Parteikrise, wo auch die Programmdiskussion als Knüppel verwendet wurde. Damals war allerdings der Walter ein treibender Akteur und hat mit einer Fülle sehr gut besetzter Arbeitsgruppen ein, glaube ich heute noch, respektables Programm, Programmentwurf ,zusammengebracht. Während, ich sage jetzt einmal, Silbermayr-

Aktionsprogramm zusammengebracht haben. Damals war es leichter. Jetzt gibt es zwei relativ elaborierte Entwürfe, die in vielen Punkten übereinstimmen und das ungünstige dabei ist, was das Klima so vergiftet, dass neuerlich die zwei Programmentwürfe als Knüppel verwendet werden gegen die anderen. Es haben schon einige gesagt, man soll die Programmdiskussion nicht überschätzen und schon gar nicht gegenüber der politischen Praxis hervor heben.

Ich will ein Beispiel nennen, das ich eigentlich harmlos finde. Aber die Gin. Rizi wittert feministisch-bürgerliche Verseuchung in der Frauenpolitik, wobei man vom Sprachgebrauch das sicher dort und da feststellen kann, dass Positionen aus der Frauenbewegung und Theorien, wie diese Genderdebatte oder die Parallelführung von Sex und Gender, wenn solche Wörter auftauchen in unseren Papieren, sind manche irritiert, die den Entstehungszusammenhang nicht kennen. Fakt ist aber bei ihrer Zuspitzung der Gegenüberstellung von Haupt- und Nebenwiderspruch, also Klassenkampf und Frauenfrage, dass hier der Saal voller Frauen sitzt und dass diese Frauen mit uns Männern da sitzen. Das heißt, dass in der praktischen Politik oder bei den konkreten Auseinandersetzungen ja nicht die Frauenfrage verselbständigt behandelt wird, sondern im Kontext dieser Programmdiskussion. Welchen Stellenwert hat dann diese Kritik? Als Warnung finde ich es o.k., als Abschottung gegen alles, was sich in der Theorie der Frauenrechte weiterentwickelt hat, finde ich es falsch. Es ist aber immer so, wenn man in den Regen geht, wird man nass. Das heißt, einer Partei, die sich verschlief und schläft, das kann man dem Großteil der Mitglieder gar nicht vorwerfen, aber der kann nichts passieren, die stellt sich tot und sie wird nicht nass und sie kann auch keine Linienverfehlung begehen. Es ist völlig normal, wenn man hinaus geht, das kann auch Kommunalpolitikern passieren, dass sie im Pragmatismus des konkreten Politikmachens, sei es bei Donnerstagsdemos, sei es auf einem Marktplatz mit roten Krampusruten in Graz, wo ich auch schon gestanden bin wie ein Trottel. Ich würde freiwillig nie eine Krampusrute in die Hand nehmen und für die KPÖ werben. Es gibt sozusagen diesen Pragmatismus und pragmatische Verkürzungen von Politik, überall wo wir aktiv sind.

Ein weiteres Beispiel möchte ich nennen, was diese Berufung auf die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus betrifft. Diese Wissenschaft gibt es nie, hat es nie gegeben. Es hat Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gegeben, die sich auf Marx, Engels, Lenin und andere berufen haben, und andere möchte ich betonen, nicht nur den Gramsci. Da gibt es ja ein reiches theoretisches Erbe, das in sich auch widersprüchlich ist. Daraus primitive Floskeln zu drosseln, ist wirklich eine Schändung des Erbes des Marxismus-Leninismus. Da möchte ich verweisen auf die Entwicklung des Klassenbegriffes im Steirischen Programm. Das hat sich der Gen. Graber auch zur Brust genommen, hat es euch aber erspart. Er weist relativ gut nach, mir sind diese Zitate vor allem in der Präambel auch aufgefallen, wo der historische Prozess als ein Mechanismus dargestellt wird, an den sich die Arbeiterklasse irgendwie anhängt.

Vorher ist von der kapitalistischen Produktionsweise die Rede. Nach meinem Verständnis ist die Entstehung der Arbeiterklasse eng mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Es ist weiter hinten im Text - glaube ich - sehr gut die Entwicklung der materiellen Produktivkräfte beschrieben. Da wäre es nett, zu erfahren, wie der Wandel im Charakter in der Struktur, in der Kultur der Arbeiterklasse, aussieht. Wie das ist mit diesen neuen EDV-Berufen, wo andere das neue Subjekt entdecken und weltweit glauben, dass das die neuen Revolutionäre sind, was nicht meine Vorstellung ist. Aber es zeigt, wie kompliziert diese Frage ist. Ich wünsche mir, dass wieder ein Klima

entsteht, wo wir sinnvoll darüber diskutieren. Das setzt aber voraus, wenn die Partei eine Konferenz zur Lage und Struktur der Arbeiterklasse macht, dass die beteiligten Kontrahenten auch hingehen. Jetzt ist das Klima so versaut, dass die Einen zu den Anderen nicht hingehen. Wenn Einer redet von der falschen Firma, gehen die Anderen hinaus. Das haben wir ja heute Vormittag erlebt.

Gen. Graber: *Die Gin. Stöckl ist noch in der Antragskommission, die Wortmeldung bleibt aufrecht, in dem Moment wo sie kommt, schieben wir sie ein. Es ist die letzte Wortmeldung einer Genossin hier und setze fort mit Didi Zach und nach ihm der Genosse Winfried Garscha Wien 20.*

Gen. Zach: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich wollte mich eigentlich melden zum Antrag 47, eingebracht vom Gen. Enser zum Thema Stalinismus. Dazu habe ich mich auch ein wenig vorbereitet. Ich muss diese Wortmeldung jetzt kürzen, weil ich zu einem anderen Punkt, den der Gen. Enser in seiner Wortmeldung vorher angesprochen hat, auch äußern will. Der Gen. Enser hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, dargelegt, dass eine Mehrheit des Bundesvorstandes äußerst abgehoben, äußerst diskussionsunfreudig, gegen die Minderheit agiert. Dazu - manche von euch haben es vielleicht in meinem Beitrag im letzten "Argument", schon gelesen - ein paar Klarstellungen. Einstimmig beschlossen wurden - 33 Mitglieder sind im Bundesvorstand, sind natürlich nicht immer alle anwesend, aber ich habe mir nicht die Mühe gemacht, bei welcher Sitzung wie viel anwesend waren - aber einstimmig beschlossen wurden die Kandidatur zur Nationalratswahl 2000, sowie die Schwerpunkte, die man der Parteikonferenz dann vorgeschlagen hat für diese Kandidatur. Einstimmig beschlossen wurde im Bundesvorstand die wichtige Frage BürgerInneninitiative gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums, einstimmig beschlossen wurde, dass wir als KPÖ großes Augenmerk legen wollen auf die Mobilisierung nach Salzburg, um gegen die WEF-Tagung aufzutreten, einstimmig beschlossen eine Resolution zur äußerst komplizierten Situation in Palästina. Die Thesen zur Europapolitik wurden mit 4 Gegenstimmen beschlossen, Ideen zur Verbesserung der „Volksstimme“ und zum Budget mit 7 Gegenstimmen. Breite Einheit gab es auch bezüglich der Einberufung eines Mitgliederparteitages und zur Einsetzung einer Programmkommission. Wer will, kann es noch im "Argument" nachlesen. Diese Diskussionen und Ergebnisse im Bundesvorstand, so wie ich sie wahrgenommen habe, im Gegensatz zum Gen. Enser, führen mich zu folgender Überzeugung. Eigentlich sind die inhaltlichen Übereinstimmungen in den wirklich wichtigen Fragen nicht so groß, wie manche hier, und schon seit längerem postulieren. Meiner Meinung wäre es klug, morgen hier Beschlussfassungen vorzunehmen. Mir gefällt das Groß-Papier besser. Das Aktionsprogramm oder die Vorschläge zum Aktionsprogramm, die die Steirer dargebracht haben in ihrem Gegenantrag, könnte man, glaube ich durchaus einfügen. Es wurde heute öfters erklärt, es wurde diese oder jene Meinung übergangen. Ich bin öfters damit konfrontiert, dass ich in der Minderheit bleibe, im Bundesvorstand und auch in der Partei. Wenn morgen es so sein sollte, dass 60 Prozent für das Groß-Papier votieren und 40 Prozent für das Steirer Papier, bricht dann die Welt zusammen. Ich glaube nicht. Und wenn es umgekehrt ist bricht für mich auch die Welt nicht zusammen.

Jetzt noch ein paar Worte zum Antrag 47 des Gen. Enser, wo es um das Thema Stalinismus geht. Ich muss jetzt kürzen. Mir fallen ein Namen wie Nikolai Bucharin, ZK-Mitglied über zwei Jahrzehnte der Bolschiwiki, Alexej Rückof, lange Jahre Vorsitzender

des Rates der Volkskommissare, Leo Trotzki dürfen wir nicht vergessen, wichtig für die Erschaffung der Roten Armee, Leo Karminiev, Gregori Sinojev, Vorsitzender der Kommunistischen Internationalen und viele andere. Nach KGB-Angaben hat die stalinistische Repression achthunderttausend Tote zur Folge gehabt und wurden nach Angaben von russischen Stellen 10 Millionen Menschen verhaftet und inhaftiert. Ich kann das jetzt nicht länger ausführen, aber lest euch diesen Antrag 47 durch, wo der Gen. Enser auf den angeblich renommierten Marxisten Hans Heinz Holz Bezug nimmt. Meiner Meinung ist es so, dass in diesen Ausführungen des Hr. Holz, der vielleicht seine Verdienste haben mag in dieser oder jener Frage, bezüglich der Frage Stalinismus nur ein Sammelsurium und eine unhaltbare Zusammenschau von Blödsinn enthalten ist, der, meiner Meinung nach, in einem zukünftigen Programm der KPÖ oder in programmatischen Thesen nichts zu suchen haben soll. Ich hätte jetzt noch gerne ein Zitat des Gen. Muhri auch zu diesem Thema dargebracht:

„Die Verbrechen“ - denn um solche handelt es sich – „können durch nichts gerechtfertigt, relativiert oder entschuldigt werden: Nicht durch den Hinweis, dass mit der Oktober-Revolution, mit dem Aufbau des Sozialismus große Fortschritte und Errungenschaften verbunden waren; nicht durch die Feststellung, dass die Existenz der Sowjetunion eine positive internationale Bedeutung hatte für die Arbeiter- und Befreiungsbewegung und im Kampf um den Frieden; nicht durch die Berufung auf die inneren Schwierigkeiten des Aufbaus und die äußere Bedrohung der Sowjetunion - dass es nicht weniger Spione und eine umfassende ausländische Agententätigkeit tatsächlich gegeben hat; und auch nicht durch den Hinweis, dass der Imperialismus und Faschismus ungleich mehr Menschenopfer verschuldete. Das alles ist richtig. Aber die Stalinistischen Repressionen gegen Unschuldige standen und stehen in diametralem, prinzipiellem, unvereinbarem Widerspruch zum humanistischen Charakter der kommunistischen Ideen und Ziele. Sie haben der gerechten Sache des Sozialismus schweren Schaden zugefügt und seinen Feinden genützt. Sie sind Bestandteil jener strukturellen Deformationen der Sowjetgesellschaft und der KPdSU, die die wesentlichen Ursachen für den Jahrzehnte später erfolgten Zusammenbruch der Sowjetunion, für das Scheitern des ersten sozialistischen Versuches darzustellen“. Danke.

Gen. Graber: *Es gibt eine Wortmeldung zu einer Richtigstellung von der Gin. Rizy.*

Gin. Rizy: Liebe GenossInnen. Ich möchte eine Richtigstellung machen zum Genossen, nicht Herrn, Dr. Univ. Prof. Hans Heinz Holz. Der ist nämlich nicht irgend ein Herr, sondern der ist ein Mitglied der Programmkommission unserer Schwesterpartei DKP. Auf Grund seines Entwurfes wird in der DKP jetzt weiter diskutiert. Ich möchte diese, glaube ich ein bisschen, Missinformation des Gen. Zach richtig stellen. Ich glaube die Wortwahl war auch nicht ganz richtig von ihm gewählt.

Gen. Graber: *Es spricht jetzt Gen. Winfried Garscha. Bevor er zu Wort kommt folgender Fahrplan. Der Friedl ist jetzt der letzte Sprecher der Nachmittagssitzung. Wir haben sie bis 19.30 terminisiert. Wir haben eine Menge weiterer Wortmeldungen, die sicher den morgigen Vormittag füllen. Ich sage die Details noch was nachher geschieht und wer als Erster morgen drankommt. Jetzt ist der Gen. Garscha der letzte Sprecher der Nachmittagssitzung.*

Gen. Garscha: Genossinnen und Genossen. Die letzten Wortmeldungen lassen zwar

Zweifel aufkommen, ob wir wirklich schon in der Lage sind, über Stalinismus einheitlich zu reden. Aber die vorliegenden Programmentwürfe beinhalten diesbezüglich sogar identische Formulierungen. Das bürokratisch administrative zentralistische Herrschaftssystem hat Stalin überlebt. Es war reproduzierbar. Der Stalinismus nach Stalin brach mit dem Terror, aber nicht mit den Deformationen und den undemokratischen Methoden, die sich weiter verfestigten. Das findet sich sowohl im steirischen Programmentwurf, als auch in den programmatischen Thesen. Die Frage, die manchmal diskutiert wird, wie lange wollen wir noch Asche auf das Haupt streuen und kann man nicht irgendwann einen Schlussstrich ziehen. Das werden wir nicht machen. Es macht keinen Sinn, immer nur in die Vergangenheit zu blicken. Auch die kritischsten Katholiken wissen, dass sie im Rucksack die Millionen Toten der Inquisition haben, aber sie schauen trotzdem nach vorne und versuchen Politik für die Gegenwart und die Zukunft zu machen. Ich glaube, so ähnlich sollten wir das ebenfalls handhaben. Das große Problem, das natürlich in der Diskussion immer wieder auftaucht, welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus und wie antworten wir auf Fragen, die an uns herangetragen werden. Welche demokratischen, welche Sicherungen für Wahrung der Initiative von unten usw. wollen wir in einem künftigen sozialistischen System einbauen.

Der steirische Programmentwurf ist diesbezüglich höchst ausführlich. Da wird Einiges reproduziert von dem, was wir gelernt haben, wie das mit den zwei Etappen des Übergangs ist. Der Gen. Graber hat heute auch ausführlich darüber gesprochen. Ich glaube, diesbezüglich müssen wir eines berücksichtigen. All diese Überlegungen fußen darauf, dass es zwischen 1945, nämlich im Gefolge des Sieges der Sowjetunion, des militärischen Sieges über den Hitlerfaschismus, möglich geworden ist, in einem nicht kleinen Teil der Welt, so etwas wie ein sozialistisches Experiment in mehr oder weniger großer Ruhe durchzuführen. Zumindest aber unter dem Schutzschirm der sowjetischen Atomwaffen. Diese Situation ist in absehbarer Zeit nicht reproduzierbar. Das heißt, wir müssen uns klar sein, wenn wir über sozialistische Zukunftsmodelle reden, dann werden die Fallbeispiele, die wir zu studieren haben, sozialistische Experimente in Afrika, in Kongo, Brasavil oder sonst wo sein oder in Grenada, wo unter den Bedingungen der ständigen Interventionsdrohung und der Übermacht des Imperialismus auch und vor allem in ökonomischer Hinsicht versucht worden ist, demokratisch partizipatorische, emanzipatorische Modelle der Gesellschaftsumgestaltung zu verwirklichen. Und aus diesem Grund glaube ich, dass all diese langen Auseinandersetzungen, wie das wohl sein könnte, mit der Sicherung der Demokratie unter den Bedingungen der Herrschaft der Arbeiterklasse eine Diskussion ist, die historisch wertvoll, die interessant ist, aber die eigentlich nicht zentraler Teil unserer Programmdebatte sein sollte. Das, was an realistischen Fragestellungen reinkommt, muss glaube ich davon ausgehen, dass es eine unglaubliche und immer rascher wachsende Militarisierung der Politik des, vor allem aber nicht nur, US-Imperialismus gibt und die Frage die nämlich sehr wohl an uns herangestellt wird, vor die sich schon die Revolutionäre der französischen Revolution und auch der Pariser Commune gestellt haben. Wie schaut es aus mit der Sicherung der demokratischen Rechte unter den Bedingungen des Belagerungszustands, unter Bedingungen des Terrors, der von außen hineingetragen wird. Das sind Fragen, vor die auch die Bolschewiki gestellt wurden. Wir wissen heute, dass ihre Antworten nicht immer überzeugend waren. Aber genau dort müssen wir Fragen stellen. Das heißt, wenn wir hier historisch versuchen Antworten zu finden, dann wird die Zeit, wo man geruhsam unter dem Schutzschild des sowjetischen Atomschirms Möglichkeiten experimentieren konnte, nicht mehr

bestehen werden, sondern die Situation, in der sich die Bolschewiki in den

zwanziger und dreißiger Jahren gefunden haben, das wird sehr viel realistischer an Situationen sein, die auf uns zukommen. Da ist es leider so, dass zu diesen Fragen z.B. in den Papieren teilweise wenig und im Groß-Papier überhaupt nichts gesagt wird. Ich glaube, das sind Fragen, die sehr wohl diskutiert gehören.

Gen. Graber: *Liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben jetzt, glaube ich, eine sehr interessante, teils spannende, jedenfalls große Aufmerksamkeit erfordernde Debatte gehabt. Sie ist auch mit großer Aufmerksamkeit und Disziplin abgegangen. Ich möchte allen Rednern, aber auch allen, die hier sitzen, für diese Disziplin danken. Wir haben jetzt folgende Vorgangsweise.*

1) Es ist jetzt im Anschluss, ab 19.30 Uhr, ein gemeinsames Programm vorgesehen. Der Chris Peterka wird mit uns und für uns singen und spielen. Ich möchte alle Genossinnen und Genossen einladen, da zu bleiben und mit Chris Peterka noch ein bisschen Zeit zu verbringen.

2) Morgen ist die Äußere Mariahilfer Straße wegen einer sportlichen Veranstaltung gesperrt. Das heißt, dass man sowohl mit Auto, als auch mit der Straßenbahn 52 nicht hierher fahren kann. Das bedeutet entweder mit der U3 bis Station Schweglergasse und dann über den Fußgeherweg hierher. Das ist ein Fußweg von ca. 7 bis 8 Minuten. Oder mit der U4 bis Schönbrunn und ebenfalls so viel Anmarschzeit. Wer trotzdem mit Auto kommt, muss sich einen Weg von unten über die Winkelmannstraße suchen.

3) Wir haben beschlossen, dass wir morgen um 9 Uhr beginnen. Ich ersuche wirklich die Genossinnen und Genossen, pünktlich zu sein, dass wir auch pünktlich beginnen können. Die erste Rednerin, wenn sie nicht wieder in der Antragskommission gebraucht wird, ist die Gin. Petra Stöckl. Nach ihr kommt der Gen. Sellner. Wenn die Petra noch beansprucht ist, dann ist der Gen. Sellner der erste Redner.

Zum Schluss, auch im Sinne des Appells, den die Gin. Jurjans hier gemacht hat, bitte nehmt alle eure Gläser und Plastikbecher usw. mit, dass wir gemeinsam für Ordnung hier und entsprechende Sauberkeit sorgen.

Ganz zum Schluss noch, wer auch jetzt beim Chris Peterka bleibt und mitsingt, trotzdem gibt es die Möglichkeit, sich zu stärken bei der Kantine - wenn man hinaus kommt rechts, gibt es die Möglichkeit zu essen. Damit ist die heutige Sitzung geschlossen.

12. Plenardiskussion zu Referaten, Berichten und Anträgen Sonntag

Gen. Pacher: *Ich begrüße euch bei der heutigen Sitzung des Parteitages und wir möchten wieder mit der Plenardiskussion beginnen. Am Wort wäre eigentlich Gin. Petra Stöckl, sie ist aber in der Antragskommission. Der Nächste am Wort ist Gen. Reinhard Sellner und bitte um seinen Beitrag. In Vorbereitung wäre Gin. Fritz-Klackl, die ist ebenfalls in der Antragskommission, als Nächste wäre die Gin. Kainz Anita in Vorbereitung nach dem Gen Sellner.*

Gen. Sellner: Liebe Genossinnen und Genossen. Draußen verkauft der Chris 4er Peterka seinen Lebensunterhalt. Gestern hat er seine lebendige Stimme uns irgendwie noch geschenkt. Ich nehme an, es ist später geworden, auch beim Heurigen oder sonst wo. Einen guten Morgen auf jeden Fall und gute Arbeit. Ich möchte zu einem Punkt Stellung nehmen, der meiner Meinung nach, in allen Papieren irgendwie enthalten, aber nicht nach meinem Gefühl in der entsprechenden Deutlichkeit vorkommt. Das ist die Frage öffentlicher Dienst, öffentliche Dienste und Sozialstaat. Es ist so, dass der über den GATS-Prozess beschleunigte - aber durch die EU-Richtlinien schon längst vollzogene oder teilvollzogene - Privatisierungs- und Ausgliederungsschritt bei den öffentlichen Diensten im Gang ist. Dass hier eine wesentliche Position des Sozialstaates, nämlich die Öffentlichen Dienste im Interesse und für alle, abgebaut werden. Es wird immer wieder bei der Verteidigung der Öffentlichen Dienste Rekurs genommen auf den Sozialstaat der siebziger Jahre wie wir ihn kennen. Was in den Papieren die vorliegen zu kurz kommt – diesen Sozialstaat der siebziger Jahre, den gibt es nicht. Formulierungen wie „Sozialstaat neuen Typs“ als Forderung, der Gen. Parteder hat, das glaube ich so genannt in seinem Beitrag, wären da sehr zielführend und deutlicher, als die Formulierung vom progressiven Sozialstaat. Progressiv war schon so viel in letzter Zeit. „Neue Typen“ brauchen wir. Was ich meine: Früher, vor dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder war die Kapitalstrategie durchaus auch darauf ausgerichtet über die Inlandsnachfrage, über den Konsum im Inland, das heißt über entsprechende Lohnpolitik, über entsprechende soziale Leistungen, den Sozialstaat am Leben zu erhalten. Die Strategie, die jetzt gefahren ist, ist eine aggressive, fast kriegerische Exportorientierung. Kapitalexpert, diese Orientierung der wesentlichen internationalen und in Österreich tätigen Kapitalgruppen macht es nicht mehr notwendig in der Frage des Inlandskonsums, der Inlandsnachfrage irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Diese neue Qualität der kapitalistischen Orientierung müsste, glaube ich, stärker in unseren Papieren und in einer verständlichen Form auch Niederschlag finden.

Zweite Sache: Ich komme selber aus dem Schulbereich. Den Abbau, die Aushöhlung eines Öffentlichen Dienstes, die erlebe ich eigentlich seit dem EU-Beitritt mit. Es werden kostenlose, öffentliche, qualifizierte Unterrichtsstunden gestrichen. Im Moment ist es so, dass die Schüler bis zu einem Semester weniger kostenlosen öffentlichen Unterricht haben werden, wenn diese Kürzungspläne durchgehen. Ohne dass sich irgend etwas an den Anforderungen an die Schülerinnen und Schüler, an künftige Lohnabhängige, ändern wird. Das heißt, Auslagerung, Privatisierung auch in diesem Bereich durch Abbau von Personal, durch den Verlust von Arbeitsplätzen im

Öffentlichen Dienst, durch Verschlechterung von Bildungsqualität. Ich habe dem steirischen Aktionsprogramm, in dem ja ein Abschnitt über Bildung deutlicher drinnen ist, als das im Groß-Papier der Fall ist, eine Ergänzung vorgeschlagen. Das heißt, dass man vor all die Forderungen, die

gestellt werden, folgenden Satz stellt: Sicherung und Ausbau des öffentlichen und unentgeltlichen Schulsystems durch Bereitstellung der dafür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen durch die öffentliche Hand. Ich glaube, dass diese Forderung deshalb grundlegend ist, weil sie genau das beschreibt, worum es geht. Über Reformen darf seit rund 15 Jahren geredet werden, wenn sie nichts kosten. Die personellen Ressourcen und die materiellen Ressourcen betreffend Ausstattung werden zurückgefahren. Mit dem Ergebnis, dass die Eltern immer mehr zahlen müssen von Selbstbehalten, dass die Industrie über Sponsoringmöglichkeiten immer mehr Zugriff auf die Schulen und auf ihre Inhalte erhält. Ich würde euch ersuchen, diesem Abänderungsantrag dann zuzustimmen.

Ich habe mit diesem Antrag zum Ausdruck bringen wollen, dass wir auf diesem Parteitag eine Stellungnahme wofür die KPÖ steht beschließen sollten. Ich bin der Meinung, dass der Versuch des Gen. Manfred Groß, eine Zusammenführung von vereinbaren und nur sehr zum Teil gegensätzlichen Positionen, einer war, den er im Interesse der Partei und der Hintanstellung aller möglichen persönlichen Möglichkeiten rein physischer Natur getan hat. Ich glaube, dass mit so einem gemeinsamen vom Parteitag Gemeinsamkeiten betonenden Beschluss, der das Groß-Papier und das steirische Aktionsprogramm verbindet - mit entsprechenden Abänderungen - unsere Partei in der Öffentlichkeit, und jeder von uns im Weiterarbeiten für unsere gemeinsame Sache, gestärkt wird. Ich hätte in diesem Zusammenhang eine Bitte an den Gen. Kaltenegger. Ich habe mit ihm vorher darüber gesprochen, ich möchte das nicht als Pausengespräch nebenher gesehen haben. Ich habe ihn ersucht, dass er, - der von unserem Parteitag mit großem Applaus bedacht wurde, der ihn auch gefreut hat, wie jeden von uns der Erfolg der Grazer Genossinnen und Genossen und ihrer Verbündeten gefreut hat - seine Fähigkeit im Zusammenhalten durchaus widersprüchlicher Elemente - wie ihm das in Graz gelingt hin bis zur Listenerstellung - er möge diese vereinigende positive Kraft auch in den Dienst dieses Parteitages stellen und selbst sich auch äußern zu der Konfliktsituation, die im Moment so aussieht, als ob ein gemeinsamer Beschluss so schwer möglich wäre am Rand des Groß-Papiers. Gen. Kaltenegger, Gin. Kahr, viel viel Gratulation zu eurem Erfolg. Es gibt jede Möglichkeit für euch, euch auch hier zu

Gin. Pacher: *Liebe Genossinnen und Genossen. Es gibt doch recht viele Erstwortmeldungen noch. Ich bitte euch, dass ihr die Redezeit von fünf Minuten einhaltet. Auch aus Solidarität gegenüber den anderen, die auch drankommen möchten. Als Nächste ist Gin. Kainz Anita aus der BO 05 dran, in Vorbereitung Markus Zingerle von der GO-Dogma. Bevor Gin. Kainz beginnt, eine kurze Information. Die Listen "Streichung der Notstandshilfe" die durchgegeben worden sind, bitte im Präsidium abgeben wenn sie ausgefüllt sind.*

Gin. Kainz: *Liebe Genossinnen und Genossen. Ich verspreche euch, dass ich meine Redezeit nicht überschreite, weil ich keine Freundin von großen Worten, sondern von Taten bin. Die Zeit war schon lange nicht so günstig für uns, um bei der Bevölkerung mit unserem Programm Gehör zu finden. Das Sparprogramm der Regierung trifft nicht mehr einen einzelnen, sondern in irgend einer Form jeden in*

der Bevölkerung. Die Unzufriedenheit mit der schwarz/blauen Regierung aber auch mit der Opposition und dem ÖGB war noch nie so groß wie jetzt. Ich habe ein kleines Beispiel für euch, aber Gin. Stadler hat gestern schon davon gesprochen. Der GLB hat am Donnerstag vor dem ÖGB-

Gebäude dem Präsidenten des ÖGB, Verzetnitsch, unsere Forderungen überreicht. Wir haben ihn an die Urabstimmung erinnert und das es jetzt Zeit wäre, dass der ÖGB zu einem Generalstreik auffordert. Ich habe auch noch betont, dass der ÖGB endlich mit der Lüge aufräumen soll, dass unser Pensions- und Gesundheitssystem nicht mehr finanzierbar ist. Dass es nichts Leichteres gibt, als das zu widerlegen. Denn jede Lüge, die lange genug der Bevölkerung in der Presse und in den Medien vorgekaut wird, wird mit der Zeit geglaubt und wir können ihnen sagen, dass es finanzierbar ist, wenn man die Wertschöpfungsabgabe einführt, wenn man die Aktienspekulanten zur Kasse bittet, wenn wir schauen, dass in erster Linie Vollbeschäftigung ist, denn dann sind die Beiträge auf jeden Fall da. Der Verzicht auf den Ankauf von Abfangjägern. Bei unserer anschließenden Demonstration in Begleitung der Polizei habe ich das selbe wie Gin. Stadler erlebt. Wir sind nicht mehr wie sonst mitleidig belächelt worden, sondern unsere Parolen sind gelesen worden und es ist zustimmend genickt worden und es sind eindeutige kämpferische Zeichen gemacht worden. Ich betone noch einmal: Wenn nicht jetzt, wann dann müssen wir die Unzufriedenheit der Menschen nutzen, um ihnen zu sagen, dass wir die Einzigen sind, die für die Rechte der ArbeiterInnenklasse eintreten. Wir sollen das nicht behrend sagen, und sagen wir sind die Einzigen, die seit Jahren schon gewarnt haben vor dieser Entwicklung. Aber wir sollen ihnen sagen, dass wir die Einzigen sind, die immer wieder betonen, was der Kapitalismus für die ArbeiterInnenklasse bedeutet. Wir sollen ihnen noch dazu sagen: Es ist nicht zu spät, wir können uns immer noch dagegen wehren, wenn der ÖGB geschlossen auftritt und alle hinter ihm stehen. Es ist aber auch wichtig, dass wir nach außen hin stark und einig auftreten. Denn besonders nach den erfolgreichen Wahlen in Graz können uns die Medien nicht mehr totschweigen. Wir können es uns daher nicht leisten, unsere kostbare Energie für interne Streitereien und persönliche Diffamierungen zu vergeuden anstatt gemeinsam mit voller Kraft gegen unseren Klassenfeind, den Kapitalismus, zu kämpfen. Das soll natürlich nicht heißen, dass wir nicht unsere Meinung und Kritik offen und sachlich zum Ausdruck bringen, aber in der Öffentlichkeit sollten wir uns nicht als zerstrittenen Haufen präsentieren, denn auf diese Art erneuern wir nicht, sondern zerstören wir unsere Partei, die von tapferen Genossinnen und Genossen unter schweren Bedingungen gegründet wurde. Ich persönlich glaube trotzdem, dass trotz vieler Gegensätze alle Mitglieder nur eine starke und einige Partei wollen. Ich hoffe, dass die Vernunft über persönliche Differenzen siegen wird. In diesem Sinne: Nieder mit dem Kapitalismus, hoch lebe die internationale Solidarität.

Gin. Pacher: *Nachdem der Gen. Zingerle noch nicht da ist, ist der nächste Redner der Gen. Otto Bruckner, die nächste Rednerin ist die Gin. Prof. Lisa Schüller.*

Gen. Bruckner: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich werde mich bemühen, meiner Vorrednerin gleich zu tun und die Redezeit nicht zu überschreiten. Habe vorher noch einiges weggestrichen, was ich gestern schon gehört habe. Eigentlich nur zu einem mir wesentlichen Punkt. Es wird immer betont von manchen Genossinnen und Genossen, auch da in der Diskussion, sie hätten Angst, wenn wir die Forderung nach EU-Austritt in dieser Weise, wie es in den steirischen Papieren vorkommt stellen, dass dieses dem Internationalismus widersprechen würde einerseits, und andererseits uns in die Nähe rechter nationalistischer Kräfte, die den

EU-Austritt anders argumentieren als wir, bringen würden. Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei des Alfred Klahr. Wir sind eine Partei, die über Jahrzehnte begründet hat, warum Österreich eine eigenständige Nation ist und es ist uns gelungen, das mit einer fortschrittlichen

Argumentation zu begründen. Ich denke, wir werden das auch weiterhin schaffen, hier nicht in die Nähe von rechten nationalistischen Kräften zu kommen und trotzdem zu begründen, warum es österreichische Spezifika gibt, die dafür sprechen, dass wir eigenständig sind. Wie wollen wir wissen, dass ein EU-Austritt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht das realistischste aller Szenarien ist. Ich denke, wir müssen diese Forderung trotzdem stellen, um besser argumentieren zu können, dass die EU ein imperialistisches Projekt ist. Dass sie ein Projekt ist, in der die Lobbies der Großkonzerne das Sagen haben und nicht Parlamente und jene, die von der Bevölkerung direkt gewählt sind. Ich denke, wir müssen sie auch stellen, um zu sagen, in ihren Institutionen ist die EU wohl da und dort reformierbar und beispielsweise setzen manche Linksparteien in Europa ja durchaus einiges an Energie ein, um das zu erreichen. Aber sie ist im Kern ihres Wesens nicht reformierbar. Wir sind für ein geeintes Europa, aber das geeinte Europa für das wir sind, sind die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Genossinnen und Genossen, ich möchte noch eine zweite Frage ansprechen. 2004 sind Europawahlen. Soweit ich das überblicken kann, werden mindestens drei Arten von linken und fortschrittlichen Kandidaturen in Europa zu Stande kommen. Das Eine: Eben Linksparteien, die auf die Reformierbarkeit der EU und insbesondere ihrer Institutionen setzen. Das Zweite: Kommunistische, klassenorientierte Parteien. Und das Dritte: Bewegungen, die für den Austritt ihrer Länder aus der EU sind. Ich denke, wir werden uns sehr gut überlegen müssen, wo wir uns einordnen, wo wir stehen. Ich denke, das wird natürlich auch davon abhängen, was dieser Parteitag in dieser Frage für Beschlüsse fasst. Deswegen möchte ich ersuchen, dass wir den Beschluss von der Parteikonferenz zur Nationalratswahl, wo unsere Haltung zur EU wesentlich abgeschwächt wurde - das findet sich in den Thesen wieder und in gewandelter Form auch in dem Papier vom Genossen Groß - ich möchte also ersuchen, dass wir diesen Beschluss zurücknehmen und dass wir hier bekräftigen, die Position, die in den Steirischen Papieren zum Ausdruck kommt, nämlich dass wir für den Wiederaustritt Österreichs aus der EU sind.

Gin. Pacher: Nun Gin. Prof. Lisa Schüller und in Vorbereitung der Gen. Schimpf Florian von der Parteigruppe Dogma.

Gin. Prof. Schüller: Gestern - nach dem Film über Franz Muhri bei der Fokularbewegung - hat mir Karl Russheim aus der Steiermark vorgeschlagen, mehr darüber zu erzählen. Bevor ich zwei Worte zur Fokularbewegung sage möchte ich mich vorstellen. Ich spreche nicht im Namen der Katholischen Kirche. Zum Unterschied von vielen bin ich konfessionslos und nicht getauft. Zum Unterschied von vielen Konfessionslosen hier war ich auch nie katholisch. Das ist kein Werturteil, sondern nur eine Tatsache. Ich bin bald ein halbes Jahrhundert einfaches Parteimitglied der KPÖ. Meine Mutter Helene Schüller kommt aus einer Berliner Arbeiterfamilie, mein Vater Richard Schüller war von 21-28 Generalsekretär der kommunistischen Weltjugendinternationale. Anschließend in einer der schwersten Zeiten Chefredakteur der "Roten Fahne". 1933 emigrierten meine Eltern in die Sowjetunion, wo ich in Moskau auch geboren wurde. 1941-1943 war mein Vater in der Roten Armee, 1943-1945 Radio Moskau für Österreich. Nach ihrer Rückkehr

nach Österreich 1945-1957, bis zu seinem Tode war Richard Schüller im Polbüro des ZK's der KPÖ und Chefredakteur der "Neuen Zeit" in Linz. Ich denke sehr gern an die Zeit in Oberösterreich zurück. Danke Lotte für das Buch "Gelebte Solidarität", von Charlotte Rombach, ich mache jetzt Reklame, erschienen bei der Alfred Klahr Gesellschaft. An der Stelle Lotte, 1941 am Roten Platz hätte ich genauso reagiert wie mein Vater, wusste

aber nicht, wie mein Vater reagieren würde. Dank dir Lotte weiß ich jetzt, wie er reagiert hat. Ich finde es großartig, dass du dieses historische Dokument herausgebracht hast. Auch den Titel "Gelebte Solidarität" finde ich gut. Gelebte Solidarität habe ich auch oft bei der Fokularbewegung gehört. Das sage ich jetzt positiv und nicht zynisch. Die Gefahr, von der Fokularbewegung verschlungen zu werden besteht überhaupt nicht. Im Gegenteil, wir beeinflussen sie. Es gibt Fokulare, ich weiß es, die kommunistisch wählen. Ich muss aber auch ehrlich zugeben, dass auch ich von ihnen viel gelernt habe. Unsere Friedensdemonstration, liebe Genossinnen und Genossen, wäre ohne unsere Zusammenarbeit mit ihnen, einfach kleiner gewesen. Dass ich ungetaufter, konfessionsloser Kommunist zusammen mit dem toleranten, sozial wirkenden, italienischen Priester, Pater Mario Maggi, der der Fokularbewegung angehört, in einer der größten Kirchen Wiens, in der Kirche am Mexikoplatz multikulturelle, multinationale, multireligiöse, karitative Veranstaltungen für Frieden, Toleranz, gegen Krieg, für eine soziale, eine gerechte humane Welt veranstalte, ist keine Selbstverständlichkeit. Unsere nächste Veranstaltung findet am 21. Mai statt. Festveranstaltung für den Frieden. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr kommen könntet und wenn ihr auch Reklame machen würdet. Ich bitte die Genossen dann, doch diese Plakate, die ich mitgebracht habe auch zu verteilen.

Neben meiner, liebe Genossen, festen, kommunistischen Weltanschauung, neben meiner demokratischen, freiheitsliebenden, gerechten, toleranten, sozialen Weltanschauung gilt für mich auch der Grundsatz, was verbindet uns und nicht was trennt uns. Ohne diese Einstellung hätte ich nicht fast 20 Jahre den ORF-Russischsprachkurs leiten können. Mein junges Team bestand damals aus Christen, Kommunisten, Sozialdemokraten, Grünen, ÖVP. Nur mit der FPÖ möchte ich unter keinen Umständen zusammenarbeiten, obwohl ich Kontakte im Parlament habe. Übrigens ist das auch die Meinung von Gen. Muhri. Der hat mir dringend davon abgeraten. Tue ich sowieso nicht. Ich habe hier ein Dokument, ich weiß nicht von wem es ist, Oberkofler, kenne ich leider nicht, zum Unterschied zu Walter Baier, beeindruckt es mich. Ich finde es hochinteressant. Nur Einiges ist schlicht und einfach falsch und irreführend. Der Verfasser kritisiert, was Walter Baier und Irene Filip gesagt haben. Erstens war ich teilweise dabei. Zweitens haben mich die Fokulare aufgeklärt, informiert. Drittens sieht ein Blinder, dass es beide ironisch gemeint haben. Der Verfasser schreibt, dass Walter Baier von den Fokularen auf ein Pedestal des Dialogs gestellt wird. Ich weiß nicht, den Dialog organisiere ich und Walter Baier ist nur einer unter vielen. Ich würde mich freuen, wenn ihr auch zum Dialog kommen könntet und die Themen vorschlagen würdet. Der Verfasser fragt sich nach den Ursachen, warum Walter Baier die Fokularbewegung der in der Öffentlichkeit weniger präsenten Franziskanischen Gemeinschaft vorzieht. Das Geheimnis kann ich lüften. Ganz einfach, weil ich die franziskanische Gemeinschaft nicht kenne. Die Fokularbewegung habe ich durch meine Schwester Bibi kennen gelernt. Ich habe Franz Muhri und Walter Baier mit den Fokularen bekannt gemacht. Dass die Kommunisten unter anderem auch dadurch mehr in der Öffentlichkeit aufscheinen, ist auch nicht schlecht und wenn es im Stephansdom ist. Was ist schlecht daran. Wir tragen zwar keine Plakate über die Gräueltaten der Katholischen

Kirche in den letzten tausend Jahren, wie es hier jemand vorgeschlagen hat, aber wir sprechen darüber und kritisieren es bei unseren Dialogen. Ich hörte auch Spott und Hohn darüber, dass Pater Mario beim Begräbnis von Franz Muhri sprach. Die Witwe wird noch selber entscheiden dürfen, wer beim Begräbnis ihres Mannes spricht. Bin schon fertig. Ich war zu der Zeit in den Vereinigten Staaten in den USA übrigens auch am 11. September. Ich hörte aber, dass

Pater Mario nicht als Priester, sondern als Freund sprach und kein einziges Mal das Wort „Gott“ verwendete. Ich sagte schon, dass ich Pater Mario durch meine Schwester Bibi kennen lernte. Bibi unterrichtete in der selben Schule, in der Pater Mario Religion unterrichtete. Er war vom ORF-Sprachkurs begeistert, ohne zu wissen, dass Bibi meine Schwester war. Sie machte uns bekannt. Als ich ihn kennen lernte, liebe Freunde, ich habe zum ersten Mal seit 50 Jahren gesprochen und spreche in den nächsten 50 Jahren nicht mehr, ich schwöre es euch, war ich erstaunt, wie tolerant, freiheitsliebend, friedensliebend, sozial, hilfsbereit er ist. Täglich kommen zu Pater Mario Obdachlose und bekommen Speis, Trank und Kleidung. In den letzten 10 Jahren haben bei Pater Mario hunderttausend Menschen übernachtet. Nicht tausend, nicht zehntausend, hunderttausend Menschen. Ich erzählte das Franz Muhri und so entstand zwischen ihm und Pater Mario eine Freundschaft und unser Dialog. Keine Angst, wir lassen uns von den Fokularen nicht auffressen, wir lassen uns nicht vergewaltigen, was die Fokulare gar nicht wollen. Wir bereichern uns. Und dass Walter Baier dank der Fokularbewegung mehr in der Öffentlichkeit präsent ist, kann mich nur freuen. Herzlich Willkommen zum Dialog und zu unserer Friedensveranstaltung am 21. Mai. In den nächsten 50 Jahren rede ich nicht mehr.

Gin. Pacher: *Genosse Oberkofler möchte eine Berichtigung machen. Ich bitte den Gen. Oberkofler nun ans Mikrofon. Möchte aber trotzdem bitten, die Redezeit einzuhalten, denn es ist unsolidarisch den anderen Rednern gegenüber, die auch gerne ihre Meinung darbringen würden. Nun der Gen. Oberkofler, der nächste Redner ist Gen. Schimpf Florian von der Parteigruppe Dogma. In Vorbereitung die Gin. Hirsch Lisi.*

Gen. Oberkofler: Genossinnen und Genossen. Es ist eine teilweise Richtigstellung, weil mir das Sekretariat sagte, dass meine Wortmeldung wahrscheinlich nicht mehr drankommen wird. Ich habe einen kleinen Redebeitrag vorbereitet zur Bündnispolitik unserer Parteiführung. Der Anlass meiner Wortmeldung ist auch die letzte Nummer der „Volksstimme“, in der von Seiten der Fokularbewegung für das KPÖ-Programm therapeutische Vorschläge gemacht werden. Meine Wortmeldung bezieht sich auch auf die von Gen. Graber im Argument zu seiner Bekräftigung zitierten Aussagen, des früheren Parteivorsitzenden und späteren Mitgliedes der Fokularbewegung Muhri. Wie sie wissen, ist die Fokularbewegung eine der vielen Einrichtungen der Katholischen Kirche. Es stellt sich, trotz der Wortmeldung der Genossin, die Frage, weshalb ausgerechnet die Fokularbewegung in die Bündnispolitik unserer Partei gekommen ist und nicht die Franziskanische Gemeinschaft. Ich habe in der NV's, kommt schon, die Richtigstellung muss vorbereitet werden. Die Anfänge der Fokularbewegung sind banal. Sie gehen auf die Italienerin Chiari Lubik zurück, die 1943 - hier wie sie sagt - ihr ganzes Leben, einem von der römisch-katholischen Kirche interpretierten Gott zu widmen beabsichtigt hat. Internationale Beachtung hat die Fokularbewegung erst erhalten, als sie in das Fahrwasser der antikommunistischen Organisation und Kampfgruppen „Kirche in Not“, des Primustradenzerpaters Werenfried von Straten gekommen ist. In der „Neuen Stadt“,

die Zeitschrift der Fokularbewegung für April dieses Jahres wird von der Fokularbewegung eine Wallfahrt nach Einsiedeln für General van Straten vorbereitet. Die Fokularbewegung erhebt die Forderung, die Mystik im Alltag zu verwirklichen.

Ich bin aufgefordert, meinen Schlusssatz zu halten. Die Positionen des Vorsitzenden Walter Baier zur Fokularbewegung untergraben die wissenschaftliche Weltanschauung unserer Partei. Sie haben nichts mit Bündnispolitik zu tun und sind scharf abzulehnen.

Gin. Pacher: *Jetzt kommt eine zweite Berichtigung vom Gen. Baier. 3 Minuten Redezeit.*

Gen. Baier: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich finde für unangemessen, dass man sachliche Berichtigungen für einen Diskussionsbeitrag missbraucht. Daher in 3 Sätzen, drei sachliche Berichtigungen.

Erste sachliche Berichtigung. Selbstverständlich ist Franz Muhri nicht Mitglied der Fokulare gewesen. Die Fokulare, das sind Wohngemeinschaften, die aus ganz bestimmten sozialen Gründen Solidarität organisieren. Und Franz Muhri war selbstverständlich nicht in einer solchen Wohngemeinschaft. Franz Muhri war Kommunist und Franz Muhri hat einen Dialog geführt, ohne die Position der Katholischen Kirche oder der Fokularbewegung zu der seinen zu machen.

Zweitens. Der Beginn dieser Bewegung, die der Gen. Oberkofler zitiert, sind alles andere als banal. Der Beginn dieser Bewegung ist 1943 die Bombardierung der Stadt Trient und die Zerstörung dieser Stadt Trient gewesen. Der Versuch von einigen damals jungen Leuten, ein Leben in den Ruinen dieser zerstörten Stadt zu organisieren.

Drittens. Ganz anders, als Gen. Oberkofler in seinem Beitrag in der NV's schreibt, ist die Losung - eine andere Welt ist möglich - keine Losung der Fokularbewegung, sondern eine Losung der globalisierungskritischen Bewegung, also derjenigen Bewegung, die heute den Kampf gegen den Weltherrschungsanspruch des großen Kapitals, die internationalen Finanzmärkte und die transnationalen Konzerne anführt. Das zu eurer Information. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Gin. Pacher: *Der nächste Redner ist Gen. Schimpf Florian, in Vorbereitung Gin. Hirsch Lisl.*

Gen. Schimpf: Guten Tag, Florian Schimpf, Parteigruppe Dogma. Genossinnen und Genossen. Unsere Partei befindet sich auf Grund heftiger Streitereien in einer sehr schwierigen Lage. Es liegt mir fern, einer der streitenden Gruppen die alleinige Verantwortung zuzuschreiben, denn wir sind wohl alle etwas schuld und da schließe ich mich nicht aus, dass die Situation dermaßen eskaliert ist. Es wurde mehr und mehr Öl ins Feuer gegossen, um es zum Entfachen zu bringen. Doch anstatt das Öl in das Feuer der Streitigkeiten zu gießen sollten wir es zum Entfachen des Feuers, das in uns allen brennt, verwenden. Das Feuer für den Kampf um eine von Ausbeutung befreite Welt, denn das ist wohl unser Ziel. Kritik an Haltungen, Taktiken, Schwerpunkten und somit auch an allen damit in Zusammenhang stehenden Personen sollen nicht nur erlaubt sein, sondern ist sogar notwendig, um zu einem guten Gesamtergebnis zu kommen. Jedoch darf die gegenseitige Kritik, meiner Meinung nach, nie zu einer Aufhebung der Handlungsfähigkeit unserer Partei

führen. Ewige Streitigkeiten wirken äußerst demotivierend, so dass mir ein Engagement für unsere Partei mehr und mehr verleidet wird. Ich glaube, dass ich da nicht alleine bin. Wenn wir unsere Kräfte zu einer gemeinsamen großen Kraft bündeln, ich bin optimistisch, dass wir die Welt ändern können.

Genossinnen und Genossen. Bei allen Differenzen müssen wir immer eines im Auge behalten: Der Feind ist nicht diese oder jene sogenannte Fraktion. Unser Feind ist der Kapitalismus und den müssen wir gemeinsam bekämpfen.

Gin. Pacher: *Die nächste Rednerin ist die Gin. Hirsch Lisl, in Vorbereitung der Gen. Langmann. Zur Information: Die Bücher am Büchertisch sind bei Gin. Toman zu bezahlen.*

Gin. Hirsch: Genossinnen und Genossen. Ich möchte mich nachdrücklich für den steirischen Programmentwurf als weitere Diskussions- und Arbeitsgrundlage aussprechen, weil er marxistisch fundiert ist, einen in sich geschlossenen Aufbau hat und auch die Voraussetzungen für eine bessere Frauenpolitik bietet. In den Thesen des Bundesvorstandes ist auch zu dieser Thematik eine gewisse Beliebigkeit angesagt. Unfähigkeit, Absicht, ein Schelm, wer so denkt. Armut in Österreich ist zu einem großen Teil weiblich. Sie trifft sowohl Frauen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, wie solche, die noch einen Arbeitsplatz haben. Der neue Begriff der working poor, also der Menschen, die trotz Arbeitsplatz arm sind, trifft vor allem auf Frauen zu. Niedrige Qualifikation, Arbeitslosigkeit, Kinder, dies sind Faktoren, die vor allem bei Frauen dazu führen, dass nicht einmal das Lebensnotwendigste vorhanden oder gar garantiert ist. In Österreich leben etwa achthunderttausend ausländische Mitbürger, davon ca. die Hälfte Frauen. Frauen aus verschiedenen Kulturen und mit ihren jeweils eigenen persönlichen Geschichten. Diese Frauen leiden nicht nur wie österreichische Frauen unter Ausbeutung, Unterdrückung alltäglichen Sexismus und staatlich verordneter Diskriminierung, sondern zusätzlich unter Rassismus und öffentlich angeheizten Vorurteilen. Sie gehören somit zu den stärksten unterdrückten Gruppen der Bevölkerung. Ausländerinnen haben es nicht nur schwerer, eine anständige Wohnung zu finden und Kontakte außerhalb ihres Sprach- und Kulturkreises zu knüpfen, sie haben auch die geringsten Chancen, eine Arbeitsstelle zu bekommen, geschweige denn eine gut bezahlte. Klar ist aber, dass mehr als die Hälfte der Ausländerinnen als ungelernete Hilfskräfte unter schlechtesten Bedingungen arbeiten und wie viele Frauen in der Grauzone illegaler Beschäftigungsverhältnisse arbeiten liegt im Dunkeln. Die Handhabung der Ausländer- und Asylgesetzgebung ist auch Ausdruck der allgemeinen staatlichen Diskriminierung von Frauen, die schon wieder, ja sogar noch immer, nicht ganz eigenständige Menschen, sondern nur Anhängsel ihrer Ehemänner oder Vorgesetzten sind. All dies zeigt deutlich, dass die Ursachen der Frauenunterdrückung im Kapitalismus liegen, in dem Ausbeutungsmechanismus, wie Sexismus und Rassismus benutzt werden, um gemeinsamen Widerstand von Männern und Frauen sowie Angehöriger verschiedener Nationen etc. zu verhindern. Wenn Wirtschaft in privater Hand und Profit weiter als Motor des Systems gelten, werden immer wieder auch kleinste Errungenschaften in Frage gestellt werden. Deshalb muss unser Einsatz als Kommunisten um Gleichberechtigung ein Kampf beider Geschlechter zur Veränderung der gesamten Gesellschaft in Richtung Sozialismus - Kommunismus sein. Her mit der Hälfte. Mit welcher Hälfte. In der tagtäglichen politischen und gewerkschaftlichen Arbeit müssen die Forderungen der Frauen gestellt und erkämpft werden. Dies bedeutet aber, um erfolgreich sein zu

können, dass Frauen und Männer gemeinsam kämpfen müssen. Die bloße Forderung - her mit der Hälfte - wie sie die heutige bürgerliche, sowie Teile der linken Frauenbewegung vielfach stellt, ist bei weitem nicht ausreichend. Denn wir wollen als Kommunistinnen nicht mit den arbeitenden Männern ein schäbiges ausgebeutetes Leben teilen, sondern ein gemeinsames besseres gerechtes Leben erkämpfen. Es gilt nicht, sich um die Aufteilung des schimmeligen Kuchens Arbeitswelt zwischen Frauen und Männern zu streiten, sondern einen neuen besseren frischen Kuchen zu backen. Wir brauchen daher, mehr denn je, eine Annäherung zur Frauenfrage, die anerkennt, dass die Diskriminierung der Frau, ihre Unterdrückung und Ausbeutung unauflöslich mit dem

kapitalistischen System und nicht mit irgend einer verwaschenen und anbiedernden Pseudothese verbunden ist. Dass der Kampf für die Beendigung der Diskriminierung der Frauen nicht etwas beliebiges und besonderes ist, sondern dass er ein fester und unentbehrlicher Teil des Kampfes für fortschrittliche gesellschaftliche Veränderung ist. Kommunisten wissen, dass alle Klassengemeinschaften durch die Unterdrückung der Frau gekennzeichnet, also auch patriarchal sind. Das gesellschaftliche Bewusstsein, dass die Unterordnung der Ausbeutung aufrecht erhält, ist kulturell im täglichen Leben einschließlich unserer Sprache so verwurzelt, dass das Eindringen dieser Ideologien in die Arbeiterklasse und selbst in die sozialistischen Bewegungen zu finden ist. Dagegen gilt es vehement anzukämpfen. Und als Schlusszitat August Bebel: "Dem Sozialismus gehört die Zukunft, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau".

Gin. Pacher: *Der Nächste ist der Gen. Langmann, dann Gin. Bärbel Danneberg. Aber zuerst noch. Die Mandatsprüfungskommission braucht dringend diese Abschnitte. GenossInnen die diese Abschnitte noch nicht abgegeben haben, bitte die Abschnitte jetzt abgeben, wer das noch nicht getan hat.*

Gen. Langmann: Genossinnen und Genossen. Antrag 16 weiß. Gestern in der Früh hat Gen. Franz Stephan Parteder dazu ja gesagt. Gestern zu Mittag hat Walter Baier von hier aus dazu ja gesagt. Und ich glaube, dass das uns die Möglichkeit gibt, eine tragfähige gemeinsame Grundlage, eine gemeinsame politische Grundlage für die nächsten drei Jahre, zu beschließen. Ich möchte noch einmal sagen, dass alle zustimmen mögen. Das ist gut, aber es ist nur eine politische Grundlage und es ist kein Programm. Kommen wir zum Programm.

Erstens: Was ist Globalisierung? Globalisierung ist im Innersten die Freiheit des Kapitalverkehrs über alle Staatsgrenzen auf der ganzen Welt. Die vollkommene Freiheit des Finanzkapitals, des Spekulations- und Industriekapitals ohne Ländergrenzen und Staaten. Wer mitspielt und es nicht aushält wird auf zwanzig Jahre ruiniert, siehe Argentinien. Wer nicht mittut, bei dem wird im Namen der Terrorbekämpfung die Demokratie eingeführt, siehe Jugoslawien, Afghanistan, Irak. Die Nächsten werden folgen. In Europa werden klare Vorgaben gemacht, wie die Privatisierung und die Freigabe aller geschützten Bereiche, GATS. Die vorliegenden Texte gehen damit, meiner Meinung nach, bisher ungenügend um, projizieren diese Aktualität an den Anfang des Kapitalismus, oder benennen Erscheinungen von allen Seiten, nur zu diesem Kern kommen sie noch nicht.

Zweitens: Was ist Sozialismus? Sozialismus ist die sozioökonomische, Achtung Eigentumsverhältnisse, politische und kulturelle Hegemonie der arbeitenden Klassen. Der Sache nach die vollständige Demokratie in allen Lebensbereichen, also

die Volksherrschaft, was anderes heißt Demokratie ja nicht, auch in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Unsere, mit Verlaub, unsere Texte sagen zu wenig, oder legen fest, dass der Sozialismus ein Mehrparteiensystem sei. Ob aber eine zwei oder fünfundzwanzig existieren wird hängt sicherlich von den Umständen des Übergangs oder des Herankommens an den Sozialismus ab. Also, wir sollten nicht eine theoretische Frage dort erfinden, wo es keine gibt.

Ich habe daher drittens folgenden Antrag gestellt.

Das ist der Antrag 4 weiß: Der Parteitag nimmt die drei vorliegenden grundsätzlichen

Texte als Momentaufnahme des Diskussionsstandes zur Kenntnis.

Kommentar: Zur Kenntnisnahme, nicht mehr und nicht weniger ist momentan möglich.

Text: Die Thesen und die Diskussionsgrundlage formen mit ihren Übereinstimmungen und Differenzen das ursprünglich angestrebte Konsens-Dissens-Papier.

Kommentar: Alle Übereinstimmungen und Differenzen sind in den beiden Papieren ausgedrückt. Konsens und Dissens innerhalb unserer Partei sind aus ihnen deutlich ablesbar.

Text: Das von Manfred Groß redigierte "Wofür steht die KPÖ?" ist der Versuch einer Vereinigung der Positionen.

Kommentar: Es ist der Versuch der Zusammenführung, der nicht von allen Seiten angenommen wird. Und zwar nicht von allen relevanten Seiten unserer Partei.

Die Begründung lasse ich weg, die kann jeder nachlesen, aber eines mag ich noch nachtragen. Der Franz-Stephan Parteder hat gestern Abend dazu ja gesagt. Mit dem Walter Baier habe ich heute Früh gesprochen und ich hoffe, dass der Walter Baier das Pro-Wort zu diesem Antrag halten wird.

***Gin. Pacher:** Als Nächste Gin. Bärbel Danneberg aus Wien und dann der Gen. Markus Zingerle von der Parteigruppe Dogma.*

Gin. Danneberg: Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Ich hatte ja eigentlich überhaupt nicht vor, heute oder gestern zu reden, aber gestern Abend bin ich so schwer eingeschlafen, mir ist so vieles durch den Kopf gegangen. Dabei ist mir eingefallen, was Gen. Baier gestern gesagt hat und das hat mich sehr nachdenklich gemacht. Er hat gemeint, dass es nicht so schlimm ist, wenn über unterschiedliche, ideologische Standpunkte gestritten wird. Es ist sogar notwendig und es ist auch nicht das Fatale, dass diese Auseinandersetzungen in einem Tonfall und in einer Gehässigkeit geführt werden, die manchmal an die Grenze des Erträglichen reicht. Das ist auch nicht das Schlimme. Aber das Schlimme ist, wenn man es geschehen lässt. Deswegen habe ich mich entschlossen, doch etwas zu sagen, weil ich glaube, es geht nicht um einen Ideologiestreit im weiteren Sinne. Es gibt Differenzen in einigen Punkten die unterschiedlich bewertet werden. Aber gerade die Diskussionsbeiträge zur Frauenpolitik zeigen mir, ja was soll es. Ich glaube, dass die Ideologiekeule geschwungen wird, um der Parteiführung eines auszuwischen, ich will es einmal so sagen. Da wird die Arbeiterklasse beschworen, da wird gesagt Gin. Ambrosch würde sich im bürgerlichen Feminismus bewegen. Walter Baier würde bei den Katholern herum kriechen und so weiter. Es wird nicht so gesagt, aber im Endeffekt doch so. Bloß ich denke, diese Argumente dienen dazu, die Parteiführung vor sich her zu treiben. So kann es nicht gehen. Ich denke mir, als eine Partei der Arbeiterklasse, die wir immer wieder beschwören, kann es nicht so sein, dass wir die Arbeitskraft anderer Menschen derart mit Füßen treten und so gehässig umgehen.

Ich weiß nicht, wer aller von euch Emailanschlüsse hat, aber es ist wirklich die Grenze des Erträglichen erreicht was da an Gehässigkeiten gegen die Parteiführung vorgebracht wird. Das heißt nicht, dass man die Parteiführung nicht kritisieren soll, ganz im Gegenteil. Aber so etwas an Gehässigkeit habe ich noch nicht erlebt und ich bin 30 Jahre in der Partei und es ist mir eigentlich sehr fremd. Man muss sich vorstellen, dass die Parteiführung eine Arbeit macht, man kann sie bewerten ob sie gut oder schlecht ist, oder ob sie ausreichend ist. Sie hat einen schwierigen Finanzkampf geführt, sie musste Leute kündigen, entlassen, das ist keine leichte Situation. Was passiert? Es wird nur vorgeworfen, dass die Parteiführung nicht arbeitet, dass sie sich, ein bisschen so Unterstellungen, dass manche sich bereichern

oder wie auch immer. Ich bin im Bundesvorstand, ich habe miterlebt, wie diese Papiere erarbeitet wurden. Ich muss sagen, wenn der Gen. Murgg gestern hinaus gegangen ist und gesagt hat, Gen. Baier oder die Parteiführung hat ihre Aufgabe nicht wahrgenommen ein Parteiprogramm zu erstellen, dann muss ich sagen, dass diese Arbeit auch teilweise von diesen GenossInnen, die das kritisieren, verhindert wurde. Wir haben Dokumente erstellt, Arbeitskreise gegründet, Konferenzen abgehalten, zur Erarbeitung dieses Parteiprogramms, wie wir uns das vorgenommen hatten und es war eigentlich zum Großteil Boykott dieser Arbeit. Das Papier des Gen. Groß ist eigentlich ein Kompromiss dieses unerträglichen Zustandes der Arbeitsverweigerung von einer Seite. Was mich aber am meisten erschüttert, das ist mir gestern Abend durch den Kopf gegangen, ist diese irrsinnige Papiergläubigkeit, die sich bei uns irgendwo ausdrückt. Da wird immer von den Menschen da draußen gesprochen und von den Menschen, für die wir Politik machen. Aber die Menschen da draußen erleben uns und sagen, da geht es nicht anders zu wie in der FPÖ, die hauen sich gegenseitig etwas über den Kopf, das können wir nicht gebrauchen. Die Menschen da draußen, in Anführungszeichen sage ich das, schauen uns an, wie wir miteinander umgehen, wie fürsorglich, umsichtig, solidarisch, aufmerksam wir miteinander umgehen. Das ist ein Kriterium dafür, ob sie mit uns zusammen arbeiten wollen und ob sie auch daran glauben, dass eine Welt zu verändern möglich ist.

Ich möchte noch einmal kurz auf dieses Groß-Papier eingehen. Ich habe hier das Groß-Papier und das Steirische Landesprogramm durchgelesen. Die ideologischen Unterschiede sind nicht dermaßen unüberbrückbar. Wenn wir heute weggehen und kein Signal nach außen setzen, dass wir fähig sind, uns wenigstens auf einen kleinen Konsens zu einigen, dann sage ich gute Nacht KPÖ. Ich plädiere dafür, dass wir dieses Programm, oder wie immer man das nennen will, für dieses Papier aussprechen, mit dem steirischen Aktionsprogramm und dass wir ein Signal nach außen setzen, dass wir immer noch arbeitsfähig sind. Ansonsten droht der Crash-Kurs.

Gen. Fuchs: *Gen. Zingerle hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt die Wortmeldungen, die wir zurückreihen mussten weil die Antragskommission getagt hat, vorziehen. Ob der Gen. Bernhard Koboltschnig schon da ist. Gin. Fritz-Klackl, in Vorbereitung Raoul Narodoslavsky.*

Gin. Fritz-Klackl: Liebe Genossinnen und Genossen. Es tut mir leid, ich bin als Beraterin der Antragskommission ständig beschäftigt. Ich bin auch jetzt gar nicht darauf eingestellt, sofort dran zu kommen, aber ich möchte auch einiges sagen, weil sonst stünde ich nicht hier. Eigentlich möchte ich zu dem reden, was sich in Europa und innerhalb der linken Parteien derzeit abspielt. Aber ich möchte zuerst auf das

eingehen, was gestern die Gabi Leitenbauer angesprochen hat und auch andere, die Frage, warum wir den EU-Austritt ins Zentrum unserer politischen Tätigkeit stellen sollen. Wieso das also kämpferisch und fortschrittlich wäre, oder ist es die radikalste Lösung zu sagen „Raus aus der EU“. Für mich ist das nicht so. Nicht weil ich die EU für fortschrittlich oder sogar für ein Projekt, das man verteidigen müsste, halte. Überhaupt nicht. Was ist aber derzeit radikal und fortschrittlich in Europa. Radikal und fortschrittlich in Europa ist, wenn ich mit jenen Kräften zusammenarbeite, die ein ganz anderes Projekt wollen. Die ein radikal fortschrittliches, ein demokratisches, soziales, ein feministisches wollen. Gehen wir einmal durch: Was würde sich ändern, wenn Österreich jetzt aus der EU austreten würde? Die Gabi hat gesagt, es würden sich die Kampfbedingungen

erleichtern. Die Kampfbedingungen erleichtern sich dadurch überhaupt nicht. Denn Österreich ist zwar aus der EU draußen, aber nicht aus der internationalen Kapitalverflechtung. Das internationale Kapital, ob es europäisch ist oder global, ist weiterhin in Österreich präsent. Ändern wird sich dann etwas, wenn sich mehr Menschen in Österreich, in Europa, in Lateinamerika, in den Ländern der Dritten Welt, für eine andere Welt einsetzen, für ein anderes Europa einsetzen. Dann wird sich etwas ändern. Wenn mehr und mehr Menschen der Meinung sind, jawohl wir brauchen eine Alternative zu dieser Welt. In Österreich würde sich durch den Austritt aus der EU überhaupt nichts ändern. Es ist auch eine entpolitisierende Lösung. Es schafft die Illusionen, wenn wir aus der EU draußen wären, dann würde Österreich fortschrittlicher sein. Es stimmt nicht. Was wir durchsetzen können an Fortschrittlichkeit, an radikaler Demokratie, an anderem Österreich, das müssen wir durchsetzen, in dem wir das inhaltlich fixieren und nicht in der Frage: Sind wir drinnen oder draußen.

Jetzt noch ein paar Worte, warum ich der Meinung bin, dass wir hier und heute uns entschließen sollten, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, um politische Arbeit weiter möglich zu machen. Ich habe zuerst gesagt, die europäischen Linksparteien und zwar radikale europäische Linksparteien, nicht irgendwelche Wapplerpartien, sind der Meinung, die europäische Linke braucht auf europäischer Ebene ein Angebot genau an jene Menschen, an jene Bewegungen, die sich heute lokal, national, international vernetzen, um gegen diesen globalisierten Neoliberalismus ein Gegengewicht zu entwickeln. Es gibt die Rifondazione Comunista. Die Rifondazione Comunista hat am Vorabend des Sozialforums in Florenz eingeladen, viele linke europäische Parteien, über dieses Projekt zu diskutieren. Fausto Bertinotti, der Generalsekretär der Rifondazione hat uns das vorgestellt und hat auch darauf aufmerksam gemacht, dass er weiß, dass der subjektive Faktor, sprich die Parteien und Bewegungen in Europa, nicht so weit sind. Dass aber die objektive Situation, die objektive Situation, die von uns fordert, unsere Kräfte zu vereinigen, zu stärken und kämpferischer auf der europäischen Arena zu bewegen, weit schon überschritten ist und dass es hoch an der Zeit ist, dass wir endlich Synergieeffekte nutzen, dass wir endlich gemeinsam auftreten.

Die Entwicklung dieser europäischen Zusammenarbeit ist so weit gediehen, dass es nicht mehr heißt, ob sie sein wird, sie wird sein. Sechs europäische Parteien, darunter wie gesagt führend die Rifondazione Comunista, aber auch die französische Kommunistische Partei und die Vereinigte Linke Spaniens, die zypriotische AKEL haben sich bereits getroffen und sind dabei, so eine Partei zu entwickeln. Ich möchte eines dazu sagen und das möchte ich auch zitieren, ich muss es nur finden, weil ich es aus dem Protokoll zitiere, das mir zugegangen ist, was schon Beschlusslage ist. Hier wird festgestellt und ich sage das deswegen, weil

immer wieder bei uns das Gerücht verbreitet wird und das ist falsch, dass es eine Auflösung der KPÖ bedeuten würde in einer linken Sammelpartei. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es wird nämlich da gesagt: "Eine künftige europäische Linkspartei kann nicht nationale Parteien ersetzen. Sie behalten ihre volle Legitimität und sind politisch und organisatorisch vollkommen selbständig, mit ihrer eigenen nationalen Identität. Die Linkspartei kann nicht sagen was sie tun sollen. Die Linkspartei trifft Entscheidungen auf der Basis von Mehrheiten mit der Möglichkeit, daran nicht teilzunehmen. Auf nationaler Ebene implementieren die nationalen Parteien solche Entscheidungen, an denen sie teilnehmen wollen. Die Teilnahme an jedem dieser politischen Aktionen ist freiwillig". So ist die Lage, in der wir derzeit sind. Von einer Auflösung, von einer nebulösen Linkspartei, kann nicht die Rede sein. Könnt ihr euch vorstellen, dass Rifondazione Comunista, die von einer

Neugründung der kommunistischen Kräfte in Europa und weltweit sprechen, die davon sprechen, dass man brechen muss mit dem Reformismus auf jeder Ebene. Selbst mit dem Reformismus, den Linksparteien in neoliberalen Regierungen teilweise mittragen. Das ist die Radikalität, für die die Rifondazione steht. Könnt euch ihr vorstellen, dass die sich in einer nebulösen Linkspartei auflösen. Was die Gefahr einer Sammlung der europäischen Linken bedeutet, da sehe ich keine Gefahr, weil die froh wären, wenn sich endlich einmal auf europäischer Ebene mehr als nur einzelne Parteien zusammenfinden würden und ein Angebot machen an all die Hunderttausenden, die jetzt in Bewegung sind, und mit denen in den Dialog treten sollen, wollen und müssen. Und wer heute solche Sachen verbreitet, die nicht stimmen, der trägt auch Verantwortung für unsere Partei. Der muss nämlich auch wissen, dass wir uns auch einbringen wollen und können, dass wir etwas zu sagen haben und dass wir dazu auch Grundlagen brauchen, damit wir was sagen können. Ich bin berufstätig, ich mache das Ganze neben meiner Berufstätigkeit, das sind Einschränkungen und Hindernisse und Geld haben wir auch keines. Aber ihr könnt zumindest überlegen, dass wir wenigstens ein Hindernis nicht haben, dass wir keine Aussagen treffen wollen. Ich bitte euch daher wirklich inständig, so etwas auch zu überlegen, ob unsere Partei politikfähig bleiben kann.

Gen. Fuchs: Nächster Gen. Narodoslavsky danach in Vorbereitung Gin. Petra Stöckl.

Gen. Narodoslavsky: Hoher Parteitag, auch an die Genossinnen und Genossen, die nicht im Sitzungssaal sondern draußen im Foyer sind. Ich weiß nicht, ob ich mich vorstellen muss. Ich bin der Raoul Narodoslavsky, in der KPÖ seit 33 Jahren, arbeite in der Bezirksorganisation Wien 20 und bin zusätzlich noch in Kinderland tätig. Wenn ich mir den Ordner da ansehe, dann habe ich 4 cm Papier, über die ich heute abstimmen soll. Darin enthalten sind mindestens 3 Programm- oder Programmwürfe. Wenn ich daneben her nehme "Kleine Zeitung" von gestern, dann weiß ich, warum wir heute über Programme entscheiden und abstimmen sollen. Ich bin für mich persönlich der Meinung, dass das Papier, das der Manfred Groß erarbeitet hat, sehr schnell erarbeiten hat müssen, eine Möglichkeit von dreien darstellt. Es erscheint mir persönlich - und das ist meine persönliche Meinung - es erscheint mir, als in dieser Situation das Annahmefähigste - unter der Bedingung auch, dass dieses Steirische Aktionsprogramm mit Teil dieses Beschlusses ist.

Warum brauchen wir ein Programm? Ich denke mir, wenn die bürgerliche Presse - und die "Kleine Zeitung" Graz ist sicher nicht Mitglied der Fokularbewegung und sie ist auch nicht im Eigentum der KPÖ stehend - uns vorschreibt, den Deutschen geht

es noch schlechter. Überschrift von gestern: "Deutsche trifft es noch härter, Rente mit 67", dann denke ich mir hat das etwas mit Sozialabbau und neoliberal zu tun, dann ist das Klassenpolitik. Wenn ich hernehme, dass die "Kleine Zeitung" auf der Seite 4 schreibt, ÖGB macht jetzt mobil alle Räder stehen still, daneben eine Anweisung gibt oder eine Abhandlung schreibt, wenn ein Streik ist, dann muss man in die Firma kommen, darf man nicht zu Hause bleiben. Wenn die "Kleine Zeitung" auf der Seite 7 schreibt, in einem Kommentar, dass die Bush-Administration noch immer trotz ihres militärisch fulminanten Sieges keinen Beweis für Massenvernichtungsmittel im Irak hat, die doch angeblich die Welt und was weiß ich noch alles bedrohen, dann schreibt sogar die bürgerliche "Kleine Zeitung", wenn ich zitieren darf: "...dann müsste sich aber die amerikanische Führung den Vorwurf gefallen lassen, dass sie tatsächlich nur einen billigen Vorwand für den Einmarsch bei einem renitenten Diktator gesucht hat, der seine

Ölrechnung partout ohne dem amerikanischen Wirt machen wollte". Wenn ich weiter hinten auf der Seite 17, Lokal, lese "Streik - Steirer dafür - Unternehmer ratlos", sagt dann der Hr. Obmann der Steirischen Industriellenvereinigung: "...ehrlich gesagt, sind die Folgen nicht absehbar, wir sind ja kein streikgewöhntes Land, meint die Fa. Humanic, Maier-Heinisch und Eigentümer, so wie der Hr. Weg von Kastner & Öhler, schreibt: "...da fehlt mir der Vergleich. So eine Behinderung des Handels in ohnehin schwierigen Zeiten brauchen wir natürlich nicht". Ja, das ist die Seite der Unternehmer. Wenn noch weiter hinten drinnen steht, dass ein Grundwehrdiener mit 21 Jahren von dem Grenzeinsatz desertiert und einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren nach seiner Gefangennahme entgegenseht, dann ist das auch Politik. Das ist dann Militarisierung, ist Ausdruck der Grenzsicherung. Wovor? Dann ist das Ausdruck, dass Menschen in Bewegung sind. Dann ist das für mich sehr wohl eine wichtige Frage, ein Programm zu haben. Gegen Pensionsklau, gegen Sozialabbau, wogegen, dafür bewegen sich Menschen. Aber die dahinter liegenden Gründe, diese gilt es politisch sichtbar zu machen, Politik zu machen und nicht einfach gegen einzelne Schlaglichter aufzutreten. Es ist nur die Kommunistische Partei in Österreich, die ein Programm, eine Alternative zum bestehenden gesellschaftlichen System anbietet. Die in der Lage ist, trotz ihres hohen Alters als Partei von 85 Jahren, die sie heuer feiern darf im November, ein Programm für eine andere Welt, in der der Mensch als Mensch zählt, in der der Mensch nicht einfach Objekt von Ausbeutung und Unterdrückung ist, dieses anzubieten. Wir haben jetzt Jahre damit verbracht, darüber zu diskutieren, über links, rechts, oben, unten in diesem Programm. Ich glaube, davon bin ich fest überzeugt, wir müssen, wir sollen von diesem Parteitag weggehen können, ein gemeinsames Papier als Grundlage haben, wo wir den Menschen sagen können, dafür steht die Kommunistische Partei Österreichs, die gesamte Partei Österreichs in ihrer gesamten Breite. Ich weiß, wie schwierig diese Diskussionen sind. Wir haben in unserem Kinderland lange dazu gerungen, weil auch wir darunter leiden, wofür stehen wir. Es ist leichter aufzutreten wogegen man ist, es ist oft schwer zu definieren, wofür man ist. Wir haben für uns in Kinderland beschlossen, das Ziel ist der mündige Mensch, der seine Fähigkeiten und Möglichkeiten entwickelt. Der frei von Herrschaftsansprüchen, Verantwortung übernimmt, zu seinem eigenen Wohl und dem seiner Mitmenschen. Das ist ein Teil, den anderen Teil möchte ich abschließend aus unseren Liederbüchern zitieren. Brecht aus dem Bundeslied: "Menschen, Bienen die Natur, gab sie euch den Honig nur. Seht die Drohnen um euch her, habt ihr keine Stacheln mehr, brecht das Doppeljoch entzwei, brecht die Not der Sklaverei, brecht die Sklaverei der Not, Brot ist Freiheit, Freiheit Brot.

Gen. Fuchs: Nächste Gin. Petra Stöckl, in Vorbereitung Stefan Raducic.

Gin. Stöckl: Liebe Genossinnen und Genossen. Nur kurz zu meiner Vorstellung. Ich bin in der KPÖ Tirol beheimatet. Ich habe auch einen Redebeitrag zur EU vorbereitet, so wie meine Vorrednerin, werde euch also noch einmal mit diesem Thema befassen, weil ich in der Frage der EU-Haltung der Partei Positionen sehe, die widersprüchlich sind, die leider immer weiter auseinander driften, als sich annähern wie ich meine und weil ich, die EU-Frage für eine der wichtigsten in unserer Partei halte, weil sie Implikationen für verschiedenste Politikfelder hat, z.B. für unsere Bündnispolitik, oder was wir unter internationaler oder internationalistischer Politik verstehen. Wenn ich z.B. das Steirische Landesprogramm und im Vergleich dazu die programmatischen Thesen ansehe, sehe ich zwei unterschiedliche Positionen.

Der Entwurf der Programmdiskussion, also diese Thesen, brechen de facto mit unserer Position "Raus aus der EU", aus dem Wahlkampf 1995, ist meine Einschätzung. Was sich in der Formulierung niederschlägt: Im EU-Recht ist zu verankern, dass die BürgerInnen jedes Staates das Recht haben, über einen Austritt aus der Europäischen Union frei zu entscheiden, so wie sich die KPÖ das Recht vorbehält, diese Forderung gegebenenfalls in Österreich zu erheben. Gegebenenfalls zu erheben. Es ist eine Wischi-Waschi-Formulierung in meinen Augen. Ich glaube auch, dass es eine Wischi-Waschi-Formulierung nach außen ist. Mit so einer Formulierung werden wir niemanden überzeugen. Wir werden niemanden für oder gegen eine Position begeistern. Sie ist ein Rückschritt gegenüber der Austrittsforderung wie ich meine und viele werden sich fragen, wann dann dieses gegebenenfalls in Kraft treten möge, was dazu noch passieren muss. Eigentlich ist es ein Zynismus gegenüber jenen, die jetzt schon unter dem Diktat der EU leiden. Manche in unserer Partei argumentieren, dass wir die Austrittsforderung aber deshalb hintanstellen müssten, weil sie im Moment unrealistisch ist. Ich frage mich, was ist eigentlich die unrealistischere Forderung, die nach dem Austritt oder die nach Aufrechterhaltung der österreichischen Neutralität in der EU. Oder aus Tiroler Sicht formuliert: Was ist eigentlich unrealistischer, die Frage nach dem Austritt oder die Frage des Transitproblems innerhalb der EU. Meistens schließt sich dann das Argument an, das habe ich gerade jetzt wieder gehört, außerdem suggeriere die Austrittsforderung, dass in Österreich quasi alles automatisch viel besser und fortschrittlicher sei. Ich weiß nicht, wer das jemals behauptet hat. Allerdings würde die Umsetzung der Austrittsforderung natürlich andere politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse in Österreich erfordern.

Als drittes Argument gegen die Austrittsforderung kommt dann meist noch, es sei einfach schwierig zu vermitteln, dass wir uns innerhalb der EU für Verbesserungen einsetzen wollen und gleichzeitig austreten wollen. Es würde außerdem der Eindruck vermittelt, wir seien nationalistisch. Es bestreitet, denke ich, niemand, dass wir uns innerhalb der EU für fortschrittliche Entwicklungen einsetzen sollen. Aber das ist auch so eine Nonsensaussage. Wir sind ja in der EU und wir machen ja innerhalb der EU und mit der EU müssen wir Politik machen. Und wie sieht diese Politik aus. Sie ist eigentlich ein Kampf gegen Windmühlen. Wir versuchen nicht etwas zu verbessern, sondern wir sind eigentlich nur in einer Verteidigungshaltung. Wir verteidigen mehr schlecht als recht soziale Errungenschaften und ökologische Standards, die in Österreich auch unter dem Druck der EU abgebaut werden sollen. Wir müssen auch ehrlich sein, nicht nur das, was wir von der Bundesregierung

eingefordert haben, dass sie sagen müssen, die Neutralität ist mit einem Beitritt zur EU nicht vereinbar. So müssen wir jetzt klar sagen, nicht nur hineinschreiben, wir sind für die österreichische Neutralität weiterhin, für eine Wiederherstellung vollen Ausmaßes. Sondern wir müssen auch hier ganz klar sagen, aber das spießt sich an der EU, das geht nicht zusammen mit der EU. Eine Sache noch, wir vergessen auch zu schnell. Der Krieg der EU in Jugoslawien, den einige Linke schon vergessen haben. Zumindest wir sollten ihn nicht vergessen und uns immer wieder vor Augen führen, was diese EU auch im Zusammenhang mit Kriegen bedeutet hat.

Jetzt muss ich radikal abkürzen, meine Zeit ist um. Meine Meinung ist, dass es unsere Aufgabe wäre, die EU-kritischen Kräfte in Österreich zu stärken. Unsere Positionen offensiv hineinzutragen, die fortschrittliche EU-kritische Bewegung zu stärken. Nachdem die Diskussion natürlich nicht ausreicht, müssen wir in die Tiefe gehen, wir müssen sie weiterführen. Wir müssen zu unseren Differenzen stehen und vor allem analytisch in die

Tiefe gehen. In diesem Sinne bin ich dafür, dass wir die Programmdiskussion weiterführen. Heute uns alles offen lassen, auch nichts beschließen, alle vorliegenden Dokumente zuweisen und die Diskussion intensiv weiterführen.

Gen. Fuchs: *Als Nächster Gen. Stefan Raducic, in Vorbereitung Susanne Empacher. Dann bitten wir die Mandatsprüfungskommission, den Gen. Krenn, um Berichterstattung.*

Gen. Raducic: Werte Genossinnen und Genossen, es freut mich unheimlich, dass wir in dieser freundlichen Atmosphäre über die zukünftige Programmatik dieser Partei diskutieren. Der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist die Lehrlingspolitik. Die KJÖ-Wien hat sich im letzten Jahr sehr stark mit der Lehrlingsproblematik auseinandergesetzt. Der Erfolg war, dass wir einige neue Mitglieder aus dem Lehrlingsbereich dazu gewonnen haben. Allein aus meiner Branche, der Binnenschifffahrt und meinem Betrieb der DDSG, haben wir drei Lehrlinge für die Organisation dazu gewonnen und Österreichweit gibt es gerade mal acht Binnenschifffahrtslehrlinge. Als Lehrling habe ich selbst die Erfahrungen gesammelt, was es heißt, ausgebeutet zu sein vom kapitalistischen System, als Jugoslawe habe ich aber auch erfahren, was es heißt blutigen imperialistischen Angriffen ausgesetzt zu sein und als Migrant habe ich aber auch erfahren, was es heißt, Ausländerfeindlichkeit ausgesetzt zu sein.

In der KPÖ erhoffe ich mir eine Partei vorzufinden, mit der man gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen die Unterdrückung der in Österreich lebenden Minderheiten und vor allem gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse kämpfen kann. Doch leider finde ich dies nur selten vor.

Den Gen. Manfred Groß schätze ich sehr, er ist immer für mich da und einer meiner Hauptstützen, mit der ich immer rechnen kann, wenn ich vor Problemen stehe in der Lehrlingspolitik. Ich möchte ihm von hier aus beste Genesungswünsche schicken und hoffe, dass er bald wieder an unserer Seite kämpfen kann. Leider muss ich aber anmerken, dass weder seine Thesen - und noch weniger die des Bundesvorstandes - wichtige Probleme behandeln, die nur eine kommunistische Partei lösen kann. Es werden wichtige Themen, wie die Lehrlingsproblematik, überhaupt nicht behandelt. Das Steirische Landesprogramm setzt sich zumindest auseinander mit den Problemen der Jugendlichen, daher ist das Steirische Landesprogramm als

Diskussionsgrundlage geeigneter. Mein Beitrag, den ich leisten kann, ist die Lehrlingsinitiative, die mittlerweile mehr als 600 UnterstützerInnen hat.

Weitere Versäumnisse des Bundesvorstandes war die Zusammenarbeit mit MigrantInnen und Minderheiten in Österreich. Ich glaube, dass die Behandlung ihrer Probleme nicht irrelevant sein können für das Programm einer kommunistischen Partei. Und was ich als junger Genosse auch nicht verstehe, ist: Warum hat der Bundesvorstand es verabsäumt, sich mit den Problemen der alten Menschen in Österreich zu befassen? Ich sehe, wenn ich so in den Raum blicke, so viele alte und verdienstvolle Genossinnen und Genossen, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, Menschen, die der Partei jahrzehntelang treuen Dienst erwiesen haben, die aber kaum Beachtung bekommen haben bei der Ausarbeitung der Thesen.

Gerade von dieser alten und verdienstvollen Generation können wir viel lernen. Wir

können aber auch von den Steirern lernen, zusammen zu arbeiten mit der Arbeiterklasse, für sie zu arbeiten, dann werden wir in Wien stärker wahrgenommen werden.

Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass in der KPÖ eine revolutionäre Erneuerung stattfinden wird, welche Arbeitern, jungen und alten Menschen, MigrantInnen und Minderheiten gleichermaßen ermöglichen wird, in dieser Partei frei von Unterdrückung und Diskriminierung auf einer gleichberechtigten Basis zu arbeiten und für die Revolution und den Sozialismus zu kämpfen.

Gen. Fuchs: *Als Nächste Gin. Empacher, dann der Bericht der Mandatsprüfungskommission, dann ist Gen. Messner am Wort.*

Gin. Empacher: Der Vorredner hat es aufgezeigt. Es geht um Demokratie. Wer kommt wie vor in dieser Partei und welche Initiativen finden Gehör und prägen auch das Gesicht der Partei. Es ist viel über Demokratie und Verständnis auch im Vorfeld des Parteitages gesprochen worden. Wie konnte dieser Parteitag vorbereitet werden. Es wurden sehr viele Ängste eigentlich artikuliert von Seiten unterschiedlicher Altersgruppen, die diese Partei ausmachen und prägen in ihrer Sprache, in ihrer Herangehensweise an Probleme, in ihrer Art sich einzubringen. Wie komme ich vor in dieser Partei. Das fragen sich viele und haben Angst, dass man sie morgen wieder vergisst. Heute, wir haben einen historischen Moment, es ist der erste Mitgliederparteitag der KPÖ und ich hoffe wir machen etwas daraus, was uns in der Demokratie weiterbringt. Ich hoffe, wir hüpfen hier weiter, auch in Bezug auf die 2. Sitzung, die im Juni folgen wird, dass wir Erfahrungen dieses Parteitages auch einfließen lassen. Wie können wir Diskussionen nicht nur effizient, nicht nur formal, sondern inhaltlich tiefgehend und für alle Beteiligten befriedigender gestalten. So dass hier nicht nur oberflächliche Dinge fallen und wir in Normen und Muster hineingepresst werden, die uns nicht gerecht werden. Wir brauchen kulturellen Umbau und hier möchte ich sagen, im Frauenprogramm haben wir es ja formuliert. Im Bezug auf Umbau und Neuorientierung der KPÖ haben wir folgendes formuliert im Frauenprogramm: Wir drücken aus, dass die KPÖ folgenden Vorzug hat: In ihr können alle Erfahrungen unterschiedlicher Generationen, verschiedener Lebenszusammenhänge, verschiedener sozialer Lebensgeschichten ganzheitliche Sichtweise auf gesellschaftliche Verhältnisse ermöglichen und in die gemeinsame Praxis einfließen.

Wie gestaltet sich das in unserer gemeinsamen Praxis? Was erleben wir in unseren Parteiorganisationen in Arbeitskreisen etc. Wenn ich mir die gestrige Debatte ansehe, welche Skepsis Arbeitskreisen gegenüber hier herrscht, denke ich, wir müssen hier noch einiges verändern und überlegen, wo liegen wirklich die Chancen für individuelle Wirkung, für den Grad meiner persönlichen individuellen Wirkung in einer Gemeinsamkeit. Überlegungen gehören, meines Erachtens, angestellt, die Beziehung, die Dialektik zwischen Individuum - Kollektiv, Kollektiv - Individuum. Was bedeutet es, Genossinnen und Genossen, wenn ich ständig Mehrheiten-Minderheiten einteile in dieser Welt. Genosse Raducic hat es gerade formuliert am Beispiel der MigrantInnen. Ich habe einmal einen Vortrag bezüglich Kommunalpolitik stellvertretend - leider stellvertretend - für MigrantInnen gehalten und habe das auch zum Anlass genommen, das in Frage zu stellen, ob das tatsächlich Ausdruck von Demokratie sei, wie wir es verstehen. Ich habe auch in Frage gestellt, ob wir Programme, wenn es heißt sie sind besonders betroffen oder besonders diskriminiert, nur als Absatz hier vorkommen, oder,

ob wir nicht von dieser Besonderheit der Diskriminierung ausgehen müssen, weil wir Programme oder Forderungen erstellen und unsere Ziele für die Veränderung der Welt formulieren.

Genauso möchte ich den Blickwinkel auf die Frauenlebenszusammenhänge noch einmal lenken in diesem Zusammenhang. Genossinnen, es ist doch wesentlich, ob wir unter anderem vorkommen oder ob eine Welt von der Mehrheit der Bevölkerung, die in der Mehrheit diskriminiert wird, von unterschiedlichen Formen aus interpretiert wird und die Sprache auch formuliert wird. Genossinnen es genügt nicht, wenn ich hier rede, ich möchte auch formulieren, was für mich Sozialabbau tatsächlich bedeutet und ob es genügt, nur ein kleines Gesetz für wirkliche Gleichberechtigung der Frauen zu verändern. Ich gehe davon aus, dass wir diesen Parteitag nicht schnell in die Schublade hinein verschwinden lassen, sondern als einen besonderen Moment des gemeinsamen Schrittes in eine bessere demokratischere Zukunft dieser Partei machen werden. Es muss Auswirkungen haben, was wir hier besprochen und an Defiziten formuliert haben, dass wir in unseren Organisationen das berücksichtigen und die gemeinsame Praxis wirklich verändern. Nämlich dahingehend verändern, dass wir an der Demokratie gemeinsam arbeiten und bürgerliche Normen und Muster verlassen. Wenn wir diesen Parteitag heute mit einer Abstimmung über Programme, Anträge, beenden werden, dann hoffe ich, dass wir nicht in die alten Muster des Gegen oder Für hineinfallen, in das Verhindern wollen, sondern verfallen wir doch endlich einmal in eine Kultur des Ermöglichen,

Gen. Fuchs: *Bevor jetzt der Stefan Krenn den Bericht der Mandatsprüfungskommission macht, möchte ich die Antragsprüfungskommission bitten, sich sofort wieder in dem Raum, wo sie heute schon getagt hat, zu begeben.*

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Gen Krenn:

Liebe Genossinnen und Genossen. Als Sprecher der Mandatskommission möchte ich den Bericht machen. Für den 32. Parteitag haben sich 570 TeilnehmerInnen angemeldet, davon sind 340 erschienen, 235 also nicht. Von den Anwesenden sind 119 weiblich, 221 männlich. Das Durchschnittsalter beträgt ca. 51. Wir hatten sechs strittige Fälle zu beraten, wobei wir in allen Fällen Einstimmigkeit erzielten. Bei drei

der Angemeldeten wurde ablehnend entschieden. Sie waren zwar anwesend, begehrt aber keinen Einlass. Die anderen 3 wurden positiv behandelt. 16 GenossInnen hatten kein Parteibuch dabei, wurden aber zum Parteitag zugelassen. Am heutigen Tag sind deutlich weniger Genossinnen und Genossen anwesend. Bis zum vorläufigen Zählschluss um 10.30 Uhr nahmen 107 Genossinnen und 183 Genossen am Parteitag teil, also insgesamt 290. Wir haben auch die ordnungsgemäße Einberufung festgestellt. Im Argument wurde der Termin jedem Parteimitglied rechtzeitig zur Kenntnis gebracht. Zur Zweiteilung des Parteitages gibt es laut Statut keine Vorgabe und ist daher, unserer Meinung nach, nicht statutenwidrig. Abschließend möchte ich unseren Dank den technischen Kräften, dem Einlass, dem Sekretariat und dem Büro aussprechen, wobei festzustellen ist, dass diese Arbeiten zum überwiegenden Teil von Genossinnen und Nichtgenossinnen verrichtet wurde.

Gen. Fuchs: *Als Nächster am Wort ist der Gen. Messner, in Vorbereitung Lisl Streiter.*

Gen. Messner: Dragi dowarisch, drago dowarischitze, liebe Genossinnen und Genossen. Ich wollte zu zwei Themenkreisen Stellung nehmen. Zum Ersten: Die Positionen in der EU-Frage, die möchte ich nur cursorisch machen, weil die Zeit sehr kurz ist. Wenn wir die Situation in der KPÖ betrachten, dann stellt sich die Lage so dar, dass wir in Fragen der Stellung zur EU ein sehr buntes Bild bieten. Ich habe ein Interview von Gen. Ernst Kaltenecker in der slowenischen Zeitschrift "Mladina" gelesen. Dort wird er gefragt, ob sich denn die österreichischen Kommunisten in dem Projekt namens EU wieder finden könnten. Seine Antwort war, ja natürlich können wir uns wieder finden, ich zitiere nicht wortwörtlich, sondern sinngemäß, nur stellen wir fest, dass die demokratischen Organe der EU unterentwickelt sind und, dass das Europäische Parlament zu wenig Rechte hat usw. Eine Position.

Eine weitere Position ist die Position der Genossinnen und Genossen, die in der Bewegung "Raus aus der EU" arbeiten. Dritte Position ist die Position unserer Klagenfurter Parteiorganisation. Uns fällt es nicht im Traum ein, die Position "Raus aus der EU" irgendwie zu einem Ziel unserer Aktivität zu machen. Die Hauptkraft die „Raus aus der EU“ in Kärnten betreibt, ist die Massenorganisation namens Kärntner Heimatdienst. Das ist keine Organisation irgendwo am rechten Rand angesiedelt und sektiererisch, sie ist eine sehr breite Organisation, die tief in die Parteien bis hinein in die Sozialdemokratie reicht. Sie hat sich das zu ihrem obersten Ziel erkoren. Nicht deswegen betreiben wir nicht die Kampagne "Raus aus der EU", sondern aus einem ganz anderen prinzipiellen Grund. Weil wir der Meinung sind, dass die EU eine Form der Regulation der transnationalen Konzerne und ihres Systems ist und dass die Abschaffung dieser Form bei weitem nicht die Integration in irgend einer Weise verhindert oder abstellt, sondern dass diese Integration auf jeden Fall läuft. Ich könnte jetzt Beispiele anführen, wie das mit Slowenien aussieht, das schon lange vor seinem Beitritt zur EU vollkommen integriert sein wird in das, was EU bedeutet. In das System der transnationalen Konzerne in Europa. Ein Moment, warum wir diese Kampagne nicht betreiben ist, dass wir der Meinung sind, dass es viel wichtiger und viel entscheidender ist, dass wir zur Kooperation mit den linken Kräften in Europa zur grenzüberschreitenden Kooperation gelangen. Nicht zu Deklarationen, dass da irgendwelche gemeinsame Interessen haben, sondern zu konkreten Projekten. Ich will euch ein kleines Beispiel bringen. Unsere Kräfte sind nicht so groß in Klagenfurt, aber eines haben wir erreicht. Wir haben in den Widerstandstagen, ich weiß nicht, ob das für euch noch irgendwie ein Begriff ist, weil

das liegt jetzt schon zwei Jahre zurück, haben wir de facto ein Jahr lang vorbereitet. Womit? Durch Kooperation mit der Rifondazione. Warum haben wir das getan? Weil die Reaktion grenzüberschreitend arbeitet. EU oder nicht EU, das ist egal. Der Haider hat seine Aktivitäten im italienischen Raum schon lange vor unserer Diskussion, wie wir unsere Kräfte in dieser Region zusammen aktivieren könnten, unternommen. Auf Grund der Anwesenheit von Haider im oberitalienischen Raum hat die Rifondazione und haben wir uns geeinigt, das ist auch unser gemeinsames Projekt, den Rechten hier Widerstand zu leisten. Wir haben viele Referate im oberitalienischen Raum gehalten, die GenossInnen der Klagenfurter Organisation sind hinunter gewandert, haben Diskussionen in vielen Städten Oberitaliens gemacht und die italienische Partei hat unten Busse organisiert, deren Erfolge wir alle, die bei den Widerstandstagen bei der Demonstration anwesend waren, gesehen haben. Klagenfurt war überschwemmt bei der Diskussion mit roten Fahnen. Den Grünen ist der Arsch gegangen, die Grünen haben sich angeschissen, die mit uns in Kooperation diese Widerstandstage organisiert haben und haben unmittelbar vor der Demonstration den Ordnerdienst geschmissen, für den sie verantwortlich waren.

Sie haben die gesamte Demo in Frage gestellt. Die Demo ist trotzdem zu Stande gekommen. Und ich kann sagen, sie hat eine so nachhaltige Wirkung gehabt, dass wir bei unserem Wahlerfolg, den wir jetzt in den Gemeinderatswahlen gehabt haben, das direkt auch ablesen haben können. Unter anderem auch deswegen, weil wir auf Grund der Tätigkeit bei den Widerstandstagen und auf Grund dieser Kooperation mit den Linken außerhalb der Grenzen Kärntens eine Erneuerung auch der Klagenfurter Parteiorganisation personell durchführen haben können, weil neue Leute zu uns gestoßen sind, denen genau dieser Aspekt nicht nur getaucht, sondern den sie als wesentlich für die Zukunft Europas auch empfinden. Das ist der Grund, dass wir mit der Losung "Raus aus der EU" aber überhaupt nichts in dieser Situation anfangen können.

Dann fasse ich eines noch zusammen. Ich wollte eigentlich über das Wahlergebnis in Klagenfurt und in Villach reden. Ich wollte hervorheben, dass ich das positive Resultat in Klagenfurt, wo wir uns vervierfacht haben, in Villach, wo wir uns verdoppelt haben, bei einer größeren Ausgangsposition. Wir haben in Klagenfurt um 80 Stimmen das Mandat verfehlt. Dass wir das in keinem Fall irgendwie mit dem Stand der Programmdiskussion, die in Klagenfurt herrscht, verbinden. Das glaube ich, ist kein legitimes Mittel der Diskussion, wie sie heute hier gesehen haben. Das z.B. vom Gen. Parteder dieser Kurzschluss gemacht wird, dass der Wahlerfolg in Graz irgendwie mit dem Papier des Steirischen Landesprogramms zu tun hat. Das anzunehmen würde heißen, dass der Stand der Programmdiskussion in Klagenfurt, die nicht auf Basis des Steirischen Textes läuft, der Grund dafür war, dass wir 800 Stimmen bekommen haben statt 200. So etwas Absurdes würde uns nicht einmal im Traum einfallen.

Ich glaube, jetzt sage ich nur eines noch zu den vorliegenden Papieren und dann bin ich fertig. Wir haben jetzt ein Groß-Papier zur Abstimmung vorgeschlagen vom Bundesvorstand. Das Groß-Papier ist kein Kompromiss. Das Groß-Papier ist der Versuch, einen Konsens festzuhalten, der aus den verschiedenen Teilen der Programmdiskussion erreichbar ist. In einer Situation, wo die Leute den Sozialabbau wahrnehmen. In einer Situation, wo das Interesse an der KPÖ gestiegen ist. In dieser Situation einen so großen Parteitag ohne einen kollektiven Beschluss durchführen zu wollen, das ist gemeingefährlich. Das wäre ein schwerer politischer Fehler.

Gin. Stadler: *Der Gen. Parteder wünscht eine Richtigstellung.*

Gen. Parteder: Liebe Genossinnen und Genossen. Ob ich gemeingefährlich bin, weiß ich nicht, aber ich möchte zwei Dinge klar stellen. Wer mein Referat gehört hat weiß, dass eine derartige kurzschlüssige Verbindung zwischen Wahlergebnis und Programm, wie es hier suggeriert wurde, von mir nicht vorgenommen wurde. Aber ich habe mich aus einem anderen Grund gemeldet. Ich habe schon gehört, dass bei Bundesvorstandssitzungen usw. das berühmte "Mladina-Interview" des Gen. Kaltenegger als Beweis gegen unsere Haltung immer wieder angeführt wird. Ich war dabei, als dieses Interview gemacht wurde. Ich weiß, dass diese Äußerungen in dieser Weise nicht gefallen sind. Ich halte es für nicht gerade seriös, Rückübersetzungen aus einem langen Gespräch, das 2 Stunden gedauert hat, ins Slowenische und dann wieder ins Deutsche zurück zu übersetzen, hier als großes Argument anzuführen. Diese Art der Argumentation trifft jenen, der so argumentiert.

Gin. Stadler: *Der Gen. Mirko möchte einen Satz berichtigen.*

Gen. Messner: Zur Berichtigung. Ich habe nicht das Interview des Gen. Kaltenegger zitiert, um es gegen die Position von irgendwem anzuführen, sondern nur dazu, um zu charakterisieren, wie vielfältig das Spektrum der Meinungen zur EU in der KPÖ ist.

Gin. Stadler: *Danke, es kommt jetzt die Gin. Streiter zu Wort, und in Vorbereitung Gen. Koboltschnig.*

Gin. Streiter: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich bin eine Gisela und keine Lisl, bin 58 Jahre Mitglied der Partei und ebenso viele Jahre Gewerkschafterin und Betriebsarbeiterin. Ich möchte zu zwei Fragen sprechen. Zum Ersten: Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Zum Zweiten: Erfahrungen über Frauendiskriminierung.

Ich rede über eine erlebte Zeit, wo viele der anwesenden jungen GenossInnen noch nicht auf der Welt waren oder nicht bewusst teilnehmen konnten. Ich möchte in unserem Kreis mit einbauen Gin. Betriebsrätin Käthe Odwodi, die ihr Leben dem Kampf unserer Idee hingeben musste. Sie war Betriebsrätin bei der Ankerbrotfabrik und ihr Gedenken liegt dort noch auf. Sie, stellvertretend für die vielen jungen Frauen und Männer und darüber hinaus, die ihr Leben eingesetzt haben. Ich glaube, die müssen in unserem Blickfeld, in unserer Verantwortung, bleiben.

Zum Punkt aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Mich stören Ergebnisse der theoretischen Konferenz, die als Baustein für die Programmdiskussion abgehalten wurde. Ich habe aus dem "Argument" die Niederschrift. Ich zitiere hier, was mich an diesen Punkten stört. „Unsere Orientierung gilt einer Politik, die sich auf Emanzipation richtet, also nicht einer Stellvertreterpolitik.“ Weiters: „in der Praxis agieren viele Betriebsratskörperschaften oder sogar hauptsächlich als Vollzugsorgane der Unternehmerpolitik“. In dem Zusammenhang wird der Gen. Ernst Wimmer zitiert, aus Staat und Revolution, mit einer Darstellung, die aus dem Zusammenhang gerissen ist. Betriebsratswahlen. Ich möchte daran erinnern, dass das die letzte Basis ist, diese Wahlen in Betrieben und anderen Körperschaften, dass die direkt von der Belegschaft gewählt werden. Ich erinnere an die vielen Wünsche von Unternehmern oder auch anderen, die sagen, wozu brauchen wir

einen Betriebsrat, gehen wir direkt zum Schmidl. Mich stört weiter, dass trotz, das ist wieder zitiert: „..trotz umfassender Analyse der KPÖ in den letzten 30 Jahren die Hegemonie, hegemoniale Sozialpartnerschaft nicht ausreichend erkannt wurde. Dieses enge Verhältnis von ÖGB und SPÖ der absoluten Mehrheitspartei in den Gewerkschaften ist historisch entstanden und wird zunehmend kontraproduktiv“. Ist hier niemandem bekannt, dass es seit der Gründung des Einheitlichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes 1945 unsere Genossen waren, die Kommunistische Partei war, die gegen Fraktionen aufgetreten ist und immer wieder dagegen auftritt. Ich bin eigentlich stolz auf eine 1. Mai-Demonstration der Favoritner Organisation in diesen Jahren, wo wir ein riesiges Transparent gehabt haben, „Marxismus die Richtung, Arbeitereinheit der Weg, Sozialismus das Ziel“.

Zum Zweiten: Die Welt verändern. Es ist der Punkt 12 in den Thesen. “Die feministischen Bewegungen setzen sich seit mehr als einem Jahrzehnt mit den neoliberalen Veränderungen am Arbeitsmarkt und anderen Lebens kritisch auseinander“. In den letzten drei Jahrzehnten haben kommunistische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erreicht, dass im Frauenbericht der Regierung 1975-1985

festgeschrieben steht: ..dass die Einkommensunterschiede größer werden liegt sowohl an der traditionellen Lohnpolitik, prozentuelle Lohnerhöhungen, als auch am geteilten Arbeitsmarkt und an versteckten Diskriminierungen. Das nicht nur schwarz/weiß am Papier, sondern es hat Bewusstsein gemacht. Ich sage, Marx schau herunter, er ist nach 150 Jahren noch so aktuell, weil es ist uns gelungen, aus Lohn-Preis-Profit, wo Marx sagt: Lasst euch von den klingenden Prozentzahlen, der Rate des Arbeitslohnes nicht beirren, ihr müsst immer fragen, was war der ursprüngliche Betrag. Das trifft nicht nur die niederen Frauenlöhne, sondern natürlich auch die Löhne der Männer, die in Niedriglohnbranchen z.B. Textil, Handel arbeiten. Ich habe von Peter Menasse einen Newsletter - Menschen machen Hoffnungen - zur Rolle von Personen bei der Positionierung von Parteien. Da ist gleich nach dem Schlüssel und vorher dem Haider der Ernst Kaltenecker genannt. Es war nicht der Stalinismus als Alternative zum herrschenden System, der ein Fünftel der Grazer ihn wählen ließ. Nein, hier symbolisiert einer die elementare Hoffnung: Politik ist dazu da, Menschen in Not zu helfen. Vielleicht ist das ein Stück des Geheimnisses, warum dieser Erfolg in Graz.

Gin. Stadler: *Danke Gin. Streiter. Genossinnen und Genossen, es liegen uns noch 18 Erstwortmeldungen und 6 Zweitwortmeldungen vor und wir sollten eigentlich in 5 Minuten das Schlusswort halten. Wir haben gestern einen Zeitplan beschlossen, der die Zeit der Diskussion auch verkürzt. Es gibt einen Wunsch der steirischen GenossInnen, dass das Schlusswort zweigeteilt gehalten wird. Ich möchte das als Geschäftsordnungsantrag einbringen. Seid ihr einverstanden, dass sowohl der Genosse Baier als auch der Genosse Parteder ein Schlusswort abhält. Der Gen. Wendt möchte sich als Pro-Redner zur Verfügung stellen. Gibt es einen Kontra-Redner.*

Gen. Wendt: Ich halte diese Dualität nicht wirklich gut, das muss ich euch sagen. Ich denke, wir haben in der bisherigen Diskussion geschafft, uns zumindest ein Stückchen zu bewegen und es war eine sehr spannende Debatte. Ich verstehe jetzt nicht, warum man sagt, die steirischen Genossen haben den Wunsch, das wieder zweizuteilen, das wird nicht so sein, sondern, ich bin dafür, wir haben ein zweigeteiltes Schlusswort, so wie wir ein zweigeteiltes Einleitungsreferat gehabt

haben. Nämlich Gen. Baier und Gin. Pacher. Ich verstehe nicht, dass wir zwei Lager haben, die jeweils einen nominieren sollten, weil ich verstehe mich nicht als Teil eines dieser Lager. Ich habe das Referat von Gin. Pacher gut gefunden und wenn Gen. Baier ein Schlusswort hält, dann soll Gin. Pacher das auch machen. Und nicht ein zweites Lager, das spontan irgendwem nominiert. Wenn einer das nicht als pro empfunden hat, dann gebt noch jemandem die Gelegenheit, eine andere Pro-Rede zu halten. Ich verstehe es als Pro-Rede und ich hätte gerne, dass es so abläuft.

Gin. Stiefsohn: Ich rede selbstverständlich nicht dagegen und es spricht auch nichts dagegen. Kurto, du musst an dem Punkt auch nicht so zuspitzen. Es geht bloß, dass wir das übersehen haben am Anfang. Wenn du dir unsere Tagesordnung anschaust, im Zeitplan steht: Ein Schlusswort vom Gen. Baier. Jetzt sollten wir das einfach so beschließen, wir haben das am Anfang übersehen und da braucht man nicht irgend etwas hineininterpretieren. Wir stimmen das einfach ab oder wir ändern jetzt das, was wir am Anfang beschlossen haben.

Gin. Stadler: *Richtigstellung vom Gen. Höllisch.*

Gen. Höllisch: Im Zeitplan steht Schlusswort Plenum, aber das ist aus der Vorlage, wo gestanden ist „Hauptreferat Baier statt Groß“. Das würde sonst heißen: Baier. Jetzt ist der Vorschlag: Baier - Parteder und ich glaube, wir sollen nicht lange herumtun. Wir nehmen uns in Wirklichkeit noch Zeit für die inhaltliche Debatte weg.

Gin. Stadler: *Ich möchte jetzt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung bringen. Wer ist dafür, dass wir das Schlusswort zur Plenardiskussion in zwei Teilen abführen, dann ersuche ich euch um ein Zeichen der Zustimmung. Das ist die Mehrheit. Gin. Pacher zieht zurück und möchte, dass Gen. Parteder das Schlusswort hält. Wir führen jetzt die Diskussion noch 10 Minuten fort. Es können noch 2 Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen. Es ist jetzt zu klären, ob die Kollegen, die jetzt nicht mehr zu Wort kommen, ihren Beitrag schriftlich einbringen wollen. Es gibt jetzt berechnete Empörung, dass einige Genossinnen und Genossen nicht dran kommen. Wir haben einen Zeitplan beschlossen und wir haben bisher keinen Schluss der Rednerliste beschlossen. Es ist natürlich ein Problem. Es hat jede Genossin und jeder Genosse überzogen. Das sind natürlich dann die Folgen. Ich kann die Zeit nicht ausdehnen. Ich möchte jetzt als nächsten Redner den Genossen Koboltschnig zu Wort kommen lassen.*

Gen. Koboltschnig: Ich bin Bernhard Koboltschnig aus Völkermarkt, seit einem Monat Mitglied der Kommunistischen Partei und seit einer Woche Mitglied der neu gegründeten Bezirksgruppe Völkermarkt. Ich möchte meine Zeit hier oben nutzen, um ihnen kurz meine ersten Eindrücke zu schildern. Nach dem sehr herzlichen Empfang in der Landesleitung wurde ich sofort in die Tätigkeiten der KP Kärnten eingebunden. Ich habe bei meinen Genossinnen und Genossen einen sehr großen Enthusiasmus für die Arbeit mit den Menschen festgestellt, den ich genauso übernehmen möchte und werde. Berufsbedingt, ich bin Typographiker, also Setzer, bin ich es gewohnt, zum Teil in chaotischen Zuständen und Umgebungen zu arbeiten und auch nicht so schnell aus der Ruhe zu bringen. Bei der Anmeldung zum Parteitag war ich voller Erwartungen und Vorfreude auf konstruktive Gespräche und hitzige Debatten. Hitzige Debatten wurden sehr wohl geführt, doch musste ich mit Entsetzen feststellen, dass diese keineswegs konstruktiv waren, sondern aus meiner Sicht nichts anderes, als spitzfindige Bürokratie kombiniert mit einem Hauch

Separatismus. Dies ist sicher nicht das, was ich mir von einem Parteitag einer Partei dieser Größenordnung erwartet habe. Speziell die KPÖ hätte - oder hat - die Möglichkeit, in der momentanen Situation von Sozialabbau und Sommerschlussverkauf der Staatsbetriebe, sich zu profilieren und den Menschen eine reale Alternative zur 4-Parteien-Hegemonie zu bieten. Doch sollten wir nicht nur auf uns in Österreich blicken, sondern unsere Augen öffnen und auch versuchen, wenn es in weiter Ferne liegt, eine paneuropäische KPÖ zu etablieren. In diesem Sinne bitte ich sie, Genossinnen und Genossen, dem Papier vom Gen. Groß ihre ungeteilte Zustimmung zu geben, um damit der KP in Österreich zu neuem Schwung und Glaubwürdigkeit zu verhelfen.

Gin. Stadler: *Der Gen. Hobek wünscht einen Antrag zur Geschäftsordnung.*

Gen. Hobek: Es wollen doch noch einige Genossinnen und Genossen zu Wort kommen und ich stelle die Frage, ob es den 2 Schlussrednern möglich ist, ihre Beiträge kürzer zu halten, um damit die Diskussion fortsetzen zu können. Danke.

Gin. Stadler: *Der Gen. Baier möchte zu diesem Antrag sprechen.*

Gen. Baier: Es ist selbstverständlich möglich und ich denke mir, dass das auch der Partederer hinbekommen wird. Ich denke, die Schlussbemerkungen können sich auf einige Sätze beschränken.

Gin. Stadler: *Danke. Das heißt, dass wir jetzt noch mit der Diskussion weiter fortfahren können. Am Wort ist die Gin. Wanek, in Vorbereitung Gen. Promitzer aus Graz.*

Gin. Wanek: Liebe Genossinnen und Genossen! Gestern hat sich ein Genosse meiner Bezirksorganisation als "Newcomer" bezeichnet. Das gilt für mich nicht mehr. Ich bin eigentlich schon sehr lange Mitglied dieser Partei. Und für alle, die mich nur als Angestellte des Bundesvorstandes oder der Wiener Stadtleitung kennen, das bin ich erst seit 5 Jahren. Vorher war ich über 20 Jahre in der Reisebürobranche beschäftigt, viele Jahre davon als Betriebsrätin. Als dann aber die Firma pleite ging, konnte mein Chef zwar - kapitalistischer Logik folgend - aus der Konkursmasse eine neue Firma gründen, aber für mich als Frau über 40 war plötzlich alles anders: "zu alt", "zu teuer", ganz einfach nicht mehr gebraucht.

Doch nun wieder zurück zu meiner Einleitung. Was mich nämlich mit diesem neuen Genossen verbindet, der gesagt hat, er versteht das eine oder andere nicht. Auch ich verstehe so Manches nicht, nämlich die Tatsache, dass es auf diesem Parteitag nicht möglich sein soll, ein Papier zu beschließen, das auf EINFACHE FRAGEN EINFACHE ANTWORTEN GIBT.

Weil mein "Hauptbetätigungsfeld", wenn ich das so nennen darf, ist seit je her schon das Kinderland. Das Wiener Kinderland, das - neben vielen anderen Dingen, die es mit und für Kinder und deren Eltern leistet - ein großes Verdienst hat, nämlich das, dass nahezu ALLE Betreuerinnen und Betreuer, die in dieser Organisation freiwillig und völlig unentgeltlich arbeiten, alle aus der Organisation direkt kommen. Das sind junge Menschen, so 16, 17 bis 20, 25 Jahre, die die KPÖ natürlich wahrnehmen und sehr genau beobachten. Nicht zuletzt deshalb, weil die KPÖ ja schon seit Jahren nicht mehr als Geldgeberin fungiert und trotzdem immer noch präsent ist.

An dieser Stelle nur ein kleiner Exkurs: Ihr findet in euren Mappen einen Antrag mit der Nummer 32 blau, wo es um befreundete Organisationen geht. Unabhängig, wie

man zu diesem Antrag steht, eines möchte ich aber sehr wohl, nämlich auch das Kinderland als befreundete Organisation in diesen Antrag hinein reklamieren, denn als solche - und das traue ich mich als Bundesvorstand von Kinderland zu behaupten - als solche verstehen wir uns auch ohne regelmäßige Finanzspritze nach wie vor.

Aber das war nur ein Exkurs.

Wieder zurück zu diesem Parteitag und Kinderland Wien: Wie gesagt, diese Jugendlichen beobachten die KPÖ sehr genau und stellen natürlich auch Fragen, die ihre ureigenste Situation betreffen. Und dann soll es nicht möglich sein, neben den persönlichen Antworten und Argumenten, die man ja ohnehin ständig braucht, auf ein Papier zu verweisen, das die KPÖ, die vorgibt eine revolutionäre Partei zu sein und Lösungsvorschläge für die Probleme der Menschen parat zu haben, wenn sie, sie nur endlich begreifen und mittragen würden, erarbeitet und beschlossen hat, noch dazu in genau der Form, wie es sich in der Praxis abspielt: EINE KONKRETE FRAGE - EINE KONKRETE ANTWORT. Danke.

Gen. Fuchs: Genossinnen und Genossen. Wir haben jetzt noch Wortmeldungen vorliegen die 80 Minuten dauern würden. Wir sollten aber bereits in 5 Minuten mit diesem

Tagesordnungspunkt abschließen können. Ich bitte daher die Genossinnen und Genossen, die noch Beiträge halten wollten, diese schriftlich einzubringen. Wir haben jetzt aus der Rednerliste den Vorschlag, dass noch 2, die Gin. Todter und der Gen. Hobek spricht. Die anderen GenossInnen bitten wir, ihre Redebeiträge schriftlich einzureichen. Ich möchte euch um euer Einverständnis bitten, mit einem Zeichen mit der Karte.

Gin. Stadler: Gut, dann kommt jetzt der Gen. Promitzer, dann in Vorbereitung Gin. Todter und als Schlussredner in der Plenardiskussion, aber nicht als Schlusswortredner, der Gen. Hobek dran.

Gen. Promitzer: Liebe Genossinnen und Genossen. Wir sind hierher gekommen, um auf diesem Parteitag vielleicht ein Papier zu beschließen, über viele Papiere und Vorschläge zu diskutieren. Ich möchte dazu jetzt für niemanden Pro- und Kontrastimme abgeben. Aber in den letzten Stunden in dieser Diskussion ist mir eines aufgefallen, es gibt drei Begriffe, die immer wieder gefallen sind. Das Wort Orientierung, Zukunft und Ziele. Diesen Begriff „Ziele“, den möchte ich herausstreichen, weil ich glaube, wir haben alle ein Ziel, unsere Gesinnung so weit wie möglich zu verbreiten. Diese Gesinnung wollen wir verbreiten auf kommunaler Ebene, in den Betrieben und in unserem Land und darüber hinaus auch international. Aber wir sollten eines nicht vergessen bevor wir uns anschicken, die Welt zu erobern, sollten wir ganz klein anfangen. Wir sollten auf die Menschen zugehen, die in den Kommunen sind, neben uns wohnen, in den Betrieben sind. Wir können, glaube ich, wenn wir auf diese Menschen zugehen, ihnen zuhören, wenn sie uns fragen, was könnt ihr für mich tun, sehr viel tun in einfachen Worten und vor allem in Taten, das sollte unser Ziel sein. Ich möchte den Satz, den unser Landesvorsitzender gestern gesagt hat, klar und deutlich noch einmal sagen. Wir haben eine große Chance in Zeiten wie diesen in unserem Land, wo so viel von Sozialabbau und sonstigen Ressourcen geredet wird, haben wir eine große Chance, den Leuten unsere Gesinnung nahe zu bringen. Für diese schwere Arbeit wünsche ich uns allen sehr viel Erfolg und vor allem sehr viel Erfolg bei den nächsten Wahlen. Das ist das Wichtigste, um unsere Gesinnung in die Welt hinaus zu tragen.

Gin. Stadler: Danke. Gin. Todter und danach Gen. Hobek.

Gin. Todter: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich bin so schüchtern, kann das endlich jemand zur Kenntnis nehmen. Ich werde jetzt einen Rekordversuch starten

Zu meiner Person: Mein Name ist Beatrix Todter, arbeite in einem Krankenhaus, bin seit 10 Monaten Personalvertreterin, seit vielen Jahrzehnten die erste gewählte Personalvertreterin des GLB in der HG 2. Ich bin seit zweieinhalb Jahren bei der KPÖ und ein Leben lang schon dumm. Ich bin dumm, weil ich verstehe nämlich viel nicht. Und ich verstehe da herinnen viel nicht. Ich sitze staunenden Auges und verblüfften Gehöres da unten, ich habe viel gelesen, bewundere auch alle sehr, die das sagen und schreiben können. Aber verstehen tue ich es leider nicht. Daran wird sich so schnell auch gar nichts ändern, weil so schnell werde ich nicht mehr gescheiter werden. Ich höre Rivalitäten, manchmal scheint es, dass es Kämpfe sind um Beistriche oder Punkte auf einem Ö oder Ü. Alles was mir dazu einfällt ist, es ist schade um die Energie, die Kraft, die Kreativität und auch das Potenzial, das in den Verschiedenheiten unserer Persönlichkeiten liegt. Dass wir das zum Befinden nehmen, anstatt miteinander etwas zu machen. Das finde ich echt schade. Ich finde es weiterhin schade, dass zum Teil ein rüder Umgangston

herrscht, dass ich mich frage, seid ihr alle mit dem Jet durch die Kinderstube geschossen worden. Die laufende Meute fällt über jemanden her und eine zarte Seele wie ich überlegt sich wirklich oft, ob ich mich dann da hinauf stelle, weil ich mir denke, nachher kann ich nur mehr austreten und mich verstecken, weil da fürchte ich mich. Das ist schade.

Jetzt komme ich zu einem anderen Punkt. Ich finde es beschämend, in einer Zeit, wo die Menschen für die Verteidigung ihrer erworbenen Rechte, wie Bittsteller auf die Straße getrieben werden, um dort eine fraktionsübergreifende Solidarität zu erleben, einen Umgang, ein Verhalten, innerhalb meiner Partei zu erleben, die auf Auffassungsunterschieden herum reitet. Das verstehe ich nicht.

Ich erzähle eine Geschichte. Meine große Stärke ist Geschichten zu erzählen, aus der HG2, das sind die Öffentlichen Dienste in Wien Krankenhäuser - Krankenanstalten. Da sitze ich als Ein-Frau-Minderheit des GLB im Hauptausschuss. Da hat sich einmal ein Kollege von der KIF zu Wort gemeldet und die Mehrheit dort ist FSG. Der hat nur laut Luft geholt und die sind wie ein ostafrikanisches Kampfkrokodil über den hergefallen, ich habe mir gedacht, die vier Jahre, die ich da drinnen sitze, werde ich sicher nie meinen Mund aufmachen, weil dann gehe ich in Fetzerln hinaus. Dann stehe ich genau mit dem selben Menschen der FSG in der Strudelhofgasse, da hat es ein freies Mikrophon gegeben und da ist Zustimmung gekommen. Zustimmungen über die Fraktionen, da geht es um ganz andere Dinge.

Jetzt kommen wir kurz zu dem, was ich verstehe. Da bin ich schnell fertig. Unsere Welt ist durch politische und kapitale Interessen immer menschenfeindlicher geworden. Ich bin Kommunistin, weil ich eine Welt haben will, in der ich gern leben möchte. In einer Welt, wo die Frage nicht lautet, habe ich mehr als die anderen, sondern die Frage lautet, ist genug für alle da. Wenn auf irgendeinem Gebiet die Antwort auf diese Frage „nein“ lautet, dann ist genau das der Platz, mein Platz um dafür zu kämpfen, damit die Frage mit „ja“ beantwortet werden kann. Darum bin ich

Kommunistin. Sollte das jetzt irgendwie daneben gegangen sein, dann teilt mir das mit, ganz schonend, weil ich muss noch sehr lange arbeiten, bis ich pensionsberechtigt bin. Danke.

Gin. Stadler: *Danke Gin. Todter und nun Gen. Hobek.*

Gen. Hobek: Genossinnen und Genossen: Wofür steht die KPÖ? Die KPÖ ist nunmehr einzige Partei in diesem Land, die sich konsequent gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums wendet. Sie ist es wirklich. Auch Alfred Gusenbauer, der versprochen hat im Nationalratswahlkampf die soziale Wende zu sein gegen schwarz/blau bekräftigt am 26.9. der neuen Zürcher Zeitung, dass auch er für den Verkauf von Post und Telekom steht. Weil die KPÖ für diese Menschen in Österreich die konsequente Vertreterin ist, hat es mich ganz stolz gemacht, gewusst zu haben, wieder für den Gewerkschaftlichen Linksblock, aber als Kommunist, bei den Personalvertretungswahlen bei der Post anzutreten. Es hat mich mit Stolz erfüllt zu wissen, wofür die KPÖ steht und dies sehr vielen Menschen in meinem Betrieb vermittelt haben zu können, die genug haben, sich jahrelang von der sozialdemokratischen Fraktion Versprechungen anhören zu müssen, die genau gewusst haben, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Genossinnen und Genossen in den Betrieben, ihre konsequenten Vertreter sind, sich tagtäglich um ihre Sorgen kümmern und haben uns auf unserem Postamt, man spricht mittlerweile

vom Kommunistenpostamt Liesing, zur stärksten Kraft auf diesem Postamt gemacht. Wir haben analog zu unseren GenossInnen in der Steiermark auch diesen Wahlslogan übernommen: Helfen statt reden. Die Kolleginnen und Kollegen auf unserem Postamt wussten das zu schätzen. Wir haben sie vor Ort vertreten, wenn es um Kündigungen, um soziale Benachteiligung, gegangen ist. Wir sind als einzige Kraft vor Postämtern gestanden, die von Schließung bedroht waren. Wir sind die einzige konsequente Kraft in der Gewerkschaft, die sich nicht kaufen lässt, wie dies einige Personalvertreterinnen und Personalvertreter in den vergangenen Jahren von der FSG gemacht haben. Ist die KPÖ eine nützliche Partei, wenn sie sagt, am 3. Weltsozialforum in Porto Alegre teilzunehmen. Ist es für uns dann schlecht, auch dafür zu stehen, in ein Land zu fahren, wo es politische Umbrüche gibt, wo die Menschen dort eine Mehrheit schaffen für eine linke Bewegung, die jetzt dort die Regierung stellt. Da denke ich mir, sind noch zu wenige Genossinnen und Genossen bereit, sich einem Sozialforum anzuschließen, in einem Sozialforum mitzuarbeiten, das für uns als Kommunisten Chancen bietet. Für mich persönlich hat sich die Chance geboten, am 3. Weltsozialforum teilzunehmen, in einer Gewerkschaftsdelegation dabei zu sein, dort den Kolleginnen und Kollegen der FSG unsere Sichtweisen zu Sozialabbau, Rassismus, Frauenfeindlichkeit darzustellen. Es war am Anfang für die Kolleginnen und Kollegen nicht sehr leicht, mit uns umzugehen, aber mittlerweile sind wir dort unverzichtbarer Bestandteil auch in der Vorbereitung zum ASF in Hallein. Das sind nicht alle unsere politischen Freunde dort, das ist ganz klar. Manch einer redet nur von einer anderen Welt, wir wissen konkret, dass wir eine sozialistische Gesellschaftsordnung wollen, die unsere Welt ist.

Aber, Genossinnen und Genossen, wofür ich die KPÖ nicht haben will und für was sie nicht stehen sollte, ist ein Dialog der Beschimpfungen. Ich bin von Porto Alegre nach Hause gekommen, war sehr stolz, dort teilzunehmen, habe sehr viel erfahren dort, sehr viele neue Kontakte gewonnen und komme nach Hause, bekomme ein E-Mail nach Hause geschickt, wo mir ein „herzliches Willkommen“ bereitet worden ist

als Schoßhund des Walter Baier. Ich habe die Gelegenheit genützt, 5 Tage mit dem Walter dort gewesen zu sein. Wir kennen uns, wir wissen aufeinander zuzugehen. Wir wissen, was wir politisch von einander denken, aus verschiedenen Sichtweisen und Zugängen. Aber ich glaube, Genossinnen und Genossen, dass uns so eine Diskussion - und ich freue mich, dass die 2 Tage doch annehmbare Tage waren, wo wir uns nicht beflügelt haben wie es erwartet worden ist. Ich bin für einen Dialog, für einen kritischen Dialog. Meine Sichtweise zum Sozialismus ist eben eine, wo man nicht nur sagen kann, alles war schlecht, was in der Sowjetunion und in der DDR passiert ist. Sie waren Träger von 40 Jahren einer anderen Gesellschaftsordnung und es war dort doch für die Menschen - ich weiß aus eigener Erfahrung, meine Frau kommt aus der ehemaligen DDR – ich weiß, was dort den Menschen geboten worden ist und wo es einfach Defizite gegeben hat. Ich möchte euch jetzt bitten am Schluss, dass wir beide Dokumente hier beschließen, weiter diskutieren sollten. Und ich möchte euch zum Schluss doch noch einmal einladen: Unterstützt unsere Genossinnen und Genossen im Kampf gegen den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums. Es liegen Listen einer Initiative vor, die es zu unterstützen gilt. Ich bin einer der Initiatoren dieser Liste, sie war gedacht in meinem Personalvertretungswahlkampf als Möglichkeit, doch die Post vor dem Ausverkauf zu retten. Es wird ein schwerer Weg sein, aber mit eurer Unterstützung für die vier Jahre in meiner Betriebsrattätigkeit vor Ort, meiner Unterstützung in meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit im Zentralvorstand der Post, danke ich, und ich bin wieder stolz darauf, in dieser Partei zu sein, wird es gelingen. Freiheit Genossen.

***Gen. Stadler:** Danke Gen. Hobek. Wir haben damit die Plenardiskussion abgeschlossen. Es haben sich heute am Vormittag 21 Genossinnen und Genossen an der Diskussion beteiligt und ich möchte eigentlich doch mit Stolz hervor heben, dass wir gestern und den heutigen Tag das Reißverschlussprinzip einhalten konnten und sogar noch weiter fortführen konnten. Ich glaube, dass ist der erste Parteitag, wo wir da wirklich als Frauen konsequent mithalten konnten. Ich möchte jetzt dem Gen. Parteder das Wort erteilen. Danach kommt der Gen. Baier dran.*

Nicht gehaltene (schriftlich abgegebene) Diskussionsbeiträge

Gen. Willi Gaisch (BO Graz)

Die tiefe ernste Krise des Marxismus datiert nicht erst seit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und dem Niedergang der kommunistischen Weltbewegung. Die theoretische Konfusion trat schon wesentlich früher in Synthese mit den Deformationen des realen Sozialismus ein.

Auch in der KPÖ bestehen – wie kann es anders sein- unterschiedliche ideologische Strömungen. Uns eint das Bekenntnis zu einer „marxistischen Partei der Vielfalt“. Es ist ein Verdienst der KPÖ-Steiermark, diese Formel am „außerordentlichen Parteitag“ geprägt und am 31. Parteitag zur Beschlussfassung vorgeschlagen zu haben. Eine Voraussetzung für die Ausarbeitung des neuen Parteiprogramms ist eine authentische marxistische Standortbestimmung. Was ist angesichts der theoretischen Verwirrung zu tun?

Gegenwärtig und wahrscheinlich für eine längere Zeit steht der entschlossene und hartnäckige Kampf für die Verteidigung der Grundlagen des Marxismus und für seine

Weiterentwicklung zu einer zeitgemäßen sozialistischen Theorie auf der Tagesordnung.

Einerseits müssen wir alle Versuche abwehren, den Marxismus durch bürgerliche Denker – auch wenn sie ein marxistisches Mäntelchen umhängen- zu „ergänzen“ und seine originäre Substanz zu eliminieren.

Andererseits wäre es grundfalsch einen undialektischen Bogen von Marx, Engels, Lenin bis hin zu Stalin und zu neueren marxistischen Theoretikern zu spannen, der sich einer marxistischen historisch-theoretischen Analyse verweigert. Das führt zum dogmatischen Tod des Marxismus. Vielmehr gilt es, den folgenden methodologisch-theoretischen marxistischen Leitsatz für die notwendige Entwicklung des Marxismus anzuwenden: Jede (theoretische und normative) These muss historisch betrachtet und mit den aufhebenswerten Errungenschaften der modernen Sozialwissenschaften und den konkreten Erfahrungen der Geschichte verbunden werden. Nur so können theoretische Einsichten gewonnen werden. Die marxistische Theorie ist insofern eine Erfahrungswissenschaft, als dies einschließt, die von den bürgerlichen Wissenschaften aufgezeigten Tatsachen aufzugreifen und in die Erkenntnis sozialer Prozesse mittels der Marxschen Methodologie einzubeziehen. Zugleich ist es notwendig, die reaktionären Tendenzen, die taxfrei mitgeliefert werden mittels der Kritik der materialistischen Dialektik zu verwerfen und der eigenen Linie zu folgen.

Diese historische Entwicklung des Marxismus involviert aber auch, sich von solchen

Irrtümern zu lösen, von denen Marx, Engels und Lenin als Giganten des revolutionären Gedankens nicht frei waren – als Ausdruck „revolutionärer, heroischer Ungeduld“ oder durch Grenzen der Erkenntnismöglichkeit der damaligen Zeit verursacht. Kurzum: Ohne eine solche marxistische Positionierung gibt es keine marxistische Theorieentwicklung.

Die KPÖ tangiert zweifelsohne das Problem, unsere Zeit aus dem heutigen marxistischen Erkenntnisfortschritt zu begreifen. Unsere Zeit kann man aber nicht begreifen ohne die gegenwärtige Epoche zu verstehen und diese kann man nicht erkennen ohne die Leninsche Imperialismustheorie für einen (möglichen) Gang der Weltgeschichte in Richtung einer kommunistischen Zivilisation zu nutzen und weiterzuführen. Nur aus dieser Sicht wird deutlich, dass Sozialismus/Kommunismus modern ist.

Die „Thesen“ abstrahieren vom ökonomischen und klassenpolitischen Kerngehalt des Imperialismus-Begriffs und von dessen Charakter als geschichtstheoretischen Begriff. Das ist der Ausgangspunkt ihrer Fehlorientierung. Man kann die historische Phase des Imperialismus nicht begreifen, wenn man den Begriff Imperialismus, statt als Monopolkapitalismus, statt als „Reaktion auf der ganzen Linie, als sterbenden Kapitalismus“ (Lenin) bloß als imperialistische Kriegspolitik, als politisch-militärisches Herrschaftssystem begreift. Wer bei der Analyse des heutigen Kapitalismus und der Bestimmung des sozialistischen Zieles auf Schlüsselbegriffe wie „Epoche“, „Grundwiderspruch“, „Klassenkampf“, „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ und „Revolution“ verzichtet, stößt nicht zu den Grenzen der Reformbarkeit des Kapitalismus vor.

Der allgemeine Kapitalismus-Begriff, wie er in den „Thesen“ benützt wird, erfasst nicht die Praxis-entscheidende Spezifik unseres historischen Orts und bestimmt sich in seiner weiten Dimensionierung nicht aus dem geschichtlichen Widerspruchsverhältnis zum Sozialismus. Der Imperialismus-Begriff definiert die allgemeine Krise des Kapitalismus ebenso wie die Notwendigkeitstendenz zum Sozialismus. Aus der Analyse des sich entwickelnden

Kapitalismus bestimmt er die kritische Phase in der sich die Epoche des Übergangs

vom Kapitalismus zum Sozialismus aktuell verdichtet und konzentriert. Wer ernsthaft vom Imperialismus spricht, sagt nicht nur, dass entgegen dem Augenschein der Kapitalismus endlich ist, sondern sich bestimmbar in seinem Endstadium befindet. Das „Wie“ seines Exitus, seiner Überwindung ist allerdings selten deutlich zu erkennen, und der Imperialismus-Begriff trägt keine Aussage über die Dauer und den Verlauf des Endstadiums.

Der Sozialismus spiegelt die gesetzmäßige Bewegung des bestimmten historischen Orts, den Übergang von der „Vorgeschichte“ zur „eigentlichen Geschichte“ adäquat wider und bildet sie aus. Der Imperialismus hingegen ist deren inadäquater Ausdruck; er spiegelt die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung verkehrt und verzerrt wider. Imperialistische Vergesellschaftung ist wesentlich deformierte Vergesellschaftung und deformierte Globalisierung, die ohne Revolution in die Barbarei führt.

Das imperialistische Stadium des Kapitalismus gewinnt seine relative Geschichtsfähigkeit wie seine geschichtlich-qualitative Möglichkeitsgrenze aus seiner Bestimmung unmittelbare Vorstufe des Sozialismus zu sein. Insofern kann der Imperialismus als die Perversion dessen, was Sozialismus sein soll, bezeichnet werden.

Das Reifen des Sozialismus – überhaupt des Kommunismus – im Schoße der heutigen Phase des kapitalistischen Imperialismus zeigt sich als eine solche neue Qualität, in der sich ein Kulminationspunkt weltgeschichtlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus manifestiert. Hierbei handelt es sich um einen zutiefst objektiv-gesetzmäßigen Prozess in einer wirklich historischen Dimension, die nicht nur die

Mängel und Irrtümer unserer herkömmlichen Epochebestimmung „hinter sich“ gelassen hat, sondern gleichfalls die Irrtümer von Marx, Engels und Lenins hinsichtlich des historischen Zeitmaßes, des gesellschaftlichen Fortschritts in Richtung Sozialismus als praktisch-politische Aktion und theoretische Voraussicht. Und eine solche Positionierung ist gleichfalls nicht unmittelbar mit revolutionären Ausbrüchen großen Stils und historisch-konkret mit dem Fortgang der sozialistischen Revolution auf unseren Planeten gekoppelt.

Verklammert bleibt die historische Phase des Imperialismus mit der Formierung des „subjektiven Faktors“ – der Arbeiterklasse – die objektiv die subjektive Hauptvoraussetzung in diesem epochalen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus werden könnte. Die marxistische Analyse der „objektiven Bedingungen“ des Übergangs von der einen Epoche zur anderen hat diese Intention. Und gerade das macht eine marxistische Partei notwendig, die auf dem Kampf für die unmittelbaren Lebensinteressen aller arbeitenden Menschen für radikal-demokratische Reformen orientiert und zugleich die sozialistische Zukunft vertritt und hierfür zugleich das notwendige Bewusstsein schafft.

Gen. Werner (Bill) Hofmann, Betriebsorganisation VOEST Linz und Grundorganisation Linz Mitte

Meiner Ansicht nach, der sich bei einer Diskussion der GO Linz Mitte einige anschlossen, braucht eine kommunistische Partei kein Programm.

Denn diese starre Form, nach 1 1/2-jährigen Diskussion gibt es nur Kompromisspapiere, ist in der schnelllebigen Zeit schon bei ihrem Beschluss unaktuell.

Unsere Partei hat genug erfahrene und entsprechend gebildete Funktionäre und Mitarbeiter, die sowohl die Geschichte, als auch aktuelle wirtschaftliche und

politische Entwicklungen analysieren und daraus Schlüsse ziehen können, die in den entsprechenden Gremien diskutiert und entsprechende Aussagen beschlossen werden können.

So wäre unsere Partei immer am aktuellen Stand, mit entsprechendem Echo in der Öffentlichkeit und nicht mit einem perfekt durchdiskutierten Programm, das niemanden außerhalb unserer Organisation interessiert.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen, dass nach 2 Jahren Diskussion, 2tägigem Parteitag beschlossen, dann 2 Jahre Interpretation, der ganze Krampf wieder von vorne anfängt. 2 Jahre....

Gen. Hrynaz Edith

Genossen und Genossinnen!

Zum ersten Mal seit meiner Parteizugehörigkeit nehme ich aktiv an einem Mitgliederparteitag teil.

Ich fühle mich zwar dieser Bewegung zugehörig, war aber immer distanziert und habe mich nie wirklich in die Partei eingebracht.

Ich überlies das Denken anderen, von denen ich glaubte, dass Sie mehr über eine kommunistische Partei oder Bewegung wissen als ich es kann und wissen wollte.

Umso enttäuschter bin ich seit gestern. Enttäuscht und wütend, wie dieser Parteitag abläuft und worin ich eine eigentliche wirkliche Aufgabe nicht erkennen kann.

Wieder einmal versuchen wir uns neu zu definieren. Dies alles geschieht unter dem

Schlagwort: Selbstverständnis der Partei, ein neues Programm muss her.

Aber was ist Selbstverständnis? Beruht es nicht darauf, dass ich mich selbst verstehe? Können wir uns daher nicht mehr als kommunistische Partei verstehen?

Ich bin Kommunistin! Mein Selbstverständnis beruht auf den marxistischen Theorien, die den werktätigen, lohnabhängigen Menschen in den Vordergrund stellt.

Diesem Grundsatz fühle ich mich zugehörig und veranlasste mich, der Kommunistischen Partei beizutreten.

Ich bin es satt, ständig irgendwo zugeordnet werden zu müssen. Ich kenne meine Position und weiß wo ich stehe.

Als Mensch möchte ich wahr genommen und ernst genommen werden mit meinen Bedürfnissen und Wünschen, gerade von dieser Partei.

Dass ich weiblicher Abstammung bin, ist rein biologisch nicht in der marxistischen Darstellung zwangsläufig. Zwangsläufig ist es nur über die derzeit herrschenden Verhältnisse, die mich in dieser Position sehen und in dieser Position sehen wollen.

Aber das bin nicht ich!

Statt dessen stelle ich fest, auch in der österreichischen kommunistischen Bewegung werde ich zugeordnet. Nicht auf den Theorien von Marx und Engels beruhend, sondern von Menschen die glauben, wir müssen Gegensätze neu schaffen, um sie abschaffen zu können. Dies ist wirklich nicht notwendig z.B.:

Ich brauche kein eigenes feministisches Programm, um mich als Mensch wahrnehmen zu können, das reduziert mich nur auf eine Rolle, die mir die herrschende bestehende Gesellschaftsordnung sowieso schon aufoktroiert.

Dafür brauche ich diese Partei nicht. Ich brauche eine Partei, die zusammenführt und nicht auseinander dividiert.

Ich brauche diese Partei, um diese Gesellschaftsordnung verändern und durchbrechen zu können, aber nicht um mich als Frau zu bestätigen, sondern um mich als gleichberechtigter Mensch fühlen zu können.

Ich brauche eine Partei und Menschen, die sich daher als Menschen sehen und

nicht als Geschlechter, Rassen oder sonstigem zugehörig. Überbrücken wir zuerst einmal selbst diese Gegensätze. Darin sehe ich unsere Stärke und Aufgabe. Vorwärts Genossen und Genossinnen, gehen wir es an und überdenken wir unsere Einstellung und unser Programm neu.

Gen. Heinz Slezak, Wien 12

Meinungsvielfalt und Gesprächskultur in unserer Partei.

Ausgehend von den unverantwortlichen Vorfällen bei der Diskussion "Wofür steht die KPÖ" in Ottakring sehen wir die Notwendigkeit, die seit Jahren in verschiedenen Veröffentlichungen geübte Praxis der Verunglimpfung von zentralen Funktionären unserer Partei entschieden zu verurteilen.

1. Meinungsunterschiede, konstruktive Kritik, sachlich geführte Diskussionen, sind wesentliche Bestandteile einer kommunistischen Partei und werden als solche auch von der überwiegenden Mehrheit unserer Partei verstanden. Daher ist es bedauerlich, dass sich einzelne Genossen nicht an diese Grundsätze halten, siehe Internet, Argument, NVs, Tribüne. Daraus entsteht Misstrauen und ein jeder konstruktiven Zusammenarbeit widersprechendes Klima. Dieser Zustand ist umso bedauerlicher, weil am Beispiel NVs durchaus positive und für die Partei wichtige Stellungnahmen und Artikel untergehen.

2. Ich meine, dass mit der Absicht, die weitere Programmdebatte vertieft fortzuführen, die unbedingte Notwendigkeit besteht, das gegenseitige Vertrauen und die Gesprächskultur neu zu entwickeln bzw. zu objektivieren.

Ein möglicher Weg könnte sein:

- Persönliche Diffamierungen vollständig zu unterlassen.
- Diskussionsbeiträge mit diffamierendem Inhalt nicht veröffentlichen.
- Einen Appell an die Herausgeber der NVs zu richten, aber auch an den Bundesvorstand, Herausgeber der „Volksstimme“, angesichts einer steigenden Verantwortung (positive Wahlergebnisse) einen konstruktiven Zusammenschluss aller in der Pressearbeit tätigen Genossinnen und Genossen für eine klassenbewusste, linke, vor allem aber kommunistische Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen. Das beinhaltet auch die Einstellung aller Publikationen, die derzeit von Personen oder Gruppen außerhalb der Parteigremien hergestellt werden.

Mit dem Beitrag will ich meine Besorgnis über die derzeitige innerparteiliche Situation zum Ausdruck bringen und einen Weg zeigen, der hilft, bestehende Gräben zu überwinden auf der Basis von konstruktiver Kritik und Meinungsvielfalt.

Gen. Herbert Waloschek

Das große Versagen.

Ein Jahrzehnt von Misserfolgen ist genug.

Jede ernsthaft auf längerfristige Entwicklung orientierte politische Bewegung schreibt ihre strategischen Grundsätze fest. Eine formulierte politische Strategie

(„Programm“) ist nötig zur Kommunikation nach Außen, um als politische Kraft, möglicher Bündnispartner oder sonst ernst genommen zu werden. Ebenso ist eine programmatische Grundlage nötig als Maßstab und Orientierungshilfe in der Tagespolitik.

Dem Festschreiben programmatischer Grundlagen geht notwendiger Weise ein umfassender, mitunter kontroversieller, Diskussionsprozess voraus. Eine politische Kraft, die Wert darauf legt, dass sich ihre Mitglieder mit der politischen Strategie identifizieren, kann ohne diesen Diskussionsprozess nicht auskommen. Jede andere Form der Festlegung von politischen Leitlinien - etwa durch Vorgabe „politischer“ Gremien oder Mehrheitsbeschlüsse auf Parteiversammlungen - können dagegen nur politische Angebote darstellen. Den Mitglieder steht dann offen, ob sie dieses „Angebot“ annehmen oder sich verabschieden. Die Chance, gemeinsamer Identifikation über einen gemeinsamen Entwicklungsprozess, mündend in einem gemeinsamen Programm, kann so ein „Angebot“ nie bieten.

Seit dem Grazer Parteitag hat jeder Parteitag die Führung der Partei beauftragt, programmatische Grundlagen für unsere Partei zu erarbeiten. Einen solchen Auftrag hat auch der 30. Parteitag erteilt, mit Frist und inhaltlicher Vorgabe, wie es Gen. Gaisch in seinem Brief beschreibt: Das Dokument, das Walter Baier dem 31. Parteitag vorlegen wollte, entsprach so wenig, dass Walter Baier dieses Dokument selbst zurück zog.

Jetzt, unmittelbar vor dem 32. Parteitag, hat die Parteiführung um Walter Baier die programmatische Diskussion noch immer nicht zu Stande gebracht, den Auftrag immer noch nicht erfüllt.

Der 31. Parteitag hat Walter Baier einen Vertrauensvorschuss gegeben, der so knapp war, dass ziemlich jeder politisch Anständige darauf mit Rücktritt reagiert hätte.

Anders die Führung unter Walter Baier: Dem politischen Druck entsprechend, wurde zunächst eine Programmkommission geschaffen. Kaum brachte diese einen Prozess politischer Diskussion in Gang, einen Prozess, der nicht nur der Steuerung der engsten Führung gehorchte, setzten altgewohnte administrativ-stalinistischen Mechanismen ein. Nach altem Muster wurde desavouiert und diffamiert, die Kommission schließlich aufgelöst. Die administrative Macht des Apparats, die Macht über die Parteimedien setzte Gerüchte, halbe Wahrheiten und ganze Unwahrheiten in die Welt gesetzt, wie schon früher - um nur einige zu nennen - gegenüber den Genossen Bruckner, Mikosch, Reiter, Langer, Parteder,... und im letzten Argument gegen Genossen Willi Gaisch. Wie immer, seitdem Walter Baier unsere Partei führt, folgt als Popanz, als „Totschlag-Argument“ die Behauptung, die Einheit der Partei stünde auf dem Spiel.

Statt Dialog Konfrontation und Verleumdung. Das ist der Weg dieser Parteiführung unter Walter Baier. Die Spaltung, die Gefährdung geht von dieser, so erfolglosen Führungsspitze aus. Diese Führungsspitze unter Walter Baier hat mehr als ein Jahrzehnt lang jeden Diskussionsprozess, jeden Dialog verhindert. Diese Führungsspitze hat uns mehr als ein Jahrzehnt lang eine erfolgreiche Entwicklung massiv behindert. Diese Führungsspitze trägt Verantwortung dafür, dass unsere Partei politisch weitgehend erfolglos geblieben, jedenfalls weit unter den objektiven Möglichkeiten geblieben ist. Die steirische Partei, voran die Grazer Genossen, haben gezeigt, wie hoch die Latte liegen kann, nicht erst im Jänner 2003, schon bei der letzten Wahl hatten die Grazer Genossen acht Prozent der Stimmen erreicht. Zu Recht haben die steirischen Genossen damals ihren Erfolg nicht überbewertet, sie haben den Erfolg gesehen als Herausforderung, als Aufforderung noch intensiver, noch ernsthafter politisch zu arbeiten. Ihre „Theorie für das tägliche Leben“, ihre

klare politische Position im Landesprogramm, hat die Verdoppelung der Stimmen, die Vervielfachung der öffentlichen Anerkennung, nicht behindert.

Das gültige Statut schreibt vor:

„Alle vom Bundesvorstand bzw. von den von ihm eingesetzten Kommissionen erarbeiteten politischen, programmatischen oder das Statut betreffenden Vorschläge sind rechtzeitig vor dem Parteitag zu veröffentlichen und so wie die personellen Vorschläge in den Bezirksmitgliederversammlungen ... zur Vorbereitung des Parteitages zur Diskussion zu stellen. Ergänzend dazu ist eine schriftliche Diskussion zu veranstalten.“

Der Bundesvorstand mit Gen. Walter Baier an der Spitze kann immer noch keinen Entwurf eines Parteiprogramms vorlegen.

Der Bundesvorstand hat am 6.4.2003 ein „Positionspapier“ zur Vorlage am Parteitag beschlossen, am 10.4.2003 im Argument veröffentlicht.

Wer behauptet, eine schriftliche Diskussion wäre innerhalb von 17 Tagen möglich, mit Meinungsäußerung, Gegenäußerung, Zusammenfassung, Konsens... ?

Wer beraubt die Mitglieder ihres Rechtes auf schriftliche, ausreichende und parteiöffentliche Diskussion?

Welcher Bezirksmitgliederversammlung kann das vom Bundesvorstand erst am 6.4.2003 beschlossene, am 10.4.2003 veröffentlichte „Positionspapier“ noch vor Beginn des Parteitags am 27.4.2003 Parteitag diskutieren, wie es das Statut vorsieht?

Welcher Bezirksmitgliederversammlung wurden personelle Vorschläge zur Diskussion vorgelegt?

Wer beraubt die Grundorganisationen ihrer statutarischen Rechte?

Ein Parteivorstand, der ein Programm, ein „Positionspapier“, ohne ausreichende Möglichkeit der Diskussion als „Entscheidungsgrundlage“ vorlegt, handelt gegen das Statut, gefährdet das Gelingen des Parteitags, gefährdet die Einheit der Partei.

Der Bundesvorstand unter Walter Baier...

Schlusswort zur Plenardiskussion

Gen. Parteder:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der Verlauf dieser 1. Tagung dieses 32. Parteitages zeigt, dass ein Mitgliederparteitag etwas sehr sinnvolles ist. Ich glaube, diese Schlussfolgerung können wir nach dem Parteitag in Graz 1991 auch jetzt ziehen. Ich glaube, niemand braucht eine Angst vor der 2. Tagung des Parteitages am 14./15. Juni zu haben. Die Diskussionen waren sehr interessant, sehr kontroversiell. Es sind verschiedene Meinungen geäußert und gesagt worden und ich glaube, jeder von uns kann aus dem, was jemand gesagt hat, auch wenn man nicht seine Meinung oder Position teilt, etwas lernen. Das ist die Aufgabe solcher Beratungen von Kommunistinnen und Kommunisten. Einen Gedanken möchte ich aber sagen. Es wird oft gesagt, streitet nicht so viel, wir müssen arbeiten. Das stimmt, aber erinnern wir uns an die Geschichte unserer Bewegung zurück. Gerade

in den Zeiten der Oktoberrevolution, des Bürgerkrieges und danach haben die Bolschewiki gekämpft, gearbeitet und gesiegt und sie haben gleichzeitig gestritten und diskutiert. Wenn ihr euch die Argumente, Debatten und Diskussionen der damaligen Zeit anhört, dann werdet ihr merken, dass es nichts schlechtes ist, wenn Kommunistinnen und Kommunisten unterschiedliche Meinungen haben, wenn es auch Konflikte gibt, das ist normal in einer kommunistischen Partei.

Jetzt zum Schluss. Es geht um die Schlussfolgerung. Da muss ich sagen, irgendwie bin ich froh, dass ein Steirer, auch wenn er in Wien schon lange lebt eine Idee gehabt hat, diese 1. Tagung des Parteitages zu einem guten Ende führen kann. Nämlich es ist dies der Antrag 16, des Gen. Helmut Langmann, sowohl das Papier des Gen. Groß, als auch unser Papier zu beschließen und zwar mit der Hinzufügung, dass das keine programmatischen Festlegungen bedeutet, dass das kein Dokument mit programmatischem Charakter ist. Ich glaube, dann ist klar, wir haben ein Aktionsprogramm, wir sagen unsere Meinung zu den Ursachen von Krise und Krieg. Das, was viele Genossinnen und Genossen fordern, dass wir hinausgehen müssen und den Leuten sagen sollen, was wir zu bestimmten Fragen und Erscheinungen, wie der Privatisierung des öffentlichen Eigentums sagen, diesem Wunsch ist, wenn dies beschlossen wird, Rechnung getragen. Ich höre schon auf, möchte nur eines sagen. Für mich persönlich ist sehr wichtig, dass die Passagen, die die EU-Politik betreffen im Aktionsprogramm, das wir als Antrag vorlegen, nicht verändert werden.

Schlusswort zur Plenardiskussion

Gen. Baier

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich glaube, dass das was jetzt Franz Stephan Parteder gesagt hat verantwortungsbewusst zusammenfasst, was das Ergebnis der Diskussion der letzten 2 Tage gewesen ist. Es war das eine Diskussion, die vielfältig gewesen ist. Sie war gekennzeichnet dadurch, dass viele Genossinnen und Genossen - und meiner Erinnerung nach mehr Genossinnen und Genossen als in den letzten Parteitagen - aus Gewerkschaften, Betrieben und aus der Aktion berichtet haben. Das Ergebnis dieser Diskussion besteht darin, dass wir auf diesem Parteitag in Würdigung der Arbeit des Gen. Groß, das vom Gen. Groß vorgeschlagene Papier beschließen, es erweitern um das Aktionsprogramm, das im Steirischen Antrag enthalten ist und es erweitern um die außerhalb des Aktionsprogramms getroffenen Aussagen. Das ist, glaube ich, ein tragfähiger und ein realistischer Kompromiss, weil er die Fragen des Selbstverständnisses, um die es dem Groß geht, verbindet mit den Fragen der Aktionsorientierung. Das daraus entstehende Papier ist vielleicht keine Schönheit, weil es über lange Passagen die selben Textelemente beinhaltet. So ist es eben. Dieses Papier ist keine Schönheit, aber es ist ein Papier, das Fragen des Selbstverständnisses zum Wesen, zum Charakter unserer Partei, unseren Vorstellungen eines demokratischen und emanzipatorischen Sozialismus verbindet mit den Aufgabenstellungen in der Aktion. Gen. Parteder hat mich ersucht, auch klar zu stellen, dass mit der Beschlussfassung dieses umfangreichen Papiers nicht eine Art ideologischer Missbrauch betrieben wird. Dass über die Hintertür ein programmatisches Dokument aus dem Selbstverständnistext gemacht wird. Ich möchte euch dazu etwas vorlesen, das ist ein außerordentliches Dokument. Der Gen. Groß hat seinen Schlaganfall während

der Arbeitszeit erlitten, während er einen Text für die „Volksstimme“ über den Parteitag geschrieben hat. Die letzten Zeilen dieses Textes lauten: Die KPÖ muss es sich zur Aufgabe machen, den Unmut und die Proteste zu politisieren und Widerstand zu organisieren, ohne soziale Bewegungen modeln zu wollen. Sie muss den Protest eine politische Stoßrichtung gegen den Neoliberalismus, das Verteilungsunrecht und das kapitalistische Profitsystem geben. Dabei könnte ihre Rolle größer sein, als es jetzt aussehen mag. Ich glaube, das ist der Sinn und das ist der Geist, in dem wir das vorliegende Papier beschließen sollten.

Abschließend, Genossinnen und Genossen, noch zwei persönliche Anmerkungen. Die Genossinnen und Genossen in den Bundesländern haben vielleicht festgestellt, dass bei unserer heutigen Tagung mehr Wiener Betriebsrätinnen und Betriebsräte gesprochen haben, als das auf früheren Parteitagen der Fall gewesen ist. Die Gin. Todter, die bei der letzten Personalvertretungswahl ihr Mandat gewonnen hat. Der Gen. Hobek, der eine Mehrheit auf dem Postamt in Wien-Liesing erreicht hat. Der Gen. Becker, der ein Personalvertretungsmandat bei den Wiener Verkehrsbetrieben erreicht hat. Wir haben bei den letzten Wahlen zu den Wiener Verkehrsbetrieben in der Vorgartengarage, das ist ein großer Betrieb kann man sagen, auch eine Mehrheit gewonnen. Ich erwähne das deswegen, Genossinnen und Genossen, weil wir nicht so tun sollten, als ob es in unserer Partei nur an einem einzigen Punkt politische Erfolge gibt. Unsere Partei ist mehr als eine Landesorganisation, unsere Partei ist mehr als sieben, acht oder neun Landesorganisationen. Unsere Partei ist eine einheitliche, eine gesamtösterreichische und eine internationalistische Partei.

Damit abschließend, Genossinnen und Genossen, meine letzte persönliche Anmerkung. Das Ergebnis, das wir jetzt erzielt haben, mit der Verbindung von Aktionsorientierung und grundsätzlichen Stellungnahmen zum Selbstverständnis öffnet einen Weg für unsere Partei. Ich möchte, dass dieser Weg dahin führt, dass wir Parteitage nicht so vorbereiten, dass sich zwei wie D-Züge aufeinander zuschießende Blöcke zueinander bewegen und im letzten Moment dann die angeblich großen Spieler des Parteitages einen Kompromiss erzielen. Wir brauchen eine demokratische Partei, die die Partei der Mitglieder ist. Wir brauchen eine Diskussion, in der in die Kompromissfindung alle Genossinnen und Genossen einbezogen sind. Wenn wir aus diesem Mitgliederparteitag etwas lernen können, dann ist es auch, dass Demokratie in unserer Partei erfordert, dass wir bestehende Frontstellungen von allem Anfang an aufbrechen um eine konstruktive, solidarische und demokratische Diskussion zu ermöglichen. Es ist die kommunistische Partei, nicht die Partei von unterschiedlichen Funktionsgruppen, sondern es ist die kommunistische Partei, die Partei jedes einzelnen Genossen, jeder einzelnen Genossin.

Deswegen möchte ich abschließend noch eines sagen, wir werden uns sehr bemühen, die zweite Sitzung unseres Parteitages in einer anderen Art vorzubereiten. Erstens, in dem es viele Gespräche geben muss, um im Vorfeld des Parteitags Fragen zu diskutieren, die auf einem Parteitag nur sehr schwer diskutiert werden können. Aber zweitens glaube ich, dass die Vorbereitung der zweiten Sitzung des Parteitages auch durch Transparenz und Offenheit gekennzeichnet sein muss. Es geht nämlich in unserer Partei nicht um Kompromisse, die hinter dem Rücken von vielen Genossinnen und Genossen entstehen, sondern es geht in unserer Partei um offenen, ehrlichen, konfrontativen und kritischen Dialog im Interesse der gemeinsamen Sache, des Sozialismus. Im Interesse der Linken, eine

andere Welt ist möglich und wahrscheinlich ist auch eine andere KPÖ möglich.
Danke.

Gin. Stadler: *Danke Genosse Baier. Wir unterbrechen jetzt den Parteitag für 10 Minuten, möchte euch aber ersuchen, dass ihr die Zeit nutzt, und die Anträge in der Reihenfolge, wie es die Antragskommission vorgeschlagen hat, schon ordnet, damit wir dann die 10 Minuten an Zeit wieder einbringen können. Damit gebe ich auch danach an den Gen. Höllisch den Vorsitz.*

13. Beschlüsse des 32. Parteitages - 1. Sitzung

A. Aktuelle Stellungnahmen der 1. Sitzung des Parteitages der KPÖ

Schluss mit dem Krieg im Mittleren Osten!

Schluss mit der Aggression im Mittleren Osten Imperialistische Kriegspolitik bedeutet Schritt in die Barbarei

Mit dem von den USA und ihren Verbündeten gegen den Irak geführten Krieg tritt die internationale Politik in eine neue Phase imperialistischer Kriege: Heute lässt sich bereits ermessen, dass das Resultat des Krieges ungezählte menschliche Opfer, Leid und Zerstörung materieller Werte ist.

Das Völkerrecht wurde gebrochen und soll durch eine völlige Unterordnung unter die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der USA ersetzt werden. Die USA stellen, gestützt auf ihr gewaltiges militärisches Potenzial, den absoluten Führungsanspruch in der Durchsetzung der Interessen des internationalen Großkapitals.

Nun geraten weitere so genannte "Schurkenstaaten" ins Visier der US-Militärmaschinerie: Syrien, Iran, Nordkorea, Kuba, u.a. Damit sind neue militärische

Aggressionen und Kriege vorprogrammiert.

Die Rechnung für diese Kriege werden auch die lohnabhängigen Beschäftigten und sozial Benachteiligten und insbesondere die Frauen und MigrantInnen, in allen kapitalistischen Ländern und nicht zuletzt in den USA zu tragen haben. Das ist die Logik des Systems: Die Kosten der Kriegsführung und nachfolgender Besatzungsregime tragen die Masse der Menschen über Steuern, Belastungen, Sozialabbaumaßnahmen und Arbeitsplatzverlust - die Gewinne aus dem Wiederaufbau der zerstörten Güter, des Raubs an Bodenschätzen und der Wiederaufstockung der Waffenarsenale streifen die Konzerne ein.

Deshalb können wir Kriege nicht außerhalb des Zusammenhanges des Kampfes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten sehen. Mehr noch: Frieden ist eng verknüpft mit dem Kampf um die Überwindung von Klassenteilung, Ausbeutung und Patriarchat, das heißt des Imperialismus. Das ist auch der Grund, warum wir den Kampf gegen Krieg und für friedliche Verhältnisse als politischen Kampf verstehen, der hier und heute geführt werden muss. Es ist das auch der Grund, weshalb sich in den vergangenen Monaten ausgehend vom Europäischen Sozialforum und dem Weltsozialforum eine in diesen Dimensionen noch nicht gekannte Friedensbewegung gebildet hat, als deren aktiver Teil sich die KPÖ versteht.

Kein demokratisch gesinnter Mensch wird Despotismus und das Saddam-Regime rechtfertigen oder gar gut heißen. Es kann aber nicht so sein, dass sich eine Großmacht, die in ihren Inneren selbst eklatante Demokratiedefizite aufweist und Dutzende Staatsstriche gegen demokratische Regierungen angezettelt hat, zum Richter über andere aufspielt.

Gemeinsam mit Millionen Menschen auf der ganzen Welt fordern wir:

- Schluss mit der imperialistischen Kriegspolitik.
- Sofortiger Rückzug der US-Truppen und ihrer Verbündeten aus dem Irak.
- Für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten.
-
- des Existenzrechts Israels.
- soziale und solidarische Weltordnung!
- Gegen Militarisierung und Einbindung Österreichs in die NATO oder einen EU-Militärpakt!
- Für eine aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik!

(Ohne Gegenstimmen mit 3 Enthaltungen beschlossen)

Gegen den Pensionsraub Der Verschlechterung des Lebensstandards entgegenreten!

Was die Regierungsparteien als "Pensionsreform" paktiert haben, hat die Funktion eines Vorschlaghammers zur Zerschlagung des Pensionssystems. Die einzelnen

Maßnahmen lassen sich in ihrem Zusammenwirken folgendermaßen kennzeichnen: Länger arbeiten, bedeutend weniger Geld, extreme Ungerechtigkeiten, vor allem gegen Frauen, und nicht zuletzt weiterer finanzieller Rückzug des Staates aus dem Sozialsystem. Dazu kommen die Wirkungen der Abschaffung der Frühpensionen auf den Arbeitsmarkt: Höhere Alters- und Jugendarbeitslosigkeit! Ältere ArbeitnehmerInnen ohne Chance auf einen Arbeitsplatz werden mit dem Arbeitslosengeld, der Notstandsunterstützung oder gar der Sozialhilfe abgespeist werden. Jene aber, die noch länger arbeiten "dürfen", werden den Zugang jüngerer Menschen zur Erwerbsarbeit verlegen.

Dieses Programm, das nun in kürzester Zeit durchgepeitscht werden soll, wird katastrophale Auswirkungen auf die Versicherten haben. Frauen werden die höchsten Verluste hinnehmen müssen - generell sind alle jene am Härtesten betroffen, die aus den verschiedensten Gründen, wie etwa Kindererziehungszeiten, Teilzeitbeschäftigung oder längerer Ausbildungszeiten, weniger und geringer bewertete Versicherungsmonate ausweisen können. Nach neuesten Berechnungen können die Pensionsverluste 30 Prozent und mehr betragen.

Die Abschaffung der Frühpensionen und die zu erwartenden finanziellen Verluste stellen einen schweren Eingriff in die Lebensplanung der jetzt arbeitenden Generationen und einen Bruch des Vertrauensschutzes dar und werden immer mehr Menschen in soziale Notlagen bringen. Ein Grundprinzip der Sozialgesetzgebung, nämlich die Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, wird gröblichst verletzt. Dem Wachstum der Armut wird Vorschub geleistet - und das in einer Situation, in der sich die PolitikerInnen nicht einmal dazu durchringen können, die ärgsten Sumpfbüthen ihres eigenen Privilegiensystems zu beseitigen!

Die KPÖ protestiert gegen diese Angriffe auf das Pensionssystem und stellt sie in Zusammenhang mit den anderen geplanten Verschlechterungen, etwa im Bereich des Arbeitsrechts, des Gesundheitswesens und des Arbeitslosenrechtes.

Wir sagen: Weg mit diesem Regierungspaket !

Wir stellen den unsozialen Kahlschlagkonzepten der Regierung im Sinne einer finanziellen Sicherung und sozialen Reformierung des Sozialsystems die Forderung nach radikaler Umverteilung der geschaffenen Werte entgegen.

Wir verlangen:

- Einführung wertschöpfungsorientierter Arbeitgeberbeiträge in die Sozialversicherung, um Rationalisierungsgewinne verstärkt zur Finanzierung des Sozialsystems heranzuziehen.
- Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes und Wiedereinführung der Vermögenssteuer, sowie eine rigorose Besteuerung der Finanzspekulation. Körperschaftssteuer auf Wertschöpfungsbasis
- Das Stiftungsgesetz soll aufgehoben werden, um zu verhindern, dass Superreiche ihre Millionen an der Besteuerung vorbeibugieren.

Mit den Steuereinnahmen aus diesen Titeln können die Sozialausgaben des Staates, so auch der Staatsbeitrag zu den Pensionen, sichergestellt und Richtung Grundsicherung ausgebaut werden.

- Lohnsteuer massiv und nachhaltig senken, um einen

Konjunkturimpuls zu setzen - Finanzierung der Lohnsteuerreform durch Anhebung der Steuern auf Kapitaleinkommen auf das Niveau der Besteuerung der Lohneinkommen.

- Zurückdrängen und strenge Überprüfung "atypischer" und prekärer Arbeitsverhältnisse, rechtliche wie faktische Schaffung des Rechtes auf Vollzeitbeschäftigung, sowie die Einbeziehung aller Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherung, was
- Für eine offensive Lohn- und Gehaltspolitik, die den ArbeitnehmerInnen nicht nur einen Inflationsausgleich, sondern eine spürbar höhere Abgeltung der gestiegenen Leistung bringt und auch die Beitragseinnahmen in die Sozialversicherung erhöht.
- Radikale Arbeitszeitverkürzung auf 32 Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich ohne weitere Flexibilisierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, was nichts anderes bedeuten würde, als: Mehr Kaufkraft, mehr Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeitragseinnahmen und mehr Spielräume für
- Einführung eines Mindestlohnes per Generalkollektivvertrag in Höhe von 1100 Euro. Gesetzliche Mindestpension auf dieser Basis ohne „einschränkende Bestimmungen, wie etwa die Anrechnung des "Partnereinkommens.

Die KPÖ drängt in den Gewerkschaften und im ÖGB auf eine entsprechende Antwort auf die Kampfansage der Regierung: Alle gewerkschaftlichen Möglichkeiten sind auszuschöpfen, um diesen Angriff zurückzuweisen. Betriebsversammlungen, Demonstrationen, punktuelle Kampfmaßnahmen und Streik. Der ÖGB sollte angesichts der ungeheuren Herausforderung notfalls zum Mittel des Generalstreiks greifen. Wir werden alle Initiativen in dieser Richtung aktiv unterstützen.

Die KPÖ begrüßt die vom ÖGB beschlossenen Aktionen und Kampfmaßnahmen als

Antwort auf diesen Generalangriff gegen den Lebensstandard breiter Teile der Bevölkerung und wird alle Kampfmaßnahmen aktiv unterstützen.

(Mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung angenommen)

Gegen Privatisierung und Ausverkauf

Die KPÖ lehnt die von der Regierung im Koalitionsabkommen vorgesehenen Privatisierungen öffentlichen Eigentums ab.

Wir finden uns mit dem Neoliberalismus nicht ab. Dieser ist kein Sachzwang, sondern entspricht dem Interesse des Finanz- und Spekulationskapitals und der Konzerne. Soziale Sicherheit muss Ausgangs- und Endpunkt jeder Wirtschaftspolitik sein. Der Mensch kommt vor dem Profit.

Wir treten ein:

- Für eine Volksabstimmung zum Schutz des öffentlichen Eigentums vor Ausverkauf
- Für einen Privatisierungsstopp und den Wiederaufbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors in allen Bereichen des öffentlichen Verkehrs, der Kommunikation, der Bildung, im Gesundheitswesen, der kommunalen und sozialen Dienstleistungen und im Wohnungswesen.
- Dass die ÖIAG von ihrer derzeitigen Rolle als Privatisierungsagentur in eine strategische Konzernzentrale für den verstaatlichten und gemeinwirtschaftlichen Sektor umgewandelt wird.
- Dass Österreich als kleines Land wieder eine starke verstaatlichte Industrie aufbaut, die Grundstoff- und Finalproduktion, Forschung und Entwicklung vereint.
- Dass Infrastruktureinrichtungen, wie Post, Telekom, Bahn, Elektrizitätswirtschaft und Verkehrsbetriebe im Interesse der Menschen dieses Landes und nicht für einige profithungrige Großaktionäre wirtschaften
- Dass Post und Bahn nicht zerschlagen werden. Keine Ausgliederung und Privatisierung! Für staatliches Eigentum und demokratische Kontrolle.
- Für eine Offensive gegen Arbeitslosigkeit - Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors, Sonderbudgets für arbeitsplatzfördernde Maßnahmen, wobei öffentliche Investitionen und Subventionen sowie die Auftragsvergabe an die Privatwirtschaft an soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Auflagen gebunden sein müssen.
- Für den Ausstieg aus den GATS-Verhandlungen, die weltweit die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen zum Ziel haben.

(Mit 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen)

Menschenrechte verwirklichen

Das Recht auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit muss für alle Menschen unabhängig von der Staatsbürgerschaft gewährleistet werden. Soziale und politische Rechte sind nicht mehr an die Staatsbürgerschaft, sondern an die Einwohnerschaft zu binden. Kein Mensch ist illegal.

Wir verlangen:

- Die Ersetzung des Fremdengesetzes durch ein Einwanderungsrecht, das sich an den Menschenrechten und nicht
- Die Respektierung des Menschenrechts auf Asyl.
- Die Durchsetzung des allgemeinen und freien und gleichen

- Wahlrechts für alle in Österreich lebenden und arbeitenden Menschen. Gleichstellung bei Kammer- und Betriebsratswahlen.
- Den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, zum geförderten und kommunalen Wohnbau und zur sozialen Grundsicherung für alle.
 - Der Artikel 7 des Staatsvertrages (Rechte der Volksgruppen) muss endlich vollinhaltlich gelten.
 - Faschismus ist keine Gesinnung, sondern ein Verbrechen. Es muss Schluss sein mit der Duldung neofaschistischer und rassistischer Aktivitäten.
 - Sofortige Einstellung des Militäreinsatzes gegen Flüchtlinge an den Grenzen:
 - Abschaffung der Schubhaft:
 - Auflösung der Fremdenpolizei aller rassistischer Sondereinheiten.

(Mit 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen)

Nein zu Mietenerhöhungen bei Genossenschaftswohnungen!

Die Wohnungen der Bundeswohngenossenschaften (BUWOG), deren Verkauf bereits beschlossen ist, sollen nun für potente Investorengruppen attraktiver gemacht werden. Daher will die Bundesregierung das Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz (WGG) ändern und die Mieten bei Übernahme des Vertrages durch Familienangehörige und bei Neuvermietungen kräftig erhöhen. Diese Änderungen sollen dann für alle Genossenschaftswohnungen gelten! Bei 500.000 gemeinnützigen Mietwohnungen und fünf Prozent Wechselrate im Jahr würde das für 25.000 MieterInnen jährlich die Miete saftig erhöhen.

Derzeit dürfen die Genossenschaften und die ehemaligen gemeinnützigen bundeseigenen Wohnbaugesellschaften bei einer Neuvermietung von günstigen, älteren Wohnungen oder wenn die Wohnung von Kindern oder Enkel übernommen werden, eine Nettomiete von € 2,76/m² verlangen, wenn sie vorher unter diesem Betrag lag. Der Finanzminister plant nun, die Mieten auf den Richtwert des jeweiligen Bundeslandes abzüglich 20 % anzuheben. Das ist eine Mietkostenerhöhung von 25 %.

Mit diesen Maßnahmen würden noch mehr Menschen aus dem geförderten Wohnbaubereich hinausgedrängt werden. Die KPÖ lehnt daher entschieden diese geplante Mietkostenerhöhung ab und wird ihren Möglichkeiten entsprechend dagegen aktiv sein.

(Einstimmig angenommen)

Nein zur Kostenpflicht beim Außerstreitverfahren von Mietrechtsverfahren!

Die Regierung plant in das bisher kostenlose, sogenannte Außerstreitverfahren die Kostenpflicht einzuführen. Bisher können MieterInnen in einem mietrechtlichen Verfahren – bis zum Obersten Gerichtshof – von Mieterorganisationen vertreten werden und sich dadurch Anwaltskosten sparen. Auch wenn MieterInnen einen Prozess verloren haben, mussten die Hausverwaltungen und EigentümerInnen ihre Anwälte selbst bezahlen.

Der Herr Justizminister will nun bei den Gerichten viel Geld einsparen und die Flut von Mietrechtsverfahren eindämmen. Weniger Verfahren gibt es dann, wenn das Kostenrisiko für MieterInnen vergrößert wird. Daher sollen hinkünftig in einem Außerstreitverfahren die VerliererInnen die Kosten der GewinnerInnen bezahlen müssen. Immer weniger MieterInnen werden sich trauen, die noch vorhandenen Rechte voll auszuschöpfen und entsprechende Anträge vor der Schlichtungsstelle und den Gerichten einzubringen, wenn sie nicht ganz sicher sind, Recht zu bekommen. MieterInnen werden so zum „Freiwild“ der Immobilienbranche.

Das alles hätte auch entsprechende Auswirkungen auf die MieterInnenorganisationen und deren existenzielle Absicherungen.

Daher wendet sich die KPÖ auch an die Mieterorganisationen, gemeinsam gegen

(Einstimmig angenommen)

Nein zur Umwandlung der Notstandshilfe in eine „Sozialhilfe neu“!

Was in der offiziellen Diktion der Regierungsmitglieder relativ harmlos klingt, könnte für Arbeitslose zu einer massiven existenziellen Bedrohung werden. Eine „Sozialhilfe neu“ soll die bisherige Notstandshilfe „ablösen“.

Die bisherige Gesetzesgrundlage sieht vor, dass nach dem Ende eines Bezuges von Arbeitslosen- oder Karenzgeld Notstandshilfe beantragt werden kann, die 92 bis 95 % des vorher bezogenen Arbeitslosengeldes, höchstens aber € 643,54 monatlich ausmacht. Wurde Arbeitslosengeld 30 Wochen lang bezogen, werden maximal € 750,00 Notstandshilfe (Existenzminimum) monatlich gewährt. Die Sozialhilfe jedoch liegt entsprechend der Richtsätze der jeweiligen Bundesländer weit unter der Notstandshilfe. In Wien z.B. beträgt sie für eine Person monatlich € 390,33.

Die Arbeitslosenrate ist in den letzten Jahren explodiert. Die Abschaffung der Frühpensionierung wird diese weiter hinauftreiben und auf dem Rücken Erwerbsarbeitsloser wird brutalst Budget saniert. Das ist der Weg, der seit Jahren gegangen wird. Nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen werden bekämpft. Ziel ist es, Geld einzusparen und vielleicht noch MigrantInnen überhaupt raus zu drängen, die zwar Anspruch auf Notstandshilfe aber keinen auf Sozialhilfe haben.

Wir sagen Nein zu den Plänen, Erwerbsarbeitslose zu Bittsteller um Sozialhilfe zu machen und rufen auch die Gewerkschaften auf, dagegen entschieden aktiv zu werden.

(Einstimmig angenommen)

Zur aktuellen Situation im Nahen Osten

Die österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten freuen sich selbstverständlich mit den Genossinnen und Genossen der KP Iraks und der KP Kurdistans über das Ende von Saddam Husseins Regime, das für den Tod Tausender irakischer Kommunistinnen und Kommunisten die Verantwortung trägt. Zugleich verurteilen wir aber auch den kolonialen Krieg der USA, der gewissermaßen im Nebeneffekt zu diesem Ende führte.

Der Bush-Administration ging es weder um die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen noch um Demokratie, wie sie glauben machen wollte, sondern um die brutale Durchsetzung ihrer geopolitischen Ziele, um die Errichtung eines Washington-hörigen Regimes im Irak, um den Einfluss auf die gesamte strategisch bedeutsame Region und letztlich um die Sicherung des Ölreichtums dieses Landes für die USA und seine transnationalen Konzerne.

Dafür nahm man nicht nur unzählige Tote in Kauf, sondern bewusst auch die Destabilisierung des gesamten Raums, den man glaubt, über die Brückenpfeiler Afghanistan, Irak und Israel zum Vorteil Washingtons lenken zu können. Der Krieg gegen den Irak war noch nicht beendet, als die Bush-Administration bereits begann, Syrien zu bedrohen. Und der Iran, von Bush als Teil der „Achse des Bösen“ apostrophiert, soll nun über Afghanistan und den Irak von Ost und West in die Zange genommen werden.

Allerdings formiert sich im Irak der Widerstand gegen die Okkupationsmacht und das koloniale Regime. Dass dieser Widerstand gegenwärtig in hohem Maß von islamischen Fundamentalisten für ihre Ziele genutzt wird, bedeutet nicht nur eine Gefahr für künftige friedliche Lösungen der anstehenden Konflikte im Nahen Osten, sondern auch für die Menschen außerhalb dieser Region, Bedrohung durch terroristische Gruppierungen sowie die Einschränkung demokratischer Rechte, die vorweg unter dem Vorwand, dieser Bedrohung begegnen zu wollen, betrieben wird.

Die KP des Irak war einst die führende Kraft im Kampf um die Befreiung vom kolonialen Joch. Sie ist heute die einzige Partei, die im multiethnischen und multireligiösen Irak sowohl unter Kurden und Arabern, unter Schiiten und Sunniten verankert ist. Ihr gilt

unsere volle Solidarität im neuerlichen Kampf gegen Okkupation, wie für einen selbstbestimmten und friedlich geeinten Irak.

Der Krieg der USA gegen den Irak war aber auch ein Schutzschild für die Regierung Sharon, noch rücksichtsloser gegen das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten vorzugehen. Als sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf den Irak richtete, begann die israelische Armee einen Terrorfeldzug im Westjordanland und im Ghaza-Streifen in ungeahntem Ausmaß, wenngleich der ursprüngliche Plan Sharons, im Schatten des Irak-Kriegs Hunderttausende Palästinenser aus ihrem Land zu vertreiben wohl am Widerstand der USA und Großbritanniens scheiterte.

Um ihr Gesicht in der arabischen Welt nicht gänzlich zu verlieren, verkündeten die beiden Kriegsmächte im Vorfeld der Okkupation des Irak, einen Fahrplan für eine endgültige Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in die Wege leiten zu wollen. Allerdings hat Sharon bislang im Grunde alle Forderungen, wie etwa die nach einem Siedlungsstopp abgelehnt. Maßnahmen zur Durchsetzung der Israel betreffenden Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats – wie sie im Fall des Irak zum Vorwand für den Krieg dienten – werden gar nicht erwogen.

Dringlicher denn je sind Schritte zu setzen, die das Recht der palästinensischen Bevölkerung auf Leben, Gesundheit und Eigentum garantieren. Die österreichischen Kommunistinnen und Kommunisten wissen sich einig mit den Friedenskräften in Israel und Palästina, insbesondere mit den Genossinnen und Genossen der KP Israels und der Palästinensischen Volkspartei, dass eine friedliche Lösung des Konflikts nur auf der Basis gegenseitiger Achtung und einer gerechten Grenze zwischen zwei souveränen Staaten zu erzielen ist.

(Mehrheitlich angenommen)

Zum Krieg gegen den Irak

Imperialismus bedeutet Krieg – wir sagen NEIN!

Die mächtigste und stärkste Militärmacht der Welt, die USA, haben mit Unterstützung einer „Koalition der Willigen“ den Irak überfallen und besetzt.

Mit ihrer militärischen Überlegenheit ist es den imperialistischen Truppen gelungen, die irakische Armee zu schlagen und das Regime von Saddam Hussein zum Untertauchen zu zwingen. Doch die Eindringlinge wurden nicht mit Blumen und Freudentänzen empfangen, sondern als Besatzer. Solange sie den Irak besetzt halten, werden sie nicht zur Ruhe kommen.

Der imperialistischen Hauptmacht, den USA, ging es in diesem Krieg nicht um Demokratie und Menschenrechte, nicht um das Aufspüren und die Vernichtung von Massenvernichtungswaffen, nicht einmal so sehr um das Regime von Saddam Hussein, das sie bis Ende der 80er Jahre tatkräftig unterstützten.

Es ging den USA schlicht und einfach um Öl und um Macht. Und es ist zu befürchten, dass der Krieg gegen den Irak nicht der letzte Aggressionskrieg der USA und ihrer „Willigen“ in dieser Region bleibt.

Es gibt nach wie vor keine seriösen Hinweise auf die Existenz von Massenvernichtungswaffen, von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen. Und selbst der UNO-Waffeninspekteur Hans Blix warnt davor, dass dem Irak Waffen oder Substanzen vom US-amerikanischen Geheimdienst untergeschoben werden könnten, um nachträglich eine Rechtfertigung für diesen völkerrechtswidrigen Krieg zu konstruieren.

Statt Demokratie wird es auf absehbare Zeit eine Militärdiktatur einer ausländischen Macht geben. Der von den USA eingesetzte Statthalter, der pensionierte General J. Garner, gehörte zu den eifrigsten Verfechtern einer kriegerischen „Lösung“ des Irak-Problems. Nun soll er der irakischen Bevölkerung „Demokratie“ beibringen. Eine seltsame Demokratie, die auf Bomben und Granaten aufbaut und in Form einer Militärdiktatur ausgeübt wird!

Die USA haben die zumindest zweitgrößten Erdölreserven der Welt, die im Irak lagern, unter ihre Kontrolle gebracht. Damit wollen sie nicht nur den Nachschub dieses wichtigen Rohstoffes für sich sichern, damit haben sie gleichzeitig auch andere imperialistische Länder und Konzerne ausgeschaltet. Frankreich, Deutschland und Russland, die sich als Friedensapostel gerierten, hatten ihre eigenen Interessen im Irak. Sie wollten mit Hilfe der UNO und den Waffeninspektoren ebenso die Kontrolle über die Erdölreserven gewinnen und „ihre“ Konzerne bei der Ausbeutung der Bodenschätze zum Zug kommen lassen.

Doch die Scharfmacher in den US-amerikanischen Konzernen und ihre Männer und Frauen in der Regierung haben von Anfang an auf eine kriegerische „Lösung“ bei der Neuaufteilung der Einflusssphären orientiert. So gesehen war die US-amerikanische Aggression gegen den Irak auch ein Warnschuss vor den Bug des europäischen Kapitals. Mit anderen Worten: Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Zentren verschärfen sich und niemand kann heute ausschließen, dass diese Widersprüche nicht schon bald in neue, unvorstellbar größere Kriege münden.

Konsequenterweise sollen nun auch nicht europäische Konzerne beim „Wiederaufbau“, also der Ausbeutung des Landes, zum Zug kommen. Ausgenommen davon sind vielleicht jene Länder, die die USA im Rahmen der „Koalition der Willigen“ unterstützten, insbesondere Großbritannien, aber auch Spanien, Polen, Tschechien und andere.

Die Rolle der UNO

Die USA haben sich bei der Vorbereitung und Durchführung des Krieges übers Völkerrecht hinweggesetzt und die UNO umgangen und entmündigt. Gegen den Widerstand zahlreicher Länder und Millionen von Menschen weltweit haben sie diesen Krieg geführt. Der UNO wird nun entweder die Möglichkeit eingeräumt, beim Wiederaufbau und bei der humanitären Hilfe im Irak eine wichtige Rolle einzunehmen, oder sie wird von den USA weiter zur Seite geschoben. Beide Optionen verschließen den Weg zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Ländern und Völkern auf internationaler Ebene.

Die Haltung der KPÖ

Die KPÖ verurteilt die imperialistische Aggression gegen den Irak. Wir haben uns von Anfang an in die Antikriegsbewegung eingebracht und unsere eigenständigen Positionen vertreten.

Weltweit haben Millionen von Menschen gegen den Krieg demonstriert, wir sind stolz darauf, Teil dieser Antikriegsbewegung zu sein.

Wir sind solidarisch mit der irakischen Bevölkerung, die nun – nach dem Sturz Saddam

Husseins – die volle Souveränität ihres Staates wieder herstellen, die Erdölquellen und andere Reichtümer des Landes für sich nutzen und die Staatsgeschäfte in die eigenen Hände nehmen möchte.

Durch die imperialistische Kriegs- und Besatzungspolitik werden diese Anliegen zunichte gemacht.

Wir verlangen den sofortigen Abzug der imperialistischen Besatzungstruppen, die Bezahlung von Reparationen und Unterstützung für den Wiederaufbau des Landes nach langen Jahren des Embargos und einem kurzen, aber umso brutaleren Krieg.

Wir wenden uns gegen Pläne der US-Regierung, weitere Kriege gegen missliebige Staaten zu führen. Wir verurteilen die Drohungen, die von führenden US-

Repräsentanten gegen Syrien, den Iran, Nordkorea u. a. ausgesprochen werden. Unter dem Schlagwort „Krieg gegen den Terror“ haben die USA nach dem 11. September 2001, den Anschlägen in New York und Washington, Kriege und andere Militäraktionen geführt. Wir verurteilen diese Kriege als imperialistische Kriege für die Neuaufteilung der Welt.

Wir verlangen den Stopp der israelischen Aggressionspolitik gegen das palästinensische Volk, die im Schatten des Krieges gegen den Irak neue Höhepunkte erreicht hat.

Wir treten für die Rückkehr zu einer Friedens- und Neutralitätspolitik Österreichs ein, die diesen Namen auch verdient. Nie wieder soll Österreich fremden Großmachtinteressen dienen. In diesem Sinne fordern wir auch den Austritt Österreichs aus der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“, die eine Komplizenschaft mit dem Krieg bedeutet, wir fordern, den Ausstieg Österreichs aus jeglicher militärischer Zusammenarbeit im Rahmen der EU, z. B. Euroarmee, Beistandsverpflichtung, gemeinsame Rüstungsprojekte, etc. Der Ankauf von Euro-Fightern ist rückgängig zu machen.

????????????????????????????????

Der 32. Parteitag der KPÖ, erklärt seine Solidarität mit den Kampfaktionen gegen die Belastungspolitik der Regierung. Wir unterstützen vor allem die konsequente Haltung der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock und aller mobilisierenden Kräfte in den einzelnen Gewerkschaften und Betrieben.

Es ist höchste Zeit, dass gegen die Umverteilung von der Arbeit zum Kapital der Widerstand derjenigen mobilisiert wird, von denen alle Werte geschaffen werden. Darum ist auch jedem Versuch der Entsolidarisierung, des Auspielens einzelner Beschäftigtengruppen gegeneinander, der Volksverhetzung Jung gegen Alt, Gesund gegen Krank, Inländer gegen Ausländer, sowie der verschärften Verdrängung der Frauen aus der "normalen" Arbeitswelt in "flexible" Unsicherheit massiv entgegenzutreten.

- Wir fordern den ÖGB und die Gewerkschaftsführungen auf, die Aktionen und Kampfmaßnahmen bis zum Erfolg weiterzuentwickeln. Wir erwarten vom ÖGB, den Widerstand auch auf breiter Ebene, gemeinsam mit den neu entstandenen sozialen Bewegungen zu führen und fordern ihn auf, aktiv die Gründung des Austrian Social Forums in Hallein zu unterstützen.

- Wir verlangen eine massive Informationskampagne über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Gewinne von Konzernen und Finanzkapital, sowie der

- Verteilung der Wertschöpfung.

- Wir erwarten vom ÖGB eine Offensive für Alternativen zur gegenwärtigen Finanzierung des Sozialsystems, wofür es in den Gewerkschaften und Arbeiterkammern längst genügend fundierte Argumentationen gibt, z.B. Berechnungen für die Umstellung auf

eine Wertschöpfungsabgabe statt der auf die Arbeitskraft bezogenen Arbeitgeberbeiträge, für die Besteuerung von Gewinnen und Kapitaltransaktionen usw..

- Nachhaltige Erfolge sind nur dann erreichbar, wenn die Gewerkschaftsführung aufhört, sich mit den Unternehmerorganisationen "sozialpartnerschaftlich" zu verbrüdern und die doppelzüngigen Scheinargumente von der Arbeitsplatzsicherung durch Lohn- und Sozialabbau zurückweist.
- Die Trennlinie liegt zwischen Arbeit und Kapital. Die Gewerkschaftsbewegung entstand in der Erkenntnis dieses Widerspruchs. Sie kann nur erfolgreich weiterbestehen, wenn sie national und international gegen das Kapital und seine Organisationsformen - Konzerne, Regierungen, EU-Administration, Zentralbanken, WTO usw. - die demokratische Mehrheit der Lohnabhängigen in Bewegung setzt.

Für Arbeit und soziale Sicherheit!

Die Delegierten des 32. Parteitages der KPÖ, darunter viele BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen.

(Mit großer Mehrheit angenommen)

B. In der 1.Sitzung des 32.Parteitages beschlossene politische Grundlage der KPÖ

(Mit großer Mehrheit angenommen)

Der Parteitag beschließt die Letztfassung der Texte "Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen" (Antrag 2) und "Wofür steht die KPÖ?" in der Version mit dem Aktionsprogramm (Antrag 14) als gemeinsame politische Grundlage. Angenommene Abänderungen gelten für beide Texte. Sie sind keine programmatischen Dokumente.

Wofür steht die KPÖ?

Die politische Positionsbestimmung der KPÖ geht von jenen beiden einschneidenden Entwicklungen aus, die auf längere Sicht maßgebenden Einfluss auf die Lage der Menschen nehmen werden:

- Der neoliberal geprägte Vorstoß in Richtung schwerwiegender Sozialabbaumaßnahmen, die massiven Verschlechterungen in den
- Arbeitsbedingungen und -verhältnissen und umfassende Privatisierungen im Bereich der Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen sozialen Dienstleistungen und Gütern.

■ Der Krieg im Irak und seine Folgen.

Die KPÖ sieht dabei einen engen Zusammenhang zwischen beiden Tendenzen: Das kapitalistische System versucht sich der letzten sozialen Fesseln bei der Erzielung höchstmöglicher Profite zu entledigen. Gleichzeitig setzt es Maßnahmen, seine imperialistische Herrschaft im Rahmen einer neuen Weltordnung zu sichern und zu festigen.

Dabei treten Widersprüche nicht nur zwischen den sozialen Klassen der Gesellschaft in verschärfter Form zu Tage - auch der Geschlechterwiderspruch wird über die besondere Diskriminierung der Frauen verschärft. Und auch zwischen den sogenannten Entwicklungsländern und den imperialistischen Mächten, sowie zwischen diesen, treten immer dramatischere Differenzen auf. Die Konkurrenz in der Jagd nach Profiten und die immer brutaler werdende Durchsetzung von Machtinteressen stürzen die Welt in immer schwerere Krisen und Konflikte wirtschaftlicher, politischer und militärischer Natur. Genaugenommen steht die Frage im Raum, ob wir am Rande einer Weltwirtschaftskrise mit allen damit verbundenen Konsequenzen stehen.

Kommunistinnen und Kommunisten können sich nicht mit dieser kapitalistischen Realität abfinden - sie stellen im Sinne einer humanen Gesellschaftsperspektive die Systemfrage und richten ihren Kampf nicht nur gegen die unmenschlichen Auswirkungen und Verwerfungen des kapitalistischen Gesellschaftssystems, sondern gegen das System selbst.

1. Imperialistische Kriege

Vor unseren Augen spielt sich das erschreckende Szenario eines Krieges ab, dessen Konsequenzen in ihren vollen Dimensionen noch nicht abzusehen sind. Den USA geht es um wirtschaftliche, militärische und politische Interessen. Es geht um ihre weltweite Vormachtstellung, aber auch um die Durchsetzung der antisozialen, neoliberalen Offensive in allen Teilen der Welt.

Es ist ein imperialistischer Krieg, wie er auch gegen Jugoslawien und Afghanistan geführt wurde. Er bringt unermessliches Leid über die Bevölkerung des Irak und der ganzen Region und wird in seinen wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen noch viel weitere Kreise ziehen. Dieser Angriffskrieg bedeutet Massenmord an der Zivilbevölkerung, Vertreibungen, Massenvergewaltigungen und schwere Zerstörungen am Hab und Gut der Menschen. Er stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und einen Angriff auf die Vereinten Nationen dar: Die UNO soll sich in die US-Dominanz fügen und die Ersetzung wesentlicher Grundlagen des Völkerrechts durch die sogenannte "Pax Americana" hinnehmen - also die Unterordnung unter die Supermacht USA. Das bringt die USA in Gegensatz zu anderen großen Mächten wie China, Russland und andere Staaten und verschärft die Differenzen im „innerimperialistischen“ Gefüge, besonders im Verhältnis zur EU und in der EU.

Dieser Krieg steht in einer Reihe völkerrechtswidriger Aggressionen, und doch kündigt er eine neue Periode imperialistischer Kriege an: Wie kaum zuvor setzen sich die USA über

die Einwände früherer Verbündeter hinweg. Hierin dokumentieren sich wachsende Widersprüche innerhalb des imperialistischen System ebenso, wie die Entschlossenheit der US-Administration und der hinter ihr stehenden Großkonzerne,

diese Differenzen für sich zu entscheiden.

Es muss uns allen bewusst sein: Niemand kann heute ausschließen, dass es im Kampf um Macht und Hegemonie und im Zuge ökonomischer Verteilungskämpfe auch zu bewaffneten Konflikten zwischen den imperialistischen Machtzentren kommen kann und dass solche Konflikte Ausmaße erreichen können, die weit über all das hinausgehen, was seit 1945 geschehen ist. Spekulation ist nicht die Sache von KommunistInnen - wir können und wollen aber auch nicht die Augen davor verschließen, was in diesem System und seinen Zerstörungspotentialen angelegt ist! Die ökonomische Rechnung für diesen Krieg werden die lohnabhängig Beschäftigten und ohnehin sozial Benachteiligten in allen Ländern zu tragen haben.

2. Sozialabbau wird beschleunigt

In der Wahrnehmung der Menschen gehen die Veränderungen in atemberaubenden Tempo vor sich: Hierzulande hebt eine schwarz-blaue Regierung erkämpfte sozialstaatliche Regelungen und soziale Errungenschaften aus den Angeln, ebenso wie es in Deutschland eine rot-grüne Regierung tut. In dieser Hinsicht macht es offensichtlich keinen Unterschied mehr, wer gerade wo regiert. Ein ohnehin schon brüchig gewordenes, Frauen besonders benachteiligendes System sozialer Sicherheit soll nun systematisch demontiert werden.

Löhne und Gehälter werden gedrückt, Arbeitsverträge verschlechtert und durch arbeits- wie sozialrechtlich ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit ersetzt. Arbeitszeit wird flexibilisiert und jungen Menschen werden verstärkt die Zugänge zu einer qualitätvollen Bildung und Ausbildung sowie zu Arbeitsplätzen verwehrt. Frauen werden wieder vermehrt auf schlecht bezahlte Arbeitsplätze oder verstärkt in den Bereich unbezahlter, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeiten abgedrängt. Dieser Prozess verstärkt Abhängigkeitsverhältnisse und geht einher mit reaktionärsten Vorurteilen und Vorstellungen über die gesellschaftliche Rolle der Frau, wie sie auch in der herrschenden Politik zum Ausdruck kommen.

Arbeitslosigkeit ist zur Massenerscheinung geworden und die Lage der Menschen, denen Erwerbsmöglichkeiten vorenthalten werden, verschlechtert sich mit jeder weiteren unsozialen Maßnahme. Dabei sind es neben den jungen Menschen auch immer mehr ältere, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr finden und denen trotz langjähriger Versicherungszeiten nach einem oft harten, gesundheitsschädigenden Arbeitsleben ein Pensionsantritt verwehrt wird.

Am Härtesten werden vom Sozialabbau jene getroffen, die schon bisher benachteiligt und ausgegrenzt wurden: Frauen mit niedrigen Einkommen, sozial Ausgegrenzte, Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt all jene, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder sich überhaupt als "Illegalisierte" unter den schlimmsten Bedingungen durchschlagen müssen.

3. Privatisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche

Die Grundversorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen wird kommerzialisiert und privatisiert - das öffentliche Eigentum wird ausverkauft. Egal,

ob es sich nun um kommunales Eigentum oder Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, um Kinderbetreuungseinrichtungen, um Wohnungen, um Schulen und Universitäten, um Infrastrukturbetriebe wie Bahn und Post, um Energiebetriebe oder die Wasserversorgung, um die Telekommunikation oder um staatliche Anteile an Schlüsselindustrien handelt - alles wird "liberalisiert".

Das bedeutet nichts anderes, als dass diese Bereiche für die private Kapitalverwertung und fürs Profitemachen "frei"gegeben werden. Also auch Bereiche wie die Gesundheitsversorgung und die Bildung stehen zur Disposition, wobei hier die inhumanen Dimensionen umso deutlicher ausgeprägt sind, zumal sie völlig zu Waren werden und der Zugang zu den Leistungen immer mehr davon abhängt, wie kaufkräftig die KäuferInnen sind. Wer es sich nicht leisten kann, wird abgedrängt und ausgegrenzt. Auch hier wirken sich die über ein Drittel niedrigeren Einkommen von Frauen umso schlimmer aus.

Neben nach wie vor bestehender Gängelung durch die herrschend Politik verstärkt die Kommerzialisierung den Konformitätsdruck auf Kunst- und Kulturschaffende. Indem geschäftliche Verwertbarkeit der Maßstab der Kunstproduktion wird, erhöht sich der soziale Druck auf die Mehrheit der KünstlerInnen und werden neue und experimentelle Kunstformen zu Gunsten der "Events" und der Traditionspflege an den Rand gedrängt.

Die Durchsetzung dieser "Liberalisierung" und Privatisierungsschritte wird über die nationale Politik ebenso betrieben, wie über die Politik der Europäischen Union und über die Welthandelsorganisation WTO in Form des GATS-Abkommens. In so genannten "Entwicklungsländern" und Ländern mit hohen Schulden üben die Weltbank und der Internationalen Währungsfonds massiven Druck aus.

4. Klassengegensätze verschärfen sich

Die Folgen des Sozialabbaues und der Privatisierung sind weitreichend: Einmal mehr vertieft sich die Spaltung der Gesellschaft: In jene, die von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer leben und in jene, die von ihrem Verkauf leben müssen; in SystemgewinnerInnen und SystemverliererInnen, in Reich und Arm, in Privilegierte und Benachteiligte, in Herrschende und Beherrschte.

Einmal mehr wird aber auch klar, wo die Klassenspaltungen in der Gesellschaft verlaufen. Die politischen Maßnahmen, mit denen wir es heute zu tun haben, sind fast ausschließlich auf die Interessen und Bedürfnisse des Kapitals ausgerichtet. Es ist "Klassenkampf von oben", der mit diesen Maßnahmen betrieben wird. Wieweit sich aber Kapitalinteressen durchsetzen lassen, hängt im Wesentlichen davon ab, wie stark die Gegenkräfte sind.

Die ArbeiterInnenklasse ist heute vielgestaltig und weit zu fassen: Es sind dies die vom Verkauf der Arbeitskraft abhängenden Menschen, die keine Verfügungsgewalt über die wichtigsten Produktionsmittel der Gesellschaft und über die Ergebnisse ihrer Arbeit

haben. Das ist die überwiegende Mehrheit der Frauen und Männer. Es wird also viel davon abhängen, wie weit sie sich politisch formiert und mit anderen sozialen Kräften der Gesellschaft die entsprechende kämpferische Antwort auf die Herausforderungen findet.

5. Rechtsentwicklung und Scheitern des Reformismus

Angesichts dieser Entwicklungen prägen Verunsicherung, Ohnmachtsgefühle und wachsende Existenzängste immer stärker das Bild der Gesellschaft - aber auch Proteste, Widerstände und Kampfmaßnahmen in Betrieben, worauf die KPÖ in ihrer Politik Bezug nimmt.

In Österreich, aber auch im internationalen Maßstab haben rechtspopulistische und rechtsradikale Tendenzen in den letzten Jahren stärker Fuß gefasst und Einfluss auf die "offizielle" Politik genommen. Sie segeln gewissermaßen im Wind neoliberaler Politik, die im Kern auf unsoziale, undemokratische und ausgrenzende Maßnahmen ausgerichtet ist. Sie ist im Kern "sozialdarwinistisch" - also durch Entsolidarisierung, durch das Recht des Stärkeren und durch das Ausleseprinzip geprägt.

Kampagnen gegen Minderheiten, gegen MigrantInnen, gegen fortschrittliche Kulturschaffende und KünstlerInnen standen und stehen auf der Tagesordnung. Soziale Errungenschaften werden unter dem Vorwand von "Sozialmissbrauch" diffamiert. Die Militarisierung der Gesellschaft die Gewalt gegen Frauen. Und auch die Vermittlung eines zutiefst reaktionären und sexistischen Rollenbildes der Frau gehört zu den Methoden dieser rechtsextremistischen Kräfte. Ihre Bestrebungen finden zunehmend Eingang in die Politik und drücken sich auch in Regierungsbeteiligungen aus - nicht nur in Österreich und in Europa: Der politische Führungsklüngel in den USA stellt ebenfalls nichts anderes dar, als eine Ansammlung reaktionärster und rechtsextremer Kräfte.

Der Aufstieg der FPÖ, und ihre neuerliche Regierungsbeteiligung trotz Wahlniederlagen machen deutlich, wie weit der Einfluss dieser Tendenzen gediehen ist und wie weit andere politischen Kräfte, wie die ÖVP, ihre Positionen übernehmen, wenn mit ihnen neoliberale Politik durchgesetzt werden kann. Daraus ergibt sich auch für die demokratischen Errungenschaften höchste Gefahr, wie schon das bisherige Agieren der ÖVP-FPÖ-Regierungen zeigt: Sie entmündigen Selbstverwaltungen, wie im Bereich der Sozialversicherung; sie leisten dem Rassismus durch Verschärfung der "Fremdengesetze" Vorschub; sie greifen Gewerkschaften und Arbeiterkammern an und beschneiden sie in ihren Rechten; sie räumen Polizei und Justiz Sonderrechte ein und bauen den Überwachungsstaat aus; sie bringen Medien, wie den ORF, auf Linie und stärken ihre eigenen Durchgriffsrechte in allen Bereichen.

Sozialdemokratie und Grüne haben sich ihrerseits mit den Grundtendenzen der heutigen Kapitalismusedwicklung - und damit mit dem System an sich - abgefunden. Statt ernsthafte Alternativen zu entwickeln, passen sie sich an. Ihre Vorstellungen unterscheiden sich zwar graduell von denen der ÖVP - wie sich in den letzten Regierungsverhandlungen zeigte, sind ihre Führungen und große Teile der Parteien zu weitgehenden Zugeständnissen bereit.

Der Reformismus - also der Versuch, das kapitalistische System mit Reformen

auszubessern, ohne es selbst in Frage zu stellen - wird angesichts der realen Entwicklung immer mehr zur Farce. Mehr noch: Durch die Beteiligung reformistischer Parteien an unsozialen Maßnahmen wird der Begriff der Reform in sein Gegenteil verkehrt: In Zerstörung sozialer Errungenschaften! Zwischen

Reformanspruch und tatsächlicher Politik dieser Kräfte klafft eine immer größer werdende Kluft. Wirkliche soziale Reformpolitik stößt heute deutlicher denn je an die Grenzen des kapitalistischen Systems. Sozialdemokratie und auch Grüne haben ein Glaubwürdigkeitsproblem: Wer die neoliberal geprägte Profitwirtschaft im Großen und Ganzen akzeptiert, kann sich bestenfalls als Flickschuster am Stiefel des Kapitalismus betätigen, kann aber nicht beanspruchen, eine ernst zu nehmende gesellschaftspolitische Alternative zu sein.

6. Der Charakter unserer Partei

Die KPÖ kann und will diese Entwicklungen und gesellschaftlichen Zustände nicht unwidersprochen hinnehmen und stellt sich entschieden dagegen. Sie organisiert und leistet Widerstand. Die Existenz einer kommunistischen Partei begründet sich aber letztlich im Anspruch für die revolutionäre Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen - ein Anspruch, der sich nicht isoliert von den tatsächlichen gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen, von den Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen einlösen lässt.

Die KPÖ ist parteiisch, wenn es um die Interessen der Lohnabhängigen und der sozial Benachteiligten, der Diskriminierten und Ausgegrenzten geht. Sie versteht sich als Partei der ArbeiterInnenklasse. Sie übt aktive Solidarität mit jenen, die dieser am Dringendsten bedürfen, weil sie sich nicht selbst artikulieren können. Die KPÖ macht nicht nur Politik im herkömmlichen Sinn, sie praktiziert Humanismus der Tat.

Die KPÖ ist eine kämpferische, solidarische, antipatriarchale und internationalistische Gemeinschaft von Menschen, für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte bedeutet, und die deshalb für eine radikal-demokratische, sozialistische und letztlich kommunistische Gesellschaftsperspektive kämpft. Sie geht dabei von den heutigen Bedingungen aus und leistet ihren eigenständigen politischen Beitrag - ohne ihre eigene Identität zu verleugnen oder Führungsansprüche zu stellen und Bewegungen nach ihren Vorstellungen modeln oder vereinnahmen zu wollen.

7. Was ist unser großes Ziel?

Im Namen KPÖ ist unser gesellschaftspolitischer Anspruch enthalten - und wir haben diesen Namen ohne Rücksicht auf politische Konjunkturen beibehalten. Wofür steht aber das "K" –was ist Kommunismus in einem zeitgemäßen und nicht "zeitgeistigen" Verständnis? Kommunismus nennen wir das Ziel einer von Klassenherrschaft und Patriarchat befreiten Gesellschaft. Die kommunistische Bewegung ist eine Bewegung für die Selbstbefreiung der Menschen aus allen Verhältnissen, in denen sie "erniedrigte, geknechtete, verlassene und verächtliche Wesen" (K. Marx) sind. Kommunistische Politik orientiert sich folglich an den Werten der Gleichberechtigung, der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie, der Verantwortung für die Umwelt und der Solidarität.

Das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft mag in der heute von Ausbeutung, Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Krieg und ökologischer Zerstörung gekennzeichneten Welt utopisch klingen, für uns gibt es aber keine Alternative dazu. Für uns ist die Überwindung

des Kapitalismus ein tatsächliches - langfristig zu erreichendes - Ziel, wobei wir für die Phase des Überganges zum Kommunismus den Begriff Sozialismus verwenden.

Sozialismus - besser: die Sozialismen - im 21. Jahrhundert werden offene und variantenreiche Projekte sein. Ihre universelle Bedeutung besteht darin, ein menschenwürdiges Leben aller Menschen sicherzustellen, die Gleichberechtigung der Geschlechter herzustellen und die Versöhnung der Menschheit mit der Natur und damit die Aufhebung aller Formen der Entfremdung einzuleiten. Dann wird auch der Kommunismus als klassenlose ausbeutungs- und herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Zivilgesellschaft konkrete Perspektive.

Die sozialistische Gesellschaftsformation setzt die Überwindung der kapitalistischen und patriarchalen Eigentums- und Machtverhältnisse voraus. Neue, sozialistische Eigentums- und Machtverhältnisse anstelle der alten, kapitalistischen Verhältnisse haben aber nicht nur wirtschaftliche und soziale Bedeutung - sie haben auch die Demokratisierung aller Lebensbereiche zum Inhalt. Die politische Entmachtung des Kapitals und Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel beseitigt in der Phase des Sozialismus freilich nicht alle Widersprüche in der Gesellschaft, schafft aber die Bedingungen für eine tatsächliche Demokratisierung: Das kommunistische Verständnis von Demokratie geht weit über die von den heutigen bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen gesetzten Grenzen hinaus - es bedeutet echte Mit- und Selbstbestimmung im Sinne partizipativer Demokratie, also der vollen Teilhabe aller an der Gesellschaft.

Für uns gilt also der Grundsatz, dass Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden müssen, wie das auch im Kommunistischen Manifest grundgelegt ist.

Eine sozialistische Transformation der Gesellschaft wird sich über die demokratische Lösung sozialer, ökonomischer, politischer, kultureller, geschlechtsspezifischer und nationaler Widersprüche entwickeln. Das ist der Inhalt sozialistischer Rechtsstaatlichkeit. Im Sozialismus werden unterschiedliche politische und weltanschauliche Kräfte in Kooperation und demokratischer Konkurrenz wirken. Daher wird es auch im Sozialismus nicht nur eine Partei und eine Bewegung geben. Ihr Einfluss und ihre Bedeutung - und auch die der KommunistInnen - kann nicht ein für alle mal verordnet werden, sondern wird von ihrer jeweiligen Überzeugungskraft im demokratischen Wettstreit abhängen.

8. Marxistisches Politikverständnis

Sozialistisch-kommunistische Ziele und Perspektiven sind keine Glaubensfragen und können daher auch nicht in Glaubenssätzen - in Dogmen - abgehandelt werden. Die KPÖ stützt sich in ihren Analysen und in der Entwicklung politischer Alternativen auf den Marxismus, der sich als kritische Wissenschaft entwickelt. Es wäre fatal, wollte man den Anspruch der Wissenschaftlichkeit unter den Glassturz politischer Vorgaben stellen. Vielmehr kommt es darauf an, den Marxismus auf die Entwicklung revolutionärer Politik und Praxis anzuwenden. Wir müssen auch jene marxistischen TheoretikerInnen kritisch auswerten, die von politischen Führungen der Parteien früher weitgehend unbeachtet an den Rand gestellt oder gar ausgegrenzt wurden, weil sie von der "politischen Linie der Partei abgewichen" sind.

Zu dieser Öffnung gehört auch die Auseinandersetzung mit dem Feminismus oder der politischen Ökologie. Diese Theorien entspringen ja nicht dem "Erfindungsgeist" einzelner, sondern dem Vorhandensein tiefgreifender Widersprüche der kapitalistischen

Gesellschaft, vor denen eine Partei die Augen nicht verschließen kann und darf.

Die KPÖ versteht sich also als eine Partei der unterschiedlichen Zugänge und der "inhaltlichen Vielfalt". Inhaltliche Vielfalt hat freilich nichts mit politisch-ideologischer Beliebigkeit zu tun.

9. Kommunistische Bewegung und Geschichte

Die kommunistische Bewegung hat, wie keine andere, das 20. Jahrhundert geprägt. Die sozialistische Oktoberrevolution hat ein neues Zeitalter eingeleitet. Der entscheidende Beitrag der Sowjetunion und von Millionen Menschen verschiedenster Nationalitäten zur Zerschlagung des Faschismus in Europa bleibt eine große historische Leistung. Wir KommunistInnen sind stolz auf die Beiträge, die unsere Bewegung zur Bewahrung des Friedens und im Kampf gegen den Kolonialismus und Faschismus beigetragen haben. KommunistInnen haben weltweit in zahllosen Kämpfen mitgewirkt, wenn es um sozialen Fortschritt und die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung ging. KommunistInnen leisteten und leisten auch hier in Österreich Großartiges in den unmittelbaren Lebensumfeldern der Gemeinden und Betriebe, in Gewerkschaften und Bewegungen.

Wir haben aber aus der Geschichte unserer Bewegung auch bittere Lehren ziehen müssen. Dazu gehören: Die Geschichte des Stalinismus und seine, das humanistische Wesen des Kommunismus negierenden Verbrechen. Sie dürfen gerade von uns nicht verschwiegen werden. Nicht zuletzt deshalb, weil diesem Terror auch Hunderte Mitglieder der KPÖ zum Opfer fielen, worüber zu reden jahrzehntelang ein Tabu war. Die Herausbildung bürokratischer Eliten und Demokratiedefizite, das Fortbestehen patriarchaler Strukturen im Sozialismus, die Dogmatisierung wie Deformierungen im Bereich der Theorie und schließlich der Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der Sowjetunion und im Osten Europas. Das alles hat uns verdeutlicht: Es bedarf einer grundlegenden Erneuerung unserer Theorie und unseres Politikverständnisses, um auf marxistischer Basis eine anstrebenswerte sozialistische Gesellschaftsperspektive vertreten zu können. Daher kann der ehemalige "reale Sozialismus" nicht als Modell eines künftigen Sozialismus gelten.

10. Wege der Veränderung

In der Suche nach Wegen zur Veränderung gehen KommunistInnen von der gesellschaftlichen Realität und den Grundtendenzen des heutigen Kapitalismus aus. Die als "Neoliberalismus" gekennzeichnete Grundtendenz zur Beseitigung der sozialen Rechte, zur Deregulierung, zum Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung und Privatisierung des öffentlichen Eigentums, ist keine spezifisch österreichische Erscheinung. Wir erleben weltweit das brutale Durchsetzen von Kapitalinteressen gegen die Interessen und Bedürfnisse der Masse der Menschen.

Einen "menschlichen" Kapitalismus hat es zu keiner Zeit gegeben - was etwa in hochentwickelten kapitalistischen Staaten an tatsächlichen Fortschritten erreicht wurde, wurde erkämpft. Speziell in Österreich gab es besondere Bedingungen, die heute nicht mehr gegeben sind: Die Konkurrenz mit dem sozialistischen System, die Neutralität, starke öffentliche Wirtschaftssektoren, die politischen Kräfteverhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg, starke Gewerkschaftsbewegungen, der Wiederaufbau. Das Kapital

musste Zugeständnisse machen - Zugeständnisse, die heute zurückgenommen werden.

Es erweist sich: Sozialabbau und Krieg sind zwei Seiten der selben Medaille: eines sich entfesselnden kapitalistischen Systems, das den Maximalprofit über alle menschlichen Bedürfnisse stellt und in seiner imperialistischen Durchsetzung kein Gewaltmittel scheut und kein Menschenleben schont. Die Politik verkommt zunehmend zum Vollzugsorgan dieses Systems und verengt in atemberaubendem Tempo die Spielräume für Politikgestaltung, für soziale Reformen und demokratische Mitbestimmung.

Die KommunistInnen sehen diese Entwicklung ohne Illusionen und gehen davon aus, dass die Bedürfnisse der Menschen nach sozialer Sicherheit und friedlichen Verhältnissen nicht zu befriedigen sind, wenn nicht dieses System als Ganzes in Frage gestellt und letztlich überwunden wird. Das ist auch der Grund, warum die KPÖ ihren Kampf gegen Missstände und für soziale Reformen sowie ihren Kampf um Frieden mit dem Kampf gegen das kapitalistische Klassensystem, gegen den Kapitalismus als Ganzes verknüpft.

Das ist letztlich die politische Identität von KommunistInnen: Der KPÖ geht es in ihrer Politik um eine andere Menschheitsperspektive. Es geht letztlich um bedürfnisorientiertes Wirtschaften auf Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln anstelle der mörderischen Jagd nach Profiten, anstelle von Ausbeutung und Ausplünderung. Und es geht uns um dauerhaften Frieden und echter Demokratisierung aller Lebensbereiche anstelle von imperialistischen Raubkriegen, Unterdrückung und Demokratieabbau.

Es geht uns um revolutionäre Veränderung und eine grundlegend andere Qualität des Lebens. Es geht uns um Sozialismus anstelle der Kapitalherrschaft. Ohne die Macht des Kapitals zu brechen, seine Apparate zu unterwandern und abzuschaffen, also ohne eine soziale, politische, kulturelle und ökonomische Revolution wird allerdings kein Raum für eine sozialistische Entwicklung sein. Uns geht es letztlich um Kommunismus, eine klassenlose Gesellschaft, in der - wie es im Kommunistischen Manifest heißt, "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Das mögen - gemessen an den politischen Kräfteverhältnissen in der heutigen Gesellschaft - "große Worte" sein. Was ist aber die Alternative dazu?

Der Sozialstaat als Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung hat nicht nur eine wichtige Schutzfunktion für sozial Schwächere, sondern bedeutet auch einen wichtigen zivilisatorischen Fortschritt überhaupt.

Der Kampf um den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Eigentums, um Demokratisierung, die Verbesserung statt dem Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen und eine progressive Erneuerung des Sozialstaats insgesamt, ist eine vorrangige Aufgabe im Kampf gegen die neoliberale, kapitalistische Form der Globalisierung. Dies verlangt, dass menschliche Bedürfnisse Vorrang gegenüber der Rentabilität des Kapitals haben, dass die Hegemonie demokratischer und emanzipatorischer Werte durchgesetzt wird.

Der Kampf um einen progressiven Sozialstaat - wie ihn die KPÖ anstrebt - ist mit dem international zu koordinierenden Kampf um die Zurückdrängung der Macht der großen Konzerne verbunden. Verknüpft ist er auch mit dem sozialen und ökologischen Umbau der gesamten Produktions- und Lebensweise, mit der Umverteilung der Einkommen und Vermögen von oben nach unten, einschließlich der Herstellung von Einkommensgleichheit zwischen den Geschlechtern. Dieser Kampf erfordert auch neue machtpolitische Verhältnisse: Die Vorherrschaft des Neoliberalismus in Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft muss gebrochen werden.

Der progressive Sozialstaat verlangt neue Leitbilder von Arbeit und Verteilung der geschaffenen Werte und einen neuen Typ von Vollbeschäftigung.

Gegen die massen- und dauerhafte "Freisetzung" von Arbeitskräften sind eine radikale Verkürzung der Wochen- und Jahresarbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich und eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit, sowie eine Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit und Neueinstellungen auch in einem öffentlicher Beschäftigungssektor notwendig. Progressiver Sozialstaat heißt auch, dass lebenswichtige Strukturen der Gesellschaft, wie Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Verkehr der Diktatur des kapitalistischen Marktes entzogen werden müssen.

12. Risiken und Chancen

Wir erleben heute eine Revolution der Produktivkräfte. Der Einsatz neuer Technologien und die Globalisierung nehmen unter der Herrschaft des neoliberal geprägten Kapitalismus einen katastrophal zerstörerischen Charakter an. Viele Menschen erkennen, dass eine andere als die kapitalistisch geprägte Welt notwendig ist. Die neuen Produktivkräfte erzeugen - so widersprüchlich das klingen mag - gleichzeitig Voraussetzungen für eine neue, höhere Stufe der menschlichen Zivilisation.

Diese revolutionäre Dialektik der Epoche ist es, die in der Losung der globalisierungskritischen Bewegung: "Eine andere Welt ist möglich" ausgedrückt wird.

Der Kampf um eine "andere Welt" vollzieht sich weder nach einem einheitlichen Plan, noch wird er von einer einzigen politisch-ideologischen Kraft gesteuert. Die politische und weltanschauliche Pluralität der sozialen Kräfte anzuerkennen, die sich heute dem Neoliberalismus entgegenstellen, ist Voraussetzung für eine realistische Sicht auf die in der Welt stattfindenden sozialen Kämpfe und die neuen Formen internationaler Solidarität.

Widerstand gegen die Herrschaft des Kapitals entsteht aus der verschärften ökonomischen Ausbeutung, aber auch aus anderen Formen der den Menschen und der Natur auferlegten Ausbeutung und Unterdrückung. Sie reicht weit über die unmittelbare Konfrontation von Kapital und Arbeit in den Betrieben hinaus.

Wir bekämpfen alle Unterdrückungsverhältnisse auf den Gebieten der Ökonomie, der Politik, des Sozialen und der Kultur. Wir leisten Widerstand gegen ethnische Diskriminierung und kämpfen um die grundlegende Veränderung der Verhältnisse zwischen Männern und Frauen.

13. Eigentum und Demokratie

Das Ziel kommunistischer Politik ist, eine von Klassenherrschaft und Patriarchat befreite Demokratie im Sinne des freien Zusammenlebens Gleichberechtigter zu schaffen.

Die Macht des Kapitals, die gesellschaftliche Entwicklung seinen Gesetzen zu unterwerfen, beruht auf dem kapitalistischen Eigentum. KommunistInnen treten daher für die Überwindung des kapitalistischen Eigentums, für eine qualitative Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse - vor allem der großen Banken, Versicherungen und Konzerne - ein, so dass sie gesellschaftlicher, demokratischer Kontrolle unterliegen. Es geht also um Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums. Diese gesellschaftlichen Formen des Eigentums bilden die wirtschaftliche Grundlage des Sozialismus.

Sozialistische Eigentumsverhältnisse setzen die Möglichkeit zur demokratischen Mitgestaltung - zur "partizipativen Demokratie" - der Menschen an Entscheidungen über ihre Arbeit voraus. Gerade aus der Perspektive der Arbeitswelt erweist sich, dass Demokratie sowohl ein Mittel als auch den Zweck der Emanzipation darstellt.

Wie bewertet die KPÖ die Chancen und Gefahren durch neue Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie? Wissen ist Macht. Die neuen Technologien bieten die Möglichkeiten für einen breiten, unkomplizierten und kostenlosen Zugriff auf Wissen und Information. Mit geringstem Aufwand kann jede/r auch als Produzent von Information auftreten. Die neuen Technologien haben damit enormes Potential, der durch das kapitalistische System verursachten Medien- und Machtkonzentration entgegenzuwirken und zu einer Demokratisierung der Gesellschaft beizutragen. Voraussetzung dafür sind natürlich auch die Zugangsmöglichkeiten zu diesen Technologien für alle.

Es wäre jedoch naiv zu glauben, die Konzerne würden ihre Macht in diesem Bereich kampflos aufgeben. Mit technischen und legislativen Mitteln wird versucht, die Kontrolle über Information zu sichern und zu erweitern: Microsoft's "Digital Rights Management" und die Verschärfungen im Bereich "Copyright" sind Beispiele für diesen Machtkampf.

Wir KommunistInnen wollen die Fragen nach dem Sinn von Urheberrecht, Patenten, also "Geistigem Eigentum" ganz grundsätzlich stellen. Diese Gesetze machen Wissen und Information künstlich rar, um sie im Kapitalismus als Ware handeln, besitzen und der Allgemeinheit vorenthalten zu können.

Die Erfolge freier Software (wie etwa GNU/Linux) zeigen im Gegensatz dazu, wie produktiv und erfolgreich auf freiem Informationsaustausch basierende Kooperation im Vergleich zum profitorientierten Gewinnstreben der Konzerne sein kann. Viele der in diesem Bereich entwickelten Methoden von Zusammenarbeit könnten auch als Modell für andere Bereiche wertvolle Vorlagen liefern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in Zusammenhang mit Informationstechnologie sind Fragen des Datenschutzes und der Privatsphäre. Mit der zunehmenden Nutzung von diesen Technologien hinterlassen wir auch zunehmender mehr digitale Spuren. Die Mächtigen bekommen damit weitere Instrumente der Kontrolle über uns. Wir treten daher dafür ein, alle technischen und legislativen Möglichkeiten zu nutzen, die die Privatsphäre des Einzelnen zu schützen. Im Gegenzug sollten Konzerne und

Staaten aber zu einer möglichst weitgehenden Offenlegung ihrer Strukturen, Geldflüssen, etc. verpflichtet werden.

Moderne Kommunikationstechnologien eröffnen neue Möglichkeiten für zukünftige demokratische Formen der Dezentralisierung und der Koordination. Unter bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen wird reale Demokratie stets durch die Interessen der herrschenden Eliten eingeschränkt.

Auch die parlamentarische Demokratie ist Herrschaftsform der besitzenden Minderheit. Deshalb waren und sind die sozialen und politischen Kämpfe der "unteren Klassen" der Gesellschaft, die sich der Herrschaft der oberen entgegenstellen, auch die wahren Motoren demokratischer Entwicklungen und letztlich einer grundlegenden, revolutionären Veränderung der Gesellschaft.

14. Gegenmacht - lokal und global!

So, wie sich die Kapitalherrschaft weltweit etabliert hat und weltweit die Bedingungen für die gnadenlose Jagd nach Profiten durchsetzt und diktiert, hat Widerstand und Gegenmachtbildung eine Chance: Wenn sich die lokalen und regionalen Kämpfe und Bewegungen vernetzen und wenn sie sich letztlich nicht nur gegen die Symptome der Kapitalherrschaft sondern gegen diese selbst richten. Das ist der Inhalt heutiger Klassenkämpfe.

Gegenmachtbildung unter den Bedingungen kapitalistischer Globalisierung erfordert Vernetzung und gemeinsame Aktionen kapitalismuskritischer und antikapitalistischer Kräfte. Ob LandarbeiterInnen oder landlose Bauern, ob radikale Ökologiebewegungen oder Feministinnen, ob Transportarbeitergewerkschaften oder Friedensgruppen, ob kommunalpolitische Initiativen, Bürgerrechtsbewegungen und fortschrittliche konfessionelle Bewegungen und Gruppen - ob die ArbeiterInnenbewegung in den Industriezentren oder progressive politische Parteien - sie alle kommen unter die Räder des sich entfesselnden kapitalistischen Systems, wenn sie isoliert einem übermächtigen Gegner gegenüberstehen. Gegenmachtbildung - lokal wie global - wird aber nur dann möglich sein, wenn sie sich verbünden. Dabei ist klar: International und global wirkende Bündnisse und Bewegungen sind nur so stark, wie ihre Teile in ihren jeweiligen Lebensumfeldern sind, und wie stark sie sich in der Bevölkerung verankern können.

Die KPÖ versteht sich also als aktiver und engagierter Teil einer sich global formierenden Bewegung und unterstützt die global, kontinental, national und lokal entstehenden Sozialforen, ohne deren Autonomie und die Identität als kommunistische Partei in Frage zu stellen und ohne zu vergessen, was ihr eigener, klassen- und frauenspezifischer Beitrag im täglichen Interessenskampf in ihrem Wirkungsumfeld, den Gemeinden und Betrieben, in den Ländern und im Bund, in den Bündnissen und Initiativen ist. Genau die Erfahrungen aus diesen politischen Handlungsebenen und aus unserer politischen Praxis sind es, die wir als wertvollen Beitrag einbringen und somit der Gesamtbewegung nützen können. Es geht um Bewegung in der Bewegung.

15. Gewerkschaften müssen sich entscheiden

Die Gewerkschaften stehen vor der Entscheidung zwischen "sozialpartnerschaftlicher" Nostalgie und kämpferischer Neuorientierung. Diese fällt ihnen nicht leicht. In den Jahrzehnten der "Sozialpartnerschaft" haben sie sich von Schutz- und Kampforganisationen zu "Ordnungsfaktoren" des kapitalistischen

Systems gewandelt. Führungspersönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung wurden zu Teilen der Systemeliten, und die Politik der Gewerkschaften richtete sich zunehmend auf ein

"gesellschaftliches Gesamtinteresse" im Rahmen des Kapitalismus, als würden in dieser Gesellschaft keine Klassengegensätze bestehen.

Jetzt, da der Neoliberalismus das politische Umfeld zu Ungunsten der Gewerkschaften gravierend verändert hat, treten diese Widersprüche verstärkt zu Tage. Gesetzmäßige Folge der "sozialpartnerschaftlichen" Einbindung der Gewerkschaften war ihre Entdemokratisierung. Die wichtigste Voraussetzung dafür, den Lähmungszustand der Gewerkschaften zu überwinden und aktionsfähig zu werden, bildet eine radikale Demokratisierung.

Die Mitglieder müssen in alle wesentlichen Entscheidungen eingebunden werden, und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die heutige ArbeiterInnenklasse multiethnisch und multikulturell zusammengesetzt ist, zur Hälfte aus Frauen besteht, und dass auch Beschäftigungslose und Menschen in ungeschützten und atypischen Beschäftigungsverhältnissen ein Teil der Klasse sind.

Neben der Demokratisierung geht es um die Öffnung gegenüber anderen sozialen und demokratischen Bewegungen, insbesondere gegenüber der Bewegung der GlobalisierungskritikerInnen. Nur wenn es zu einer Vernetzung und zu einem Zusammenwirken der Gewerkschaften mit diesen sehr unterschiedlichen und spezifischen Bewegungen kommt, können Klassenanliegen in ihrer Vielfalt wirksam wahrgenommen werden.

Die Aufgabe von KommunistInnen und anderen linken, auf Systemüberwindung orientierenden Kräften ist, beizutragen, dass Solidarität und Zusammenhalt entstehen. Auch in den österreichischen Gewerkschaften "schlummert" ein beträchtliches Potential für die "Veränderung der Welt". Gelingt es, dieses zum Leben zu erwecken, eröffnen sich neue Perspektiven auf diesem Weg.

16. Internationalismus - ein Kern kommunistischer Politik

Wer die heutige Gesellschaft verändern will, muss gleichermaßen lokal und global denken und handeln. Sozialistisches Bewusstsein ist globales Bewusstsein. Zwar bilden die Nationalstaaten weiterhin einen wesentlichen Bezugsrahmen sozialer und politischer Kämpfe, um diese aber wirksam führen zu können, beginnen die Klassenkräfte und sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und die alternative, also auf Überwindung des kapitalistischen Systems orientierte Linke, sich international zu vernetzen. In gemeinsamen Kämpfen entwickeln sich die Umriss neuer solidarischer und demokratischer Alternativen der Weltentwicklung.

Der Internationalismus beginnt im eigenen Land. Die Forderung: "gleiche Rechte für alle in Österreich Lebenden" hat zentrale Bedeutung für den Kampf um soziale Gerechtigkeit. Wir stellen der rassistischen Ausgrenzung und Konkurrenz die Solidarität und den Internationalismus gegenüber. Die KPÖ lehnt alle Formen der Zwangsintegration ab. Sie versteht unter Integration den wechselseitigen Prozess, in dem kulturelle und sprachliche Identitäten respektiert und entwickelt werden. Das setzt Förderungsmaßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems voraus, sowie den gleichen Zugang zu genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungen und zu den Wahlrechten.

17. Für ein anderes Europa

Im Zentrum einer europapolitischen Alternative steht der Kampf um eine demokratische und soziale Integration Europas anstelle von imperialistischer Machtentfaltung der EU.

Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union und damit Mitglied eines der sich seit Jahrzehnten - in den letzten Jahren auch militärisch - neu formierenden internationalen Macht- und Entscheidungszentren. Die EU ist mit der OECD, der WTO, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds ein wesentlicher und gestaltender Teil des globalisierten kapitalistischen Systems. Sie betreibt im Rahmen der imperialistischen "Arbeitsteilung" die systematische und gewaltsame Durchsetzung der "Neuen Weltordnung", wobei aber schwere Differenzen im Zuge der imperialistischen Konkurrenz auftreten - wie die jüngsten Entwicklungen zeigen - bei denen es um die Hierarchie der Mächte und vor allem um die Vormachtstellung der USA geht.

Die KPÖ setzt auf eine Alternative zum kapitalistischen System und somit auch auf eine Alternative zur EU des Kapitals und der Konzerne als wesentlicher Teil dieses Systems. Diese Alternative kann nicht allein aus der nationalstaatlichen Perspektive entwickelt werden. Bei der Entwicklung von strategischer Überlegungen ist auch dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Kapitalverflechtungen und die Standortpolitik der Konzerne dazu geführt haben, dass auch der kapitalistische Nationalstaat immer weniger Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen nehmen kann. Die größten Banken und Konzerne entziehen sich nationalen Regelungen und Einflüssen und im industriellen Bereich befinden sich bereits viele Technologiezentren außer Landes.

Natürlich besteht die KPÖ im Sinne der Selbstbestimmungsrechte der Bevölkerungen auf das Recht zum Austritt aus der EU und sieht darin auch eine politische Option. Die Kritik der KPÖ an der EU ist antikapitalistischen, antiimperialistischen und antipatriarchalen Inhalts und unterscheidet sich daher grundsätzlich von den nationalistisch motivierten Kritiken und Vorbehalten, die von politisch rechten Kräften kommen.

Die KPÖ tritt vorbehaltlos und aktiv für die Beibehaltung der österreichischen Neutralität ein. Wir betrachten die Neutralität als zukunftsfähiges, internationalistisches Konzept, von dem ausgehend wir Widerstand gegen eine Militarisierung Europas leisten.

Das Ringen um die demokratische und soziale Integration Europas und der Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit kann und darf sich nicht auf das unmittelbare Umfeld und auf den nationalen Rahmen beschränken. Es muss länderübergreifend sein und alle Kräfte erfassen, die auf Systemüberwindung, auf Demokratisierung und Gleichberechtigung, auf soziale Gerechtigkeit und Frieden setzen. Die Gründung des Europäischen Sozialforums in Florenz ist dabei ein Element von wesentlicher Bedeutung.

Dies zeigt sich nicht zuletzt an den von ihm ausgehenden großen Anti-Kriegs-Demonstrationen, an denen Millionen Menschen teilgenommen haben.

18. Gemeinsam mit der KPÖ für Veränderung kämpfen!

Die KPÖ verbindet ihre Aktivitäten und ihre Politik an der Basis und in den Bewegungen mit ihren gesellschaftspolitischen Orientierungen und Zielen: Sie betreibt in Gemeinden und Betrieben, in Gewerkschaften und Arbeiterkammern, aber auch in Initiativen und Bewegungen konkrete Tagespolitik, die sich an den unmittelbaren und konkreten

Lebensinteressen der Menschen orientiert. Diese Politik beinhaltet tagespolitische Forderungen ebenso wie konkrete Hilfestellungen.

Mit anderen Worten: Die KPÖ steht in ihrer politischen Praxis für die Übereinstimmung von Wort und Tat. Sie ist eine Partei des täglichen Lebens und eine Partei der gesellschaftlichen Veränderung. Sie kämpft hier und heute dafür, dass sich künftigen Generationen andere, menschenwürdige Perspektiven auf tun - und wer gemeinsam mit uns kämpfen will, ist eingeladen, es zu tun!

Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein Analysen und Vorschläge der KPÖ

Was sind die Ursachen von Krieg und Krise? Was können wir dagegen tun? Diese Fragen stellen sich viele Menschen. Nach dem Wahlerfolg in Graz sind auch die Positionen und Haltungen der KPÖ für einige von ihnen interessanter geworden. Wir versuchen, in dieser politischen Positionsbestimmung einige Antworten zu geben. Dabei gehen wir von zwei Entwicklungen aus, die auf längere Sicht maßgebenden Einfluss auf die Lage der Menschen nehmen werden:

- Der neoliberal geprägte Vorstoß in Richtung schwerwiegender Sozialabbaumaßnahmen, die massiven Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen und -verhältnissen und umfassende Privatisierungen im Bereich der Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen sozialen Dienstleistungen und Gütern.
- Die Kriege des Imperialismus und ihre Folgen.

Wir sehen dabei einen engen Zusammenhang zwischen zwei Tendenzen: Das kapitalistische System versucht sich seiner Fesseln bei der Erzielung höchstmöglicher Profite zu entledigen. Gleichzeitig setzt es Maßnahmen, seine imperialistische Herrschaft im Rahmen einer neuen Weltordnung zu sichern und zu festigen.

Die Konkurrenz in der Jagd nach Profiten und die brutaler werdende Durchsetzung von Machtinteressen stürzen die Welt in immer schwerere Krisen und Konflikte wirtschaftlicher, politischer und militärischer Natur. Genaugenommen steht die Frage im Raum, ob wir am Rande einer Weltwirtschaftskrise mit allen damit verbundenen Konsequenzen stehen.

1. Imperialistische Kriege

Vor unseren Augen spielt sich das erschreckende Szenario eines Krieges ab, dessen Konsequenzen in ihren vollen Dimensionen noch nicht abzusehen sind. Den USA geht es um wirtschaftliche, militärische und politische Interessen. Es geht um ihre weltweite Vormachtstellung, aber auch um die Durchsetzung der antisozialen,

neoliberalen Offensive in allen Teilen der Welt.

Es ist ein imperialistischer Krieg, wie er auch gegen Jugoslawien und Afghanistan geführt wurde. Er bringt unermessliches Leid über die Bevölkerung des Irak und der ganzen Region und wird in seinen wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen noch viel weitere Kreise ziehen. Dieser Angriffskrieg bedeutet Massenmord an der

Zivilbevölkerung, Vertreibungen, Massenvergewaltigungen und schwere Zerstörungen am Hab und Gut der Menschen. Er stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und einen Angriff auf die Vereinten Nationen dar: Die UNO soll sich in die US-Dominanz fügen und die Ersetzung wesentlicher Grundlagen des Völkerrechts durch die Unterordnung unter die Supermacht USA. Das bringt die USA in Gegensatz zu anderen großen Mächten wie China, Russland und andere Staaten und verschärft die Differenzen im „innerimperialistischen“ Gefüge.

Wie kaum zuvor setzen sich die USA über die Einwände früherer Verbündeter hinweg. Die Differenzen zwischen USA und EU werden stärker. Auch innerhalb der EU kann in dieser Frage nicht von Einigkeit gesprochen werden.

Hierin dokumentieren sich wachsende Widersprüche innerhalb des imperialistischen Systems ebenso, wie die Entschlossenheit der US-Administration und der hinter ihr stehenden Großkonzerne, diese Differenzen für sich zu entscheiden. Der Imperialismus kann schlichtweg nicht mehr zureichend begriffen werden, ohne das Monopolkapital als ökonomischen Kern der heutigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus zu definieren.

Die EU ist ein wesentlicher und gestaltender Teil des globalisierten kapitalistischen Systems. Sie betreibt im Rahmen der imperialistischen "Arbeitsteilung" die systematische und gewaltsame Durchsetzung der "Neuen Weltordnung", wobei aber schwere Differenzen im Zuge der imperialistischen Konkurrenz auftreten.

Es muss uns allen bewusst sein: Niemand kann heute ausschließen, dass es im Kampf um Macht und Hegemonie und im Zuge ökonomischer Verteilungskämpfe auch zu bewaffneten Konflikten zwischen den imperialistischen Machtzentren kommen kann und dass solche Konflikte Ausmaße erreichen können, die weit über all das hinausgehen, was seit 1945 geschehen ist.

Die ökonomische Rechnung für diesen Krieg werden die lohnabhängig Beschäftigten und ohnehin sozial Benachteiligten in allen Ländern zu tragen haben.

2. Sozialabbau wird beschleunigt

In der Wahrnehmung der Menschen gehen die Veränderungen in atemberaubenden Tempo vor sich: Hierzulande hebt eine schwarz-blaue Regierung erkämpfte sozialstaatliche Regelungen und soziale Errungenschaften aus den Angeln, ebenso wie es in Deutschland eine rot-grüne Regierung tut. In dieser Hinsicht macht es offensichtlich keinen Unterschied mehr, wer gerade wo regiert. Ein ohnehin schon brüchig gewordenes, Frauen besonders benachteiligendes System sozialer Sicherheit soll nun systematisch demontiert werden.

Löhne und Gehälter werden gedrückt, Arbeitsverträge verschlechtert und durch arbeits- wie sozialrechtlich ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit ersetzt. Arbeitszeit wird flexibilisiert und jungen Menschen werden verstärkt die Zugänge zu einer qualitätsvollen Bildung und Ausbildung sowie zu Arbeitsplätzen verwehrt. Frauen werden wieder vermehrt auf schlecht bezahlte Arbeitsplätze oder verstärkt in den Bereich unbezahlter, aber gesellschaftlich notwendiger Arbeiten abgedrängt. Dieser Prozess verstärkt Abhängigkeitsverhältnisse und geht einher mit reaktionärsten Vorurteilen und Vorstellungen über die gesellschaftliche Rolle der

Frau, wie sie auch in der herrschenden Politik zum Ausdruck kommen. Arbeitslosigkeit ist zur Massenerscheinung geworden und die Lage der Menschen, denen Erwerbsmöglichkeiten vorenthalten werden, verschlechtert sich mit jeder weiteren unsozialen Maßnahme. Dabei sind es neben den jungen Menschen auch immer mehr

ältere, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt mehr finden und denen trotz langjähriger Versicherungszeiten nach einem oft harten und gesundheitsschädigenden Arbeitsleben ein Pensionsantritt verwehrt wird. Am Härtesten werden vom Sozialabbau jene getroffen, die schon bisher benachteiligt und ausgegrenzt wurden: Frauen und Männer mit niedrigen Einkommen, sozial Ausgegrenzte, Menschen mit Behinderungen und nicht zuletzt all jene, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen oder sich überhaupt als "Illegalisierte" unter den schlimmsten Bedingungen durchschlagen müssen.

3 :Privatisierung und Kommerzialisierung aller Lebensbereiche

Die Grundversorgung der Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen wird kommerzialisiert und privatisiert - das öffentliche Eigentum wird ausverkauft. Egal, ob es sich nun um kommunales Eigentum oder Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, um Kinderbetreuungseinrichtungen, um Wohnungen, um Schulen und Universitäten, um Infrastrukturbetriebe wie Bahn und Post, um Energiebetriebe oder die Wasserversorgung, um die Telekommunikation oder um staatliche Anteile an Schlüsselindustrien handelt - alles wird "liberalisiert".

Das bedeutet nichts anderes, als dass diese Bereiche für die private Kapitalverwertung und fürs Profitmachen "frei" gegeben werden. Also auch Bereiche wie die Gesundheitsversorgung und die Bildung stehen zur Disposition, wobei hier die inhumanen Dimensionen umso deutlicher ausgeprägt sind, zumal sie völlig zu Waren werden und der Zugang zu den Leistungen immer mehr davon abhängt, wie kaufkräftig die KäuferInnen sind.

Wer es sich nicht leisten kann, wird abgedrängt und ausgegrenzt. Arbeitslose, PensionistInnen, Frauen – deren Einkommen im Durchschnitt um ein Drittel niedriger ist als jenes der Männer – könnten sich von wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge ausgeschlossen sehen.

Die Durchsetzung dieser "Liberalisierung" und Privatisierungsschritte wird über die nationale Politik ebenso betrieben, wie über die Politik der Europäischen Union und über die Welthandelsorganisation WTO in Form des GATS-Abkommens. In so genannten „Entwicklungsländern“ und Ländern mit hohen Schulden üben die Weltbank und der Internationale Währungsfonds massiven Druck aus.

4. Klassengegensätze verschärfen sich

Die Folgen des Sozialabbaues und der Privatisierung sind weitreichend:

Einmal mehr vertieft sich die Spaltung der Gesellschaft: In jene, die von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer leben und in jene, die von ihrem Verkauf leben müssen; in SystemgewinnerInnen und SystemverliererInnen, in Reich und Arm, in Privilegierte und Benachteiligte, in Herrschende und Beherrschte.

Es wird immer deutlicher, dass der Kapitalismus unfähig ist, die ihm innewohnenden Widersprüche zu lösen. Dass er die Existenz der Lebensgrundlagen der Menschheit gefährdet und dass die Gefahr eines Rückfalls in die Barbarei nur durch die sozialistische Alternative gebannt werden kann.

Ob dies aber gelingen kann, hängt wesentlich davon ab, wie stark die Gegenkräfte

sind.

Als eine Partei der ArbeiterInnenklasse und aller von den verschärften Verwertungsbedingungen des Finanz- und Monopolkapitals betroffenen werktätigen Schichten und Intellektuellen will die KPÖ an der Schaffung eines Gegenpols zu den

geschilderten Entwicklungen mitwirken.

Kommunistische Politik verknüpft ihr Eintreten für unmittelbare und künftige soziale Interessen der Werktätigen mit der Verteidigung der demokratischen und sozialen Prinzipien, dem Widerstand gegen die Rechtsentwicklung und neofaschistischen Gefahren, gegen die vom Imperialismus ausgehende Bedrohung des Friedens und der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Sie verbindet den Kampf um elementare Tagesforderungen mit dem Ringen um radikale, gegen das große Kapital gerichtete Reformen und für den Sozialismus.

KommunistInnen setzen auf den Erfahrungs- und Erkenntniszuwachs der Werktätigen im außerparlamentarischen Kampf, erblicken in deren Mobilisierung den Hauptweg der Entwicklung von Widerstand und Gegenmacht, initiieren und unterstützen soziale und ökologische, antimilitaristische und antifaschistische, demokratische politische Aktionen. Sie gehen davon aus, dass entscheidend für die Veränderung des Kräfteverhältnisses und die Verwirklichung radikal-demokratische Programmatik das Zustandekommen einer starken progressiven außerparlamentarischen Bewegung und deren Voranschreiten sind. KommunistInnen unterstützen daher die Betriebs- und PersonalrätInnen der Arbeiter und Angestellten, die Initiativen der Arbeitslosen, der Ausgegrenzten und Armen, der Verbraucher und MieterInnen, kleinen PächterInnen, der HeimgärtnerInnen sowie Genossenschaften in Stadt und Land, die demokratischen Frauen-, Jugend- und Kulturorganisationen, die antifaschistischen und antimilitaristischen Zusammenschlüsse, die Bewegungen für den Frieden, für den Schutz der BürgerInnen- und Menschenwürde, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Linderung der Not der Menschen in der Dritten Welt und insbesondere auch die Bewegungen gegen die imperialistische Globalisierung. Sie kämpfen zugleich für starke parlamentarische Vertretungen von Linken auf allen Ebenen, die eng mit den WählerInnen verbunden sind, ihre Hauptstützen in der außerparlamentarischen Bewegung haben und alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen, um diese voranzubringen. Im gemeinsamen Kampf kann sich ein Verständnis der Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ein Verständnis von gesellschaftlichen Alternativen ergeben, das wirklich „die Massen ergreift“ und die „Idee zur materiellen Gewalt“ werden lässt.

antipatriarchalen und ökologischen Umbau der Gesellschaft

1. Für Neutralität und Frieden

- Auflösung der Militärstützpunkte der USA, die sie in anderen Erdteilen - darunter auch in Europa - hat. Abschaffung aller Atomwaffen in Europa.
- Abschaffung aller ABC-Waffen. Vollständiges Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Entwicklungs- und

Produktionsstopp für neue Waffensysteme. Generelles Verbot von Rüstungsexporten.

- Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der österreichischen Neutralität. Neutralität ist eine zutiefst internationalistische und verallgemeinerbare Option für Staaten, die sich den

Grundlage für die Revitalisierung von Blockfreien

- Bewegungen. Neutralität ist die Antithese zur imperialistischen Großmachtspolitik.
- Kein Kauf von neuen Abfangjägern. Zeltweg, Graz-Thalerhof und Hörsching dürfen keine NATO-Stützpunkte werden.
- Der Nationalrat und die Bundesregierung sind verpflichtet, an der immerwährenden Neutralität festzuhalten und eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben. Die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik orientiert sich auf dieser Grundlage an den Prinzipien des Dialogs, der friedlichen Konfliktregelung und der internationalen Solidarität.
- Kein/e Soldat/in, keine Waffen, kein Euro für die Euro- Armee. In diesem Sinne wird der neutralitätswidrige Artikel 23f aus der Bundesverfassung gestrichen. Die Republik Österreich darf keine
- Kein Nato-Beitritt Österreichs. Die Beteiligung der Republik Österreich an der "Nato-Partnerschaft für den Frieden" muss beendet werden.
- Alle Pläne, das Bundesheer in Richtung Interventionsfähigkeit umzurüsten und die dazugehörigen Aufrüstungspläne (Kampffjets, Großraumtransporter, etc.) müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden. Gefordert wird soziale Sicherheit statt Aufrüstung.

2. Stopp dem Sozialabbau – Sinnvolle, existenzsichernde Arbeit für alle

- Verwirklichung des Rechts auf sinnvolle und existenzsichernde Arbeit für alle und leistungsgerechte Bezahlung. Das erfordert auch die Neubewertung der Arbeit von Frauen.
- Verkürzung der Arbeitszeit auf 32 Stunden bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich und Umsetzung in neue Arbeitsplätze.
- Gesetzliche Begrenzung der Möglichkeit von Überstunden. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen.
- Tarifbindung und gesetzliche Festschreibung von Mindestlöhnen für alle Unternehmen in allen Wirtschaftsbranchen.
- Uneingeschränktes Streikrecht für alle abhängig Beschäftigten. Verbot der Aussperrung.
- Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung der Beschäftigten auf alle Fragen der Unternehmensführung. Sicherung umfassender Kontrollrechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Gewerkschaften. Gesetzliche Pflicht zu Bildung von BetriebsrätInnen in allen Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten und zur Schaffung von Gesamtbetriebsräten in allen nationalen und transnationalen Konzernen.

3. Einschränkung der Macht der Konzerne.

- Stopp GATS
- Überführung strategisch wichtiger Konzerne in Gemeineigentum,
- Rückgängigmachung der bereits erfolgten Privatisierung auf den Gebieten Bahn, öffentlicher Nahverkehr, Post, Telekommunikation, Energie- und Wärmeversorgung, Wasser-

in öffentliches und gemeinnütziges Eigentum.

- Bereits durchgeführte Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.
- Investitionsorientierte öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme als Hebel für echte Vollbeschäftigung.
- Gesetzlich abgesichertes Mitbestimmungs- und Kontrollrecht von Organisationen der Interessensvertretung der BürgerInnen in den Aufsichtsorganen der öffentlich-rechtlichen, gemeinnützigen und privaten Medienunternehmen.
- Bildung eines öffentlich geförderten Wirtschaftssektors, der Aufgaben übernimmt, die weder vom privatwirtschaftlichen Sektor noch vom öffentlichen Dienst ausreichend wahrgenommen werden – beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Umwelt und Kultur. Förderung und Entwicklung neuer (oder selten praktizierter) Formen von Gemeineigentum: für genossenschaftliche, kommunale Betriebe und für öffentlich geförderte Projekte in Trägerschaft von Vereinen und Bildungseinrichtungen.
- Wirksame Förderung des öffentlichen Verkehrs.
- Eine Nahverkehrsabgabe der Unternehmer nach dem Vorbild der Wiener U-Bahnsteuer für die Förderung des ÖPNV.
- Planung staatlicher Investitionen auf Bundes-, Landes und Kommunalebene unter Kontrolle der Öffentlichkeit. Besondere Förderung von Wissenschaft und Forschung und Sicherung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den Profitinteressen des großen Kapitals.
- Abschaffung des von der früheren SP-VP Regierung eingeführten Stiftungsrechts und der anderen Steuerprivilegien der Reichen. Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Einführung der sogenannten „Tobin-Steuer“ auf grenzüberschreitende Kapitaltransfers.
- Durchsetzung einer effektiven Steuerfahndung, um die Gewinnverschleierung und Steuerminimierung durch Großbanken, Konzerne und Versicherungen zu verhindern.
- Progressive Besteuerung der Gewinne von Unternehmen und aller Gewinne aus Aktienbesitz. Schutz des Kleinaktienbesitzes vor BörsenspekulantInnen.
- Staatliche Kontrolle der Finanzmärkte und Besteuerung des Kapitalexports.

4. Für mehr soziale Gerechtigkeit Für sichere Pensionen.

- Wiedereinführung des früheren Spitzensteuersatzes für Unternehmensgewinne und Privateinkommen sowie der Vermögenssteuer.
- Anhebung der Profit- und Kapitalbesteuerung auf das Durchschnittsniveau in der EU, was 50 bis 70 Mrd. jährlich erbringen könnte. Einheitliche und strikte Begrenzung möglicher Steuerabschreibungen.
- Umstellung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozial- und Pensionsversicherung auf eine Wertschöpfungsbasis.
- Senkung der Mehrwertsteuer auf alle Güter des notwendigen Lebensunterhalts, auf Dienstleistungen von Handwerk und Kleingewerbe und Einführung einer erhöhten Mehrwertsteuer für Luxusgüter.
- Rückgängigmachung aller Schritte zur Privatisierung der Altersvorsorge.
- Einbeziehung aller sozialen Gruppen und Einkommensarten in das System

der solidarischen gesetzlichen Pensions- und Krankenversicherung bei gleichzeitiger Begrenzung der Höchstbezüge. Paritätische Beteiligung der Unternehmen an den Sozialversicherungen gemessen an ihrem Gewinn.

- Abschaffung der zusätzlichen Pensionskürzungen bei Frühpensionierungen.
- Aufhebung der pensionsrechtlichen Benachteiligung der Frauen.
- Keine Erhöhung des Pensionsanfallsalters.
- Beseitigung der diskriminierenden Maßnahmen für die
- Gesetzliche, am gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen orientierte soziale Grundsicherung einschließlich Wohnung für alle BürgerInnen.
- **Aufhebung der Besteuerung der Unfallrenten.**

Wohnen darf keine Ware sein.

- Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus durch die Gebietskörperschaften (Gemeinden, Land und Bund).
- Stopp des Verkaufs der bundeseigenen Wohnungsgesellschaften.
- Begrenzung möglicher jährlicher Mieterhöhungen auf die allgemeine Inflationsrate. Sanierung statt Abriss des vorhandenen Wohnungsbestandes.
- Einführung eines Wohnungszuzahlungsmodells nach Grazer Vorbild. Keine Wohnung darf (inklusive Betriebskosten) mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens kosten.
- Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen.
- Erhöhung der Mietzinsbeihilfe des Bundes (bei Wohnungsanierungen). Dort sind die Einkommensgrenzen seit

- 1984 nicht mehr erhöht worden.
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten und Betriebskosten.
- Verbot von Maklerunwesen und strafrechtliche Verfolgung von Ablösewucher.

Für soziale Gesundheitsversorgung

- Abschaffung jeder Form von „Selbstbeteiligung“ in der Krankenversicherung – keine Klassen-Medizin: Alle Menschen haben ein gleiches Recht auf Gesundheit – Gesundheit darf keine Ware sein!
- Maximale Förderung behinderter Menschen und ihre umfassende Integration in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.
- Einführung eines einkommensabhängigen Karenzgeldes mit existenzsicherndem Sockelbetrag und Höchstgrenze (erhöht Anreiz der Väter, in Karenz zu gehen).
- Höheres Karenzgeld für Alleinerziehende und gleich lange Karenzzeiten für AlleinerzieherInnen und Paare.
- Flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen bis zum 14. Lebensjahr (Kinderkrippen, Kindergärten, Betriebskindergärten, Horte, Ganztagschulen, deren Öffnungszeiten den Arbeitszeiten der Eltern entsprechen).
- Verpflichtung der Länder zur Schaffung von Betreuungseinrichtungen verbunden mit Qualitätssicherung durch bundeseinheitliche Standards.

5. Für die Rechte der Frauen!

Abschaffung der systematischen Unterdrückung der Frau und die Beseitigung der männlichen Privilegien. Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der Produktion und im Bereich der Reproduktion. Für Alternativen, die nicht einseitig eine Vereinbarkeit von Beruf und Beziehungsarbeit/Haushalt für Frauen anstreben, sondern für beide Geschlechter ermöglichen. Dazu sind gesellschaftliche Maßnahmen notwendig, welche die Produktion und den privaten Bereich grundlegend umgestalten, beide Bereiche umfassend demokratisieren.

- Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper – gegen alle Formen von Gewalt und sexueller Ausbeutung, Menschenhandel, medizinischer Versuche und gentechnologischer Entwicklungen, die auf Kosten der Gesundheit der Frauen und ihres Gebärvermögens gehen.
- Einführung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, das auf allen gesellschaftlichen Ebenen Frauen die Gleichstellung sichert.
- Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung, deren Kern die einseitige Zuweisung der Hausarbeit an die Frauen bildet. Die rapide Zunahme von staatlichen Einsparungen von Sozialleistungen verdeutlicht, dass die Frauen gezwungen werden, noch mehr unentgeltlich erbrachte Arbeiten, wie z.B. die Pflege kranker oder alter Familienangehöriger, zu leisten. Umverteilung und Neubewertung von bezahlt und unbezahlt

- geleisteter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit.
- Das Steuer- und Sozialrecht ist gegenüber allen Formen des Zusammenlebens (Wohngemeinschaften, Ehe- und Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Singles, AlleinerzieherInnen) neutral zu gestalten. Ein Abgehen von der Individualbesteuerung hin zu Ehegatten- oder Familiensplitting ist ebenso abzulehnen wie Bestrebungen, die Pflichtversicherung durch eine Versicherungspflicht abzulösen, mit der die private soziale Vorsorge forciert wird zugunsten der Profiteure von Versicherungsgesellschaften. Individuelle materielle Absicherung für alle, unabhängig von der jeweiligen Lebensform. Deshalb lehnen wir es ab, dass die Ehe als einzige Form des

6. Für finanzstarke Gemeinden

- Umverteilung der staatlichen Steuereinnahmen zugunsten der Kommunen zur Finanzierung infrastruktureller, sozialer und kultureller Aufgaben und zumutbarer Tarife für kommunale Dienstleistungen. Befreiung der Kommunen von finanziellen Lasten, die als allgemeine Kosten der Gesellschaft vom Bund getragen werden müssen.
- Umverteilung der Mittel im Finanzausgleich zugunsten der Gemeinden.
- Streichung des Beitrages der Gemeinden an der EU-Finanzierung.
- Einsparung der Bundesländervertretung bei der EU, Verteilung der dadurch ersparten Steuermittel an die Gemeinden.
- Abschaffung der Landesumlage.
- Befreiung der Gemeindeeinlagen von der KEST.
- Gleiche Beteiligung der Gemeinden am steuerlichen Mehraufkommen wie der Bund.

- Ausbau der kulturellen Infrastruktur. Verhinderung des weiteren Abbaus kultureller Einrichtungen. Sicherung erschwinglicher Preise, die allen Bevölkerungsschichten den Zugang zu Kultureinrichtungen und Kulturschätzen ermöglichen.
- Ausbau und finanzielle Absicherung von Frauenberatungsstellen und Fraueninitiativen.
- Erhöhung des Frauenanteils auf kommunaler Ebene.
- Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen.

7. Bildung: Chancengleichheit für alle

- Schaffung eines Schulsystems, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen zum Wissenserwerb garantiert. Unentgeltliche Schulbildung einschließlich der Versorgung mit den erforderlichen Unterrichtsmaterialien. Grundsätzlich sind an allen Schulen Klassenstärken von durchschnittlich 20 Kindern

bzw. Jugendlichen anzustreben und eine Obergrenze von 25 anzusetzen. Keine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtungen für Lehrerinnen und Lehrer.

- Sicherung und Ausbau des öffentlichen unentgeltlichen Schulsystems durch Bereitstellung der dafür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen durch die öffentliche Hand.
- Schaffung einer gemeinsamen Interessensvertretung aller HochschulInnen (Studierende an ordentlichen Hochschulen, Fachhochschulen, Pädagogischen Akademien, Privathochschulen) sowie deren soziale Gleichstellung in Bezug auf Studienbeihilfen, Ermäßigungen, etc.
- Beibehaltung einer bundesweiten Interessensvertretung für alle Universitätslehrenden und für alle anderen Universitätsbediensteten.
- Rücknahme des Universitätsgesetzes 2002, das heißt auch Abschaffung der Studiengebühr an allen Universitäten. Freier unentgeltlicher Zugang aller SchülerInnen, StudentInnen und Auszubildenden zu wissenschaftlichen Erkenntnissen mittels modernster Kommunikationsmittel.
- Demokratische und autonome Universitäten statt Auslieferung des Bildungswesens an die Interessen des Großkapitals.
- Erhöhung der Kinderbeihilfe auf ein existenzsicherndes Niveau. Gewährleistung einer unentgeltlichen gesellschaftlichen Betreuung der Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen und Schulhorten.
- Gegen Jugendarbeitslosigkeit:

Jede/r Jugendliche hat ein Recht auf Arbeit und Bildung und muss einen qualifizierten Ausbildungsplatz in einem zukunftsorientierten Beruf bekommen. Keine Unterordnung der Lehre unter die Kapitalinteressen, sondern ein öffentliches Berufsausbildungswesen. Die Regierung in Bund und Land und große Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, für die Schaffung der dafür notwendigen Zahl von Ausbildungsplätzen zu sorgen. Das Recht auf Ausbildung muss gegen Bund und Land einklagbar sein.

- Alle Betriebe (Unternehmen, Konzerne usw.) werden mittels einer gesetzlichen Ausbildungspflicht verpflichtet, Ausbildungsplätze in einer Größenordnung von mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze in den betreffenden Unternehmen bereitzustellen. Das betriebliche Ausbildungsangebot muss durch Vollausbildung in überbetrieblichen Jugendausbildungszentren und

Lehrwerkstätten flächendeckend ergänzt werden.

- Verstärkte Förderung von Kindererholungsaktionen gemeinnütziger Vereine durch Land, Gemeinden und Sozialversicherungseinrichtungen.
- Entschiedener Kampf gegen alle Erscheinungsformen und die sozialen, politischen und ideologischen Ursachen von

Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Verbot aller faschistischen Organisationen, ihrer medialen Einrichtungen und Erzeugnisse sowie ihrer öffentlichen Auftritte. Verschärfung der entsprechenden Strafgesetze und deren Umsetzung in jedem Fall ohne zeitliche Verzögerung.

- Gewährleistung humanistischer, antimilitaristischer und antifaschistischer Erziehungs- und Bildungsinhalte an allen staatlichen Bildungseinrichtungen, die der Jugend von Anbeginn die Überzeugung von der unantastbaren Würde jedes Menschen, von der Freiheit jedes Menschen in solidarischer Gemeinschaft aller vermitteln.
- Wiederherstellung des vollen Asylrechts. Aufhebung des Arbeitsverbots und der Sachversorgung für AsylbewerberInnen. Abschaffung der Abschiebehaft. Abschaffung des Ausländergesetzes und daraus abgeleiteter Verordnungen. Aufhebung jeglicher ethnisch begründeter Regelungen des Staatsbürgerschaftsrechts.
- Schaffung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes, das allen in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität, ihrer ethnischen Herkunft und anderer Unterschiede die gleichen politischen und sozialen Grundrechte gewährleistet.
- Freier Zugang und entsprechende Förderungsmaßnahmen auf allen Ebenen des Bildungssystems und Zugang zu genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungen sowie zum kommunalen Wahlrecht.
- Abschaffung der Diskriminierung von MigrantInnen im Rahmen der Familienbeihilfe.
- Verstärkte Integrations- und Förderprogramme für MigrantInnenkinder bzw. -familien und für Kinder bzw. Familien mit speziellen Betreuungsbedürfnissen.

9. Für Demokratisierung des politischen Systems

- Ausbau von verbindlichen Formen der Volksgesetzgebung (Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid) auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.
- Demokratisierung der Bezirkverwaltungen. Direktwahl der Bezirkshauptleute.
- Direkte Wahl der RichterInnen auf allen Ebenen unmittelbar durch die Bevölkerung.
- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und des Alters der Wählbarkeit auf 18 Jahre. Abschaffung der Sperrklausel (Prozente, Grundmandate) für Parteien. Erleichterung der Kandidatur für nicht in den Parlamenten vertretene Parteien und Gruppen.
- Koppelung der PolitikerInneneinkommen an ein zu schaffendes gesetzliches Mindesteinkommen. Der Bundespräsident/die Bundespräsidentin darf nicht mehr

als das Zehnfache dieses Mindesteinkommens verdienen. Gesetzliche Begrenzung und unbedingte Offenlegung aller Nebentätigkeiten von Abgeordneten sowie dadurch erzielter Einkünfte. Beseitigung der privilegierten Pensionsansprüche und Gestaltung der letzteren gemäß den allgemeinen Regeln der gesetzlichen Pensionsversicherung.

- Österreich muss in den internationalen Institutionen dafür
- Konsequente Umsetzung einer Quotenregelung, um Frauen in
- Anerkennung der slowenischen Volksgruppe in der Steiermark gemäß Artikel 7 der Staatsvertrages.

10. Für ein anderes Europa

- Die KPÖ hält die Möglichkeit eines Austritts aus der EU als radikale Infragestellung und Kritik der EU offen und tritt dafür ein, dass die BürgerInnen der EU-Mitgliedsländer jederzeit das Recht haben, über einen Austritt frei zu entscheiden.
- Austritt aus der Militärunion, keine Beteiligung an der EU-Armee; Maßnahmen gegen die Transilawine; keine Zahlungen an Euratom; keine Richtlinien der EU, die sich gegen die Autonomie der Gemeinden richten und die Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge vorsehen.
- Beseitigung der undemokratischen Verfasstheit der Europäischen Union. Aufhebung der entsprechenden Strukturen und Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza.
- Volle Rechenschaftspflicht aller Exekutivorgane und Institutionen der Europäischen Union gegenüber einem demokratisch gewählten Europaparlament. Stärkung der Entscheidungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente, der regionalen und kommunalen Volksvertretungen.
- Für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die Unterentwicklung, Ausbeutung und Ausplünderung beendet. Ein erster Schritt ist die Streichung der Auslandsschulden der armen Länder des Südens.

Dieses Aktionsprogramm ist ein Angebot an all jene, die aktiv und gemeinsam mit anderen Menschen für ihre eigenen Interessen eintreten wollen. In Österreich und

Wir wollen eine nützliche Partei für die Menschen sein. In Gemeinden, in Betrieben und in Bewegungen wie der Antikriegsbewegung und dem ASF will sich die KPÖ als Partei für das tägliche Leben und für die großen Ziele der ArbeiterInnenbewegung bewähren. Wir geben nicht vor, auf alle Fragen eine Antwort zu haben. Deshalb führen wir derzeit eine große Debatte über Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Der 32. Parteitag geht von der Erwartung aus, dass der Meinungsstreit über theoretisch-ideologische Fragen, der in den vorliegenden programmatischen Texten zum Ausdruck kommt, gleichberechtigt und sorgfältig in aller Breite und Tiefe im Bewusstsein ausgetragen wird, dass alle unsere Wahrheiten relativ sind und Gegenstand weiteren Forschens und Lernens sein müssen. Eines ist dabei sicher: Die KPÖ steht in ihrer politischen Praxis für die Übereinstimmung von Wort und Tat. Sie kämpft hier und heute dafür, dass sich uns

und künftigen Generationen andere, menschenwürdige Perspektiven auf tun - und wer gemeinsam mit uns kämpfen will, ist eingeladen, es zu tun!

C. Beschlüsse des 32. Parteitages zur weiteren Programmarbeit

Antragsteller Bundesvorstand

Der 32. Parteitag beschließt die programmatische Diskussion fortzusetzen. Die von der Programmkommission des Bundesvorstandes erarbeiteten programmatischen Thesen, sowie die dem Parteitag vom steirischen Landesvorstand vorgelegte programmatische Diskussionsgrundlage bilden gleichberechtigte Grundlagen für die Fortsetzung der Debatte. Diese bleibt auch weiterhin für programmatische Beiträge und Dokumente offen, die in der KPÖ erarbeitet werden. Es gelten dabei auch weiterhin die programmatischen Festlegungen der vergangenen Parteitage ("Grundzüge einer Neuorientierung", Frauenprogramm).

Da ein Abschluss der Debatte derzeit noch nicht absehbar ist, wird der neugewählte Bundesvorstand beauftragt, weitere Schritte zur Vertiefung und Verbreiterung der

Der Parteitag appelliert an alle Mitglieder, den Meinungsstreit in sachlicher und solidarischer Form und ohne diffamierende Etikettierungen anderer Meinungen zu führen.

(Mit 168 Pro und 113 Gegenstimmen angenommen)

Antragstellerin Frauengruppe Linz

Kein Zurück hinter das KPÖ-Frauenprogramm von 1997

Eine Analyse des kapitalistischen Systems ohne Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse ist nur die Hälfte der Wahrheit. Die Reduktion der Geschlechterverhältnisse auf Haupt- und Nebenwiderspruch liefert keine Beschreibung der herrschenden Gesellschaftsordnung. Eine wirksame Strategie zur Systemüberwindung kann nur in der Verbindung einer antikapitalistischen mit einer antipatriarchalen Orientierung liegen.

Die Feststellung des Frauenprogramms 1997 "Geschlecht ebenso wie Klasse als soziale Strukturkategorie zu begreifen, die soziale Ungleichheiten und Machtverhältnisse, Privilegien und Diskriminierung beschreibt und gegenüber der Klassenstruktur Eigenständigkeit besitzt" muss Grundlage unserer Gesellschaftsanalyse und Programmatik bleiben.

Zusätzlich fordern wir alle GenossInnen auf, die Inhalte des Frauenprogramms in die gesamte Programmdiskussion einzubeziehen und antipatriarchale Zusammenhänge in

jeder Frage herzustellen.

(Mit eindeutiger Mehrheit angenommen)

Antragsteller Landesvorstandes der KPÖ-Steiermark und BO Wien 16

Der 32. Parteitag der KPÖ beschließt, unverzüglich eine neue Programmkommission einzusetzen und innerhalb einer Frist von maximal eineinhalb Jahren den Entwurf des neuen Parteiprogramms fertig zu stellen, der den Parteiorganisationen und der Öffentlichkeit als Diskussionsgrundlage zu unterbreiten ist.

Die Programmkommission ist verpflichtet, sich in Bezug auf Inhalt und Struktur an den Vorgaben des diesbezüglichen Beschlusses des 30. Parteitages zu orientieren, der volle statutarische Rechtskraft besitzt.

Des Weiteren, beschließt der 32. Parteitag alle rechtzeitig bis zum 11. 4. eingebrachten programmatischen Texte in Bezug auf die Vorbereitung und Durchführung, sowie in Bezug auf die Auswertung des Parteitages gleichrangig und gleichberechtigt zu behandeln.

Das bedeutet auch, dass die Texte nicht nur auf dem Parteitag gleichwertig behandelt werden müssen, sondern dass nach dem Parteitag die Programmkommission verpflichtet ist, die Texte in der weiteren Programmdebatte zu verwenden.

Das Recht VertreterInnen in die neu zu bildende Programmkommission zu entsenden haben der Bundesvorstand, alle Landesvorstände, sowie die Einbringer von programmatischen Texten. Die Vertretung des Bundesvorstandes darf höchstens aus einem Viertel der Mitglieder der Programmkommission bestehen. Die Beratungen der Programmkommission sind allen Mitgliedern der Partei frei zugänglich.

Begründung

1. Das Prozedere für die Regelung der Diskussionskultur einer marxistischen Partei der Vielfalt, wie es die KPÖ ihrem Statut nach ist, erfordert gerade in der jetzigen Situation, in der die KPÖ mit dem Ergebnis der Gemeinderatswahl in Graz, als selbständiger und bündnisfähiger Partei Zukunft hat, besonderen Wert auf eine offene tabulose Diskussion über den politischen und ideologischen Kurs der Partei zu legen, sowie auf die zu vertretenden marxistischen Grundsätze, auf den Weg den die KPÖ einschlagen will, um über Etappenziele dem fernen sozialistischen Ziele anzustreben.

Eine Voraussetzung für die Sicherung der Einheit und des demokratischen Charakters der Partei ist eine gleichberechtigte Debatte und Behandlung unterschiedlicher Meinungen und Materialien. Unser Ziel ist es, die Differenzen im Dialog zu klären und so die Gemeinsamkeit zu stärken, unsere Energie nicht im inneren Kampf, sondern in der Auseinandersetzung mit den Gefahren zu lenken, die Österreich und die Welt bedrohen. Wir gehen davon aus, dass entgegengesetzte Standpunkte nicht notwendigerweise unproduktiv sind, dass kontroverse Prozesse einen positiven Charakter haben und unsere Fähigkeit zur Analyse, zur Vermeidung

von Irrtümern und zur Korrektur eigener Positionen erhöhen. Ein Meinungsstreit über fundamentale programmatische Gegensätze, über Weg und Ziel des revolutionären Kampfes – wie die Tragik der

Geschichte lehrt – kann niemals autoritär durch die Parteiführung entschieden werden. Meinungsunterschiede über alternative Programmwürfe oder Thesen müssen gleichberechtigt und sorgfältig in aller Breite und Schärfe, aber im Bewusstsein ausgetragen werden, dass alle unsere Wahrheiten relativ sind, korrekturbedürftig sein können und Gegenstand weiteren Forschens und Lernens sein müssen.

Daher beschließt der Parteitag, dass er für unterschiedliche theoretische und ideologische Auffassungen durchlässig und bestrebt sein muss, diese Auffassungen durch das Prisma der Parteitagsdiskussion aufzubereiten und für die nachfolgende Programmdebatte fruchtbar zu machen. Ein sowohl freier als auch konvergenter Dialog der KommunistInnen, aus dem ihr Wille zu gesellschaftlichen Veränderungen hervorgeht, ist der „Königsweg“, der Weg auf dem das Parteiprogramm festgelegt und korrigiert wird, von den Fernzielen bis zu den Maßnahmen des heutigen Tages.

2. Inhaltlich orientiert der programmatische Beschluss des 30. Parteitages darauf, „dass eine Partei, wie die KPÖ, die zum Kapitalismus in grundsätzlicher Opposition steht, die Verpflichtung hat, über die Kritik dieser Verhältnisse hinaus, ihre vielfältigen Anstrengungen zu verstärken um zu beweisen, dass der Sozialismus kein weltgeschichtlicher Irrweg war, sondern mehr denn je erstrebenswertes Ziel bleibt und die anstehenden Probleme der Menschheit lösen könnte. Dazu brauchen wir auch einen knapp und präzise formulierten, politisch handhabbaren Gesellschaftsentwurf unserer erneuerten Sozialismusvorstellungen, ein Parteiprogramm, das kein paradiesisches Zustände versprechendes Phantasiegebilde entwirft, sondern eines aus sachlich-wissenschaftlicher Analyse abgeleitete komplexe Darstellung von Grundpositionen, eine so realistisch als mögliche Ausgestaltung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus.“

Die programmatischen Hinweise des 30. Parteitages besagen auch, dass eine unter den heute bestehenden Bedingungen entwickelte Parteistrategie nicht direkt auf den Sozialismus ausgerichtet sein kann. Sie kann nur radikal-demokratische Reformstrategie sein, die eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft über Schritte zur Erweiterung und Vertiefung der Demokratie anstrebt.

Eine radikaldemokratische Reformpolitik muss von den heutigen und künftigen Interessen der Menschen ausgehen und ohne Scheu vor Infragestellung der herrschenden kapitalistischen Strukturen artikuliert und verfasst werden.

Das bedeutet auch, dass der Kampf für den Sozialismus aus dieser kapitalistischen Gesellschaft heraus geführt werden muss.

Gerade im Aufgreifen realer Interessen, ihrer Artikulation im Auffinden optimaler politischer Strategien und für deren Durchsetzung liegt die Bedeutung die Unverzichtbarkeit von Theorie.

3. Im Steirischen Landesprogramm werden die Komplexe „Sozialismus und Demokratie“, „Sozialismus und Freiheit“, „Sozialismus und Eigentum“, „Sozialismus und Landwirtschaft“ theoretisch exemplarisch abgehandelt. Es fehlt jedoch eine ähnliche exakte Aussage über „Sozialismus und Frieden“. Der 32. Parteitag beauftragt die neue Programmkommission, sie möge in Zusammenarbeit mit der steirischen Programmkommission einen gesonderten Komplex „Sozialismus und Frieden“ erarbeiten, der den Aspekt Sozialismus als Triebkraft und als Garant für die Verwirklichung des humanistischen Ideals einer friedlichen Zukunft der Menschheit

zum Inhalt hat”.

(Mehrheitlich angenommen)

Antragsteller Kurt Luttenberger (BO Graz)

Der 32. Parteitag erwartet von der neu zu bildenden Programmkommission, dass sie bei der Konzipierung des Programmentwurfs folgende Vorgaben des Beschlusses des 30. Parteitages erfüllt:

Das Parteiprogramm sollte eine Analyse des aktuellen Stadiums kapitalistischer Entwicklung enthalten, eine Darstellung der Strategien der Herrschenden und der Kräfteverhältnisse das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft als Alternative zum herrschenden System der Profitmacherei soll so realistisch als möglich dargestellt werden.

Das Programm soll neben Analyse und Zielbeschreibung mit mittelfristigen radikal-demokratischen Reformalternativen Brücken vom Heute zum sozialistischen Ziele bauen.

Das Programm muss jene Forderungen formulieren, für die wir als KPÖ Hier und Heute kämpfen!

(Mehrheitlich angenommen)

***Gin. Antlanger:** Ich bitte nun Walter Baier um den Abschluss des Parteitages und er wird auch noch weitere Informationen geben zum 2. Teil des Parteitages. Anschließend ersuche ich die Genossinnen und Genossen nicht gleich aufzuspringen und hinauszulaufen, wir werden noch gemeinsam die Internationale singen.*

14. Abschluss Gen. Walter Baier

Liebe Genossinnen und Genossen. Wir stehen am Ende zweier anspruchsvoller Tage. Viele von uns waren nervös vor diesem Parteitag. Ich glaube, es hat sich herausgestellt, dass die Entscheidung einen Mitgliederparteitag durchzuführen und ihn zweigeteilt durchzuführen eine richtige Entscheidung gewesen ist. Ich bin über eine Sache wirklich sehr froh, nämlich, dass wir zu diesem Kompromiss und zu dieser Lösung - was das Papier betrifft - gefunden haben. Denn, wer den Abstimmungsprozess, der in den letzten 2 Stunden stattgefunden hat, aufmerksam verfolgt hat, wird festgestellt haben, dass an politisch wichtigen Punkten die Mehrheiten außerordentlich knapp gewesen sind. Es wäre nicht gut für unsere Partei, wenn Mehrheiten in politischen-, Selbstverständis- und aktionspolitischen Fragen mit einem Abstand von 15 oder 20 Stimmen zustande kämen. Ich möchte daher allen Genossinnen und Genossen, die an dieser Lösung mitgewirkt haben, dem Gen. Langmann, dem Gen. Kaltenegger und dem Gen. Parteder herzlich danken, dass wir zu diesen Lösungen gekommen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen. Ich komme jetzt zu den technischen Informationen. Der 2. Teil unseres 32. Parteitages findet am 14./15. Juni hier in diesen Räumlichkeiten statt. Dazu gibt es einen Antragsschluss, das ist der 30. Mai. Es gibt einen Bundesvorstand, das ist der 4. Mai und es gibt Redaktionsschlussdaten für die Fertigstellung unserer Mitgliederzeitschrift "Argument", die sind am 3. Mai und am 17. Mai. Ich möchte euch ersuchen, diese Daten zu beachten und bei der Abfassung von Beiträgen und Anträgen auch zu berücksichtigen.

Ich möchte mich herzlich bei allen Genossinnen und Genossen die, die technische Durchführung dieses Parteitages ermöglicht haben bedanken. Bei den Angestellten des Hauses, den technischen und politischen Kräften des Bundesvorstandes der KPÖ. Dann - und das betrifft die Wiener und Wienerinnen - am 6. Mai in der Früh muss man sich darauf einrichten, dass man nicht mit der Straßenbahn in die Arbeit fahren kann. Die Straßenbahnerinnen und Straßenbahner sollen natürlich streiken. Am 28./29./30.5. und 1.6 - Österreichisches Sozialforum in Hallein. Hoffentlich kein Streik der österreichischen Bundesbahnen, sondern rege Beteiligung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und VertreterInnen von alternativen und linken Bewegungen.

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, wünsche ich allen, die hier sind eine gute Heimfahrt, einen guten Appetit. Ich wünsche uns viel Erfolg bei den politischen Aufgaben die wir uns vorgenommen haben und ersuche jetzt fachkundige Kräfte den Versuch zu unternehmen, die Internationale einzuleiten.